

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1 der Tagesordnung: Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017/2018 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderates sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen/Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf

Punkt 2 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

Vorlage: 2016/0604

Punkt 3 der Tagesordnung: Beschlussfassung über die veränderten Maßnahmen M39_SJB, M40_SJB, M1_SJB und Maßnahmen des IB

Vorlage: 2016/0602

Punkt 4 der Tagesordnung: Kultur- und Kreativwirtschaft - "Wachstums- und Festigungszentrum" (WFZ)

Vorlage: 2016/0593

Punkt 5 der Tagesordnung: Überführung des Projektes der Karlsruher Stromspar-Partner als Stromspar-Check der Caritas

Vorlage: 2016/0685

Punkt 6.1 der Tagesordnung: Projektvorstellung im Rahmen des gemeinderätlichen Kostenkontrollverfahrens: Stadthalle Modernisierung

Vorlage: 2016/0680

Punkt 6.2 der Tagesordnung: Projektvorstellung im Rahmen des gemeinderätlichen Kostenkontrollverfahrens: Badisches Konservatorium, Umbau Dragonerkaserne

Vorlage: 2016/0681

Beschluss:

Tagesordnungspunkt 2: Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis und beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss die als Anlage zur Vorlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung).

Tagesordnungspunkt 3: Der Gemeinderat beschließt die Maßnahmen M39_SJB, M40_SJB, M1_SJB und Maßnahmen des IB nach Vorberatung im Hauptausschuss, mit den dargestellten Änderungen sowie die Änderungen zum IB unter Nr. 5 der Vorlage.

Tagesordnungspunkt 4: Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt

Variante a) die Anmietung einer Teilfläche (ca. 1.450 qm) als Wachstums- und Festigungszentrum auf dem Kreativpark „Alter Schlachthof“ von der Karlsruher Fächer GmbH & Co. Stadtentwicklungs-KG (KFE) zum Preis von 12 Euro/qm (netto-kalt) auf zehn Jahre. Der Mehrbelastung im Ergebnishaushalt über einen Zeitraum von zehn Jahren in Höhe von rund 144.000 Euro/pro Jahr wird zugestimmt, da eine rechnerische Kompensation durch eine einmalige Einzahlung im Finanzhaushalt durch den Verkauf des Gebäudes Durlacher Allee 53 an die KFE stattfindet.

Variante b) aufgrund fehlender Gegenfinanzierung auf die Realisierung des WFZ zu verzichten.

Tagesordnungspunkt 5: Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss, die städtischen Projekte „Stromsparerpartner“ und „Kühlgerätetausch“ in modifizierter Form und in Kooperation mit den „Stromsparer-Checks“ der Caritas bis 31. März 2019 fortzuführen.

Die im Haushaltsentwurf 2017/2018 vorgesehenen Mittel von insgesamt 120.990 Euro p.a. (davon 60.990 Euro p.a. für Personalkosten sowie 60.000 Euro p.a. für den Austausch ineffizienter Kühlgeräte) werden bei gleichbleibender Gesamtsumme teilweise umgewidmet:

- für Personalkosten 79.400 Euro p.a. (statt bisher vorgesehen 60.900 Euro p.a.)
- für den Kühlgerätetausch 41.590 Euro p.a. (statt bisher 60.000 Euro)

Tagesordnungspunkt 6.1: Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Bauausschuss von der Projektvorstellung Kenntnis und erklärt sich mit den Gesamtkosten von 58.130.000,00 Euro einverstanden.

Tagesordnungspunkt 6.2: Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Bauausschuss von der Projektvorstellung Kenntnis und erklärt sich mit den Gesamtkosten von 11.300.000,00 Euro einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Tagesordnungspunkt 2: 4 Nein, ansonsten Zustimmung

Tagesordnungspunkt 3: 2 Nein, ansonsten Zustimmung

Tagesordnungspunkt 4: 9 Enthaltungen, ansonsten Zustimmung

Tagesordnungspunkt 5: 2 Nein, ansonsten Zustimmung

Tagesordnungspunkt 6.1: 11 Nein, ansonsten Zustimmung

Tagesordnungspunkt 6.2: einstimmig angenommen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf: Wir hatten uns darauf verständigt, dass wir die Tagesordnungspunkte 2 – 6 jeweils an den entsprechenden Stellen beim Tagesordnungspunkt 1 einpflegen und dann auch zur Abstimmung stellen, weil das alles relevante Beschlüsse im Rahmen der Haushaltsaufstellung sind.

Es liegen Ihnen vor der Entwurf des Haushaltsplans 2017/18, der auch die mittelfristige Finanzplanung umfasst, der Stellenplan, die Wirtschaftspläne und Finanzplanungen der Gesellschaften, die Stellungnahmen der Verwaltung auf die Anträge und Anfragen des Gemeinderates sowie von Einwohnerinnen und Einwohnern und die Veränderungsliste der Verwaltung. Außerdem befindet sich an Ihren Plätzen die Folgekostenberechnungen für neue Maßnahmen, sowie die S. 577 der Wirtschaftspläne mit der Bitte, diese auszutauschen.

Wie bereits im Ältestenrat angekündigt und Ihnen auch vorab schriftlich mitgeteilt, beginnen wir die Beratungen mit Teilhaushalt 5000 Jugend und Soziales, dann setzen wir die Sitzung mit 5200 Bäder fort, und dann beginnen wir ganz vorne, wie Sie das üblicherweise gewohnt sind. Bevor wir jetzt mit dem Teilhaushalt 5000 beginnen, darf ich das Mikrofon noch einmal der Finanzbürgermeisterin reichen.

Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Gestern Nachmittag ereilte uns der Entwurf des Haushaltserlasses des Landes für 2017 ff. Die Kämmerei hat natürlich die Berechnung gemacht. Man muss dazu sagen, in diesen Erlass sind die Ergebnisse der Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land eingeflossen. Wir hatten große Bedenken gehabt, dass wir negative Entwicklungen dadurch haben werden. Das kann ich jetzt einmal positiv sagen: Wir werden nicht schlechter durch die Entscheidungen, die zwischen Land und kommunalen Landesverbänden getroffen wurden. Nein, wir werden sogar besser.

Gestern Nachmittag hat die Kämmerei auch die Eckpunkte ausgewertet. Ich möchte ausdrücklich sagen, es ist ein Entwurf. Wir wissen noch nicht genau, wann es letztendlich kommt. Es können auch noch Änderungen sein. Diese Änderungen im Haushaltserlass sind hauptsächlich durch die Erhöhung der Kopfpauschale – Sie erinnern sich, die Kopfpauschale ist die Grundlage pro Einwohner, was wir aus dem Finanzausgleich bekommen – entstanden. In diesem Haushaltserlass sind erhöhte Zahlen drin. Wir sind schon mit einem ordentlichen Betrag in unsere Haushaltsberatungen eingetreten. Das wird sich 2017 und insbesondere auch 2018 noch einmal erhöhen. Dadurch bekommen wir natürlich mehr Einnahmen.

Für 2017 und 2018 bedeutet das Pi mal Daumen pro Jahr 10 Mio. Euro mehr. Das bedeutet, dass wir für 2017, wenn wir diese 10 Mio. Euro jetzt dazu rechnen, heute wieder da sind, wo wir bei der Einbringung des Haushaltes waren. Mit der ersten Veränderungsliste habe Sie gesehen, dass wir bereits durch verschiedene Beschlüsse unterjährig 10 Mio. Euro wieder ausgegeben haben. Mit dieser Einnahmenseite sind wir jetzt wieder bei der Einbringung des Haushaltes. Für 2018 hatten wir bei der Einbringung 1,9 Mio. Euro plus gehabt. Jetzt sind wir etwas im Minusbereich. Da wären wir bei knapp 10 Mio. Euro positives Ergebnis sein. Das ist eine positive Entwicklung. Aber ich muss auch noch einmal sagen, Sie erinnern sich, der Ergebnishaushalt ist der Grundstock für den Finanzhaushalt.

Jetzt möchte ich noch einmal unsere Kreditaufnahmen, die wir dargestellt haben, in Erinnerung rufen. Wir haben im Entwurf dargestellt, 87 Mio. Euro für 2017 und sage und schreibe 135 Mio. Euro für 2018, wenn alles abgearbeitet wird, so wie wir es dargestellt haben.

Wir haben Ihnen durch die 1. Veränderungsliste auch aufgezeigt, dass wir – ohne jetzt die Zahlen, die durch diesen Haushaltserlass gekommen sind – in eine Unterdeckung im Rahmen der Liquidität rutschen würden. Für uns noch akzeptabel, aber ich denke, mit diesen 10 Mio. Euro plus im Ergebnishaushalt kommen wir auf jeden Fall hinsichtlich der Unterdeckung jetzt wieder gut heraus. Nichtsdestotrotz haben wir dann immer noch etwa 70 Mio. Euro für 2017 an Krediten auf der Brust und immerhin noch 120 - 125 Mio. Euro für 2018. Das ist auch eine Aussage, die wir noch in den Raum stellen müssen. Es gibt immer die eine Seite des Ergebnishaushaltes und dann die Auswirkungen auf den Finanzhaushalt. Soviel noch einmal zur Einführung.

Der Vorsitzende: Dann beginnen wir mit dem **Teilhaushalt 5000 – Soziales und Jugend**. Sie hatten vorgeschlagen, ich hatte es eben auch erwähnt, dass wir die verschiedenen Tagesordnungspunkte dann einpflegen. Das würde an dieser Stelle den **Tagesordnungspunkt 3** betreffen, nämlich Beschlussfassung über die veränderten Maßnahmen M39, M40, M1 und Maßnahmen des IB, jeweils im Haushalt der SJB. Ich würde Ihnen aber vorschlagen, dass wir jetzt nicht zu Beginn des Teilhaushaltes abstimmen, sondern dann, wenn wir die Änderungsanträge zu den entsprechenden Maßnahmen gemeinsam diskutiert und auch abgestimmt haben, dann in der gegebenenfalls etwas veränderten Fassung.

Ich müsste jetzt an jeder Stelle darauf hinweisen, welche Punkte sich in der Veränderungsliste in den jeweiligen Teilhaushalten befinden. Ich gehe davon aus, dass Sie das alles umfangreich inhaliert und sowieso alles völlig im Blick haben und verweise nur an bestimmten Stellen darauf, wo es noch einmal für die Öffentlichkeit ganz wichtig ist. Hier ist u. a. in der Veränderungsliste zu finden die Aufnahme weiterer Kita-Projekte, die Sie im Gemeinderat am 19. Juli und in der Beschlussvorlage am 22. November bereits verabschiedet haben. Hier sind sowohl die Betriebskostenzuschüsse als auch die Investitionskostenzuschüsse über die Veränderungsliste berücksichtigt. Von daher sind diese Dinge jetzt auch im Haushaltsentwurf eingepflegt. Darüberhinaus ist auch die Weiterführung des Schülerhorts Nussbaumweg durch die Evang. Kirche in Karlsruhe durch die Veränderungsliste abgebildet. Das betrifft die **S. 226**.

Wir kommen damit zu den ersten Anträgen.

Antrag Nr. 90 (S. 229): Reduzierung Personalaufwand Hort am Schülerhort Grazer Straße (CDU)

Der Antrag Nr. 90 bezieht sich auf den Personalaufwand Hort Schülerhort Grazer Straße. Auch das haben wir über die 1. Veränderungsliste dargestellt. Damit ist der Antrag als **erledigt** zu betrachten.

Noch einmal zum Hinweis auf die Redezeiten. Es gibt eine Redezeitobergrenze für die einzelnen Fraktionen, Einzelstadträte und auch Gruppen im Gemeinderat. Deswegen werden wir jetzt hier keine kleinräumige Redezeitbegrenzung machen, sondern wir geben dann immer zu bestimmten Zeiten oder auf Nachfrage gerne bekannt, wie es mit den Redezeiten gerade steht.

Antrag Nr. 91 (S. 229): Schaffung von 150 neuen Schülerhortplätzen in nicht versorgten Stadtteilen (AfD)

Stadtrat Bernhard (AfD): Ich will es ganz kurz machen, wir haben es schon tausendmal begründet. Sehr viele Familien in Karlsruhe brauchen dringend einen Hortplatz. Es sind viele Hundert. Sie haben dieses Jahr keinen bekommen. Wenn wir nichts tun, werden sie auch nächstes Jahr keinen bekommen. Das bringt diese Familien in erhebliche Schwierigkeiten. Vor allem müssen wir eines bedenken, wenn wir nachher auch über Kita-Projekte sprechen, deren Ausbau gut und wichtig ist, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht mit der Einschulung der Kinder enden darf. Es ist nicht damit getan, ganz viele Kita-Plätze zu schaffen, sondern es muss auch sichergestellt werden, dass es eine vernünftige Betreuung nach der Kita gibt. Denn sonst ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wiederum ad absurdum geführt. Wir sind der Meinung, jedes Kind in Karlsruhe, das einen Hortplatz braucht, muss auch einen bekommen. Diese 150 Plätze, die wir beantragt haben, decken bei weitem nicht den Bedarf, sondern die sind nur ein erster Schritt. Deshalb bitten wir um Ihre Zustimmung.

Stadträtin Uysal (SPD): Die Bildungslandschaft in Karlsruhe ist im Wandel und entwickelt sich. Das wissen wir jetzt alle. In diesem Zusammenhang hat sich die Stadt Karlsruhe im Rahmen der Bildungsplanung unter anderem zum Ziel gesetzt, die Zahl der Ganztagschulen und der Ganztagsangebote weiter zu erhöhen. Das Konzept für die Ganztagesgrundschulen des Landes Baden-Württemberg in Kombination mit der Rahmenkonzeption und Richtlinie Ganztagsangebote für Grundschüler der Stadt Karlsruhe legt den Bedarf an ganztägigen Betreuungsangeboten in vergleichbarem Umfang ab, wie den Schülerhort.

Es ist unbestritten, dass der Ausbau der Ganztagesgrundschulen eine große Umstellung ist, bei dem es auch immer wieder Probleme gab und bis heute gibt. Wir haben es hier mit einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu tun. Wenn es nötig ist, steuern wir nach. Das werden wir auch in Zukunft tun. Das Nachsteuern darf aber nicht lauten: Schaffung von 150 neuen Schülerhortplätzen in nicht versorgten Stadtteilen, sondern sollte sich als Ziel setzen, wie wir den Abbau von Parallelstrukturen schaffen und an welchen Standorten ohne Ganztageschule die Schülerhorte ein Ganztagsangebot bie-

ten und bestehen bleiben sollen. Die konkrete, gezielte Zielsetzung fehlt uns bei diesem Antrag. Uns kommt es so vor, als ob die AfD einfach einmal ganz salopp 150 Hortplätze fordert, eine Zahl in den Raum wirft, ohne eine konkrete Vorstellung und ein Konzept zu haben und ohne die Faktoren zu berücksichtigen, wie z. B. räumliche Ressourcen in den einzelnen Stadtteilen aufzudecken. Wir wissen doch, dass die Stadtverwaltung jedes Frühjahr eine Bedarfsplanung vornimmt, nachdem die Anmeldezahlen feststehen.

Dieser Antrag widerspricht der Rahmenkonzeption und Richtlinie Ganztagsangebot für Grundschulen. Auch ist die Stellungnahme der Verwaltung klar und deutlich, die wir mittragen. Deshalb werden wir diesen Antrag so nicht unterstützen.

Der Vorsitzende: Ich schlage vor, wir unterbrechen für 5 Minuten. Sie klären einmal untereinander, wie Sie hier Ihre Regie miteinander abstimmen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 09:52 – 09:56 Uhr)

Ich glaube, wir können wieder fortsetzen. Ich bitte Sie alle, Platz zu nehmen. Herr Jooß hat den ganzen Tag Geburtstag, nicht nur die nächsten 10 Minuten.

Es gab eine Antragsbegründung, es gab einen Wortbeitrag der SPD-Fraktion. Gibt es weitere Redner?

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Unsere Zeit ist knapp. Wir müssen es kurz machen. Aber dieser Punkt ist wichtig. Denn es ist nicht so, dass der Bedarf gedeckt ist, wie es die SPD behauptet. Mitnichten ist der Bedarf gedeckt. Die 150 Plätze kommen zustande aus den Zahlen, die wir von der Stadt haben. Aus den Zahlen der Stadt geht hervor, dass Größenordnung 100 Plätze mit Bedarf fehlen. Mit Bedarf heißt aber, bei den Kindern, wo nachgewiesenermaßen beide Eltern berufstätig sind. Wir sind der Meinung, dass gerade die Kinder, wo nur ein Elternteil berufstätig ist – denn die meisten dieser Eltern haben Migrationshintergrund -, ebenso ein Anrecht auf einen Hortplatz haben sollten, nicht nur die „mit Bedarf“. Denn der Bedarf ist erst recht bei denen vorhanden, wo nur ein Elternteil arbeiten geht. Diese Kinder brauchen die sprachliche Weiterentwicklung, die sie nur im Hort erfahren können. Wenn die nachmittags nach der Schule nach Hause gehen, üben sie keine deutsche Sprache mehr. Deswegen, wenn es um Gleichberechtigung geht, dann müssen weitere Hortplätze geschaffen werden, über die mit Bedarf hinaus. 150 sind da noch relativ wenig, ein maßvoller Ansatz.

Sie sehen, es ist ein wichtiger Punkt. Die Hortbetreuung unserer Kinder ist wichtig. Es gibt Stadtteile, in denen es noch keine Ganztagschule gibt. Das ist auch gut so, denn die Hortplätze bieten den Eltern die Wahlmöglichkeit, was ihre Kinder nachmittags machen. Es ist kein festes Korsett, sondern man kann das Angebot annehmen, oder man kann auch in einen Verein gehen. Deswegen plädieren wir ganz stark dafür, dass diese zusätzlichen Hortplätze zu schaffen sind. Denn der Bedarf ist einfach da. Die Eltern brauchen das. Die zählen auf uns hier im Gemeinderat.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Bei 2 zustimmenden Voten damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 92 (S. 229): Schaffung von Schülerhorten in nicht versorgten Stadtteilen – hier in Bulach (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Vorhin wurde gesagt, flächendeckende Angebote seien vorhanden. Das ist nicht der Fall. In Bulach z. B. ist es definitiv so, dass es zur Grundschule überhaupt kein Angebot gibt. Es gibt keinen Hort zur Grundschule, d. h., die Schüler, die in Bulach zur Schule gehen, die den nahen Weg haben, die direkt von zuhause dahin gehen können, müssen mittags wieder nach Hause, weil es dort keinen Hort gibt. Die Schüler, die einen Hort brauchen – ich kenne Eltern persönlich, bei denen es so ist -, müssen von ihren Eltern in umliegende Stadtteile gefahren werden, damit die Kinder dann dort in den Hort gehen. Das ist aus meiner Sicht auf Dauer nicht erträglich. Es ist eine Schlechterbehandlung von Eltern in bestimmten Stadtteilen. Bulach ist hier nur ein Beispiel. Deswegen plädieren wir dafür, dass hier ein Hort eingerichtet wird zur Grundschule, denn – wie schon gesagt wurde -, die Lage hat sich geändert. Inzwischen ist es so, dass bei den meisten Familien beide Elternteile arbeiten gehen und auch die, bei denen das nicht der Fall ist, brauchen eine Hortbetreuung, einfach für die bessere sprachliche Entwicklung ihrer Kinder.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. - Bei 2 zustimmenden Voten mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 93 (S. 229): Erhöhung der Zuschüsse an die sonstigen Empfänger freiwilliger Leistungen (Die Linke)

Antrag Nr. 94 (S. 229): Erhöhung des Zuschusses an den Paritätischen Wohlfahrtsverband mit seinen Teilorganisationen (Die Linke)

Das ganze berührt dann die Maßnahme M39, das ist Teil der Beschlussvorlage, eigentlich unter TOP 3 aufzurufen gewesen. Aber wir nehmen sie jetzt nach vorne, nämlich die veränderten Maßnahmen zu M39, M40 und M1 SJB und die Maßnahmen des IB.

Neben den oben genannten Anträgen sind weitere Anträge gestellt worden, die die genannten HSPKA-Maßnahmen und damit auch die Beschlussvorlage von TOP 3 betreffen. Zusätzlich sind bereits einzelne Veränderungen in der 1. Veränderungsliste enthalten. Jetzt ist es daher etwas turbulent, das alles gleichzeitig im Auge behalten zu wollen. Ich schlage Ihnen vor, wir arbeiten uns an den einzelnen Anträgen nacheinander ab, sonst kommen wir hier nicht zu Potte.

Ich verweise ausdrücklich auf die Veränderungsliste zu Maßnahme M39. Das lese ich Ihnen jetzt nicht alles vor, weil das auch sehr viel mit Zahlen zu tun hat, stelle nur einfach fest, dass viele der Anträge, die Sie begehren, sich von der Höhe der Zahlen schon durch die Veränderungsliste geändert haben und es deswegen jetzt hier immer nur noch um die Differenzen geht, die dann eben on top gesetzt werden müssten. Ich würde auch darüber hinwegsehen, Ihnen jetzt noch einmal genau zu erläutern, wie das mit den Prozentzahlen und der Entwicklung der Diskussion war, weil ich fürchte, dass das außer denen, die die ganze Zeit dabei waren, eher ein Stück weit verwirrend ist. Wenn Sie das auch so sehen, würde ich vorschlagen, dass wir jetzt die Anträge Nrn. 93, 94 –

im Grunde wären auch noch Nrn. 97, 101 und 116 aufzurufen, das wird jetzt aber zu komplex – behandeln. Ich würde Nr. 93 und 94 zusammen aufrufen, wenn das für die Linke in Ordnung ist. - Das ist in Ordnung. Dann arbeiten wir uns allmählich da durch.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Ich spreche dann auch gleich für die Punkte 95, 98 und 99 mit. Wir wissen, die Redezeiten sind begrenzt. Wir können sicher unterschiedlicher Meinung sein, oder streiten darüber, ob Konsolidierungen dieser Art systembedingt oder Fehler der Politik – in dem Fall der Kommunalpolitik – sind. Wir werden uns sicher einig sein, dass wir sagen, Bund und Land müssen mehr Mittel für Kommunen zur Verfügung stellen. Wahrscheinlich sind wir uns auch einig, dass eigentlich Karlsruhe eine reiche Stadt ist im Vergleich zu vielen anderen Städten und Kommunen. Auch in einer Zeit, wo an der einen oder anderen Stelle möglicherweise das Geld nicht mehr ganz so fließt – Gründe gibt es viele, die will ich jetzt nicht alle aufzählen -, muss aber eine soziale Stadt, muss ein mutiger Gemeinderat auch die Chance und den Willen haben, eben nicht mit der Gießkanne überall zu kürzen, also nach Kassenlage, sondern sagen, es gibt Bereiche, die müssen wir aufrecht erhalten. Dazu gehören auch die Wohlfahrtsverbände.

Wir können auch darüber diskutieren, ob nicht die Stadt viel mehr dieser Leistungen selbst übernehmen sollte. Wir haben nun einmal diese Wohlfahrtsverbände. Das war eine politische Entscheidung der Stadt Karlsruhe. Dann wiederum ist es nicht richtig, sie zu kürzen in der Art, dass die sogenannten freiwilligen Leistungen – die hören sich so an wie freiwillig, aber es sind soziale Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger – einfach ein Stück reduziert werden. Wir sind der Meinung, dass wir die Zuschüsse der Wohlfahrtsverbände, wie sie bisher waren, erhalten müssen - deshalb unsere Anträge -, und zwar für alle Wohlfahrtsverbände, egal, ob konfessionell oder nicht konfessionell. Deshalb stellen wir den Antrag, die Kürzungen zurückzunehmen, d. h. aufstocken auf den ursprünglichen Betrag.

Stadträtin Melchien (SPD): Haushaltsstabilisierung macht keinen Spaß. Trotzdem haben wir uns sehr ernsthaft damit auseinander gesetzt. Interfraktionell fanden sehr konstruktive Gespräche dazu statt. Deswegen haben wir auch diese Veränderung zu M39, M40 vorgeschlagen. Wir – interfraktionell – wollen jetzt auch nicht auf jeden einzelnen Antrag, die Kürzung zurückzunehmen, eingehen. Deswegen fasse ich das kurz zusammen für uns.

Die Verwaltung hat es in die Veränderungsliste aufgenommen. Dafür sind wir sehr dankbar. Wir danken auch den anderen Fraktionen für die sehr guten Gespräche. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir Härten vermieden haben, dass wir im Detail geschaut haben, inwieweit ist ein Träger überhaupt flexibel, hier auch Einsparungen vorzunehmen. Das haben wir mit einer sehr großen Sorgfältigkeit gemacht. Daher können wir mit dem Ergebnis heute zufrieden sein. Das wollte ich kurz bei dem Punkt sagen, dass wir uns im Weiteren die Kommentierung der Rücknahme dann auch sparen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für die Beiträge. Wir kommen damit zur Abstimmung über Antrag Nr. 93. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Bei 2 zustimmenden Voten mehrheitliche **Ablehnung**.

Zum Antrag Nr. 94 bitte ich auch um das Kartenzeichen. - Das ist auch wieder dieselbe **ablehnende** Mehrheit.

Antrag Nr. 95 (S. 229): Erhöhung des Zuschusses an das Diakonische Werk (Die Linke)

Sie hatten schon dazu gesprochen, Herr Stadtrat Fostiropoulos. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist wieder **abgelehnt**.

Antrag Nr. 96 (S. 237): Schuldnerberatung – Stellenschaffung 1 Stelle (GfK)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Die Situation in der Schuldnerberatung ist bekannt, 4 Monate Wartezeit für Menschen, die in höchster Not sind. Das ist einfach viel zu lang. Dann erfährt man, dass eine Person, die dort beschäftigt war, stirbt. Nach 10 Jahren oder noch länger, wo diese Stelle dort verankert war, wird die Stelle sofort an den ursprünglichen Platz zurück versetzt, wenn die Person stirbt. Dadurch ist diese Not da. Wir beantragen hier eine Stellenschaffung bzw. eine Stellenverschiebung wieder zurück an diese Stelle, damit wieder zwei Monate Wartezeit Maximum entstehen. Wir sind der Meinung, dass die Verantwortung bei der Stadt liegt. Ob das jetzt der Caritasverband durchführt oder ob es die Stadt durchführt, ist uns per se egal. Aber es muss hier etwas getan werden.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Die Schuldnerberatung ist eine wichtige Einrichtung in unserer Stadt. Sie wird von zwei verschiedenen Trägern gemacht, einmal der Verwaltung der Stadt Karlsruhe als auch vom Caritasverband. Es hat sich nun herausgestellt, dass seit September 2015 durch Wegfall einer ausgeliehenen Stelle in der Schuldnerberatung deutlich höhere Wartezeiten und eine Reduzierung der Beratung stattfinden. Uns ist es wichtig, dass der alte Zustand wieder hergestellt wird, d. h., es muss für die Schuldnerberatung in der Stellenbeschaffung eine Stelle eingerichtet werden. Um dann auch später eventuell noch strategisch anders vorzugehen, sollte dieses Thema auch im Fachausschuss behandelt werden. Es geht hier dabei darum, brauchen wir Doppelstrukturen? Kann das z. B. der Caritasverband allein machen, wenn man die Stelle dort schafft? Aber ich denke, das führt heute zu weit. Das sollte dann im Fachausschuss besprochen werden.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich kann mich meinen Vorrednern inhaltlich anschließen. Ich möchte aber starke Kritik an der Antwort der Verwaltung äußern, dass wir die rechtliche Verpflichtung zur Schuldnerberatung erfüllen. Vier Monate Wartezeit für Menschen, die in Not geraten, die sich verschulden, ist keine Frage des Standards, sondern eine Frage des Anstandes. Wir müssen an dieser Stelle die Schuldnerberatung wieder aufstocken. Ob jetzt bei der Caritas oder bei der Stadt, da bevorzugen wir natürlich – ich denke, alle hier im Haus –, dass wir keine Doppelstrukturen aufbauen, und von daher gerne im Fachausschuss die Diskussion darüber, wie man diese Stellen zusammenführen kann, dass eine ordentliche Schuldnerberatung in der Stadt Karlsruhe weiterhin läuft.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wir stimmen dem Antrag zu. Die Wartezeiten sind momentan deutlich zu lang. Damit besteht die Gefahr, dass verschuldete Menschen noch

stärker in die Abwärtsspirale aus Schulden, Stress, Krankheit, Arbeitslosigkeit und schließlich auch Hoffnungslosigkeit geraten. Um diese Abwärtsspirale zu stoppen, ist der Schuldenschnitt und damit die Schuldenberatung der erste wesentliche Schritt, die Voraussetzung.

Stadtrat Braun (KULT): Die Schuldnerberatung ist eine wichtige Institution in unserer Stadt. Hier geht es um Existenzen. Verschuldete Menschen müssen ohne allzu lange Wartezeiten, also zeitnah, beraten werden. Fünf Monate Wartezeit ist viel zu lang. Währenddessen schalten Gläubiger Inkassobüros ein, Betroffene können gar wohnungslos werden. Wir danken der GfK für diesen absolut richtigen und notwendigen Antrag.

Stadtrat Jooß (FDP): Auch wir wollen, wie CDU und SPD, eine bessere Verknüpfung und Kooperation zwischen den Trägern Stadt Karlsruhe und Caritas, dass man gemeinsam vorgeht in der Schuldnerberatung gegen den Missstand von überhöhten Schulden.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Wir Linken freuen uns, dass auch auf unsere Anfrage hin das Thema Schuldnerberatung jetzt hier zu einem Antrag führt. Wir sehen daran, dass auch die manchmal nicht so beliebten Anfragen doch großen Sinn haben. In diesem Fall auf jeden Fall. Wir unterstützen diesen Antrag natürlich und werden dem entsprechend zustimmen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Es zeichnet sich eine Mehrheit ab. Ich habe das jetzt so verstanden, dass wir uns nicht festlegen, ob es bei der Stadt oder bei der Caritas eingerichtet wird, sondern Sie das über den Fachausschuss dann klären. Wir müssen einfach nur den Betrag dann entweder als Zuschuss oder für eine Personalstelle einpflegen.

Dann bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. Ich muss natürlich mit der Verwaltung stimmen. - Wir haben 4 Gegenstimmen, damit mit großer Mehrheit **angenommen**.

Antrag Nr. 97 (S. 237): SozPädAl – Wohnraum nachhaltig pflegen – Rücknahme der Kürzung (GRÜNE, KULT)

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): SozPädAl ist vor allem im Bereich der Wohnungslosenhilfe und Jugendhilfe tätig, u. a. durch Wohnraumakquise und Untervermietung von Wohnungen. Darüber hinaus – das ist die Besonderheit dieses Angebots – steht der Erhalt des Wohnraums im Vordergrund. Das Angebot richtet sich als Folgeangebot vor allem an vormals Wohnungslose, die einer längerfristigen sozialpädagogischen Begleitung bedürfen, um nicht erneut von Wohnraumverlust betroffen zu werden. Ein Teil der ehemals Wohnungslosen benötigt diese Betreuung, weil sie nicht in der Lage sind, den Wohnraum ausreichend zu pflegen, die Hausordnung zu machen und solche Dinge. Sie brauchen Anleitung in der Pflege der Wohnung, um nicht gekündigt zu werden. Es geht darum, die Folgekosten dadurch zu vermeiden.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir wissen schon um die Wichtigkeit von SozPädAl. Aber es bleibt uns – obwohl es oftmals schmerzlich ist im Rahmen der Haushaltskonsolidierung – nichts anders übrig, als auch hier einzusparen. Deswegen haben wir schon von

den 9 % Abstand genommen, um SozPädAl hier für ihre Arbeit die Anerkennung zu geben. Aber bei 4,5 % Kürzung wird die CDU-Fraktion bleiben.

Stadträtin Moser (SPD): Die SPD-Fraktion schätzt das Angebot von SozPädAl, Wohnraum zu schaffen für sozial Benachteiligte, die auch aus dem betreuten Wohnen herausgehen und unbedingt weitergehende Hilfe benötigen, sehr. Aus meiner täglichen Arbeit weiß ich, wie wichtig es ist, dass Menschen, junge Frauen oder junge Männer, die aus dem betreuten Wohnen heraus gehen, diese Hilfe bekommen. Umso mehr bedauere ich, dass wir diesen Antrag im Zuge der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung gegenüber anderen Trägern, die auch eine Kürzung hinnehmen mussten, ablehnen müssen. Um eine pauschale Kürzung zu vermeiden, sind wir allerdings auf eine 4,5%ige Kürzung – Thomas Müller von der CDU hat es bereits gesagt – gegangen.

Stadtrat Cramer (KULT): Alle Fraktionen sagen, wie wichtig die Arbeit von SozPädAl in der Stadt ist. Trotzdem wird jetzt gekürzt. Natürlich nicht in der Höhe, wie es die Verwaltung vorgeschlagen hat, diese 9 %. Aber auch die 4,5 % sind für diese kleine Organisation zu viel. Da greift der Einwand von Gleichbehandlung nicht. Größere Sozialverbände können doch eher diese 2.760 Euro, um die es nur in unserem Antrag und dem der GRÜNEN geht, irgendwie kompensieren durch Querfinanzierungen. Das kann natürlich SozPädAl nicht. Das wissen wir. Bei der Arbeit, die SozPädAl macht, in allen Bereichen, hat SozPädAl im Grund ein Alleinstellungsmerkmal. Kein anderer Wohlfahrtsverband, geschweige denn Stellen der Stadt, können diese Arbeit machen. Von daher ist es einfach notwendig, damit SozPädAl auch weiter seine Arbeit so machen kann, wie sie es machen sollen. Letztendlich ist es auch wieder ein Interesse der Gesamtstadt. Denn wenn sie den Betroffenen nicht mehr ausreichend helfen kann, weil 2.760 Euro nicht bewilligt werden, dann wird uns das wie ein Stein auf den Fuß fallen und letztendlich viel höhere Kosten verursachen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Das sind 17 zustimmend, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 98 (S. 237): Erhöhung des Zuschusses an den Caritasverband (Die Linke)

Wir können gleich abstimmen. - 2 Zustimmungen, der Rest **Ablehnung**.

Antrag Nr. 99 (S. 237): Erhöhung des Zuschusses an die AWO (Die Linke)

Das ist dasselbe Mehrheitsverhältnis. - 2 Zustimmungen, der Rest **Ablehnung**.

Antrag Nr. 100 (S. 2379): Erhöhung der Mittel für „leichte Sprache“ (GRÜNE)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Seit 2009 gilt in Deutschland der UN-Vertrag über die Rechte der Menschen mit Behinderungen. Zur Umsetzung dieses Vertrags in Deutschland wurde von der Bundesregierung ein nationaler Aktionsplan erstellt. Teil dieses Aktionsplanes ist die Einführung leichter Sprache in Behörden. Leichte Sprache ist besonders für Menschen mit Lernschwierigkeiten eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Denn nur wer über die

notwendigen Informationen verfügt, kann selbstbestimmt Entscheidungen über das eigene Leben treffen.

Mittlerweile wurden bereits einige städtische Formulare übersetzt. Nach anfänglicher Skepsis bei einzelnen Abteilungen wird die leichte Sprache zu einem Erfolgsmodell. Viele Ämter der Stadtverwaltung haben bei dem Projekt mitgemacht, aber es ist noch deutlich Luft nach oben. Daher beantragen wir eine Erhöhung der Mittel für leichte Sprache und bitten um Zustimmung.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Das Thema „leichte Sprache“ ist auch uns sehr wichtig. Denn wir merken immer wieder, dass das Verwaltungsdeutsch doch vielen Menschen Probleme macht und zwar nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch der deutschen Bevölkerung. Insofern ist es ein Thema, das auch der CDU-Fraktion sehr wichtig ist.

Wir sehen heute allerdings keine Veranlassung, den GRÜNEN-Antrag mitzugehen, weil die Verwaltung ausführt, dass die Mittel, die eingestellt sind, ausreichen und dass auch für das derzeit laufende Jahr nicht mehr benötigt wird, als das bereits eingestellte Budget. Insofern lehnen wir heute ab.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Ich bitte dann um das Kartenzeichen.
- 16 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 101 (S. 237): Frauenhaus Karlsruhe e. V. – Beratungsstelle Haus 13 (GRÜNE)

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Hier geht es auch wieder um das Thema eines kleinen Trägers, der nicht umschichten kann. Es geht eigentlich nicht um das Frauenhaus, sondern um die Frauenberatungsstelle des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder. Das ist teilweise etwas missverständlich.

Bei einer Kürzung müssten in dieser Beratungsstelle in allen drei Bereichen gekürzt werden, und zwar um etwa 70 Beratungen pro Jahr. Wir halten die Arbeit der Frauenberatungsstelle für äußerst wichtig in allen drei Beratungsbereichen. Diese drei Beratungsbereiche sind

1. die Clearingstelle. Die Polizei benachrichtigt bei Gewalt in einer Familie umgehend die Beratungsstelle, die ebenfalls umgehend zur misshandelten Frau und den Kindern Kontakt aufnimmt. Wir sind dagegen, dass da gestrichen wird.
2. Beratung in türkischer Sprache. Auch da gibt es eine Warteliste. Wir sind dagegen, dass in diesem Bereich Beratungen gestrichen werden.
3. die Einzelberatung von Kindern. Dieser Bereich liegt uns besonders am Herzen. Das ist ein präventives Angebot, dass zu Kindern, die Gewalt erlebt haben, sofort Kontakt aufgenommen wird und dann von der Beratungsstelle - natürlich gegenüber der Mutter meistens - angeboten wird, dass diese Kinder beraten werden, um das Erlebte aufarbeiten zu können und nicht das passiert, was man sehr

häufig beobachten kann, dass die Kinder später als Jugendliche ihre Mütter schlagen oder die Mädels häufiger in die Passivität gehen.

Alle drei Beratungsbereiche halten wir so wichtig, dass wir da auf keinen Fall streichen wollen. Eine 4,5%ige Kürzung würde sich auswirken wie eine 9%ige Kürzung, da ausschließlich im Personalbereich gekürzt werden kann und nicht im Bereich der Festkosten.

Stadträtin Dr. Doghan (CDU): Wir sehen die wertvolle und wichtige Arbeit, die in den Frauenhäusern geleistet wird. Dort finden Frauen und Kinder Schutz, wenn sie aus Beziehungen, in denen Gewalt herrscht, Zuflucht suchen. Wir unterstützen diese Aufgabe auch durchaus. Aber wir sehen, da darf ich auch für die Kollegen der SPD mitsprechen, im Rahmen des Haushaltsstabilisierungsprozesses, dass Kürzungen gerade im freiwilligen Bereich null Spielraum bieten. Wir tragen der wertvollen Aufgabe auch dadurch Rechnung, dass wir die Kürzung von 9 % auf 4,5 % reduzieren wollen, meinen aber, dass wir auch der Haushaltsstabilisierung damit Rechnung tragen müssen.

Stadtrat Cramer (KULT): Auch hier, wie vorhin bei SozPädAl: Es ist einfach eine andere Struktur, eine kleine Organisation. Das müssten an sich die zwei großen Fraktionen hier im Hause auch wissen. Man kann nicht so einfach alles über einen Bart barbieren, sondern man muss schon genau hinschauen, wie ist die Struktur der einzelnen Verbände. Von daher ist es absolut nicht nachvollziehbar und einsehbar, dass die SPD- und die CDU-Fraktion sich offensichtlich abgesprochen haben, die Arbeit des Frauenhauses nicht wirklich so zu unterstützen, wie es notwendig ist.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Es ist genug begründet worden aus unserer Sicht, was für ein wichtiger Prozess dort stattzufinden hat, damit Frauen und auch Kinder, die Gewalt erfahren, wirkliche Hilfe bekommen. Wenn ein Stück aus dieser Kette wegbreicht, dann ist dieser ganze Prozess gefährdet. Indem wir solche Streichungen wie z. B. für die Beratung im Haus 13 vornehmen, laufen wir Gefahr, dass dieser Hilfeprozess unterbrochen wird. Das kann an anderen Stellen auch passieren. Soweit ich das weiß – ich habe keinen Zweifel, das zu glauben –, besteht die Gefahr schon. Da kann schon das Fehlen von zwei Arbeitsstunden bedeuten, dass bestimmte wichtige Absprachen nicht getroffen werden können. Das bitte ich Sie jetzt bei Ihrer Abstimmung zu berücksichtigen. Wir werden uns auf jeden Fall dafür einsetzen, diese Kürzungen zurückzunehmen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich habe vorhin bei SozPädAl auch mitgestimmt, dass es erhalten wird. Ich werde auch hier mitstimmen, dass es erhalten wird, denn – wie meine Vorredner sagten – es gibt kleine Hilfsgruppen, die wirklich auf jeden Cent angewiesen sind. In diesem Fall sehe ich die Arbeit als sehr wichtig an, Frauen und Kindern, die Opfer häuslicher Gewalt sind, zu helfen. Da ist jede Stunde, die dort gespart wird, am falschen Platz gespart. Ich kann nicht bei jedem Antrag und werde nicht bei jedem Antrag mitstimmen. Aber bei solchen Sachen denke ich, ist es notwendig, dass man aller Sparmaßnahmen zum Trotz, auch einmal bedenkt, wo und wie geholfen wird in diesen Bereichen. Deshalb hier auch meine Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Vorsitzende: Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, es geht jetzt zwar, wenn ich den Haushaltsentwurf betrachte, um

7.590 Euro, über die Veränderungsliste haben wir aber 50 % wieder hineingenommen, so dass es jetzt um knapp 4.000 Euro geht. Nur dass jetzt auch in der Öffentlichkeit die richtige Zahl steht.

Das waren die Wortbeiträge. Wir kommen zur Abstimmung. - Es sind 20, die zustimmen und eine Mehrheit, die es **ablehnt**.

Jetzt verlassen wir kurz diese M39-, M40-Systematik und gehen zum Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderungen.

Anträge Nrn. 102 – 104 (S. 237): Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung (SPD/KULT, Die Linke, GfK)

Antrag Nr. 105 (S. 237): Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung: Flexibilisierung der Fahrten innerhalb eines Jahres (CDU/GRÜNE/KULT/FDP)

Wenn Sie einverstanden wären, steigen wir hier in die Diskussion ein.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die SPD-Fraktion spricht sich für einen Erhalt der Haushaltsmittel in bisherige Höhe für den Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung aus. Teilhabe und Inklusion müssen mehr sein als barrierefreie Haltestellen und Lippenbekenntnisse. Es geht im Verweis auf die UN-Charta für Menschen mit Behinderung um ein Grundrecht. In diesem Sinne wollen wir den Menschen mit Behinderung weiterhin die soziale Teilhabe im bisherigen Umfang ermöglichen.

Wenn Land und Bund ihrer Verantwortung diesbezüglich nicht gerecht werden, sehen wir die Kommune in der Verantwortung. Uns geht es darum, ein Gesamtpaket zu schnüren. Da verweise ich auf unseren Antrag zum Saarbrücker Modell. Aber wir appellieren gleichermaßen an die Verantwortlichkeit der Betroffenen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln letztendlich auch verantwortlich umzugehen. In diesem Sinne beantragen wir den Erhalt der bisherigen Aufwendung.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Auch die CDU, die GRÜNEN und die anderen, auch wir wollen die Menschen mit Behinderung weiterhin unterstützen. Auch wir wissen, dass sie durch die UN-Charta ein Anrecht auf Teilhabe haben. Auch wir wissen, dass Menschen mit Behinderungen stark gehandicapt sind und dass sie auf unsere Fürsorge angewiesen sind.

Aber: Wir haben hier eine Haushaltskonsolidierung. Wir haben hier Sparmaßnahmen. Alle Bereiche werden hierzu ihren Beitrag leisten. Die CDU, die GRÜNEN und die FDP -

(Zuruf: Die CDU spricht!)

- Ja, die CDU spricht.

(**Der Vorsitzende:** Hauptsache, Sie wissen nachher noch, welchem Antrag Sie zustimmen!)

Wir wollen diese Kürzung, die wir im Gemeinderat schon besprochen haben, auf 144 Fahrten erhalten. Aber: Wir wollen es den Menschen, die diese Fahrten in Anspruch nehmen, ermöglichen, sich diese Fahrten selbst einzuteilen, d. h., wir wünschen eine Flexibilisierung. Dieses Paket, 144 Fahrten, wird auf das ganze Jahr verteilt. Wie sie abgerufen werden, wird dem Einzelnen überlassen.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich kann mich nahtlos Frau Wiedemann anschließen. Ich möchte noch einmal betonen: Die CDU und die GRÜNEN haben sich bereits gemeinsam für eine Abmilderung der ersten Haushaltsansätze beim Beförderungsdienst für Behinderte eingesetzt. So wurden die Freifahrten auf Antrag der beiden Fraktionen von 96 auf 144 heraufgesetzt. Die GRÜNEN haben aber auch immer betont, dass die letztendliche Entscheidung über Sparmaßnahmen erst in den heutigen Haushaltsberatungen fällt. Diese Zeit haben wir genutzt, um mit Betroffenen über die Auswirkungen von Sparmaßnahmen zu sprechen. Es war das erklärte Ziel der GRÜNEN, dass wir bereit sind, einmal getroffene Entscheidungen ganz oder teilweise zu revidieren, wenn sich Entscheidungsgründe ändern.

Dieser Fall ist beim Beförderungsdienst eingetreten. Viele Diskussionen mit Betroffenen haben die GRÜNEN zu einem Umdenken in dieser Frage bewegt. Daher nehmen wir das Anliegen des Behindertenbeirates auf und beantragen die Flexibilisierung beim Beförderungsdienst. Hierfür möchten wir uns bei allen Beteiligten für die konstruktiven Gespräche bedanken.

Stadtrat Braun (KULT): Der Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung ist für viele Betroffene das einzige Mittel, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Wir von KULT waren von Anfang an gegen jegliche Kürzung und bleiben dieser Position selbstverständlich auch treu. Es geht um mobilitätseingeschränkte Menschen, die ein Leben mit Selbstbestimmung und Selbständigkeit führen wollen. Werden hier Mittel gekürzt, bringen wir körperlich beeinträchtigte Menschen in missliche Lagen. Wieso sollen diese Menschen entscheiden müssen, ob sie am Mittwoch ins Kino gehen oder freitags lieber shoppen gehen wollen? Wieso sollen sie gezwungen werden, bereits am Montag Einkäufe für zwei Wochen tätigen zu müssen? Genau das wäre die Situation genau für die, die sich beispielsweise kein Taxi leisten können.

Ich appelliere an den ganzen Gemeinderat, an alle, die immer von Inklusion reden, weil es da draußen so gut ankommt. Hier haben wir heute tatsächlich die Möglichkeit, Inklusion umzusetzen. Vergessen Sie nicht, dass es sich hierbei um ein Menschenrecht handelt. Man muss nur rational überlegen, was es für die Menschen bedeuten würde, die tatsächlich auf den Fahrdienst angewiesen sind. 144 Fahrten im Jahr, also 72 x hin und 72 x zurück, also jeden 5. Tag eine Fahrt, einkaufen, Freunde und Familie besuchen, Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben, Behördengänge und vieles mehr. Und das für eine Zielgruppe, die vermutlich ohnehin den Großteil ihrer Fahrten für Arzt- oder Klinikbesuche ausgeben muss.

Denken Sie doch einfach einmal nach, wie viele Fahrten Sie persönlich bräuchten, wenn Sie auf einen solchen Dienst angewiesen wären, meine Damen und Herren. Außerdem beantragen wir eine Flexibilisierung dieser Fahrten, denn wer das Angebot im Sommer mehr nutzen möchte, als im Winter, sollte dies dürfen, vor allem weil die städtischen

Kosten gleich blieben. Wir könnten uns heute aber darauf einigen, dies im zuständigen Fachausschuss detaillierter zu betrachten.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Ich schließe mich den Vorrednerinnen und Vorrednern an, was die Begründung des Antrags betrifft, die Kürzungen zurückzunehmen. Wenn der Betrag der SPD stimmt, sind wir damit sehr einverstanden. Wir haben der Maßnahmenliste den niedrigeren Betrag entnommen, korrigieren das aber gerne nach oben.

Ich würde gerne noch zwei Punkte ansprechen. Das eine war die Antwort der Stadtverwaltung, wo zu lesen war, dass nur 1 % der Menschen mit Handicap diese Fahrten völlig ausschöpfen. Sozusagen sei das ein sehr niedriger Prozentsatz. Ich habe mit einigen von denen gesprochen, die zu diesen 1 % gehören. Das sind z. B. die Aktiven im Beirat für Menschen mit Behinderungen, die recht viele Fahrten unternehmen und die auch sagen, sie möchten eigentlich mehr Fahrten haben. Sie versuchen, andere Menschen zum Rausgehen zu ermutigen, sie für die Mitgestaltung der Stadt zu gewinnen. Dafür ist eine Zurücknahme der Fahrtenzuschüsse ein schlechtes Signal, was zum Teil bei den Menschen aus dem Beirat auch zu einer wenig optimistischen Stimmung führt. Die Streichung von Fahrten macht das Anliegen zunichte, Barrieren in Karlsruhe für Menschen mit Behinderung abzuschaffen. Wir hoffen sehr, dass das nicht geschieht.

Zum Punkt der Flexibilisierung möchte ich sagen, dass ich es nicht richtig finde, den Menschen mit Behinderung selbst die Verantwortung für den Ausschluss aus der Gesellschaft aufgrund einer Behinderung zuzuschieben. Das passiert meiner Ansicht nach, wenn Sie sagen, sie sollen mit weniger Fahrten auskommen, sollen aber selber verantworten, wann sie sich ausschließen. Insofern sind wir gegen diese Flexibilisierung und für die Beibehaltung der Zuschüsse. Wir würden der Flexibilisierung aber zustimmen, weil sie für manche Menschen dann doch noch eine Verbesserung bringt, wenn sie wenigstens die Fahrten ansammeln können.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Der GfK geht es nicht darum, irgendwelche Konventionen einzuhalten, irgendwelche Gesetze zu erfüllen. Es geht um Menschen, die es einfach brauchen. Es rühmt und ehrt eine Stadt, wenn sie mit ihren Schwachen gut umgeht. Aus diesem Grund, das sagen wir genau an dieser Stelle, wollen wir das zurücknehmen, was wir hier schon beschlossen hatten. Wir wollen nicht nur auf große Wirtschaftszahlen der Stadt schauen, sondern wir wollen auch schauen, dass bekannt wird, Karlsruhe ist eine Stadt der Barmherzigkeit.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich werde jetzt keine Anträge zusammenfassen. Wir stimmen sie einfach der Reihe nach ab, auch wenn das natürlich zum Teil ein bisschen widersprüchlich dadurch wird.

Ich rufe den Antrag Nr. 102 von SPD und KULT auf und bitte um das Kartenzeichen.
- Das sind 20 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag Nr. 103 von den Linken. Das ist von der Summe her gleich, möglicherweise auch vom Inhalt. - Das ist auch dieselbe Zustimmung, 20 Zustimmungen, der Rest **Ablehnung**.

Antrag Nr. 104, GfK: Das ist wieder genauso, 20, die zustimmen, mehrheitliche **Ablehnung**.

Jetzt kommen wir zum Flexibilisierungsantrag. Das ist Antrag Nr. 105. - Das ist eine einstimmige **Zustimmung**. Herr Dollinger weist mich gerade darauf hin, dass die Flexibilisierung natürlich dazu führen kann, dass wir insgesamt einen gewissen Mehraufwand haben. Das müssen wir dann einpflegen. Das können wir im Ausschuss klären.

Antrag Nr. 106 (S. 229): Aufwandsminimierung bei Seniorenweihnachtsfeiern, Konzeption (CDU)

Stadträtin Wiedemann (CDU): Ich möchte keinen Beitrag dazu leisten, weil der Antrag als erledigt zu betrachten ist. Ich möchte nur eine Richtigstellung machen. Die CDU hat natürlich keine Aufwandsminderung gefordert, sondern uns ging es darum, dass hier eine Gleichbehandlung in allen Stadtteilen von Karlsruhe gewährleistet wird und dass ein Konzept erstellt werden soll.

Der Vorsitzende: Damit ist der Antrag **erledigt**, mit der Korrektur Ihrerseits.

Antrag Nr. 107 (S. 237): Wohnraumakquise (Projektmittel) - Stellenschaffung (SPD)

Antrag Nr. 108 (S. 237): Wohnraumakquise - Ausweitung um eine Planstelle (GRÜNE)

Antrag Nr. 109 (S. 237): Wohnraumakquise – Einsparungen Hotelunterbringung (GRÜNE)

Stadträtin Fischer (SPD): Ich glaube, ich muss nichts zur Zielerreichung und Wirksamkeit der Wohnraumakquise sagen. Da sind wir uns alle einig, dass dies ein wirksames und sehr erfolgreiches Instrument der Sozialpolitik ist. Aber der Erfolg der Wohnraumakquise mit zuverlässiger Betreuung macht es notwendig, dass das Personal aufgestockt wird. Wir haben auch im Fachausschuss bei der Organisationsuntersuchung mitgeteilt bekommen, dass zwei weitere Stellen als notwendig erachtet werden. Da kann Bürgermeister Lenz uns nachher noch einmal in aller Deutlichkeit mitteilen, dass diese Organisationsuntersuchung diese zwei Stellen für dringend erforderlich hält, um dieses erfolgreiche Projekt weiterzuführen.

Jetzt könnte man sagen, unser Antrag hat sich erledigt. Wir alle wissen, wie Stellenbeschaffungsprogramme bei uns ablaufen. Es muss ins Stellenschaffungsprogramm hinein kommen. Das schaffen wir nicht auf die Schnelle. Um das Projekt aber so schnell wie möglich weiter erfolgreich laufen zu lassen, beantragen wir Sachmittel, um hier überplanmäßig Stellen schaffen zu können. Deshalb brauchen wir diese schnelle Umsetzung.

Zum Antrag der GRÜNEN, was die Hotelunterbringung anbelangt: Natürlich lässt sich das nicht hochrechnen mit Stellen, die bei der Wohnraumakquise geschaffen werden, dass dann automatisch auch die Hotelunterbringung weniger wird. Aber wir können

sagen, wir mindern damit die Hotelunterbringung sicher etwas ab. Was für mich viel mehr zählt, ist der soziale Mehrwert der Wohnraumakquise gegenüber der Hotelunterbringung. Deshalb bleiben wir bei unserem Antrag und verlangen schnelle Stellenschaffung durch überplanmäßige Stellen.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Die GRÜNEN beantragen eine personelle Aufstockung der Fachstelle Wohnungssicherung, ordnungsrechtliche Unterbringung und Wohnraumakquise. Ich möchte jetzt nicht auf die ganzen sozialen Dinge eingehen, deswegen will ich auch ein bisschen abkürzen. Mittlerweile gibt es über 600 Akquise-Wohnungen und der Fachstelle werden fast täglich neue Wohnungen angeboten. Die Stadt Karlsruhe gibt jährlich viele Millionen aus, um obdachlos gewordene Personen in Hotels unterzubringen. Daher liegt es im gesamtstädtischen Interesse, dass Männer und Frauen und vor allem Familien mit Kindern in Wohnungen untergebracht werden.

Zur Gegenfinanzierung der Stelle bei der Wohnraumakquise beantragen die GRÜNEN die nötigen Umschichtungen der nötigen Gelder aus dem Budget zur Hotelunterbringung. Im Zentrum unserer Überlegungen steht hierbei der Leitgedanke der Haushaltswahrheit. Getroffene Entscheidungen zur Verbesserung einer Situation müssen sich bei den Ausgaben sonstiger Sozialaufgaben auswirken.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Was die Wohnraumakquise alles leistet und was wir gesagt haben, darauf möchte ich nicht weiter eingehen. Es ist zum Teil angesprochen. Wir haben hier in diesem Hause schon öfters darüber gesprochen, wie wichtig es ist, dass wir die Wohnraumakquise haben, dass sie ein Erfolgsmodell ist und dass dadurch natürlich auch die Einsparungen in anderen Bereichen, nämlich der Hotelunterbringung, stattfinden können.

Deswegen sehen wir es auch als wichtig an, dass eine gewisse Ausweitung für die Wohnraumakquise erfolgt, also sowohl die Wohnraumsuche als solche, als auch die dann bestehende Betreuung. Das ist nämlich das Entscheidende, dass da nicht nur jemand sitzt, der Wohnraum verteilt, sondern dass diese Menschen auch weiter betreut werden. Damit steckt sicherlich ein gewisser Erfolg in diesem Modell.

Wir beantragen daher eine Stelle für die Wohnraumakquise über die Stellenbeschaffung. Dadurch werden die Hotelunterbringungskosten fallen, sodass eine gewisse Refinanzierung dieser Stelle erfolgen kann.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Auch wir kennen die Organisationsuntersuchung und sehen hier Stellenbedarf und dass man dadurch dann bei der Hotelunterbringung Kosten sparen kann. Von daher werden wir den Anträgen der GRÜNEN hierzu zustimmen.

Stadtrat Jooß (FDP): Ich habe hier im Hause schon mehrfache die Wohnraumakquise – unser Bürgermeister Lenz weiß das – über den grünen Klee gelobt. Es ist ein wachsender Bedarf sowohl bei der Betreuung als auch bei der Akquise selbst. Von daher werden wir einer Stelle zusätzlich zustimmen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Wir kommen jetzt in die Antragsabstimmung.

Antrag Nr. 107, der Antrag der SPD: 12 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 108 der GRÜNEN, Ausweitung um eine Planstelle: Da gibt es 5 Gegenstimmen, damit mehrheitlich **angenommen**.

Antrag Nr. 109 der GRÜNEN, Einsparung Hotelunterbringung. Dagegen kann ich eigentlich nichts haben. Auch das ist eine deutliche Mehrheit **dafür**.

Antrag 110 (S. 237): Erhöhung des Mietkostenzuschusses für Selbsthilfegruppe Familienkreis e. V. (SPD, GRÜNE, Die Linke)

Wir können gleich abstimmen. 22 Ablehnungen, der Rest mehrheitlich **zugestimmt**.

Antrag Nr. 111 (S. 237): Kürzung des Zuschusses für „Cent hinterm Komma e. V.“ anstatt Streichung (FDP)

Stadtrat Hock (FDP): Die humanitäre Botschaft betreut seit langem das Projekt „Cent hinterm Komma“. Wir, der Gemeinderat, fördern dieses seit 2005 finanziell. In den vergangenen Jahren wurde eine Förderung gewährt, die auch zum Teil monetär an den Geschäftsführer floss. Wichtig ist hier „zum Teil“. Der Verein unterhält ein Büro mit notwendiger Ausstattung, hat Fahrtkosten, Materialkosten und vieles mehr. Die derzeitige Förderung von ca. 18.000 Euro deckt die eben genannten Kosten und ist nicht ausschließlich Gehalt des Geschäftsführers. Verwundert sind wir, dass der Geschäftsbericht eines jeden Jahres dem zuständigen Dezernat vorliegt. Dennoch wird weiterhin behauptet, es handle sich allein um das Geschäftsführergehalt. Dies ist allein deshalb verwunderlich, wenn man die Anträge des Vereins aus den Jahren 2005 oder 2007 anschaut. Hier wurde nie das Gehalt des Geschäftsführers beantragt, welches laut Vorlage der Verwaltung als entbehrlich angesehen wird.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Ihnen allen bewusst, welchen Beitrag zur Inklusion dieser Verein für unsere Stadt geleistet hat? Selbst wenn die Förderung nur das Gehalt des Geschäftsführers wäre, müssten wir dankbar sein, wie viel Leistung wir dafür als Stadt Karlsruhe bekommen. Daher, meine Damen und Herren, sind wir heute der Meinung, dass wir das im Austausch mit dem Dezernat noch einmal klären müssen. Es wäre vielleicht sinnvoll, diesen Betrag einzustellen und mit einem Sperrvermerk zu versehen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, prüfen Sie bitte sehr genau, ob Sie sich diesem nicht anschließen können.

Stadträtin Köpfler (CDU): Es ist und wird den ganzen Tag und auch morgen ggf. so sein, dass wir viele Projekte, die wichtig sind, die wir lieb gewonnen haben und die etabliert sind, Maßnahmen zuführen, die einschränkend sind und die die Projekte nicht in dem Maße fortführen lassen, wie sie am Laufen sind. So ist es auch in diesem Fall beim Verein „Cent hinterm Komma“. Es ist wichtig, es ist etabliert. Dennoch ist es ein Beschluss, den wir heute treffen wollen und werden, der uns schmerzt. Wir sind uns an der Stelle auch bewusst, dass es nicht der letzte Beschluss sein wird, der uns schmerzen wird.

Stadträtin Fischer (SPD): Auch wir werden den Antrag ablehnen, auch den Sperrvermerk. Wir haben im gemeinsamen Ausschuss Jugendhilfe und Sozialausschuss eine detaillierte Auskunft erhalten. Da wurden die Fragen, die jetzt von der FDP aufgeworfen wurden, detailliert beantwortet. Wir sehen keinen Grund, von dieser Linie abzuweichen.

Stadtrat Wenzel (FW): Wie schon im Vorfeld, unterstütze ich voll und ganz den Antrag der FDP. Denn wir müssen auch das Gleichbehandlungsprinzip beachten. Bei vielen Vereinen, die sozial tätig sind, sind wir schmerzliche 9 % heruntergegangen. Einige Anträge hier zeigen, dass man gar keine Kürzung will. Mit dieser Kürzung werden wir diesen Verein komplett vernichten. Ich denke, das ist zu viel. Deshalb volle Unterstützung des Antrags und Rettung dieses Vereins.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Bei 6 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 112 (S. 237): Zuschuss Arbeitsloseninitiative IKARUS (Bürger/Einwohner)

Ich sehe keine Wortmeldung. Dann können wir gleich zur Abstimmung kommen. - Bei 6 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 113 (S. 237): Karlsruher Pass und Kinderpass: Mittel für ungekürztes Leistungsprofil (KULT)

Antrag Nr. 114 (S. 237): Karlsruher Pass – Anhebung der Leistungen - Erweiterung des Berechtigten- und des Nutzerkreises – Konzeption (Die Linke)

Antrag Nr. 115 (S. 237): Karlsruher Kinderpass - Anhebung der Leistungen - Erweiterung des Berechtigten- und des Nutzerkreises – Konzeption (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Die Schere zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft geht stetig auseinander. Das wissen wir. Die Bundesstatistiken zeigen das ständig auf. Wir möchten gerne, dass die Stadt Karlsruhe den Karlsruher Pass erweitert, so dass mehr Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf diese Zuschüsse haben.

Um es noch einmal an einem Beispiel festzumachen: Eine alleinerziehende Verkäuferin bekommt keine sozialen Zuschüsse. Sie ist mit ihrem Einkommen gerade drüber, ist aber trotzdem eine Kleinverdienerin, die für sich und ihr Kind nicht die gesellschaftliche Leistung genießen kann. Wir haben als Kommune die Möglichkeit, hier mehr zu tun.

Soziale Spaltung, wie wir gerade aktuell mitbekommen, führt z. B. in den USA zu Trump, in Frankreich zum Front National und in Karlsruhe zur AfD. Wir sollten auch hier entgegenwirken. Darüber hinaus, Frau Bürgermeisterin Luczak-Schwarz, zum Thema Wirtschaftsförderung: Wenn wir Personen, die gering verdienen, besser finanziell unterstützen, dann wissen wir, dass jeder Euro direkt in die lokale Wirtschaft fließt. Es wäre zusätzlich auch eine kleine Förderung der lokalen Wirtschaft. Von daher sollten wir uns erlauben, in Zeiten sozialer Spaltung nicht nach dem Gießkannenprinzip und nach der

Kassenlage zu finanzieren, sondern den Mut haben, hier auch einmal draufzusatteln bei denen in unserer Stadtgesellschaft, die es am nötigsten haben.

Stadtrat Cramer (KULT): Meine Fraktion versteht es nicht, dass immer wieder, wenn es der Verwaltung und einer Mehrheit des Gemeinderates opportun erscheint, der Karlsruher Pass und jetzt auch der Kinderpass als Steinbruch benutzt werden. Wir sind der Meinung, der Karlsruher Pass und der Kinderpass – das ist eine politische Aussage, die wir machen – sollten in Zukunft nicht mehr dazu benutzt werden, irgendwelche finanziellen Defizite aufzufangen. Wir sind der Meinung, der Karlsruher Pass und der Kinderpass müssen gesetzt sein, mindestens – das sage ich heute – für die nächsten 10 Jahre, d. h. für die nächsten zwei Legislaturperioden, die kommen. Egal, das sage ich auch so deutlich und offen, wie der Haushalt aussieht. Denn wir wissen doch alle, wenn wir hier sparen, wenn wir hier den Ärmsten die Dinge wegnehmen, die sie bisher gewohnt waren, dann kommt das nur gewissen Hass- und völkischen Gruppen zugute. Die werden letztendlich davon profitieren.

Es wird einfach draußen nicht verstanden, dass wir etablierten Politiker, die etablierten Parteien, die etablierten kommunalen Wählervereinigungen den Menschen die Dinge teilweise wegnehmen oder irgendwelche Beträge verlangen, wie z. B. beim Zooeintritt. Für jeden von uns hier sind 5 Euro nichts. Das ist ganz klar. Wir gehen sehr oft – das unterstelle ich jetzt hier einmal – vom eigenen Geldbeutel aus und denken, was sind denn diese 5 Euro? Das macht doch denen nichts. Die sollen das bezahlen. Wenn man nichts bezahlt, ist es nichts wert. Das stimmt nicht. Das ist vielleicht die Denke, die von einigen Leuten hier im Gemeinderat so gesehen wird. Aber wenn man draußen wirklich mit den Leuten spricht, dann stimmt das nicht. Die nehmen das sehr wohl an, weil sie es eben nicht bezahlen können. Für die ist ein Zoobesuch, der nichts kostet, etwas wert. Ein Zoobesuch, der 5 Euro kostet, ist – ob Sie es glauben oder nicht, ob Sie es nachvollziehen können oder nicht – für viele dann zu viel. Sie können sich das nicht mehr leisten.

Von daher unser Antrag. Ich weiß, wie hier die Mehrheiten sind. Wir haben es natürlich auch gewusst, als wir den Antrag gestellt haben. Aber meine Fraktion und ich persönlich werden immer nachhaken, werden immer die Dinge benennen, wie sie sind und hoffen, dass wir doch irgendwann dazu kommen, dass wirklich der Karlsruher Pass und der Kinderpass sakrosankt sind.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wenn ich meine beiden Vorredner höre, könnte man direkt den Eindruck gewinnen, wir hätten den Karlsruher Pass oder den Kinderpass eingestampft oder wir hätten ihn massiv gekürzt. Aber das ist doch alles nicht der Fall. Sie wissen, wir haben uns sehr ausführlich in diesem Jahr damit beschäftigt, in sämtlichen Fachausschüssen – auch hier im Gemeinderat – ausführlich darüber diskutiert, es uns nicht leicht gemacht. Aber wir sind zu dem Schluss gekommen, nach einigen Jahren des Bestehens dieser sozialen Unterstützung, dass es einer Fortentwicklung bedarf.

So haben wir z. B. gerade auch beim Kinderpass bei der Ferienbetreuung massiv ausgebaut. Das muss man hier auch ganz klar sagen. Davon profitiert jedes einzelne Kind, das jetzt zwei Wochen an einer Ferienbetreuung teilnehmen kann und vorher konnte es nur an einer Woche teilnehmen. Ich finde, das ist schon eine tolle Sache.

Natürlich, der Zoeeintritt. Das ist uns allen nicht leicht gefallen, dass wir hier einen Betrag eingeführt haben. Aber wir haben gleichzeitig auch die Möglichkeit geschaffen, z. B. im Kinderpass für 5 Euro eine Kinderjahreskarte zu erwerben. Wenn Sie sich überlegen, dass der normale Kindereintritt 5 Euro beträgt und diese Kinder jetzt für 5 Euro das ganze Jahr in den Zoo gehen können, dann ist das doch eine faire Sache. Ich möchte das einfach noch einmal betonen, dass hier keiner von uns eine soziale Kälte einführen möchte, sondern dass wir da auf einer Linie sind und uns dieses Thema sehr wichtig ist. Wir werden heute die Anträge ablehnen.

Stadträtin Melchien (SPD): Der Karlsruher Pass und Karlsruher Kinderpass ist ein Herzensanliegen des Gemeinderates, nicht nur der SPD-Fraktion. Das eint diese Wortbeiträge, die jetzt gefallen sind, auch. Im Juli haben wir zum letzten Mal Veränderungen vorgenommen. Sie wurden bereits beschrieben. Einige haben sie abgelehnt und als Kürzung deklariert. Auch in der Öffentlichkeit. Da brauchen wir uns nicht darüber wundern, was dann auch in der Öffentlichkeit ankommt. Richtig ist, 5 Euro Eigenbeitrag für die Jahreskarte im Zoo, weniger als 50 Cent im Monat, darauf haben wir uns tatsächlich in einer Fortentwicklung geeinigt, um Potential zu haben, um den Karlsruher Pass und Kinderpass noch weiter auszuweiten. Wir haben die Ferienbetreuung auf eine 2/3-Bezuschussung verändert. Was das für finanzielle Konsequenzen hat, wissen wir alle noch nicht, weil wir nicht wissen, wie viel eingereicht wird. Aber richtig ist, 2/3 werden bezuschusst. Und da gibt es keine Obergrenze. Das schafft Teilhabemöglichkeiten für die betroffenen Kinder.

Von daher möchte ich durchaus noch einmal betonen, dass wir sehr wohl den Pass und Kinderpass fortentwickeln, weiterentwickeln, ihn stärken. Wer das alte Leistungsprofil wieder will, der will tatsächlich diese Fortentwicklung, diese Verbesserung nicht. Wenn wir dem KULT-Antrag zustimmen, dann schaffen wir die verbesserten Möglichkeiten bei der Ferienbetreuung wieder ab. Sonst hätten Sie sagen müssen, das alte Leistungsprofil plus die Verbesserungen, die wir gefunden haben. Das haben Sie so nicht geschrieben.

Eine Weiterentwicklung ist sicher sinnvoll. Die SPD ist immer bereit, auch daran mitzuwirken. Allerdings werden wir im Fachausschuss diskutieren, inwieweit eine Ausweitung möglich ist, welche Konsequenzen sie hat. Das machen wir auch sehr gerne in der Zukunft.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wir schließen uns dem Antrag von KULT an und sind der Meinung, dass der Karlsruher Pass und der Kinderpass nicht weiterentwickelt sondern abgebaut wurde. Wir waren zwar mit einer minimalen Erhöhung der Eigenbeteiligung einverstanden, halten allerdings – wie wir schon gesagt hatten – die beschlossene für zu hoch. Das gilt insbesondere für die Preise der Bädersaisonkarten und für die VHS-Kurse.

Ein Beispiel: Eine Familie, bestehend aus einer alleinerziehenden Mutter und zwei Kindern, muss jetzt fast 60 Euro für die Bädersaisonkarten bezahlen. Das ist mit Arbeitslosengeld-II-Budget eben ein Problem. Wo ich ein bisschen Probleme habe, ist, wenn immer gesagt wird, man kann sparen übers Jahr. Ich höre das aus beruflichen Gründen ständig. Dann können Arbeitslosengeld-II-Bezieher dafür sparen und dafür und dafür, für ein Kinderbett, für ein Fahrrad für die Kinder, für die Monatskarte da und für den

Eintritt dort. Man kann über das Jahr sparen, aber nicht für alles. Es geht nicht. Da sind 60 Euro z. B. zu hoch. Deswegen schließen wir uns der KULT an.

Stadtrat Jooß (FDP): Wir schließen uns natürlich der CDU an. Ich denke, wenn wir heute schauen, was die Kinder bekommen, kommen sie doch noch lange nicht zu kurz. Sie sollten einmal schauen, wie viele Bürger die essen. Das ist auch nicht zu teuer.

(Stadtrat Wohlfeil/KULT: Keiner von Hartz IV, glauben Sie mir das!)

Und wie viele Handys die haben.

(Stadtrat Dr. Fischer/KULT: Das ist Unsinn!)

- Das ist überhaupt kein Unsinn, sondern ich sehe täglich, dass Kinder das in Anspruch nehmen.

Stadtrat Wenzel (FW): Der Karlsruher Kinderpass ist ein Erfolgsmodell, das in beide Richtungen geht. Es ist ein Signal dieses Gemeinderates an die Bedürftigen, dass wir Leistungen tragen. Es ist auch ein Signal, dass Karlsruhe eine Stadt ist, in der Menschen willkommen sind, die sich nicht immer nur Bürger leisten können. Der KULT-Antrag zeigt, das hat auch Lüppo Cramer deutlich gemacht, wenn man ihn falsch verkauft oder es so darstellt, als ob wir hier kürzen, dass wir dann gewisse Bevölkerungskreise dahin treiben, wo sie denken, es geht ihnen besser. Deshalb ist dieser Antrag genau richtig. Es haben auch alle Redner gesagt, der Karlsruher Kinderpass ist wichtig. Wir unterstützen ihn. Aber wir sollten auch das Signal geben, dass wir daran nichts ankreiden. Deshalb unterstütze ich auch den Antrag der KULT.

Bürgermeister Lenz: Lassen Sie mich erst einmal grundsätzlich feststellen, dass wir diese Philosophiedebatte – dafür bedanke ich mich – in den Fachausschüssen des Gemeinderates dieses Jahr hatten. Deswegen noch einmal ganz kurz zur Erinnerung: Wir schaffen mit dieser Philosophie der freien Entscheidung nicht nur, dass Arme unserer Stadt selbst entscheiden können, gehe ich lieber ins Bad, kaufe ich mir das Sozialticket, und wie oft tue ich das. Sondern es bedeutet für die finanzielle Seite unseres Haushaltes, dass es über ein Jahrzehnt jetzt ein atmendes System ist, wo immer mehr Ausgaben logischerweise die Folge waren. Insofern machen wir auf keinen Fall auf dem Rücken der Armen eine gewisse Sparpolitik, wie es hier schon genannt wurde, sondern wir sind immer bereit, draufzusatteln. Das ganze nennt sich dann im Verwaltungsdeutsch „überplanmäßige Ausgabe“.

Nehmen wir das Beispiel Sozialticket. Da laufen wir auf einen öffentlichen Anteil von 2 Mio. Euro zu. Wenn Sie jetzt die gesamte Summe sehen, dann kommen wir mit Bildungs- und Teilhabepaket, Kinderpass, Sozialpass auf 5,2 Mio. Euro. Das ist die Größenordnung der Bezuschussung unserer Bäder operativ, der Sportförderung insgesamt. Worum es uns geht, ist weiterhin, den Armen die Entscheidung zu belassen. Deswegen werden die Mittel auch weiterhin steigen. Das nur zur Klarstellung.

Seit diesen Tagen gestalten so gut wie alle direkten Anrainerkommunen die Sozialregion mit, d. h. Bruchsal, Bretten, Rheinstetten, Ettlingen ist im Gespräch, gestern hat der

Kollege Abbas mit Malsch gesprochen. Dieses Modell ist bundesweit einmalig, dieses atmende System, dass die Ausgaben nicht gekoppelt, nicht beschränkt sind. Und denken Sie daran, wie war es denn die vergangenen 40 Jahre, bevor wir das System hatten: einzelne Tickets, dann waren sie aufgebraucht, dann haben welche den ÖPNV gehabt, brauchten das nicht. Sie haben Zootickets gehabt, brauchten sie auch nicht. Und es war reglementiert.

Für diese Flexibilisierung noch ein Letztes: Als das Bundes- und Teilhabepaket eingeführt wurde, zeigen Sie mir diese Städte und Gemeinden, die dann ihren Sozialpass nicht weiterentwickelt haben, so wie wir, sondern die das Geld dem Haushalt zugeführt hatten und dann gesagt haben, wunderbar, der Bund übernimmt es.

Natürlich entwickeln wir weiter. Wir sind jetzt gerade mit dem Sportkreis, mit den Sportvereinen im Gespräch. Das war ein Anliegen vom Juli. Sie sehen, im November sind wir schon auf dem Weg. Herzlichen Dank.

Stadtrat Cramer (KULT): Ich möchte einfach noch einmal etwas richtig stellen, was die Kollegin Melchien jetzt schon zum zweiten Mal hier kolportiert, im Sommer auch schon, wenn wir sagen, wir wollen keine Kürzung, dass wir dann zum alten Leistungsprofil zurückgehen. Das ist natürlich Unsinn. Es geht darum, wir wollen ein ungekürztes Leistungsprofil. Darum geht es. Natürlich müssen Sie das so sagen als SPD-Fraktion, denn sonst haben Sie Probleme, in Ihr Klientel diese Entscheidung zu bringen.

Es war die SPD, die vor Jahr und Tag – jetzt spreche ich Sie an, Herr Pfalzgraf – dafür gesorgt hat, dass der Karlsruher Pass abgeschafft wurde. Um nicht ganz dumm dazustehen, hat man dann den Kinderpass eingerichtet. Es war jahrelange harte parlamentarische Arbeit unserer Vorgängerfraktion, dass letztendlich doch wieder eine Mehrheit dafür war, den Karlsruher Pass einzurichten. Gott sei Dank hat man damals dann den Karlsruher Kinderpass nicht wieder abgeschafft. Es ist einfach nicht die richtige Politik. Sie wissen es. Stimmen Sie heute ab. Das Thema wird uns in den nächsten Jahren weiter begleiten.

Der Vorsitzende: Ist jetzt allen klar, worüber abgestimmt wird? Dann kommen wir zur Erledigung der Abstimmungen.

Antrag Nr. 113 KULT: 17 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 114 Die Linke: Da gibt es auf der linken Seite 2 Zustimmungen, 9 Enthaltungen, der Rest über das Haus ist Ablehnung. Damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 115 Die Linke: Da gibt es wiederum dasselbe Ergebnis, 9 Enthaltungen, 2 Zustimmungen, der Rest **Ablehnung**.

Damit kommen wir zu den Anträgen auf der **S. 241**.

Antrag Nr. 116 (S. 241): Nichtsesshaftenhilfe durch SozPädAl, Rücknahme der Kürzung (GRÜNE, KULT)

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Im Sinne der haushaltspolitischen Schwerpunktsetzung der GRÜNEN wollen wir die Ärmsten unserer Gesellschaft unterstützen und auf diesem Gebiet vor allem kleine Träger, die kaum die Chance haben, Gelder umzuschichten. Das ist schon mehrfach angesprochen worden.

Auch wenn ich nicht katholisch bin und jetzt kein Papst-Fan, finde ich es doch sehr beeindruckend, was der Papst gerade gemacht hat, nämlich Tausende von Wohnungslosen zu sich einzuladen und damit auch 600 Wohnungslose aus Deutschland. Das fand ich eine großartige Sache. Damit hat er ein Zeichen gesetzt und zum Ausdruck gebracht, dass er auf der Seite der Ärmsten steht.

Das Besondere bei SozPädAl ist nicht nur, dass SozPädAl die Wohnungslosen wieder in eine Wohnung bringt, sondern dass sie z. B. im Tagestreff für Frauen eine Möglichkeit schaffen, dass sich wohnungslose Frauen oder auch Frauen, die untergebracht sind, da treffen können, Unterstützung bekommen, dass sie wieder integriert werden, kleine Jobs annehmen. Und, was wir auch für besonders wichtig halten, da sind auch Kinder dabei. Es sind viele Kinder, die in den Tagestreff für Frauen gehen und Unterstützung bekommen. Die Frauen bekommen auch Unterstützung in der Erziehung, im richtigen Umgang mit ihren Kindern.

Aus all diesen Gründen dieser Antrag.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wie bereits beim vorhergehenden Antrag zu diesem Thema, haben wir auch versucht, hier sinnvoll vorzugehen. Wir sind bei den 4,5 %. Dabei bleiben wir auch in diesem Falle.

Stadtrat Cramer (KULT): Als Antragsteller möchte ich noch einmal bei diesem Antrag, der für SozPädAl letztendlich unterschiedliche Dinge beinhaltet, auf eine Einrichtung eingehen. Das ist TafF, der Tagestreff für Frauen in der Stadtmitte. Jeder, der schon einmal vor Ort war und dort mit Benutzerinnen dieser Einrichtung gesprochen und vielleicht auch eine Zigarette geraucht hat, weiß, wie wichtig es für die Frauen ist, die dort tagtäglich hingehen, die sich austauschen, die für ihre Kinder eine Unterstützung bekommen, die eine eigene Kleiderkammer dort eingerichtet haben, mit starker Unterstützung von finanzkräftigen Vereinigungen. Da wird gesehen, wie wichtig das ist. Ich denke, wir sollten heute hier eine Mehrheit finden für diesen Antrag, der natürlich mehrere Bereiche umfasst, aber vielleicht doch beim Abstimmungsverhalten TafF vor Augen führt.

Stadtrat Wenzel (FW): Meine Unterstützung, denn Lüppo Cramer sagt es, TafF. Wer es kennt, weiß, dass wir da nicht sparen sollten, denn das ist wirklich geleistete Sozialhilfe am Objekt, wenn man das sagen darf.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Wir sind bei 29 Ja-Stimmen, das ist die **Mehrheit**.

Antrag Nr. 117 (S. 241): Eingliederungshilfen: Aufstockung Fallpauschale pädagogische Hilfe von 460 Euro/Monat auf 560 Euro/Monat (KULT)

Antrag Nr. 118 (S. 241): Eingliederungshilfen: Flexible Verwendung pädagogische und begleitende Hilfe (KULT)

Stadtrat Braun (KULT): Es sind für Kinder mit Behinderung, die einen Regelkindergarten besuchen, begleitende und pädagogische Eingliederungshilfen. Die Pauschalen für die pädagogischen Hilfen müssen jedoch stetig überdacht werden, wurden sie jedoch seit vielen Jahren nicht mehr. Heilpädagogische Anbieter werden trotzdem stetig teurer. Werden die Pauschalen also nicht an die Kostensteigerungen angepasst, kommt de facto weniger Geld beim Kind an. Das kann es nicht sein.

Denn diese betroffenen Kinder haben ein Anrecht auf vollumfängliche Inklusion. Es ist Zeit, die Pauschalen endlich wieder an die tatsächlichen Umstände anzupassen, wenn wir die Eltern nicht noch mehr als ohnehin schon belasten wollen. Aktuell liegen die Pauschalen für pädagogische Hilfen noch unter dem Niveau der Städte in der Region. Zusätzlich halten wir es für richtig, dass Eltern die Gelder für pädagogische und begleitende Hilfen je nach Bedarf flexibel verwenden können. Dies wäre ohne Mehrausgaben zu realisieren.

Aktuell zahlen wir maximal 390 Euro im Monat für die begleitende Hilfe aus. Diese Summe deckt allerdings nicht einmal zur Hälfte die Kosten für beispielsweise eine FSJ-Kraft, die in vielen Fällen zur Umsetzung der begleitenden Hilfe notwendig ist. Es kann auch nicht der richtige Weg sein, Kitas aus Kostengründen nahezulegen, einfach weitere behinderte Kinder aufzunehmen, weil dies oftmals an den Möglichkeiten der Einrichtungen sowie an den Bedarfen der Kinder vorbeigeht. Die Bedarfe der behinderten Kinder sind sehr individuell. Wenn nun ein Kind hohen Bedarf an der pädagogischen Hilfe, weniger aber an der begleitenden Hilfe hat oder anders herum, sollte es ihm möglich sein, flexibel mit den Pauschalen umzugehen.

Vor allem auch, weil keine Mehrausgaben zustande kämen, können wir keinen Grund sehen, dem Antrag heute nicht zuzustimmen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir schließen uns in dem Fall der Antwort der Verwaltung an. Denn hier wird auch deutlich geschrieben, im Vergleich mit anderen Städten und Landkreisen in Baden-Württemberg garantiert die Stadt Karlsruhe ein hohes Leistungsniveau im Rahmen der Kindergartenintegration. Das sehen wir ebenso. Deswegen wäre kein Sachgrund vorhanden für eine Anhebung der Pauschale. Das gleiche bezieht sich auch auf den nächsten Antrag, den wir ablehnen.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich habe eine Nachfrage. Es wurde gerade von Stadtrat Braun gesagt, dass es keine Mehrausgaben nach sich zieht. Laut unserer Information sind die durchaus im sechsstelligen Bereich. Das macht natürlich einen Unterschied für die Frage, wie wir hier abstimmen.

Ganz grundsätzlich finde ich es wichtig, dass die Verwaltung diese Fallpauschalen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls anpasst. 2003 ist schon eine lange Zeit her. Da

würden wir durchaus die Verwaltung bitten, das zu überprüfen. Jetzt wurde uns aber gezeigt, wir liegen durchaus im Mittelfeld. Von daher können auch wir die Antwort der Verwaltung nachvollziehen und denken, einer pauschalen Erhöhung um 50 oder 100 Euro, die Mehrkosten im sechsstelligen Bereich nach sich zieht, können wir nicht so locker zustimmen. Das sollte man vielleicht einmal im Ausschuss dargestellt bekommen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir GRÜNEN halten die beiden Anträge der KULT-Fraktion für berechtigt. Wir hatten das Thema schon einmal im Jugendhilfeausschuss gebracht. Dort wurden uns auch die Zahlen aufgezeigt. Ich hatte auch Gespräche mit der Trägerkonferenz der Kindertagesstätten geführt. Es ist in der Tat so, dass die pädagogischen Hilfen mit 460 Euro pro Kind dann ausreichen, wenn eine Einrichtung mehrere behinderte Kinder aufnimmt, z. B. der Kindergarten der Lebenshilfe. Der inklusive Kindergarten kommt mit diesen Pauschalen sehr gut zurecht. Bei anderen Kindergärten ist es in der Tat schwierig.

Wir könnten heute zustimmen, wenn Sie sich bereit finden würden, 50 Euro zusätzlich zuzustimmen. Es ist in der Tat so, bei 100 Euro würden wir uns an die Spitze aller Städte stellen. Der Sprung angesichts der hohen Kosten erscheint uns doch, ohne dass wir das Thema noch einmal detailliert weiterverfolgen, zu hoch. Aber bei 50 Euro zusätzlich würden wir uns dann quasi den Städten nähern, die tatsächlich schon höhere Fallpauschalen bezahlen.

Was die begleitenden Hilfen anbelangt, wo jetzt nicht die pädagogischen fachlich qualifizierten Kräfte erforderlich sind, da ist die Flexibilisierung sehr wichtig. Deshalb stimmen wir dem Antrag natürlich auf jeden Fall zu. Aber bei den pädagogischen Hilfen ist es in der Tat so, dass im Schnitt eine höhere Summe erforderlich ist, damit die Einrichtungen auch wirklich qualifizierte Kräfte beschäftigen können. Denn die sind die Voraussetzung, dass dann die Inklusion tatsächlich gelingen kann. Also unser Angebot: Zunächst einmal der nächste Schritt mit 50 Euro.

Stadtrat Cramer (KULT): Meine Fraktion würde dann ihren Antrag im Original so nicht mehr zur Abstimmung stellen wollen, sondern wir würden dem Antragsvorschlag der GRÜNE-Fraktion folgen.

Bürgermeister Lenz: Ich kann es kurz machen. 154 Kinder sind betroffen. Die ursprünglich beantragte Erhöhung würde pro Jahr 184.000 Euro ausmachen, wenn Ihr ursprünglicher Antrag zum Tragen käme.

Der Vorsitzende: Wenn Sie es auf 50 Euro reduzieren, ist es dann vermutlich die Hälfte.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Antrag Nr. 117 ist dahingehend verändert, dass es nicht auf 560 Euro sondern auf 510 Euro pro Monat erhöht wird. So habe ich das jetzt verstanden. Da bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Dann habe ich 16 Zustimmungen, 1 Enthaltung. Das ist mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag Nr. 118, flexiblere Verwendung: Das sind 16 Zustimmungen und 1 Enthaltung. Der Rest ist **Ablehnung**.

Anträge 119 a/119 b (S. 241): Diakonische Suchthilfe Mittelbaden – Erhöhung Betriebskostenzuschuss für Suchtberatungsstelle (Die Linke, Bürger/Einwohner)

Stadträtin Zürn (Die Linke): An diesem Beispiel der Diakonischen Suchthilfe können wir sehen, was passiert, wenn sich Einrichtungen an uns wenden und wenn sie uns schildern, was bei ihnen so los ist, wo Bedarf besteht. In diesem Fall geht es darum, dass eine Einrichtung für eine Beratungsstelle neue Räumlichkeiten suchen muss und weiß, die Lage in Karlsruhe ist so, wenn sie keine Unterstützung von uns bekommen, werden sie schwerlich geeignete Räume finden. Dieses Beispiel der Suchtberatungsstelle ist nur eines von vielen. Manche der Einrichtungen, wie z. B. IKARUS, SozPädAl oder Pro Familia habe es geschafft, uns mit ihrer guten Öffentlichkeitsarbeit zu informieren und uns anschaulich vor Augen zu führen, wie die Situation ist. Andere Einrichtungen haben das so in der Form nicht geschafft. Das heißt aber nicht, dass ihr Anliegen weniger dringlich ist.

Ich möchte mit diesem Hinweis nicht nur unsere Zustimmung zu diesem Bürgerantrag der Suchthilfe begründen, sondern auch die folgenden, wo die Informationen nicht so geflossen sind, wo wir aber denken, diese Zuschüsse sind genauso wichtig. Das betrifft z. B. die Forderung, das Projekt Quereinsteiger weiterzuführen, die Teilzeitausbildung für Mütter und Väter und anderes mehr, auch Erhöhung des Zuschusses an den Hebammenverband, also auch diese anderen Anträge, bei denen Sie sehen, wir wollen und können uns nicht dafür entscheiden, nur die Einrichtungen zu unterstützen, die uns erreicht haben, sondern wir unterstützen auch die anderen. So ist unsere Zustimmung hier zu verstehen. Damit möchte ich weitere Anträge aus diesem Bereich dann nicht mehr begründen.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. Wir sind bei Antrag Nr. 119 a. - Das sind 7 Zustimmungen, der Rest ist **Ablehnung**.

Antrag Nr. 119 b: Das dürfte ähnlich sein. - 7, die zustimmen, der Rest ist **Ablehnung**.

Wir kommen damit auf die **S. 244**.

Antrag Nr. 120 (S. 244): Grundausrüstung für Schwangere und Kinder unter einem Jahr – Erhöhung auf das Niveau von 2016 (Die Linke)

Die Antragsteller möchten nicht sprechen. Dann können wir gleich abstimmen. - Dann haben wir 7, die dafür sind, der Rest ist **dagegen**.

Wir kommen zur **S. 247**.

Antrag Nr. 121 (S. 247): Einstellung der Verteilung der Rechtsfibel an Karlsruher Schulen, Weiterführung als App (CDU)

- Ist **erledigt**.

Antrag Nr. 122 (S. 247): Kinder- und Jugendtreff Bürgerzentrum Südstadt: Aufstockung Personal um 0,25 Stellen (KULT)

Dem Antragsteller war wichtig, dass hier eine Zuschussaufstockung gemeint ist im Wert von einer Viertelstelle. Damit das auch korrekt hier so wiedergegeben ist.

Stadtrat Cramer (KULT): Ganz kurz. Die Antwort der Verwaltung ist absolut positiv. Sie zeigt detailliert auf, welche Arbeit dort gemacht wird. Ich denke, diese Einschätzung der Antwort wurde vom Fachdezernat gemacht. Die Schlussfolgerung der Antwort wurde natürlich richtigerweise, verständlicherweise, akzeptierterweise vom – wie es immer ist – zuständigen Finanzdezernat gemacht. Wir plädieren trotzdem dafür, dass man hier diesen Antrag mitträgt.

Nur ein Wort: Wer – auch da sage ich es noch einmal – die Arbeit vor Ort kennt, weiß, wie wichtig es ist, vor allem, wenn man daran denkt, dass 80 % der Kinder und Jugendlichen, die dort schon seit vielen Jahren betreut werden, Migrationshintergrund haben, türkischen Migrationshintergrund haben – ich sage es hier so deutlich -, und diese Kinder nicht so die Notwendigkeit haben, in türkische Vereine zu gehen, wo vielleicht doch Dinge vermittelt werden, die wir Politiker hier in der Stadt nicht optimal finden. So möchte ich es einmal vorsichtig ausdrücken. Dort wird dem etwas entgegen gesetzt. Hier werden einfach die westeuropäischen Werte vermittelt und angenommen. Von daher ist es eine wichtige Arbeit, die diese Unterstützung verdient.

Stadtrat Döring (CDU): Die CDU-Fraktion folgt der Stellungnahme der Verwaltung, einfach aus dem Grund, wir sind hier angetreten, um unseren Haushalt auf solidere Beine zu stellen.

(Stadtrat Dr. Fischer/KULT: 35 Mio. Euro Gewinn!)

- Ja, genau. Aber es geht hier auch um einen gewissen Grad der Gleichbehandlung.

(Weiterer Zuruf **Stadtrat Dr. Fischer/KULT; der Vorsitzende:** Herr Stadtrat, lassen Sie den Kollegen bitte ausreden!)

Wir müssen hier Einschnitte hinnehmen. Da hält es auch meine Fraktion für nicht richtig, hier keine Zuschusserhöhung vorzunehmen. Wir haben es vorhin in der Debatte gesehen. Wir versuchen, Härten zu vermeiden, die auch in niedrigeren Bereichen liegen. Da finden wir, dass eine Zuschusserhöhung an eine bestimmte Organisation nicht gerechtfertigt ist. Daher werden wir den Antrag ablehnen.

Stadtrat Zeh (SPD): In der Südstadt werden vom Stadtjugendausschuss zwei Einrichtungen betrieben, sowohl in der zentralen Südstadt, wie auch im Bürgerzentrum. Letztendlich hat sich auch die Schullandschaft in der Südstadt verändert. Sowohl die neue Schule am Wasserturm ist inzwischen Ganztagesgrundschule, als auch die Nebeniusrealschule ist inzwischen Ganztagesrealschule. Ich muss zugeben, ich war länger nicht in dieser Einrichtung. Ich weiß nicht ganz genau, woher die Betreuten kommen. Aber wenn man genau hinschaut, es gibt Mittagessen und Nachmittagsbetreuung. Es ist fast

schon eine hortähnliche Einrichtung. Wir sollten auch über solche Einrichtungen mit einem Gesamtkonzept - wie sieht die Betreuung der Zukunft aus – weiterdiskutieren.

Die Arbeit wird als gut geschildert. Das kann ich zweifellos auch unterstreichen. Sie machen wirklich gute Arbeit. Wir wollen jetzt doch für diesen Doppelhaushalt diese Zuschüsse erweitern und werden dem Antrag zustimmen.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wir werden ebenfalls dem Antrag von KULT zustimmen. Ich möchte mich auch der Argumentation von Lüppo Cramer anschließen. 80 % Kinder mit Migrationshintergrund, das ist schon eine Besonderheit in Karlsruhe. Aufgrund unserer Gespräche mit der Einrichtung haben wir den Eindruck gewonnen, dass dort sehr offen diskutiert wird über Religion, über das Thema Demokratie, Wertschätzung. Deswegen sind wir für eine Aufstockung für den Treff in der Südstadt.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen, die mir signalisiert wurden. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. - 26 Ja-Stimmen, damit eine **Mehrheit** für den Antrag.

Antrag Nr. 123 (S. 247): Rhythmisierung der Verleihung des Preises „Mensch gut gemacht“ (CDU)

- Ist erledigt.

Anträge 124 a/124 b (S. 247): Straßensozialarbeit in der Südstadt (GRÜNE, KULT)

Stadtrat Pinter (GRÜNE): Anfang August erhielten wir einen Brandbrief von einem besorgten Einwohner in der Südstadt - wir, das sind alle Fraktionen und die Stadtverwaltung -, in dem er eine dramatische Verschlechterung der Situation am Werderplatz beklagt. Danach hat die Zahl der Betrunkenen stark zugenommen. Es sind dort anscheinend rivalisierende Männergruppen unterwegs, mitunter mit lauten und unguten Auseinandersetzungen. Zunehmend werden harte Drogen konsumiert und mit Drogen gehandelt, Spritzen liegen herum. Die negativen Verhältnisse haben sich nach der Verlegung des Polizeipostens verstärkt.

Das war für uns Anlass gewesen, vor Ort Informationen einzuholen, so beim Polizeiposten, der Bürgergemeinschaft, Vesperkirche und Straßensozialarbeiter. Unsere Informationen ergaben, dass die Situation zwar nicht so dramatisch ist, wie die Schilderung in diesem Schreiben, aber in der letzten Zeit haben sich die Verhältnisse dort deutlich verschlechtert.

Zwei Hauptursachen für die Verschlechterung konnten wir feststellen: Eine deutliche Zunahme von Besuchern am Werderplatz durch eine Gruppe Osteuropäer, die allerdings Bewohner der Südstadt sind, was mit den anderen Personen dort zu Reibereien führt. Und eine Verstärkung der Drogenszene mit zunehmender Verwahrlosung der Sitten, u. a. Herumliegen von Spritzen.

Unser Antrag zielt auf die Entschärfung der Sozialprobleme ab, durch Anhebung der Stellen der beiden Sozialarbeiter von jetzt 0,75 Stellen auf 1 volle Stelle, also insgesamt um lediglich eine halbe Stelle. Wir versprechen uns davon eine deutliche und dauerhafte Entspannung der Gruppenrivalität und deren unguten Begleiterscheinungen. Diese sind für die Bewohner und Geschäfte ein sehr ärgerlicher Störfaktor und sind durch ordnungspolitische Maßnahmen nur kurzzeitig zu beheben. Die Kosten schätzen wir mit 30.000 Euro wahrscheinlich viel zu hoch ein. Sie werden geringer sein. Bis zum Vorliegen der neuen Konzeption ist für uns ein Sperrvermerk hierfür auch denkbar. Jetzt hoffe ich sehr auf Ihre lebhafteste Zustimmung.

Stadtrat Döring (CDU): Wie die Antragsteller zu Recht bezeichnet haben, hat sich die Situation am Werderplatz verschlechtert. Es kommt vermehrt zu Ordnungsstörungen, vor allem dadurch, weil sich das Klientel am Werderplatz gewandelt hat. Das hat – das wissen alle, die auch vor Ort leben – viele Gründe. Es ist aber auch so, dass das neue Klientel, das diese Ordnungsstörung vor Ort verursacht, meistens nicht für die Straßensozialarbeit zugänglich ist. Es ist wirklich so. Sie sind nur schwer zu erreichen. Es ist auch ein Klientel, das schlecht mit Zuckerbrot zu locken ist.

Insofern halten wir die Maßnahme, die die GRÜNE-Fraktion hier vorschlägt, für nicht geeignet, um wirklich an dieses Problem strukturell heranzugehen. Deswegen – das sieht die CDU-Fraktion genauso – werden wir beide Anträge ablehnen. Wir sehen Straßensozialarbeit in diesem Zusammenhang als wichtigen Bestandteil, die dort auch durchgeführt werden muss. Wir sehen aber, dass der jetzige Anteil, der vorherrscht, vollkommen ausreichend ist. Wir sollten dieser Straßensozialarbeit auch diesen Raum und diese Finanzmittel geben. Aber wir sollten nicht alle Streetworker als Allheilmittel gegen Ordnungsstörung oder jede Ersatzmaßnahme für Ordnungsmaßnahmen heranziehen. Denn das ist faktisch nicht der Fall. Was dort hilft, ist Präsenz. Da werden wir natürlich später noch dazu kommen, wie wir das alles verbessern wollen.

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Oberbürgermeister, Sie waren selbst bei der Bürgerversammlung in der Südstadt anwesend, wo das Thema doch sehr heftig diskutiert worden ist, den breitesten Raum auch fast eingenommen hat. Ich war noch im Sanierungsbeirat Südstadt, wo es damals auch schon um die Frage der Gestaltung und der Aufenthaltsqualität des Werderplatzes für verschiedene Personengruppen ging. Es gab verschiedene Kompromisse von den Leuten am Werderplatz. Herr Kern war dort ein sehr gut bekannter, sehr gut verankerter Sozialarbeiter. Er hat letztes Jahr leider diese Stelle gekündigt, sich anderen Aufgaben gewidmet. Natürlich ist dadurch die gewisse Unruhe auch am Werderplatz zu sehen. Denn auch ein Sozialarbeiter muss erst Kontakte aufbauen, Vertrauen schaffen bei dem Klientel dort.

Es ist ein Gesamtkonzept für den Werderplatz notwendig, das sowohl aus KOD wie auch aus Streetwork besteht. Das muss auch entsprechend an runden Tischen und in Fachausschüssen weiter bearbeitet werden. Streetwork gehört für uns unabdingbar dazu. Die Diakonie macht dort gute Arbeit. Ich bin auch überzeugt, dass die neu eingestellten Kräfte bald wieder Kontakte finden. Letztendlich – Herr Döring hat es angesprochen – gibt es dort sprachliche Barrieren, unterschiedliche Voraussetzungen. Da ist sicherlich durch Schließung von Drogenpraxen ein gewisser Druck mehr auf den Brennpunkt Werderplatz gegangen.

Wir werden die Situation weiter beobachten müssen. Die Diakonie ist mit 132.000 Euro für Streetwork für den Werderplatz ausgestattet. Das ist schon einmal ein guter Ansatz. Wir werden offen sein, wenn mehr Bedarf da ist. Aber heute lehnen wir die Anträge zum Haushalt ab.

Stadtrat Cramer (KULT): Die Analysen von Herrn Döring und von Herrn Zeh waren im Grunde genommen – da gibt es nichts zu meckern – richtig. Nur die Schlussfolgerung sieht meine Fraktion so nicht. Herr Döring hat eine Ankündigung gemacht, die später dann noch einmal diskutiert werden wird. Offensichtlich sieht – ich nehme das jetzt einmal voraus – die CDU insbesondere da eine ganz andere, härtere Linie vor, wie man auch mit der neuen Klientel umgehen soll.

Natürlich ist es schwierig, Herr Kollege Zeh. Das ist richtig. Aber gerade das heißt doch, dass man umso mehr sich kümmern muss, dass man umso mehr Gelder und Personal hineingeben muss. Wenn ich dann höre, die Diakonie will das gar nicht, die hat andere Schwierigkeiten, okay. Aber es geht nicht um die Diakonie. Die Diakonie hat gar nicht zu bestimmen, was dort passiert. Wir haben zu bestimmen. Wir als politisches Gremium und letztendlich die Stadtverwaltung hat zu bestimmen, wollen wir dort ausreichende Sozialarbeit oder wollen wir es nicht. Wenn die Diakonie sagt, sie wollen das nicht machen - das ist ihr gutes Recht -, dann muss man andere Träger finden. Entweder eigene, städtische Menschen, die das übernehmen oder einen anderen Träger.

Es ist klar, die Situation hat sich verschärft. Die Bevölkerung dort fühlt sich nicht ausreichend in ihren Ängsten mitgenommen. Für meine Fraktion kann das nur bedeuten: Präventive Arbeit stärken, Sozialarbeit stärken und nicht andere Dinge meinen stärken zu müssen.

Stadtrat Jooß (FDP): Michael Zeh hat es wirklich sehr gut analysiert. Er war auch bei der Bürgerversammlung. Wer dort drin gesessen ist und gehört hat, was am Werderplatz los ist und wie die Bürger stehen, sieht dringenden Handlungsbedarf. Aber nicht nur im sozialen Bereich, sondern auch im ordnungspolitischen Bereich, wie schon gesagt wurde. Einer allein kann das nicht machen. Wir wollen deswegen ein Gesamtkonzept, wie es auch schon im Sozial- und Jugendhilfeausschuss angesprochen wurde. Abhelfen würde eventuell sogar unser Ordnungsdienst, der hier dringend einschreiten müsste. Deswegen auch ein Hinweis auf unseren Antrag Erhöhung des kommunalen Ordnungsdienstes.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Es gibt Menschen, die haben im Werkzeugkasten nur einen Hammer. Dann ist immer der Hammer die Lösung. Andere haben nur eine Beißzange drin. Dann ist die Beißzange die Lösung. So gehen wir an den Werderplatz heran. Die einen brauchen eine Ordnungspolitik, die anderen brauchen Sozialarbeiter. Dem GRÜNEN-Antrag können wir durchaus zustimmen, dass hier noch aufgerüstet werden kann. Aber wir brauchen eine Gesamtschau für das ganze Geschehen. Das ist nicht ordnungspolitisch und nicht nur sozialpolitisch mit Sozialarbeitern zu lösen. Es braucht mehrere Faktoren, die mit hineingedacht werden. Dann macht es erst Sinn, wirklich zu investieren. Deswegen ist dieser Sperrvermerk beim GRÜNEN-Antrag sehr sinnvoll. Deswegen noch einmal meine Werbung für ein Gesamtkonzept. Wir haben schon eine

Anfrage gestellt. Dazu werde ich noch etwas sagen, denn die Bürgerinnen und Bürger in der Südstadt müssen wirklich mitgenommen werden. Die sind über 30 oder 40 Jahre in einer Situation drin. Da muss etwas neu werden.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Im Sinne des Werkzeugkastens zwei Werkzeuge, nämlich das Werkzeug Polizei und das Werkzeug Sozialarbeit. Ich nenne einmal einen Polizisten, den Leiter der Kripo Karlsruhe, der im öffentlichen Hauptausschuss in der letzten Woche klar erklärt hat, für wie wichtig er Sozialarbeit am Werderplatz hält. Mehr muss ich zu dem Thema nicht sagen.

Stadtrat Wenzel (FW): Es ist schon einmal gut, dass erkannt wird, Herr Oberbürgermeister, dass wir eine solche Problemzone hier haben. Die Bürger leiden schon eine ganze Weile. Natürlich, Sozialarbeit ist ein Baustein. Aber ich denke, an diesem Platz wird das nicht reichen. Deshalb zum Antrag der GRÜNEN schon einmal Zustimmung. Aber wir werden nachher über das Thema KOD noch diskutieren müssen, in welche Richtung es geht. Ich denke, der Aspekt, was auch Kollege Cramer gesagt hat, man muss etwas machen, sollte uns einfach nur in den Ohren bleiben für die späteren Diskussionen.

Der Vorsitzende: Ich möchte der staunenden Öffentlichkeit dort oben dennoch versichern, dass uns der Südstadt-Werderplatz schon länger bekannt ist. Es gibt dort schon Straßensozialarbeit. Es geht schon jeden Tag der KOD darüber. Auch die Abfallentsorgung ist jeden Tag dort beschäftigt. Der Brunnen wird durch das Grünflächenamt in Ordnung gehalten, soweit das nicht nach wenigen Stunden wieder anders aussieht. Von daher gibt es hier ein Konzept. So sehr Sie richtigerweise von der Bürgerversammlung berichten, dass die Bürger zunehmend unzufrieden sind, weil sich Dinge verschlechtert haben, so sehr muss man auch sagen, dass die Bürger sagen, bis vor einigen Jahren hat das Konzept gut gegriffen. Jetzt wird es Schritt für Schritt schwieriger.

Wir sind gerade dabei, den Bestand zu erheben. Was sind das für Gruppen, die sich da treffen? Wie kann man an die herankommen? Das heißt, das Thema wird auf alle Fälle in den Fachausschüssen noch eine große Rolle spielen. Nur unserer Meinung nach ist die Straßensozialarbeit dort zunächst einmal ausreichend. Das ist die Haltung der Verwaltung. Es gibt dort schon eine. Wir müssen dann gegebenenfalls, wenn die Rückmeldungen kommen, noch schauen, welche Werkzeuge wir vielleicht noch etwas modifizieren oder welche Werkzeugträger wir noch zusätzlich brauchen.

Wir kommen damit zu den entsprechenden Anträgen. Das ist Antrag Nr. 124 a von den GRÜNEN, ergänzt um den Sperrvermerk, so hatte ich Sie verstanden. Das sehen Sie auch so. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind 18 dafür, das ist nicht die Mehrheit. Damit ist der Antrag Nr. 124 a **abgelehnt**.

Wir kommen zu Antrag Nr. 124 b, der Antrag der KULT-Fraktion. - Da habe ich sechs Zustimmungen, damit ebenfalls mehrheitlich **abgelehnt**.

Anträge Nrn. 125 – 126 (S. 247): Beratungsstelle für Prostituierte (CDU/SPD/GRÜNE/KULT, Die Linke)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Der Karlsruher Straßenstrich sorgte ab 2013 für eine gewisse Aufregung. Immer wieder gab es Klagen von Anwohnerinnen und Anwohnern, die befürchteten, ihre Kinder würden beim Spielen oder unterwegs von Prostituierten oder Freiern angesprochen. Die Stadt Karlsruhe hat zusammen mit der Politik vor allem mit ordnungspolitischen Maßnahmen reagiert. Gegend Elends- und Armutsprostitution kamen wir aber mit ordnungsrechtlichen Mitteln allein nicht weiter. Ordnungspolitische Maßnahmen sind nur Teillösungen und bekämpfen vor allem die Symptome des Problems. Wirklich erfolgreich könnte nur ein umfassendes Gesamtkonzept sein. Dies haben die Stadt Karlsruhe und die Politik erkannt und haben mit der Diakonie Karlsruhe ein Beratungsangebot für Menschen in der Prostitution eingerichtet. Es kommt nicht nur den meist südeuropäischen Frauen zugute, sondern auch der Karlsruher Bevölkerung. Zusammen mit den ordnungspolitischen Maßnahmen haben sich die Zustände seit 2014 wesentlich gebessert.

Die antragstellenden Fraktionen möchten dieses erfolgreiche Projekt unbedingt beibehalten und beantragen daher die nötigen Mittel für die Fortführung der Beratungsstelle für Menschen in der Prostitution.

Der Vorsitzende: Weitere Antragsteller, die dazu reden möchten, gibt es nicht. Dann können wir gleich abstimmen.

Antrag Nr. 125: Da sehe ich 3 Ablehnungen, der Rest ist **Zustimmung**.

Antrag Nr. 126 hat sich vermutlich damit **erledigt**. Wir können davon ausgehen, dass es eine ebenso breite Zustimmung gegeben hätte.

Antrag Nr. 127 (S. 250): Erhöhung des Zuschusses an den Hebammenverband Baden-Württemberg (Die Linke)

Stadtrat Cramer (KULT): Ich möchte doch dazu noch etwas sagen. Die Fraktionen – ich spreche jetzt hier für alle fünf Fraktionen – haben sich geeinigt, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Und zwar aus dem Grund, weil der Hebammenverband selber schon seine Zuschüsse in der Vergangenheit reduziert hat und mit dem eingestellten Betrag des Finanzdezernats zufrieden ist. Von daher heißt unsere heutige Ablehnung dieses Antrags nicht, dass wir die Hebammen nicht unterstützen, sondern der Hebammenverband selber will gar kein Geld. Deswegen sollten auch die Linken diesen Antrag zurückziehen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Bei 2 zustimmenden Voten, ist der Rest mehrheitliche **Ablehnung**.

Anträge Nrn. 128 – 130 (S. 250): Pro Familia – Erhöhung Betriebskostenzuschuss (CDU/SPD/GRÜNE, KULT, Die Linke)

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich darf für den gemeinsamen Antrag CDU, SPD und GRÜNE sprechen. Es geht hier um Pro Familia, die wir in unseren Vorberatungen auch im Gesamtpaket mit einer Teilkürzung versehen haben. Es hat sich aber in der Zwischenzeit aus unserer Sicht noch einmal eine Sondersituation ergeben, weil die Miete für die Räumlichkeiten der Beratungsstelle erheblich erhöht wurde. Wir sind alle der Meinung, dass eine solche Beratungsstelle sehr zentral und gut erreichbar angesiedelt sein muss. Sie alle kennen den Wohnungsmarkt. Es ist utopisch zu sagen, die könnten andere Räumlichkeiten finden mit einer geringeren Miete. Deswegen haben wir uns entschlossen, hier eine Erhöhung von 4.775 Euro zu beantragen, das wären die 5.000 Euro abzüglich der 4,5 % Kürzung.

Stadtrat Cramer (KULT): Meine Fraktion zieht ihren Antrag, was die Summe betrifft, zurück. Wir würden jetzt dem gerade begründeten Antrag der drei Fraktionen folgen und von daher unseren Antrag nicht mehr zur Abstimmung stellen.

Der Vorsitzende: Die Linken nicken mir freundlich zu. Die würden dasselbe machen.

Dann haben wir nur noch einen Antrag zu Abstimmung, Nr. 128. Da bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – 3 Ablehnungen, der Rest ist eine mehrheitliche **Zustimmung**.

Antrag Nr. 131 (S. 250): Erhöhung des Zuschusses Deutscher Kinderschutzbund – Rücknahme der Kürzung HSPKA (Bürger/Einwohner)

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Ich darf auch für die Kollegen von SPD und GRÜNE sprechen. Wir haben uns im Vorfeld sehr intensiv mit der Problematik der Kürzungen beschäftigt und haben deswegen auch, wissend, dass der Kinderschutzbund die neuen Räumlichkeiten (...) Kürzungen von 9 auf 4,5 % vorgenommen. Wir wissen sehr wohl, welche wertvolle Arbeit der Kinderschutzbund in unserer Stadt leistet. Aber wir gehen davon aus, dass diese Situation, die wir so eingestellt haben in den Haushalt, verkraftbar ist. Wenn wir wollten, könnten wir lieber etwas anderes tun, nämlich aufstocken. Aber in der derzeitigen Situation ist das so vertretbar.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. – Bei 5 Zustimmungen ist es mehrheitlich **abgelehnt**.

Ich kann Sie jetzt bitten, dass wir diese Beschlussvorlage, den ursprünglichen Tagesordnungspunkt 3, einmal herausnehmen. Das sind die Maßnahmen M39 und M40 und die entsprechenden Maßnahmen des IB, weil wir jetzt im Grunde alle Änderungen durch haben, die jetzt Einfluss auf diese Vorlage haben. Bei M39 haben Sie den Betrag erhöht durch den Antrag Nr. 116 von GRÜNEN und KULT zur Nichtsesshaftenhilfe durch SozPädAl, Rücknahme der Kürzung und bei M40 durch den Antrag SPD, GRÜNE und Linke mit der Antrags-Nr. 110. Da ging es um Erhöhung des Mietkostenzuschusses für Selbsthilfegruppe Familienkreis und bei Pro Familia – das hatten wir gerade – die entsprechende Erhöhung des Betriebskostenzuschusses durch einen gemeinsamen Antrag, dem sich dann auch die anderen Antragsteller angeschlossen haben.

Mit diesen Veränderungen, die Sie sozusagen in dieser Beschlussfassung geändert haben, würde ich jetzt die dadurch geänderte Beschlussvorlage zu M39, M40 und zu den Maßnahmen des IB zur Abstimmung stellen. Wer diesem dann so zustimmt bzw. es ablehnt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich sehe noch eine Wortmeldung.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Die Maßnahme 133 – Quereinsteiger – ist eine Maßnahme des IB, PaxxAn auch. Darüber müssen wir erst noch abstimmen.

Der Vorsitzende: Dann bin ich gerade zu schnell gewesen. Dann ziehen wir das jetzt erst einmal weiter durch.

Antrag Nr. 132 (S. 257): Mittelübertragbarkeit Gesamtkonzept Arbeit (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)

Stadträtin Fischer (SPD): Ich spreche für alle Antragsteller. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal allen Akteuren, die am Gesamtkonzept Arbeit mitgearbeitet haben, ganz herzlich danken für diese Linie, die wir hier gefunden haben, insbesondere dass wir uns alle über die Veränderungsliste schon einig waren, dass wir in diesem Bereich tätig werden wollen. Dafür bedanke ich mich für diesen großen Konsens, den wir hier hatten.

Wir waren uns auch – fachlich beraten – einig, dass wir diese Mittelübertragbarkeit brauchen. Deshalb plädieren wir auch dafür, weil die Praxis in den letzten Jahren gezeigt hat, dass wir eine flexible Handhabung brauchen, dass wir auch – weil die Beschäftigungszahlen sehr stark schwanken – die Mittelübertragbarkeit brauchen, um hier effizient tätig zu werden. Diese Verwendung lässt sich nicht im Rahmen eines Haushaltsjahres oder Rechnungsjahres immer vollziehen. Aus diesem Grund – ich will mich da gar nicht länger austauschen – wollen wir keine Anhäufung von Mitteln, sondern wir wollen den sparsamen Umgang mit den uns zur Verfügung gestellten Mitteln. Das können wir durch die Übertragbarkeit erreichen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir gleich zur Abstimmung kommen. – Bei 3 Ablehnungen damit mit großer Mehrheit **angenommen**.

Antrag Nr. 133 (S. 256): Projekt Quereinsteiger – Beibehaltung des Zuschusses von 2016 (Die Linke)

Da hat es durch die 1. Veränderungsliste schon eine kleine Veränderung gegeben. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 11 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 134 (S. 256): Projekt PaxxAn des Internationalen Bundes - Beibehaltung des Zuschusses 2016 (Die Linke)

Da bitte ich auch gleich um das Kartenzeichen. – Es gibt doch noch einen Redewunsch.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich habe keinen Redewunsch. An sich müssten für PaxxAn die Mittel erhöht worden sein. Es war eine Beratung aus dem Migrationsbeirat. Da ging

es um die Sprachförderung und die Evaluation dieser Kindersprachberichte. Inwieweit ist das geschehen?

Der Vorsitzende: Meines Wissens kann der Jugendhilfeausschuss keine Mittelerhöhung beschließen.

(Zuruf)

- Der Migrationsbeirat erst Recht nicht!

Ich lasse jetzt einmal über den Antrag abstimmen. Das können wir vielleicht noch nachher in der Mittagspause klären. Dann würden Sie erlauben, dass wir es vielleicht noch einmal aufrufen.

Jetzt stimmen wir erst einmal ab. – Es gibt 11 Stimmen dafür, der Rest ist **Ablehnung**.

Antrag Nr. 135 (S. 256): Teilzeitausbildung für junge Mütter und Väter - Beibehaltung des Zuschusses von 2016 (Die Linke)

Auch da wird gleich die Abstimmung gewünscht. Wir haben jeweils über die Veränderungsliste eine Veränderung drin. Jetzt habe ich erst gesagt, die widersprechen sich zum Teil. Wir arbeiten das jetzt so ab. – Das war eine **Ablehnung**, mit 11 Befürworterinnen und Befürwortern.

Jetzt haben wir **M39** und **M40** in der veränderten Fassung, so wie ich es Ihnen erst versucht habe darzustellen. Da bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Da gibt es 2 Ablehnungen, der Rest ist **Zustimmung**. Das ist eine überwältigende Mehrheit für die veränderte M39/M40- plus IB-Vorlage der Stadt.

Jetzt sind wir am Ende des Kapitels 5000. Jetzt ist noch ein Antrag nachgereicht worden bei Ihnen auf dem Tisch. Der hat etwas mit der Erhöhung des Flüchtlingsfonds zu tun.

Antrag Nr. 93 a (S. 233): Erhöhung des Flüchtlingsfonds (SPD)

Stadtrat Zeh (SPD): Leider ist die Veränderungsliste nicht ganz so deutlich, offensichtlich und klar lesbar wie der Haushaltsplan. Der Migrationsbeirat hat auf jeden Fall bei seiner Sitzung am 30. Juni beraten und vorgeschlagen, den Flüchtlingsfonds um 50.000 Euro zu reduzieren, um gleichzeitig die Projekte, vor allem für Jugendhilfe, und die Bildungsberatung für Migranten des IB entsprechend Außenintegrationsplan zu erhöhen. Wo jetzt bei uns das Nichtwissen ist, ist das, was als weitere Umschichtung der Mittel vom Integrationsplan um die 38.050 Euro da ist. Da habe ich zumindest keine entsprechende Vorlage gefunden. Am 30. Juni war ich nicht im Migrationsbeirat, da hat gleichzeitig der KASIG-Aufsichtsrat getagt.

Letztendlich geht es um 38.050 Euro, die jetzt plötzlich noch zusätzlich vom Flüchtlingsfonds in Richtung Integrationsplan gewandert sind. Ich habe es selber nicht gewusst. Wir hatten ursprünglich 150.000 Euro für den Flüchtlingsfonds drin, die durch großes

ehrenamtliches Engagement und viele Spenden nicht in Anspruch genommen worden sind. Wir hatten im Doppelhaushalt 2015/16 tatsächlich nur die 40.000 Euro, die jetzt anscheinend umgesetzt wurden, drin. Allerdings kann man natürlich noch nicht sehen, wie sich die Flüchtlingssituation weiterentwickelt über den kommenden Doppelhaushalt, so dass diese 40.000 Euro natürlich sehr knapp sind und meiner Meinung nach diese 60.000 Euro im Flüchtlingsfonds bleiben sollten.

Beim Integrationsfonds, diese letzten 38.050 Euro, die in der Antwort der Verwaltung stehen, habe ich auch nicht gesehen, wo die umgeschichtet wurden. In der Veränderungsliste habe ich nur positiv die 38.050 Euro gefunden und eine negative Zahl von 44.000 Euro, so dass die Gesamtumsetzung hier nicht so klar ersichtlich ist, wo jetzt tatsächlich der Integrationsplan steht. Vielleicht böte sich als Kompromiss – ich glaube, diese 38.050 Euro sind noch nicht wirklich vergeben – über den Migrationsbeirat an, wenn hier etwas Besonderes für Flüchtlinge ist, etwas von diesen 38.050 Euro aus dem Integrationsplan zu nehmen. Vielleicht wäre das im Rahmen des Büros für Integration ein geeigneter Kompromiss, so dass wir nicht weiter den Haushalt aufstocken müssen, sondern auf diese Art und Weise zwischen Flüchtlingsfonds und Integrationsfonds die Mittel hin und her betrachten können.

Der Vorsitzende: Wir können jetzt nicht alle verschiedenen Diskussionsstände in den verschiedenen Gremien wiedergeben. Wir können Ihnen nur anbieten, dass wir, wenn die Flüchtlingszahlen wieder steigen und wir dadurch auch entsprechend mehr Projekte hätten, gegebenenfalls schauen, dass wir das außerplanmäßig gemeinsam hinkommen, damit wir einfach eine gewisse Flexibilität hier an den Tag legen. Wenn das auch ausreichend sein könnte. Sie können es sich einmal überlegen.

Stadträtin Dr. Doghan (CDU): Der Antrag der SPD irritiert mich in der Tat. Wenn auch Sie, Herr Zeh, im Migrationsbeirat am 30.06. nicht anwesend waren, Ihre Kollegen waren da. Wir haben gemeinsam diese Entscheidung getroffen auf Vorschlag des Sozialbürgermeisters, der uns sehr anschaulich erklärt hat, zum einen, dass die Flüchtlingszahlen unstreitig – wir entnehmen das auch den Medien – deutlich zurückgegangen sind im Vergleich zu 2015, und zum anderen aber, dass die eingestellten Mittel, diese 150.000 Euro, überhaupt nicht beansprucht wurden. Denn aufgrund der guten Ausarbeitung der Antragsvoraussetzung durch die Verwaltung, so wie wir uns das damals auch gewünscht hatten, ist die Zahl der Antragsteller insofern zurückgegangen. Diejenigen, die tatsächlich in diesem Bereich sehr engagiert sind – was wir wertschätzen –, haben ihre Anträge gestellt und haben die Zuschüsse bewilligt bekommen. Darüber hinaus gab es kaum Anträge, um diesen Betrag abzuschöpfen.

Wir haben dann darüber gesprochen im Migrationsbeirat und waren uns einig, dass wir diese Gelder gerne für andere Projekte im Bereich Integration und Jugendhilfe, z. B. BIZUKI oder die Bildungsberatung für Migranten, die uns sehr am Herzen liegt, zur Verfügung stellen wollen. Daran halten wir als CDU-Fraktion weiterhin fest. Wir erhalten es daher für durchaus angemessen und sinnvoll, diese Gelder dort zu übertragen. Es war der Vorschlag des Herrn Bürgermeister. Dabei bleiben wir weiter.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Vom Sozialdezernenten Bürgermeister Lenz und der Leiterin des Integrationsbüros Meri Uhlig kam der Vorschlag zu umfangreichen Um-

schichtungen im Bereich Integration. Letzten Endes ist es so, alle Bereiche müssen einen Beitrag leisten zur Haushaltskonsolidierung und so auch dieser Bereich. Bürgermeister Lenz und Frau Uhlig haben vorgeschlagen, Sprachförderung und Umsetzung des Integrationsplans mit deutlich mehr Mitteln auszugestalten und die prozentualen Kürzungen im Bereich Integration komplett aus dem Flüchtlingsfonds zu nehmen, u. a. auch deswegen, weil dieser Fonds überhaupt nicht ausgeschöpft wurde in den letzten zwei Jahren, so dass faktisch gesehen zwar im Haushalt weniger Mittel stehen, aber eigentlich relativ viel Geld im Integrationsbereich zur Verfügung ist.

Wir waren auch zuerst erstaunt über den Vorschlag. Es ist wirklich kompliziert. Man hätte es vielleicht auch besser kommunizieren, erklären können. Aber letzten Endes ist für uns auch entscheidend, dass es vom Migrationsbeirat begrüßt wurde und damit auch von den Menschen mit Migrationshintergrund, die sich dort engagieren. Deren Meinung ist uns sehr wichtig. Nach deren Votum sollten wir auch handeln. Wenn wir jetzt das mitgehen, was die SPD vorschlägt und worauf die Verwaltung sagt, wenn wir das mitgehen, dann müssen andere Projekte gestrichen werden, dann würden wir gegen das Votum der Kollegen im Migrationsbeirat handeln müssen. Das wollen wir nicht. Deshalb werden wir dem Antrag der SPD nicht zustimmen.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich bin nicht irritiert, wie meine Kollegin von der CDU. Aber ich habe ein Déjà vu-Gefühl. Wir wollen hier keine Flüchtlingsdebatte haben. Aber die die SPD hat – entschuldigen Sie, das ist meine einzige polemische Bemerkung heute – diese SPD-Haltung. Wir haben etwas reduziert. Dann müssen wir einen Weg finden, dieses Geld zu nutzen. Das ist eine so typische SPD-Haltung, was wir hier sehen. Das tut mir wirklich leid.

Weder haben wir etwas eingespart, noch weiß man nicht, für welche Projekte die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verwendet werden sollen. Ich finde, das ist ein absolut überflüssiger und nicht zielführender Antrag.

Stadtrat Zeh (SPD): Ich glaube, der Antrag ist **erledigt**.

(Heiterkeit)

In dem Sinne, dass wir flexibel zwischen den beiden Integrationsfonds wechseln können.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, dann brauchen wir ihn auch nicht mehr abstimmen.

Wir können damit den Teilhaushalt 5000 abschließen und kommen zu **5200 Bäder**.

Da geht es auf der **S. 267** weiter mit zwei Anträgen der Linken.

Antrag Nr. 136 (S. 267): Streichung der Erhöhung der Eintrittspreise der Freibäder und Hallenbäder (Die Linke)

Antrag Nr. 137 (S. 267): Streichung der Erhöhung der Bäderpreise des Vierordt-bades (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Es gab einmal in Karlsruhe eine Zeit, da war es auch für Menschen mit kleinem Einkommen möglich, täglich ein Hallenbad aufzusuchen. Es gab auch Menschen, die nicht nur zum Schwimmen gegangen sind, sondern zuhause keine Dusche hatten und gerne auch die Dusche genutzt haben. All das ist so nicht mehr möglich. Die Preise werden ständig erhöht. Wir haben die Bäderpreise dieses Jahr erhöht und wollen sie nächstes Jahr wieder erhöhen. Ich denke, wir können nicht Haushaltsdefizite damit stopfen, indem man den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit nimmt, regelmäßig Hallenbäder aufzusuchen. Vielleicht geht man nicht ganz so häufig ins Kino. Aber das Hallenbad sollte den Bürgerinnen und Bürgern häufiger zur Verfügung stehen.

Wir teilen diese Kürzungen nicht und wollen, dass die Bäderpreise nicht erhöht werden.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass z. B. in Grötzingen die Duschen weiter umsonst sind und das Baden auch.

Antrag Nr. 136: Ich sehe 4 Zustimmungen, der Rest **Ablehnung**.

Antrag Nr. 137: 4 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Sie nehmen bitte die verschiedenen haushaltstechnischen Umsortierungen bei den Bädern zur Kenntnis. Das ist in der 1. Veränderungsliste ausreichend beschrieben.

Jetzt können wir 5200 abschließen und kämen jetzt zum Anfang des Ganzen.

Wir würden auf der **S. 25** anfangen. Da gibt es eine Reihe von Anträgen, mit den Ziffern 1, 2, 3 und 4, 1 von KULT, 2 – 4 von GfK, die sich mit verschiedenen Aspekten der modernen Verwaltung beschäftigen. Die würde ich gerne zusammen aufrufen.

Antrag Nr. 1 (S. 25): Moderne Verwaltung – Verwaltungsvereinfachung (KULT)

Antrag Nr. 2 (S. 25): Moderne Verwaltung – Verwaltungsreform (GfK)

Antrag Nr. 3 (S. 25): Moderne Verwaltung – Druckerzeugnisse reduzieren (GfK)

Antrag Nr. 4 (S. 25): Moderne Verwaltung – externe Gutachten (GfK)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Es ist ein entscheidend wichtiges Thema, wie wir die Verwaltung in Zukunft gestalten. Da liegt viel mehr drin, als in den vielen kleinen Anträgen, die wir hier bearbeiten. Deswegen dürfen wir es nicht einfach nur unter „erledigt, da sind wir sowieso unterwegs“ abhaken. Wir müssen wirklich schauen, wie kann eine Verwaltung umgebaut werden.

Ich könnte Ihnen ein Beispiel von dieser Woche nennen, wo Mails hin und her geschoben werden und dann kommt es wieder bei uns an. Jetzt schicken Sie es zum Dezenten und der gibt es dann wieder mir und dann erledige ich den Auftrag. Es kann nicht sein, dass qualifizierte Mitarbeiter der Stadtverwaltung wenig Verantwortung bekommen und damit auch wenig Vertrauen bekommen, Dinge auch selbständig auszuführen. Es ist in einem System eingebunden. Man muss sich immer absichern nach allen Seiten, wodurch die Arbeitskräfte einfach gebunden bleiben.

Wir von Gemeinsam für Karlsruhe sagen, das ist das zentrale Thema, das wir für die nächsten Jahre haben. Deswegen haben wir es auf diese Weise noch einmal extra herausgestellt. Ebenso möchten wir darauf hinweisen, dass dieses hierarchische Denken in modernen Firmen nicht mehr in der Weise gepflegt wird, wie es früher der Fall war. Wir haben zu viele Hierarchiestufen in dieser Verwaltung drin, so dass wir hier tatsächlich auch effizienter arbeiten könnten, wenn die Menschen in den einzelnen Bereichen mehr Verantwortung bekommen.

Dann ganz konkret zu Papier. Es sind drei Anträge, die wir gestellt haben. Wir bekommen ständig schöne hochglanzfarbige Prospekte und Broschüren, die eine Menge Geld kosten. Es sitzen Leute dran, es sitzen Grafiker dran, es muss gedruckt und verteilt werden. Da reicht es völlig, wenn wir entweder eine Schwarz-weiß-Ausgabe oder eine Pdf-Datei bekommen. Wir sind nicht mehr darauf angewiesen, alles in Papierform zu bekommen. Da reicht es auch nicht zu sagen, da sind wir schon unterwegs. Da muss man sich wirklich ein Ziel setzen und sagen, nächstes Jahr haben wir z. B. 20 % weniger Druckereierzeugnisse. Ich denke, wir müssen viel konkreter vorgehen, auch wenn die Verwaltung sagt, wir sind unterwegs. Das ist uns zu wenig.

Dann zu den Gutachten. Auch hier glaube ich, dass wir in der Verwaltung viel mehr qualifizierte Leute haben. Dadurch, dass man sagt, wir holen uns ein externes Gutachten, drückt man sich zum Teil auch um eine eigene Entscheidung. Man sichert sich ab und holt noch einmal ein zweites und ein drittes Gutachten. Dann hat man vielleicht sogar zwei, drei konkurrierende Aussagen und weiß im Endeffekt nicht, was man machen soll.

Hier noch einmal ganz klar die Aufforderung, bewusst einzusparen, eine Summe festzulegen, die man gegenüber letztes oder dieses Jahr heruntergeht. Dafür ist dieser Antrag hier: Veränderungen herbeiführen und nicht nur „wir sind unterwegs“. In dieser Weise sind wir unterwegs, in dieser Summe, dass wir nächstes Jahr anfangen.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Wir haben uns als Stadträte, aber auch als Verwaltung in den vergangenen Monaten, man kann fast sagen Jahren, im Rahmen dieses Strukturprozesses Stunden mit diesem Thema der Basisgruppen und deren Vorschläge beschäftigt. Es war auch wichtig, dass man sich einmal überlegt, wo kann man wirklich sparen am Ende und wie kann man irgendwo vielleicht bessere Einnahmen erzielen. Aber ich sage Ihnen ganz offen sagen, und das muss eigentlich bei jeder großen Organisation, ob das jetzt eine Stadtverwaltung oder die Verwaltung eines großen Unternehmen ist, gesehen werden: Das wahre Sparpotential steckt in den Prozessen wie gearbeitet wird. Deswegen ist es uns so wichtig, dass wir an diesen Prozessen arbeiten, statt uns in Zu-

kunft weiterhin über Tage und Wochen zu überlegen, wo kann man noch 10.000 Euro einsparen. Damit retten wir einen vielleicht zukünftig schwierigen Haushalt nicht.

Wir müssen an den Prozessen arbeiten. Wir müssen die Prozesse vereinfachen. Wir müssen sie moderner machen. Wir müssen sie digitaler machen. Eine Digitalisierung wird nicht Halt machen vor der Stadtverwaltung. Auch da müssen wir uns dieser Herausforderung stellen.

Unser Antrag begehrt, dass diese Prozessveränderung sich aber auch im Haushalt widerspiegeln muss. Denn sonst werden wir ewig kurz gehalten. Es gab in der Strukturkommission einige Vorschläge, beispielsweise Beschaffung. Aber wenn sich das im Haushalt nicht widerspiegelt, dann bleibt am Ende auch kein Druck, dass man an diesen Prozessen etwas verändert. Da müssen Vorgaben hin.

Wir akzeptieren die Antwort der Verwaltung für heute, dass wir das jetzt nicht einpreisen, weil es nicht so einfach ist. Aber wir müssen es auf Dauer einpreisen. Wir müssen klare materielle, finanzielle Vorgaben machen, damit sich in der Verwaltung etwas ändert. Es gilt übrigens – damit jetzt nicht jemand in der Verwaltung meint, die reden nur über uns und was machen sie bei sich? – auch für uns. Auch wir müssen einfacher werden. Vielleicht ist tatsächlich die eine oder andere Anfrage mit 4 Seiten zu lang und beschäftigt zu viele. Vielleicht ist auch das ein schlechter Prozess. Vielleicht gibt es auch Lösungen, wie man das besser machen kann.

In diesem Sinne wollen wir so verstanden werden: Arbeitet an den Prozessen, da ist das zukünftige Sparpotential, damit wir uns auch 2025 noch etwas leisten können in dieser Stadt.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Diesen vier Anträgen, Herr Kalmbach und Herr Dr. Fischer haben es dargestellt, ist nicht zu widersprechen. Aber wir haben eigentlich zwei Teile aufgenommen, ein Maßnahmenpaket 1, das heute in diesen Haushalt eingeflossen ist, und ein Maßnahmenpaket 2, das die restlichen Ersparnisse erbringen soll. Bislang haben wir knapp zwischen 30 und 40 %, die restlichen 60/65 % müssen erst noch erbracht werden. Sie können nicht erbracht werden, indem man jetzt einzelne Maßnahmen herausgreift und sagt: Da noch 10 Cent und da noch 3,50 Euro. Sie gehen nur, wenn die Prozesse angegangen werden. Diese vier jetzt vorgetragenen Anträge beziehen sich auf das Maßnahmenpaket 2, wie wir zukünftig hier vorgehen sollen.

Meine Fraktion ist der Meinung – deswegen werden wir auch diesen Anträgen nicht zustimmen –, dass sie jetzt an der falschen Stelle sind. Dieses Maßnahmenpaket 2 beginnt ja erst. Wir unterstützen insgesamt die angesprochene Art des Herangehens an die zukünftigen Einsparungen. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit dem jetzigen Haushalt sehen wir keine Veranlassung.

Stadtrat Marvi (SPD): Wir können es kurz machen. Wir sehen es im Prinzip bezüglich der allgemeinen Thematik so wie der Kollege Dr. Heilgeist. Niemand im Karlsruher Gemeinderat hat etwas gegen eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung über die Hebung von Effizienzreserven oder die Modernisierung der Verwaltung. Insofern sind die Anliegen berechtigt. Aber wir wollen genauso die Ergebnisse der Arbeitsgruppen abwarten

und es auf die zukünftige Debatte um das weitere Maßnahmenpaket verlagern. Gleichzeitig können wir uns für die Teilanliegen, Druckerzeugnisse zu reduzieren und auf externe Gutachten verstärkt zu verzichten, erwärmen. Wir finden, in diesem Bereich können wir heute zustimmen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir können uns nicht nur erwärmen für diese Forderung, sondern wir unterstützen sie auch. Wir sind der gleichen Meinung, dass dringend die Verwaltung in Teilen modernisiert werden sollte in ihren Prozessen und dass weniger Papier erzeugt werden muss. Wir sehen es hier an diesem Ordner. Es ist ein ganzer Ordner mit den Unterlagen. Es ist nur deshalb so viel Papier, weil es nicht doppelseitig bedruckt ist. Man könnte allein schon durch doppelseitig bedrucken die Hälfte des Papiers einsparen. Viele Sachen werden auch noch aufwendig gestaltet. Das ist jetzt hier nicht der Fall, aber bei vielen Statistiken usw. kommt auch noch viel Aufwand für die Gestaltung dazu. Da meinen wir auch, bei dem, was jetzt nicht in größeren Stückzahlen in die Öffentlichkeit gebracht wird, reicht es, ohne Gestaltung einfach nur die Ergebnisse darzustellen. Das würde auch schon viel bringen. Viele Sachen müssen gar nicht gedruckt werden, sondern die werden einfach im Internet als pdf veröffentlicht. Dann muss das auch reichen.

Wir wissen auch, dass manche Gemeinderatsmitglieder für die Gemeinderatsarbeit lieber gedruckte Sachen haben wollen. Das müssen wir einfach akzeptieren. Aber viele Sachen, z. B. große Statistiken müssten dann trotzdem nicht schriftlich hier eingereicht werden, sondern da könnte man sagen, das gibt es nur als pdf. Dann ist eben keine Auslieferung auf Papier möglich.

Jetzt haben wir aber genau das gleiche Problem, dass wir das haushaltsmäßig nicht festmachen können. Deshalb können wir den GfK-Anträgen nicht zustimmen, weil wir meinen, das sind keine Haushaltsanträge. Das muss sich erst ergeben, wenn wir wissen, was eingespart werden kann. Dem KULT-Antrag können wir aber zustimmen, weil der für 2017/18 keine Zahlen drin stehen hat, sondern das nur für die Zukunft fordert. Das ist genau das Gewünschte.

Stadtrat Høyem (FDP): Es ist absolut unmöglich, nicht zuzustimmen, was alle meine Vorredner hier gesagt haben. Aber das ist nicht die richtige Stelle. Ich möchte gerne diese Möglichkeit nutzen zu sagen, in meinem langen politischen Leben habe ich keine so gute Zusammenarbeit gesehen und erlebt, wie wir in diesem Gemeinderat diesen Haushalt vorbereitet haben. Aber wie Herr Dr. Heilgeist gesagt hat, es ist nur der erste Teil. Richtige Einsparungen kommen nur mit Strukturänderungen. Man kann nicht liberal sein, ohne dass man wiederholt. Das wird dann am Ende ein Klischee. Aber eine Strukturänderung müssen wir wirklich haben. Deshalb ist alles hier gut. Herr Kalmbach, Herr Dr. Fischer, Herr Marvi: Es ist alles richtig, aber nicht hier. Es ist erledigt. Diesen Druck wollen wir im nächsten Sparmaßnahmenpaket machen.

Noch einmal: Was wir heute vorbereitet haben, ist ein unglaublich gutes politisches Handwerk. Ich denke, wir können das auch für das nächste Sparmaßnahmenpaket machen.

Stadtrat Bernhard (AfD): In der Analyse scheinen wir uns alle einig zu sein. Jeder, der sich ein bisschen mit Unternehmensmanagement auskennt – die Stadt ist auch ein Unternehmen –, weiß, dass nachhaltiges und intelligentes Sparen über die Verbesserung von Strukturen und Prozessen erfolgt und nicht über Einzeleinsparungsmaßnahmen. Deswegen sind die Vorschläge hier völlig richtig. Wir unterstützen diese auch.

Was wir nicht verstehen ist, dass hier von manchen Rednern jetzt gefordert wird, wir sollen noch warten. Natürlich werden wir über solche Dinge auch im Maßnahmenpaket 2 sprechen. Aber es sind hier auch drei konkrete Maßnahmen von der GfK vorgeschlagen, die jetzt keine Riesenmaßnahmen sind. Warum können wir die nicht jetzt schon angehen? Warum müssen wir dazu noch 1 ½ Jahre warten bis zum nächsten Maßnahmenpaket? Warum können wir das nicht gleich machen? Es sind einleuchtende Maßnahmen. Alle haben sie für gut befunden. Es wird nur gesagt, wir sollen abwarten. Warum warten, wenn wir es jetzt machen können und wir sie alle gut finden. Deswegen werden wir alle vier Anträge unterstützen und bitten Sie, dies auch zu tun.

Der Vorsitzende: Mir ist noch einmal wichtig festzustellen, dass es jetzt alles keine Punkte sind, die der Verwaltung völlig unbekannt wären, sondern wir arbeiten an der eigenen Effizienz in einem fort. Wir haben sicherlich jetzt eine große Entwicklungsstufe vor uns, was den ganzen IT-Bereich betrifft und das Thema Digitalisierung, weil sich auch hier – ich will jetzt gar nicht über Informationsfreiheit und vieles andere reden – noch die Rahmenbedingungen ändern. Auch die Möglichkeiten, nur mit netzbasierten Informationen umzugehen, sind jetzt schon wieder völlig andere. Der rechtliche Rahmen entwickelt sich auch weiter. Früher war es gar nicht möglich, wenn die Dinge nicht als Papier kamen, sie überhaupt als zugestellt zu betrachten. Das ist auch heute noch nicht überall möglich.

Wir nehmen alle diese Anregungen gerne auf. Sie müssen und werden auch von uns selbst angesprochen. Beim Thema externe Gutachten möchte ich nur auf den Widerspruch hinweisen, dass wir schon mitunter bei zusätzlichem Arbeitsanfall von Ihnen die Empfehlung bekommen haben, es lieber an externe Büros zu geben, als Personal einzustellen. Das hat auch etwas mit externen Gutachten zu tun. Dass jetzt, Herr Honné, Ihre Anträge nur einseitig bedruckt sind, war die Überlegung, dass es hier besser handhabbar ist, wenn Sie und wir immer nur von vorne drauf schauen. Aber wir können das natürlich das nächste Mal gerne anders machen. Das ist kein Problem. Die Berechtigung Ihres Hinweises ist damit unstrittig. Ich wollte nur argumentieren, dass wir uns dabei etwas gedacht hatten.

Ich habe es jetzt so verstanden, dass der KULT-Fraktion unsere Antwort fürs erste genügt. Wir nehmen es als Arbeitsauftrag ausdrücklich an. Insofern brauchen wir es jetzt hier nicht zur Abstimmung stellen.

Die Anträge Nrn. 2 – 4 würde ich jetzt zur Abstimmung stellen. Die Verwaltung widerspricht überhaupt nicht dem Anliegen. Wir tun uns aber schwer, jetzt irgendwelche Summen in den Haushalt als abgängig einzustellen. Ich sage Ihnen auch wirklich zu, bis zum nächsten Doppelhaushalt werden Sie nicht nur von uns dargestellt bekommen, wie wir mit diesen verschiedenen Themen weiter gehen, sondern wir versuchen dann auch zu quantifizieren, inwieweit sich das an Einsparungen auszahlt.

Eine Bemerkung ist mir aber auch wichtig. Wenn wir es bei bestimmten Prozessen schaffen, diese schneller und schlanker abzuarbeiten, führt es nicht sofort zu Einsparungen, weil wir zum Teil auch Bugwellen vor uns her treiben. Wir würden dann zwar die Bugwelle schneller abarbeiten, aber das ist auf den ersten Blick dann nichts, wo wir gleich sagen können, da sparen wir Material oder da sparen wir Personal. Nur dann würde es sich am Ende in Zahlen auswirken. Auch dieser Hinweis sei mir an dieser Stelle noch erlaubt.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Eine kleine Anmerkung: Deswegen ist es so wichtig, dass man sofort anfängt bzw. die Sache zügig vorantreibt.

Was ich noch ergänzen wollte zu den externen Gutachten: Es ist nicht so, wenn man externe Gutachten einholt, dass die alles machen. Es muss ausgeschrieben werden. Es muss begleitet werden. Sie haben nicht wirklich viel mehr an Ersparnis. Deswegen, ein Gutachten selber zu machen, ist nicht deutlich viel mehr Aufwand.

Der Vorsitzende: Da bin ich bei Ihnen. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass von uns mitunter etwas anderes gefordert wurde, auch aus Ihren Reihen. Das war mir noch einmal wichtig.

Dann rufe ich jetzt den Antrag Nr. 2 auf. – Bei 13 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 3, da geht es um die Druckerzeugnisse. Die werden wir natürlich trotzdem versuchen zu reduzieren. Jetzt gibt es andere Mehrheiten. – Bei 18 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 4, da geht es um die externen Gutachten. – Da haben wir dieselben 18 Zustimmungen, der Rest und damit mehrheitliche **Ablehnung**.

Anträge Nrn. 5 – 6 (S. 25): Kein weiterer Stellenaufbau in der Stadtverwaltung (AfD, GfK)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Es ist relativ schnell gesagt. Wir haben 2015 und 2016 einen Anstieg von 2,9 Mio. Euro, 2017 von 2,5 Mio. Euro und 2018 von 2,8 Mio. Euro an Neueinstellungen, nicht an Tarifsteigerungen, sondern permanente weitere kontinuierlicher Aufbau von Stellen. Das kann so nicht weitergehen.

Wir können jetzt einfach beliebig immer mehr Leute einstellen. Wir werden strukturell mit dem Haushalt nie wieder zu Rande kommen, wenn wir nicht jetzt Stopp sagen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Ich möchte noch einmal eindringlich an unsere Ziel erinnern, mit dem wir irgendwann einmal gestartet sind, über 400 Mio. Euro in den nächsten 5 Jahren einzusparen. Es ist schon so, kein Unternehmen, keine Familie, niemand würde auf die Idee kommen, weitere Mitarbeiter einzustellen, wenn er so eine enorme Summe einsparen muss, wenn er nicht genügend Geld hat, wenn man im sozialen Bereich und überall sparen und Gebühren und Steuern erhöhen muss.

Bei der Stadt ist das anders. Allein in den vergangenen Jahren haben wir jährlich ungefähr den Personalbestand um 2 % erhöht. Ich könnte jetzt sagen, wir haben viele Aufgaben der GmbHs übernommen. Aber eigentlich, wenn wir die städtischen GmbHs anschauen, sieht es da ganz genauso aus. Da haben wir auch einen Personalanstieg in Summe. Auch für diesen Doppelhaushalt, in dem wir eigentlich sparen wollten, ist wieder ein erheblicher Stellenaufbau in der Stadt vorgesehen.

Wenn man dann auch noch weiß, dass in den nächsten Jahren allein die Personalkosten um jährlich 80 Mio. Euro steigen werden, dann ist ganz offensichtlich, dass eine nachhaltige Sanierung des Haushalts ohne einen Stopp der Schaffung neuer Stellen nicht möglich sein wird. Ich will noch einmal klar sagen, hier geht es nicht um Personalabbau, sondern es geht nur darum, keine neuen zusätzlichen Stellen zu schaffen. Das ist relativ klar, auch im Anschluss an das, was gerade eben diskutiert wurde, moderne Verwaltung, Struktur- und Prozessreform. Wir müssen uns auch über organisatorische Änderungen, wenn Aufgaben weg fallen, Gedanken machen. Oder wir müssen uns überlegen, welche Aufgaben weg fallen können.

Zudem müssen wir natürlich im Gemeinderat auch einmal überprüfen, ob wir jeden Antrag und jede Mitgliedschaft in jeder Vereinigung, die wieder Personalkosten verursacht, wirklich machen müssen. Eine nachhaltige Sanierung des Haushalts wird ohne den Stopp der Schaffung neuer zusätzlicher – ich betone immer: zusätzlicher – Stellen nicht möglich sein. Deshalb müssen wir jetzt die Bremse reinhauen und nicht, wenn es zu spät ist.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Beide Anträge gehen in die gleiche Richtung, kein weiterer Stellenaufbau bzw. eine Obergrenze für das städtische Personal. Das Anliegen, das Ziel ist berechtigt. Es hört sich gut an. Aber, meine Damen und Herren, das Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist nur bedingt tauglich. Zwei Gegenargumente.

Erstes Gegenargument: Es gibt gesetzliche Pflichtaufgaben. Da haben wir keine andere Wahl. Wenn wir die erfüllen wollen, müssen wir Stellen zu schaffen.

Zweites Argument: Es gibt schlicht und einfach Stellen, die geschaffen werden, die aus Anträgen aus der Mitte des Gemeinderates hervorgehen. Wenn Sie in den dicken Ordner schauen, der vor Ihnen liegt: Beide Antragsteller, die eine Grenze einziehen wollen, stellen heute Anträge zur Stellenmehrung. Das ist inkonsequent bzw. etwas freundlicher formuliert, es zeigt, dass es nicht so einfach ist.

Was wir brauchen, da stehen wir erst ganz am Anfang im Blick auf die nächsten Doppelhaushalte, ist eine Verständigung darüber, welche Serviceleistungen, welche Aufgaben der Stadt wir künftig reduzieren. Klar ist, dass wir mit vorhandenem Personal nicht immer mehr Aufgaben erfüllen können, bzw. mit einem möglicherweise reduzierten Personal nicht die identischen Aufgaben erfüllen können. Diese Grundsatzbemerkung will ich an der Stelle auch machen.

Aber noch einmal: Wir brauchen eine Verständigung über Reduktion von Service, von Aufgaben, und keine starre Grenze.

Stadträtin Fischer (SPD): Herr Dr. Käuflein hat es gerade ausgeführt, wenn es so einfach wäre. Wenn man schon allein schaut, was die AfD in diesem Haushalt an Stellenschaffungen für Kinderhorte und für KOD beantragt, dann haben sie sich selber bereits widerlegt.

Ich sehe aber das Problem. Das Hauptproblem bei den zusätzlichen Stellen, die wir haben, ist unser Landesgesetzgeber in vielen Teilen. Wenn ich nur daran denke, was wir z. B. im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen im Bereich Forst in den letzten Jahren an Stellenzuwächsen haben, die auf landesgesetzlichen Vorgaben beruhen, dann sind uns da auch die Hände gebunden. Da können wir nur an unsere Parlamentarier im Landesparlament appellieren, hier etwas maßvoller zu sein.

Wo ich dabei bin, ist, was der Kollege Friedemann Kalmbach gesagt hat: Personaleffizienzprogramm. Ich denke, das macht unsere Verwaltung auch ständig, dass wir schauen, wo können wir unser vorhandenes Personal effizienter einsetzen. Wir wissen aber auch aus dem Personalausschuss, dass die Aufgabenverdichtungen in den letzten Jahren beim bestehenden Personal ständig zugenommen haben. Da kann nicht mehr draufgesattelt werden. Auch keine Lösung ist die Übertragung von Aufgaben nach außen. Denn da machen wir uns auch nur etwas vor, wenn wir Stellen bei der Stadt einsparen und die uns woanders dann „kaufen“ würden. Insofern müssen wir ständig dran bleiben. Aber es gibt leider keine so einfachen Lösungen, wie sie uns hier vorgegaukelt werden.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Es ist eigentlich ganz simpel. Die Menge des Personals folgt der Menge der Aufgaben und der Struktur, wie sie da ist. Wenn wir die Strukturen verbessern, können wir Personal einsparen. Aber, wer erst Personal einspart und dann die Strukturen mit zu wenig Personal verbessern will, der lähmt sich selbst.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben alle eine Sympathie für so einen Antrag. Aber – ich will das nicht zu arrogant sagen – das ist unglaublich naiv. Man kann keine moderne, flexible, dynamische Verwaltung mit so einer starren Haltung machen. Das geht ganz einfach nicht, hat mit Realität wenig zu tun.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Da liegt ein Missverständnis vor. Wir fordern nicht, dass keine neuen Stellen geschaffen werden. Wir fordern, dass netto keine neuen Stellen geschaffen werden, d. h. wenn wir in einen Bereich neue Stellen schaffen, müssen dafür in einem anderen Bereich Stellen abgebaut werden. Oder anders herum, wenn in einem Bereich Stellen nicht mehr notwendig sind, dann hat man Stellen frei, um in einem anderen Bereich welche aufzubauen. Deswegen ist es auch durchaus in Ordnung, dass wir fordern, dass an anderen Stellen mehr Stellen geschaffen werden, weil wir sagen, dass dann dafür an andere Stelle Stellen eingespart werden müssen. Wenn man sich einmal die Summe der Forderungen, die hier insgesamt aufgestellt werden, anschaut: Wir sind bei über 100 Mio. Euro mehr, die in den Anträgen stecken, die hier gestellt wurden. Bei unseren Anträgen ist es so, dass wir das, was wir mehr ausgeben wollen für Stellen beim KOD und für Stellen bei den Kinderhorten gegenfinanzieren mit Sparvorschlägen. Bei unseren Anträgen ist es so, dass wir unterm Strich, selbst wenn diese Stellen geschaffen werden, immer noch auf eine Einsparung von 30 Mio. Euro

kommen. Deswegen kann man uns nicht vorwerfen, wir wollten hier zusätzliche Stellen schaffen. Es geht nicht darum, eine starre Grenze einzuführen, dass überhaupt keine Stellen mehr geschaffen werden dürfen. Sondern netto kann es nicht so weiter gehen, dass wir von Jahr zu Jahr immer mehr Stellen haben. Wir müssen uns, wie ein modernes Wirtschaftsunternehmen auch, auf die wichtigen Dinge konzentrieren.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir sind weder blöd noch naiv. Aber manches Mal hilft nur eine radikale Aussage, um etwas zu provozieren. Es ist gut, dass Sie sich so äußern. Aber ich bin nicht zufrieden damit, wenn man sagt, es geht nicht anders. Wir sagen, es geht anders. Wenn man sagt, man zieht irgendwo einen Strich, dann wird man den Strich vielleicht nicht ganz erreichen. Aber man hat zumindest eine Zielvorgabe. Einfach so weiter machen, dem wollen wir Einhalt gebieten. Nicht einfach sagen, wir brauchen es eben, die Strukturen geben es her, wir brauchen die Aufgabe. Man hat immer einen Schuldigen, entweder das Land oder jemand anderes. Man hat immer einen Grund, das zu rechtfertigen. Deswegen haben wir eine relativ starre Linie gezogen, um ein bisschen zu ärgern, um zu provozieren und an der Stelle auch etwas herauszukitzeln, dass es so nicht weitergeht.

Der Vorsitzende: Wenn jetzt hier angekündigt wurde, dass man für Stellenschaffungsanträge während der Haushaltsberatung an anderer Stelle Anträge hat, wo man vorschlägt, Stellen abzubauen – mir ist jetzt noch keiner in die Finger gekommen –, dann bitte ich nur die antragstellenden Fraktionen, darauf hinzuweisen. Denn das ist vielleicht für das Personal auch ganz interessant zu erfahren, wo da aus Ihrer Sicht Überkapazitäten sind.

Jetzt kommen wir zur Abarbeitung.

Antrag Nr. 5, AfD, kein weiterer Stellenaufbau: Es gibt 5 Zustimmungen, ansonsten **Ab-
lehnung.**

Antrag Nr. 6, GfK: Das sind dieselben Mehrheit, 5 Zustimmungen, mehrheitlich **Ableh-
nung.**

Wir gehen damit in die Mittagspause und sehen uns in einer Stunde wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:37 – 13:40 Uhr)

Ich setze die unterbrochene Gemeinderatssitzung fort.

Es gab den Wunsch, Ihnen mitzuteilen, wie sich die Redezeitanteile verkürzt haben. – Vielleicht hätten wir besser darstellen sollen, wie viel jeder schon geredet hat, und nicht, wie viel Zeit Sie noch haben, sonst kommen Sie vielleicht auf falsche Gedanken.

Die CDU hat noch einen Rest von 2 Stunden und 21 Minuten, die SPD von 1 Stunde und 49 Minuten, die GRÜNEN haben noch 1 Stunde und 39 Minuten, KULT 57 Minuten, FDP 54 Minuten, Die Linke 19 Minuten, Gemeinsam für Karlsruhe 22 Minuten, AfD 20 Minuten, Stadtrat Schmitt 30 Minuten und die Freien Wähler 26 Minuten.

Ich habe jeweils abgerundet, mitunter ist es noch fast eine Minute mehr.

Damit setzen wir die Sitzung fort. Wir sind immer noch bei den allgemeinen Anträgen zur Position **Teilhaushalt 1000**.

Antrag Nr. 7 (S. 6): Beamtenrechtliche Beförderungen (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Die Beförderung der Beamten zu verschieben bzw. auszusetzen, bedeutet letztlich eine Gehaltskürzung. Es ist auch keine Motivation. Die Stadtverwaltung sucht ja händierend gutes Fachpersonal. Es fördert also nicht, dieses zu finden. Gleichzeitig wissen wir, dass die Bevölkerungszahl in Karlsruhe wächst, d. h., die Anforderungen an eine effiziente Stadtverwaltung wächst; es werden mehr Menschen gebraucht.

All das dient nicht dazu, diese Fragen zu beantworten. Wir sind gegen die Verschiebung der Beförderungen, und deshalb dieser Antrag für den heutigen Tag.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Die Antwort der Verwaltung ruft es uns noch einmal in Erinnerung: Wir haben am 26. April mit Mehrheit beschlossen, dass wir die Beförderung der Beamten moderat verschieben wollen. Die Antragsteller begehren nun im Grunde, dass dieser Beschluss aufgehoben wird.

Zum Inhalt – ich will es einmal so formulieren: Wir erbitten von dieser Personengruppe einen solidarischen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. In mehreren persönlichen Gesprächen, die ich mit Vertretern dieser Personengruppe geführt habe, konnte ich ein gewisses Verständnis für diesen Beschluss erfahren, freilich keine Zustimmung. Aus dem Personalausschuss wissen wir, dass die Einigung gerade ihren rechtlich vorgeschriebenen Gang nimmt. Ich habe aber ein gewisses Verständnis erfahren, wenn auch keine Zustimmung.

Von einer Bestrafung der Mitarbeiter für die Haushaltsprobleme zu reden, wie es die Antragsteller tun, würde ich absehen. Das halte ich nachgerade für absurd. Das ist nicht der Fall. Wir erwarten einen solidarischen Beitrag und bekommen dafür ein gewisses Verständnis, wenn auch keine Zustimmung. Ginge es nach den Antragstellern – man kann ja das zurückliegende Abstimmungsverhalten und die Anträge beobachten und das künftige daraufhin im Blick haben –, wären die Haushaltsprobleme noch sehr, sehr viel größer. Insofern lehnt die CDU diesen Antrag ab.

Stadträtin Fischer (SPD): Der Kollege Dr. Käuflein hat es richtig gesagt: Derzeit sind wir im Schlichtungsverfahren. Deshalb können wir jetzt nicht einfach aussteigen. Wir als SPD-Fraktion haben unserem Vertreter im Schlichtungsverfahren ein paar Vorschläge gemacht, wie man hier verhandeln könnte, weil wir die durchaus berechtigten Interessen der Beamtenschaft sehen. Aber derzeit besteht für den Gemeinderat kein Handlungsbedarf. Es gilt, das Schlichtungsverfahren abzuwarten.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Auch wir sehen, dass das Schlichtungsverfahren im Gang ist. Man wartet ab, was dabei herauskommt, denn es gibt Vorschläge, die der Personalrat gemacht hat. Der Personalrat zeigt sich offen, da noch etwas zu bewegen.

Ich rufe auch noch einmal in Erinnerung, warum wir uns überhaupt auf so eine Maßnahme verständigt haben: Wenn wir an irgendeiner Stelle Geld beim Personal sparen, dann schlägt das voll aufs Personal durch. An dieser Stelle aber gibt es dadurch, dass wir bei der Zahlung in die Pensionskasse mehr sparen als die eigentliche Zeit, um die dieser Beförderung verschoben wird, eine Hebelwirkung. Das heißt, im Vergleich zu jeder anderen Maßnahme, die im Personalbereich stattfinden würde, wird hier der Sparanteil verstärkt, so dass wir beim Personal, um das Gleiche zu erreichen, weniger einsparen müssen. Das macht aus unserer Sicht die Verträglichkeit aus. Dennoch sehen wir natürlich, dass es einen Schlichterspruch geben wird, dass es Vorschläge von der einen wie auch von der anderen Seite gibt. Auf dieser Basis müssen wir weiterverhandeln.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Mir ist wichtig, dass eine Aussage wie „Wir setzen Beförderungen aus“ nicht zutrifft, sondern die Beförderungen werden um Monate verschoben – bis zu einem bestimmten Zeitpunkt im Jahr, an dem dann alle Beförderungen, die aufgelaufen sind, umgesetzt werden. Ich habe auch mit Vertreterinnen und Vertretern vor allem junger Beamtinnen und Beamten gesprochen, die auf einige andere wichtige Punkte hingewiesen haben. Aus ihrer Sicht sei das sehr konservative Beförderungsverhalten mit den sehr langen Wartezeiten, bis man eine entsprechende Beförderung bekommt, möglicherweise das größere Problem für die Stadt Karlsruhe als attraktive Arbeitgeberin. Aber an diesen Punkten hat sich die Situation zwar schon deutlich verbessert, aber da gibt es sicher noch das eine oder andere zu verbessern.

Ich will damit nur deutlich machen, dass wir alle gemeinsam das Ziel haben, keine Regelung zu finden, die die Attraktivität der Arbeitgeberin Stadt Karlsruhe insgesamt zu schädigen, sondern uns Gedanken machen müssen, wie wir sie verbessern. Mit dieser Maßnahme, die Beförderungen nur einmal im Jahr zu einem festen Termin durchzuführen, übernehmen wir eine Regelung, wie sie in anderen Städten schon üblich ist. In Abwägung der verschiedenen Stellschrauben, um attraktiv zu bleiben und ggf. noch attraktiver zu werden, sehe ich an anderer Stelle mehr Potenzial, um zu entsprechenden Lösungen zu kommen. Aber jetzt warten wir erst einmal den Schlichterspruch ab, und dann diskutieren wir das Thema weiter.

Ich rufe den Antrag zur Abstimmung auf und bitte um das Kartenzeichen. – Wir haben 3 befürwortende Stimmen und mehrheitlich **ablehnende** Voten.

Antrag Nr. 8 (S. 27): Parkwertkarten für die Mitglieder des Gemeinderates (CDU)

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es geht um 3.600 Euro pro Haushaltsjahr. Da ist es an sich gar nicht wert, dass wir unsere knappe Redezeit dafür verschwenden. Aber ich will trotzdem für die Öffentlichkeit sehr deutlich machen, dass es ein Antrag ist, der für uns Stadträtinnen und Stadträte von Bedeutung ist.

Wir wollen eben in Rathausnähe nicht noch Parkplätze suchen müssen und dafür, dass wir hier Stunden verbringen, auch noch bezahlen müssen. Die Verwaltung verweist auf

die Möglichkeiten des ÖPNV. Das ist gut gemeint, aber es ist für uns nicht in allen Fällen möglich, unsere Dienstgeschäfte oder unsere ehrenamtlichen Aufgaben allein mit Straßenbahn und Bus zu bewältigen. Das muss man einfach verstehen. Häufig bleibt uns gar keine andere Wahl, als den Tagesablauf auch unter Einsatz des eigenen Fahrzeugs zu bewältigen. Deshalb – um es klar und deutlich zu machen – ist es für uns Stadträtinnen und Stadträte eine Frage der Entfernung vom Wohnort, eine Frage der Entfernung von der Arbeitsstelle und letztendlich auch die individuelle Terminhäufung, die wir bisweilen hier haben.

Es geht nicht anders, als dass wir diesen – in Führungszeichen – kleinen Luxus in Anspruch nehmen. Deshalb dieser Antrag.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir können alle kostenlos mit dem Fahrrad fahren – oder mit Bussen und Bahnen – und kommen damit ziemlich weit. Karlsruhe ist ja berühmt für seinen guten öffentlichen Verkehr. Es ist also möglich, aber es ist natürlich aufwändig. Es zwingt Sie ja keiner, mit Straßenbahn oder Bus zu fahren. Sie können gerne mit dem Auto fahren, wenn es für Sie schneller ist. Aber müssen wir als Stadtverwaltung das subventionieren? Da haben wir große Probleme damit, diesen speziellen Autoverkehr durch ein solches Angebot zu subventionieren.

Einige wohnen in der Innenstadt, haben dadurch größere Kosten für die Wohnung, nehmen viel mehr Lärm hin, andere wohnen außen, haben es ruhig und geringere Kosten. Sie nehmen in Kauf, dass sie dafür mit dem Auto fahren müssen, wenn sie schnell irgendwo sein müssen. Aber das ist eine persönliche Entscheidung, die nicht durch die Stadtverwaltung geregelt werden sollte.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich wollte eigentlich nichts dazu sagen, denn das ist es mir nicht wert. Aber jetzt ist es mir doch ein paar Worte wert. Es ist in der Tat so, wie es der Kollege Pfannkuch gesagt hat. Herr Honné, radeln Sie mal hoch in die Bergdörfer. Ich sage Ihnen, im Bergwald geht Ihnen die Puste aus. Und das müssen Sie hoch und runter radeln. Das ist schon eine enorme Anstrengung. Es ist in der Tat so: Wenn ich in der Stadtmitte wohne – in der Weststadt oder in Rüppurr –, ist es klar, dann nehme ich den öffentlichen Nahverkehr. Aber wenn ich außerhalb in der Peripherie wohne – mit allen Vorteilen –, dann habe ich auch Nachteile, z. B. die etwas laue oder schlechte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.

Es gibt eine Alternative, mit der könnte ich mich durchaus anfreunden: Ich bin z. B. diejenige, die aufgrund ihrer vielen Termine gerne mit dem Auto fährt, dadurch auch flexibel ist. Aber man könnte eine Wahlmöglichkeit schaffen, dass derjenige, der mit dem Auto fährt und die Tiefgarage beansprucht, auf die Karte für den öffentlichen Nahverkehr verzichtet. Ich wäre bereit dazu und würde das machen. Aber wie gesagt, es ist in der Tat so, dass es für Sie einfacher ist, mit dem Rad zu den Sitzungen zu fahren, als für uns aus den Bergdörfern – und das oft bis in die späten Abendstunden hinein. Das sehe ich wirklich nicht ein. Insofern bin ich für die Beibehaltung der Parkwertkarten oder in Zukunft auch für eine Alternativmöglichkeit.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Ich möchte drei kurze Bemerkungen machen.

Die erste ist, dass ich diesen Antrag nicht aus dem Zusammenhang der Themen reißen kann, die wir heute hier haben, nämlich die Kürzung von diversen Zuschüssen im sozialen und im kulturellen Bereich. Vor diesem Hintergrund ist es mir unverständlich, dass eine kleine Gruppe für sich ein Privileg – Sie sagten: einen kleinen Luxus – verlangt, und von allen anderen verlangen wir, dass sie sparen. Das geht für uns überhaupt nicht.

Allen anderen Menschen wird zurzeit zugemutet, in dieser Baustellenstadt mit Wartezeiten im öffentlichen Personennahverkehr zurechtzukommen. Wenn wir das von anderen verlangen, dann sollten wir das erst recht von uns selbst verlangen und uns einfach mehr Zeit nehmen, um dahin zu kommen, wo wir hin wollen. Ich persönlich empfehle Ihnen Park and Ride. Ich glaube, dass Sie damit genauso schnell in die Stadt kommen wie mit dem PKW.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um das Kartenzeichen. – Das ist **eine Mehrheit dafür**. Dagegen sind 15 Stimmen. Über die Wahlmöglichkeit können dann mal nachdenken.

Antrag Nr. 9 (S. 27): Aufwandsreduzierung durch Bereitstellung der Sitzungsunterlagen (CDU)

– Erledigt.

Antrag Nr. 10 (S. 27): Neue Rechtslage Umsatzsteuer: Regelung und Kompensation für Geschäftsstellen des Gemeinderates

– Erledigt.

Anträge Nrn. 11 – 13 (S. 27): Kommunale Entwicklungspartnerschaft – Bildungsarbeit Dritte Welt (GRÜNE, KULT, Die Linke)

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Bei der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit geht es nicht darum, Geld in Drittweltländer – wie man häufig sagt – zu senden, sondern es geht darum, Bildungsarbeit mit Kindern zu machen, Kinder zu bewussten Konsumentinnen und Konsumenten zu erziehen, die sich Gedanken darüber machen, was ihre Kaufentscheidungen in anderen Ländern bewirkt. Ich denke, es ist unser aller Anliegen, dass die Leute – aus Kindern werden irgendwann Erwachsene, die Geld verdienen und viel Geld ausgeben – sich Gedanken darüber machen, ob sie ihren Kaffee irgendwo mit Chemikalien oder durch Kinderarbeit beziehen, durch menschenunwürdige Arbeit bekommen, oder ob sie sich fair gehandelten Kaffee kaufen.

Die Mittel, die wir an der Stelle bereitstellen, entfalten eine große Hebelwirkung dadurch, dass die Kaufentscheidungen sich zugunsten fairer und ökologischer Produkte entwickeln, und wir helfen damit konkret den Menschen in anderen Ländern. In Anbetracht einer so geringen Summe, die eine große Hebelwirkung entfaltet, was ich noch einmal betonen möchte, stünde es uns gut an, uns auch weiterhin um diesen Bereich zu kümmern.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Es geht hier vor allem um den Verein, der den Eine-Welt-Laden in Karlsruhe betreibt, der ehrenamtlich geführt wird. Wir sehen, dass das eine ganz wichtige Aufgabe ist, dass auch in Veranstaltungen kommuniziert wird, wie die globale Wirtschaft zusammenhängt. Ich war erst im Herbst auf einer sehr informativen Veranstaltung dieses Vereins. Es ist eine hervorragende Arbeit, die hier gemacht wird. Es geht einfach darum, dass die Menschen verstehen, man kann Weltwirtschaft auch anders gestalten, man kann sie fairer gestalten. Man muss es nicht so machen, dass man knallharte Interessenspolitik macht mit Freihandelsverträgen, die Dritte-Welt-Länder knebeln, so dass sie sich nicht entwickeln können. Es geht darum, dass es Verständnis dafür gibt, man kann auch fairer handeln. Dass das auch in Karlsruhe angeboten wird und es solche Produkte gibt, die man hier kaufen kann, das ist eine gute Sache, die zu fördern ist.

Wir haben ein Kompromissangebot gemacht – in der Hoffnung, dass auch andere Fraktionen mitgehen und wir dafür eine Mehrheit finden. Entsprechend werden wir teilweise auch den höheren Beträgen zustimmen, wenn beispielsweise etwas von den GRÜNEN durchgeht.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Zu den guten Argumenten, die Herr Konrad gesagt hat, möchte ich nur noch eins hinzufügen: Diese Streichung der Zuschüsse steht in völligem Widerspruch zu dem Anspruch, den unsere Stadt Karlsruhe als Fair-Trade-Town nach außen zelebriert. Wir wollen mit diesem Haushaltsantrag die entwicklungspolitische Bildungsarbeit als wichtigen Bestandteil der politischen Kultur unserer Stadt nicht sterben lassen, sondern wir wollen ihn aufrechterhalten. Diese Fragen von Entwicklungszusammenarbeit, von fairem Handel, gegen Rassismus, für gerechte Handelsbeziehungen – das sind doch keine Themen, die immer unwichtiger werden, sondern im Gegenteil: Sie werden immer wichtiger. Wenn Karlsruhe sich das Mäntelchen umhängt und sich bemüht, eine Fair-Trade-Town zu sein, wenn sie faire Wochen veranstaltet, dann gehört die entwicklungspolitische Bildungsarbeit auch dazu und darf auf keinen Fall gestrichen werden.

Stadtrat Maier (CDU): Der Einsatz für mehr Gerechtigkeit beim Thema Handel ist ein wichtiges Anliegen. Globalisierung muss gestaltet werden. Leider sind Teile der Antragsteller – gerade, was das Thema Globalisierung angeht – eher ein Hemmschuh in der aktuellen Diskussion, was ich sehr schade finde. Von daher ziehen wir uns einfach wieder herunter auf Karlsruhe. Karlsruhe tut schon sehr viel. Wir alle trinken – um nur ein Beispiel zu nennen – sehr gerne unseren fair gehandelten Kaffee. Der schmeckt ja auch recht gut. Von daher ist sicherlich ihr Anliegen durchaus wünschenswert, aber gerade vor der aktuellen Situation unserer Haushaltskonsolidierung sehen wir das jetzt nicht als prioritär an, und deshalb unterstützen wir die Verwaltung in ihrem Anliegen, diesen Antrag abzulehnen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Damit können wir die drei Anträge abarbeiten.

Ich rufe zunächst den Antrag der Linken auf, der der weitgehendste ist. – Bei 5 Zustimmungen ist der Antrag **abgelehnt**.

Dann kommen wir zum Antrag der GRÜNEN. – Hier sehe ich 26 Zustimmungen, so dass dem Antrag mit Mehrheit **zugestimmt** ist.

Damit brauchen wir den Antrag von KULT nicht mehr zur Abstimmung zu stellen. – Das sehen Sie genauso.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 1100**.

Antrag Nr. 14 (S. 36): Verzicht auf Gebärdensprachkurse im Fortbildungsprogramm (CDU)

– **Erledigt.**

Antrag Nr. 15 (S. 36): Verzicht auf Geschenke bei Personalverabschiedungen (CDU)

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Die Verwaltung schlägt uns vor, bei Personalverabschiedungen vollständig auf Geschenke zu verzichten. Dem möchten wir nicht vollständig folgen. Es geht uns im Kern vor allem darum: Wenn jemand nach vielen Jahren bei der Stadt Karlsruhe in den Ruhestand tritt – darum geht es vor allem –, dann soll er auch weiterhin ein Geschenk bekommen. Das hat etwas mit Unternehmenskultur, das hat etwas mit Wertschätzung für die ausscheidenden Mitarbeitenden zu tun.

Ganz konkret wollen wir eine Grenze ziehen. Wenn jemand 25 Jahre oder länger bei der Stadt Karlsruhe war, dann soll er ein Geschenk bekommen. In der Regel geht es um den Übergang in den Ruhestand, und da finden wir – bei aller Notwendigkeit zum Sparen –, da muss ein Geschenk drin sein.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zu Abstimmung. – Bei einer Enthaltung und 21 Ja-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 1200**.

Antrag Nr. 16 (S. 49): Mietspiegel 2017 online verfügbar machen (SPD)

Stadtrat Zeh (SPD): Nächsten Dienstag haben wir den neuen Mietspiegel auf der Tagesordnung des Gemeinderates. Auf Seite 2 des neuen Mietspiegels erkennen wir die Schutzgebühr von 6,50 Euro und 1,60 Euro Versandgebühr – so weit in Ordnung. Bis jetzt haben wir online nichts, was natürlich nicht mehr zeitgemäß ist. Man kann die Stadtseiten von Stuttgart, Freiburg, Mannheim und Heidelberg aufrufen, das sind für uns relevante Vergleichsstädte. Dort kann man eine Zweiteilung erkennen.

Stuttgart und Freiburg machen es, wie es letztendlich in der Antwort der Verwaltung am Ende angedeutet wird. Man kann den Mietspiegel online über eine Gebühr anfordern, die dann irgendwie bezahlt werden muss, und erhält ihn per E-Mail als PDF-Datei zugesandt. Mannheim und Heidelberg stellen den kompletten Mietspiegel sofort auf

ihren Seiten zur Verfügung. Das wäre auch für uns das Optimale. So ist auch unser Antrag zu verstehen.

Zur Not ginge auch eine schnelle Abfrage. Es ist eine einfache Datenbank, wo man Alter des Gebäudes, Lage und Größe der Wohnung eingibt, um einen Von-bis-Betrag zu erhalten, um feststellen zu können, ob die Wohnung oder das Haus, die oder das man im Auge hat oder aktuell bewohnt, tatsächlich dem Mietspiegel entspricht oder ob man weitaus höher liegt. Deshalb stellen wir den Antrag, das Ganze komplett online zur Verfügung zu stellen, und hoffen auf die Zustimmung des Hauses.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Selbstverständlich ist es richtig, dass der Mietspiegel in Zukunft online zur Verfügung stehen muss. Die Verwaltung ist dabei auch auf einem guten Weg, und es wird ja umgesetzt. Das Wichtigste für uns aber ist, dass ein Bezahlungssystem eingeführt wird, so wie es geschrieben wurde. Der Betrag muss automatisch abgebucht werden.

Ein weiterer Vorschlag von unserer Seite wäre, den Mietspiegel beispielsweise auch bei Haus & Grund oder beim Mieterverein auf der jeweiligen Homepage einrichten zu lassen und auf der Seite der Stadt Karlsruhe einen entsprechenden Link einzurichten. Dort könnte er dann ebenfalls heruntergeladen werden. Ansonsten lehnen wir den Antrag ab.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Bestimmte Leistungen sind gebührenpflichtig – vor allem dann, wenn sie nur einen bestimmten Personenkreis interessieren. Die Aktualisierung des Mietspiegels ist mit deutlichen Kosten verbunden, und diese sollten sich auch wieder refinanzieren. Daher ist es für uns in Ordnung, wenn eine Schutzgebühr verlangt wird. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg, eine Online-Bereitstellung mit einem Bezahlungssystem zu verknüpfen, sehen wir als den richtigen an.

Stadtrat Jooß (FDP): Wer den Mietspiegel braucht, der soll ihn auch bezahlen – ob online oder in Buchform. Ich glaube, das kann er auch.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um das Kartenzeichen.
– Bei 22 Zustimmungen und einer Enthaltung ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 17 (S. 47) Neuordnung Werderplatz (GfK)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir haben schon ausgiebig darüber diskutiert. An dieser Stelle möchten wir als GfK noch einmal darauf hinweisen, dass es nicht genügt, wenn die Stadtverwaltung einen Lösungskreis, sozusagen einen internen Kreis bildet und diese Probleme diskutiert. Selbst dann, wenn sie den Bürgerverein dazunimmt, ist das noch zu wenig. Wir sind der Meinung, die Bevölkerung rings um den Werderplatz in der Südstadt ist so gebeutelt – nicht erst seit kurzem, sondern schon seit vielen, vielen Jahren –, dass schon manche Leute weggezogen sind. Deshalb muss man die Menschen dort mitnehmen und einbeziehen und nicht versuchen, in einem geheimen Zirkel im Rathaus die Probleme zu lösen.

Wir brauchen eine umfassende Konzeption. Wir brauchen viele Handwerkszeuge in diesem Werkzeugkasten. Wir brauchen eine Lösung, die die Menschen mitnimmt. Die Lösung muss nicht nur gut sein, sie muss die Menschen mitnehmen. Deshalb müssen wir sie einbeziehen, weshalb ich eine Art Bürgerbeteiligung anregen möchte, damit die Konzeption nicht von oben kommt, sondern dass ein Bottom-up geschieht – und dafür werbe ich. Ich bitte um Ihre Zustimmung, weil das sehr, sehr wichtig und heilsam für die Südstadt ist.

Stadtrat Döring (CDU): Ich gebe Herrn Kalmbach Recht, ich gehöre auch zur gebeutelten Anwohnerschaft. Ich bin aber nicht weggezogen. Sie wollen eine Bürgerbeteiligung in Form einer schriftlichen Befragung der dortigen Haushalte. Das Witzige aber ist: Wir sind vorhin schon auf diese wohlbekannte Sitzung der Bürgergesellschaft eingegangen, bei der es leicht unruhig war. Wir wissen, was die Leute vor Ort stört und wo die Probleme sind. Die Mitbürger und Südstädter tun schon ihren Unmut auch kund, und ihre Verbesserungsvorschläge kommen. Nicht zuletzt verweist die Antwort der Stadt auf die neu eingerichtete KOD-Hotline, über die die Südstädter ganz gezielt ihre Ordnungsstörungen melden können. Die werden dann registriert, und wir und die Verwaltung wissen dann auch, was dort los ist.

Ich frage mich, wozu müssen wir den Heuhaufen noch größer machen. Wir wissen, wo die Probleme liegen. Wir müssen Lösungsansätze entwickeln. Ich gebe Ihnen Recht, dass wir sie gemeinsam mit den Bürgern entwickeln müssen, aber was Sie jetzt in Ihrem Antrag fordern, ist eigentlich nur, die Datenmenge zu erhöhen, und nur aus einer höheren Datenmenge werden wir keine anderen Schlüsse ziehen. Uns sind die Probleme bekannt, und wir müssen jetzt handeln. In welcher Form wir das tun, werden wir in unserem weiteren Vorgehen betrachten und beschließen. Insofern weiß ich nicht, wie eine noch höhere und noch breitere Bürgerbeteiligung zu einem anderen Ziel führen würde.

Insofern sieht die CDU-Fraktion diesen Antrag als fast erledigt an und wird ihn auch ablehnen.

Stadtrat Zeh (SPD): Ich kann mich vielen Worten von Herrn Döring anschließen.

Herr Kalmbach, selbstverständlich müssen die Bürger mitgenommen werden, sonst gibt es kein Erfolgsrezept. Aber Sie fordern eine umfassende Bürgerbefragung. Eine Umfrage brauchen wir nicht. Die Telefonnummer, die als Hotline zum KOD verbreitet worden ist, muss adäquat besetzt sein. Wir haben gehört, dass es da zu gewissen Zeiten noch Probleme gibt, aber die Verwaltung hat die Probleme erkannt, und wir sind intensiv dran, tatsächlich zu Lösungen zu kommen.

Momentan lehnen wir den Antrag der GfK ebenfalls ab.

Stadtrat Pinter (GRÜNE): Wir schließen uns den Ausführungen in den vorangegangenen Redebeiträgen an. Eine zusätzliche Befragung halten wir derzeit für nicht notwendig. Durch die eingeleiteten Sofortmaßnahmen wird eine Menge an Informationen gesammelt werden. Es mag aber sein, dass sich im Laufe der Erstellung der neuen Konzeption gezielte Fragestellungen ergeben, die dann zusätzliche Informationen erfordern werden.

Stadtrat Hock (FDP): Welche Schlüsse ziehen wir als Gemeinderat aus der Diskussion und den Erfahrungen, die jeder hier in diesem Haus gemacht hat? Welche Schlüsse ziehen wir daraus? Wir hören, man ruft dort an, es kommt zu Engpässen beim Personal, bei der Abarbeitung der Anrufe. Welche Schlüsse ziehen wir daraus? Dazu werden wir nachher noch unter uns ins Gespräch gehen, um zu klären, was denn dann wirklich effektiv für die Bürgerinnen und Bürger getan werden kann. Da wird sich jede Fraktion und jeder Einzelstadtrat, jede Einzelstadträtin dazu äußern können. Wir wissen, wo die Probleme liegen, wir haben die Bürger befragt. Wir waren in der Südstadt, und wir müssen endlich irgendwann Entscheidungen treffen, denn es gibt nichts Schlimmeres als Politikverdrossenheit.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich möchte es so umschreiben: Seit Jahren wissen wir, der Damm ist gebrochen. Jetzt wollen wir fragen: Geht euch das Wasser bis zum Knie oder nur bis zum Knöchel? Das wissen wir, wir müssen handeln. Kollege Hock hat das Richtige gesagt, wir müssen daraus Schlüsse ziehen. Wir müssen am Werderplatz und auch an anderen Stellen etwas machen, denn es gibt ja auch die Forderungen des Sicherheitskonzeptes Innenstadt, das wir wirklich anpacken müssen. Wie gehen wir damit um? Von nichts kommt nichts.

Die Verwaltung hat eine sehr gute Antwort gegeben. Man kann sich nicht nur beim KOD melden, der KOD geht auch hin. Aber wo niemand ist, kann auch niemand hingehen. Wir müssen deshalb etwas tun, damit der KOD handlungsfähig ist – und die Diskussion eröffnen wir nachher.

Der Vorsitzende: Mir ist wichtig zu unterstreichen, dass die Verwaltung in Ihrer Richtung, Herr Stadtrat Kalmbach, bereits unterwegs ist. Diese Bürgerversammlung war ja kein geheimer Zirkel, sondern eine Bürgerversammlung, bei der ich den Eindruck hatte, der halbe Werderplatz war da. Denn als dieser Tagesordnungspunkt um war, ist plötzlich die Hälfte gegangen. Da wurde sehr deutlich, wie die Problemlagen sind. Wir sind intensiv intern, aber auch extern dabei, unser Konzept weiterzuentwickeln. Alle haben zugestimmt, dass es vor ein paar Jahren noch gut funktioniert hat, dass sich aber deutlich etwas verändert hat. Wenn es konkret wird – da bin ich auch wieder bei Ihnen –, müssen wir bei bestimmten Vorschlägen noch einmal Rücksprache mit den Bürgern nehmen.

Auch die Meinungen der Bürger sind sehr uneinheitlich. Es gab Bürger, die forderten mit Vehemenz die Schließung der Toiletten, und es gab Bürger, die dagegen gesprochen haben. Es gibt Bürger, die wollen, dass die Gastronomie länger auf hat, weil das eine soziale Kontrolle herstellt, und es gibt Bürger, die wollen das überhaupt nicht. Insofern gibt es sehr unterschiedliche Einstellungen am Werderplatz. Natürlich macht es Sinn, dass wir mit Gastronomen, mit Anwohnern, dem KOD usw. versuchen, das alles zu optimieren. Wir werden es aber nicht zur Zufriedenheit aller hinkriegen.

Das ganze Instrumentarium, das es gibt, wird im Moment am Werderplatz schon eingesetzt, wir wollen es aber besser koordinieren. Es gab ja auch die Aussage: Wenn wir den Werderplatz zum falschen Zeitpunkt sauber halten, dann verschwindet alles in den Blumenkästen der Gastronomie. Dann sieht es zwar sauber aus, aber dann müssen die

Gastronomen das entsorgen. Man merkt dabei einfach, es gibt noch einiges miteinander abzustimmen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 2 Zustimmungen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 18 (S. 47): Ausbau der Bürgerzentren – Einstellung zusätzlicher Mittel für den Ausbau entsprechend dem ursprünglichen Bürgerzentrenkonzept (Die Linke)

Stadträtin Zürn (Die Linke): Ganz kurz: Ich möchte mich zunächst positiv auf Herrn Stadtrat Hock beziehen, der gerade den guten Satz gesagt hat: Es gibt zurzeit nichts Schlimmeres als Politikverdrossenheit. Dem möchte ich mich voll anschließen.

Was gibt es Besseres für die Förderung von demokratischem Engagement als Stadtteilarbeit? Die Stadtteilarbeit ist wahnsinnig wichtig. Engagement beginnt vor der eigenen Haustür. Das Zusammenleben, die gemeinschaftliche Gestaltung der Stadt sind wichtiger denn je. Das Konzept der Stadtteilzentren war und ist ein richtiger Schritt. Wir brauchen eher mehr solcher Initiativen als weniger. Deshalb sind wir für die Förderung von solchen Zentren, den Ausbau zu fördern und die Mittel dafür eher zu erhöhen als zu kürzen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Was gibt es Besseres, als die Politikverdrossenheit zu bekämpfen im Gegensatz zur politischen Agitation, wie wir sie als Beispiel mit diesem Antrag der Linken vorfinden? Denn niemand hier im Hause bestreitet die Funktion und Wirkung von Bürgerzentren, schon gar nicht dieser Gemeinderat, der ein Konzept erarbeitet hat für die Qualität und Entwicklung dieser Bürgerzentren. Es ist lediglich – und das wissen Sie auch – ausgesetzt aus Gründen des laufenden Stabilisierungsprozesses. Deshalb ist Ihre Behauptung, es wäre ein politisches Signal gegen engagierte Bürgervereine und Bürgerinnen und Bürger, eine große Zumutung. Das muss ich Ihnen schon sagen. Es ist der Versuch, eine schwierige Abwägung populistisch zu diskreditieren.

Stadtrat Fechler (SPD): Die SPD-Fraktion unterstützt das Anliegen der Linken. Den Ausführungen von Herrn Stadtrat Pfannkuch können wir nicht folgen. Aus unserer Sicht konterkariert dieser Beschluss das Anliegen unseres Beschlusses zur Förderung der Gemeindezentren. Es ist ein falsches Signal an die Bürgerinnen und Bürger, wie die Kollegin Zürn schon ausgeführt hat. Es schadet letztendlich der Motivation, sich in der Öffentlichkeit für die Stadtteile zu engagieren. Von daher lehnen wir es ab.

Ein zartes Pflänzchen, das momentan nach und nach am Wachsen ist, wird beschädigt. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoller, das Konzept noch einmal zu hinterfragen. Aus eigenen Erfahrungen kann ich sagen, dass dieses Konzept – so gut, wie es von unserer Seite gedacht ist – an manchen Stellen seine Schwächen hat. Von daher, denke ich, sollten wir an anderer Stelle noch einmal darüber diskutieren.

Eine Reduzierung der Haushaltsmittel lehnen wir – wie schon gesagt – ab.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Der Antrag erweckt den Eindruck, als ob zu wenig Geld für Bürgerzentren da wäre. Das ist aber nicht so, die Verwaltung hat das eindeutig erklärt. Der eingestellte Betrag reicht aus, sonst hätten wir natürlich auch so einen Antrag gestellt. Aber es gibt ganz deutlich gar keinen Bedarf für mehr Geld. Es kommen einfach nicht so viele Bürgervereine so schnell in die Gänge, um ein Bürgerzentrum einzurichten. Vielleicht wollen es manche überhaupt nicht, denn es ist auch viel Arbeit damit verbunden, ein Bürgerzentrum zu betreiben. Wir wären die Letzten, die das irgendwie schmälern wollten. Aber diesen Antrag halten wir für unnötig, weil das Geld einfach nicht gebraucht wird.

Einem Überdenken des Konzeptes können wir natürlich zustimmen. Man muss darüber sprechen, wer was will. Darüber kann man immer nachdenken, das ist gar keine Frage.

Stadtrat Høyem (FDP): Das ist doch eine merkwürdige Debatte. Wir haben Geld genug, wir wollen alle das Gleiche. Warum dann dieser Antrag?

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Auch wir von KULT stehen natürlich zum Bürgerzentrenkonzept, dass wir das ausbauen wollen für mehr Bürgerbeteiligung vor allem in den Stadtteilen. Wir sehen es in der Tat auch so, dass wir aktuell nicht mehr Geld brauchen. Wir sehen auch, dass das aktuelle Konzept vielleicht Probleme hat. Gerade in der Oststadt wurde jetzt erst ein Bürgerzentrum geschlossen, weil der Bürgerverein sagt, man könne das nicht mehr ehrenamtlich tun, man habe nicht die Kapazitäten dafür. Da muss der Bürgerverein vielleicht einmal schauen, ob er nicht mit anderen Gruppen zusammengehen kann, die dann auch mitarbeiten würden. Vielleicht kann man dann wieder ein Bürgerzentrum in der Oststadt aufmachen. Ich denke, dass sich die Bürgerzentren in Karlsruhe weiterentwickeln werden, dass es weitere geben wird. Aber es mangelt gerade nicht an den Mitteln. Von daher werden wir diesen Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen.

Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, wir haben das Konzept erst vor wenigen Jahren eingeführt. Wenn von Ihnen der Wunsch kommt, erste Erfahrungen einmal zusammenzustellen und das Konzept zu hinterfragen, stehen wir jederzeit bereit. Das ist überhaupt keine Frage.

Wir kommen zur Abstimmung. – Bei 12 Ja-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir sind schon im Teilhaushalt **1300**. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Mittel des Medienbüros aus dem Teilhaushalt 1300 über die Veränderungsliste in den Teilhaushalt 1700 ergebnisneutral umgesetzt wurden, wo wir das neue Amt für Informationstechnologie in einem neu geschaffenen Teilhaushalt budgetieren.

Antrag Nr. 19 (S. 58): Website Karlsruhe (für mobile Geräte, mit modernen Bürgerdiensten, geeigneter Suchmaschine, attraktivem Design u. a.): Anhebung der Sachmittel für das Medienbüro/IT-Amt (KULT)

Stadtrat Lancier (KULT): Ich spreche jetzt de facto zu den beiden nächsten Anträgen, denn auch der Antrag Nr. 20 hat die gleiche Zielrichtung.

Zunächst einmal ganz generell: Die Anträge der KULT-Fraktion zielen auf eine bessere Erscheinung der Onlinepräsentation ab. Das soll keine rein kosmetische Verbesserung sein, sondern es dient der besseren Nutzbarkeit. Die daraus resultierende Öffentlichkeitswahrnehmung wird vom Stadtmarketing sicher auch erfreut zur Kenntnis genommen. Die Mängel der aktuellen Webseite sind bekannt. Andere Städte unseres Landes haben Beispiele für bessere Gestaltungen, viele sind allerdings auch nicht besser als unsere. Wir haben also durchaus die Chance, hier vorbildlich statt peinlich zu werden. Gerade eine barrierefreie Oberfläche eines Mediums, das in der heutigen Lebenswirklichkeit verankert ist, kann die Akzeptanz von Verwaltungshandeln erhöhen. Statt auf Webseiten mit Boulevardpresseniveau böse, aber hilflose Kommentare zu schreiben, kann die Energie zur Entwicklung der Stadt genutzt werden. Unterstützung statt Polemik durch die Öffentlichkeit – das sollte unser Ziel sein.

Der Erfolg einer Onlinebeteiligung hängt im Wesentlichen von der Benutzbarkeit ab. Die verbesserte Gestaltung hilft, aber sie kostet Entwicklungsaufwand, also ein entsprechendes Budget, für das wir hier nachdrücklich werben wollen. Karlsruhe als moderne, offene Stadt soll natürlich herkömmliche Beteiligungsformen beibehalten, aber wir müssen unserem Ruf als IT-Hochburg gerecht werden. Auch da wird das Stadtmarketing mir sicher beipflichten, wie auch die IT-Interessierten aller Fraktionen, nicht nur wir Piraten.

Unser neues Amt für die städtische IT kann sich hier gerne profilieren. Herr Losert hat in seiner Vorstellung klar den Wunsch geäußert, aktiv zu werden. Bitte, liebe Kollegen, lasst uns ihm zum Antritt gleich zeigen, wie bereit wir sind, ihm dafür die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Meier (CDU): Ich werde auch gleich zu beiden Anträgen – 19 und 20 – sprechen.

Karlsruhe will Internethauptstadt sein und ist Hauptstadt der Technologieregion. Damit wir das aber endlich auch mit Stolz sein können, muss sich bei einer unserer wichtigsten Visitenkarten, der Homepage, noch einiges tun. Die Umstrukturierung des neuen Amtes für Informationstechnologie eröffnet uns mit den vorgeschlagenen zusätzlichen Mitteln aus diesem Antrag eine Riesenchance. Deshalb danken wir den Kollegen der KULT-Fraktion. Der Antrag hätte in anderen Zeiten auch von uns sein können, wir werden ihn deshalb unterstützen. Wir freuen uns auf ein besseres, internationaleres Surfen in Karlsruhe und stimmen dem Antrag Nr. 19 zu.

Nicht zustimmen wollen wir dem Antrag Nr. 20. Die CDU-Fraktion ist ein großer Freund der repräsentativen Demokratie. Nichtsdestotrotz stehen wir hinter der Bürgerbeteiligung bei relevanten Themen. Das unterscheidet uns – denke ich – in einigen Punkten

von anderen Kolleginnen und Kollegen hier im Hause, denn wir akzeptieren dann hinterher auch den Bürgerwillen.

Karlsruhe macht hier bereits recht viel, um nicht zu sagen: mehr als genug. Von daher wollen wir diesem Antrag widerraten, vor allem – und nicht nur – aus dem Grund, weil es eine einmalige Spritze ist und wir gar nicht absehen können, ob hinterher daraus, aus der Generierung weiterer Dinge, noch Folgekosten entstehen können. Von daher lehnen wir den Antrag Nr. 20 ab.

Stadtrat Hermanns (SPD): Auch die SPD-Fraktion begrüßt den Antrag Nr. 19. Ich möchte aber noch einen Aspekt hinzufügen, ansonsten kann ich mich dem Vorredner anschließen. Was wir bis jetzt noch gar nicht berücksichtigt haben: Die Webseite einer Stadt ist nicht nur eine Visitenkarte, sondern wir benötigen auch Fachkräfte, und diese Fachkräfte benötigen wir insbesondere im High-Tech-Bereich, und die schauen sich erst einmal die Webseite an, um zu wissen, was das für eine Stadt ist. Wir beanspruchen für uns, eine der innovativsten Region Europas zu sein und haben in keiner Weise eine Stadt, die diesem Anspruch auch nur annähernd genügt. Darüber hinaus haben wir von über 40 000 Studenten 10 000 Studenten, die im IT-nahen Umfeld studieren. Wir haben auch das Glück, dass wir eine sehr junge Gesellschaft sind mit vielen jungen Bürgerinnen und Bürgern, die alle nur noch per Tablet oder Smartphone Informationen suchen. Die gehen nicht mehr auf einen normalen Computer.

Dementsprechend sollten wir möglichst schnell die Grundlagen dazu schaffen, indem wir mit aller Kraft unserem neuen Amtsleiter, wie es schon formuliert wurde, ein Geschenk machen. Aber nichtsdestotrotz möchten wir die Aussagen der Verwaltung ernst nehmen und erst einmal abwarten, ob das vorgesehene Budget für die Modernisierungsmaßnahmen für die Webseite ausreicht. Deshalb regen wir an, hierfür einen Sperrvermerk aufzunehmen, der dann aktiviert wird, wenn das Geld nicht ausreicht, um die neue Webseite umzusetzen.

Den Antrag Nr. 20 wird die SPD-Fraktion ablehnen, da diejenigen, die auch in den Arbeitsgruppen vertreten sind, wo es um das Bürgerbeteiligungsportal geht, vorher noch ein paar Parameter klären müssen, z. B.: Wie können wir als Verwaltung die Erwartungshaltung eines Bürgerportals erfüllen? Da müssen aus unserer Sicht noch im Hintergrund einige Hausaufgaben erledigt werden, bevor wir vollumfänglich zur Implementierung eines Bürgerportals kommen können. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen, wollen aber darauf drängen, dass in diesem Bereich mit aller Kraft weitergearbeitet wird.

Stadtrat Hodapp (GRÜNE): Es sieht jetzt so aus, als hätten Herr Stadtrat Hermanns und ich gerade eben noch eine Absprache getroffen, was wir aber nicht getan haben.

Die Position der GRÜNEN sieht genauso aus, dass wir natürlich den Antrag von KULT nachvollziehen können und ebenfalls der Meinung sind, dass der Webauftritt der Stadt Karlsruhe und vor allem der Gebrauch der mobilen Endgeräte deutlich verbessert werden muss. Genauso sehen wir, dass die Stadtverwaltung einen entsprechenden Vorschlag gemacht hat – insofern, dass das neue Amt erst zum 01.01.2017 eingeführt

wird. Deshalb von uns der gleiche Vorschlag: Wir plädieren für ein Ja mit Sperrvermerk, bis die endgültige Verwendung der Mittel geklärt ist.

Jetzt haben es die Kollegen mehrheitlich so gemacht, auch schon zum Antrag Nr. 20 zu sprechen. Dann mache ich das auch gleich. Auch da sind wir auf ähnlichem Weg. Auch wenn das Bürgerbeteiligungsportal des Landes Baden-Württemberg – ohne jetzt noch einmal den Begriff Politikverdrossenheit zu strapazieren, ich nehme den positiven Begriff – ein absolutes Vorbild ist in Sachen Bürgerbeteiligung und wir uns daher natürlich freuen, dass ein Beteiligungsportal auf kommunaler Ebene eingeführt werden soll, ist es für uns einfach wichtiger, erst das neue Amt sich etablieren lassen und anstatt jetzt einmalig 100 000 Euro einzustellen für etwas, was noch ungewiss ist, einfach die Etablierung des neuen Amtes abzuwarten und dann dieses komplexe Thema anzugehen. Insofern stimmen wir beim Antrag Nr. 20 mit Nein.

Stadtrat Höyem (FDP): Wenn Herr Meier und Herr Hermanns und Herr Hodapp sich einigen können, dann ist es ganz schwierig, eine andere Meinung zu haben. Ich bin zwar oft ein bisschen diplomatischer als KULT, aber ich möchte dennoch KULT zitieren: Unser Auftritt auf unserer Website ist peinlich.

Der Vorsitzende: Das war die letzte Wortmeldung.

Es ging jetzt zuletzt um das Thema Sperrvermerk. Wir würden Ihnen sowieso ein Ausschreibungsergebnis vorlegen, und da könnten wir das miteinander verbinden, dann den Sperrvermerk aufzuheben. Insofern wäre das unproblematisch. Wird der Sperrvermerk von KULT in den Antrag aufgenommen? – Das ist der Fall. Ich bitte um das Karienzeichen. – Bei 3 Nein-Stimmen ist der Antrag **mehrheitlich angenommen**.

Antrag Nr. 20 (S. 58): Karlsruher Bürgerbeteiligungsportal (KULT)

Dann folge ich Ihrem Vorschlag, und wir stimmen gleich über den Antrag Nr. 20 ab. – Bei 7 Zustimmungen ist dieser mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Teilhaushalt 1400**. Da ist nichts, zumindest nichts, was Sie ändern wollen.

Dann geht es weiter mit dem **Teilhaushalt 1500** – zu den Ortsverwaltungen und dem Stadtamt Durlach. Da war der Wunsch, die Anträge 21 bis 23 gemeinsam aufzurufen:

Antrag Nr. 21 (S. 70): Steigerung der Mieterträge durch Mietpreiserhöhung (CDU)

Antrag Nr. 22 (S. 70): Erhebung eines Entgeltes für das Kinderferienprogramm bei der Ortsverwaltung Grötzingen (CDU)

Antrag Nr. 23 (S. 70): Streichung von Transferaufwendungen an Vereine (CDU)

– Die sind **alle erledigt**.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 1700** – zum Thema Informationstechnologie.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 2000** – Finanzen, und dazu rufe ich auf

Punkt 2 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

Wie Sie schon im Hauptausschuss vorberaten haben, würden wir damit die Grundsteuer erhöhen – von 420 auf 470 von Hundert. Die Gewerbesteuer bliebe unverändert. Das stelle ich jetzt zur Diskussion.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Es ist immer schwierig, Steuern zu erheben. Da muss man sich sehr viele Gedanken machen, ob das wirklich angemessen ist. Wir sehen auch den Vergleich mit anderen Städten, die auch vergleichbar sind, und wir sehen, dass wir noch anheben können, um in diese Bereiche zu kommen.

Aus eigenem Wissen habe ich erst einmal gedacht, das ist ja ganz wenig, wie die Steuer nun erhöht werden soll. Ich persönlich bezahle für meine Wohnung nur wenig Grundsteuer. Inzwischen habe ich diverse Beschwerden von Leuten erhalten, die riesige Grundsteuern bezahlen, aber die haben eben ein Einfamilienhaus mit Garten und so. Es ist trotzdem deutlich überproportional. Das kommt daher, dass es auf Bundesebene eine gesetzliche Grundlage für die Grundsteuer gibt, die völlig uralte ist und längst überarbeitet werden müsste. Es wird immer wieder geplant, das zu ändern, weil dadurch Ungerechtigkeiten erzeugt werden. Bisher hat sich aber noch keine Bundesregierung daran gewagt, diese Grundlage zu ändern, weil dadurch bei vielen größere Beträge – plus oder minus – entstünden. Aber das können wir nicht ändern, wir können nur diesen Prozentsatz herunter- oder heraufsetzen.

Wir tragen ihn aber so mit, auch wenn er an der Grenze dessen ist, was noch verkraftbar ist, zumal diese Steuer auch auf die Mieten umgelegt werden kann.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Es klingt jetzt fast so, als würden wir die Grundsteuer noch einmal erhöhen, denn wir haben das bereits am 26. April 2016 beschlossen, und wir fassen jetzt den Satzungsbeschluss.

Herr Stadtrat Honné hat ein grundsätzliches Thema angesprochen, das die Grundsteuer allgemein betrifft, das sind die Einheitswerte, die maßgebend sind. Die sind auch sehr unterschiedlich in Ost und West. Warum es noch nicht zu Änderungen gekommen ist, liegt an der Frage: Wer bezahlt die Kosten dieser Erhebung? Wenn man eine neue Grundsteuer haben will, muss man neue Einheitswerte ermitteln. Dafür gibt es die verschiedensten Modelle, die schon seit 10 Jahren zwischen den Ländern hin- und hergeschoben werden, auch weil die Kommunen schon vorher ausrechnen, sie könnten anschließend schlechter dastehen, wenn sie dieser grundsätzlichen Änderung zustimmen. Deshalb ist das ein Hin und Her. Es gibt jetzt einen Versuch, von den Ländern ausgehend, aber es ist ja eine Steuer, die die Kommunen trifft, der Bund hat nichts davon. Es ist aber eine sehr teure Sache, und wenn jetzt entschieden würde, die Grundsteuer und somit die Einheitswerte zu ändern, dann würde das bedeuten: 5 Jahre Ermittlungen der

neuen Einheitswerte, weil alle Grundstücke neu bewertet werden müssten. Es wäre auch die Frage zu beantworten, ob man Unterschiede zwischen Zentren wie München und Städten in der ehemaligen DDR machen müsste. Das sind große Probleme, die zu berücksichtigen seien.

Das ist der Grund, warum man hier nicht vorankommt. Für uns aber ist die Sache die, dass wir im Rahmen der Haushaltsstruktur – erster Teil – entschieden haben, die Grundsteuer um 50 Punkte zu erhöhen. Das ziehen wir jetzt durch. Die CDU-Gemeinderatsfraktion sieht keinen Grund, davon abzuweichen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Wir lehnen nach wie vor alle Maßnahmen ab, die das Wohnen in Karlsruhe weiter verteuern. Genau das ist das, was wir heute wieder tun, vor einem halben Jahr als Gemeinderatsbeschluss, jetzt als Satzungsbeschluss.

Ständig beklagen wir das Fehlen von Wohnungen, vor allem das Fehlen von ausreichend bezahlbarem Wohnraum. Nichtsdestotrotz erhöhen wir jetzt, und wenn wir das nun über diese 5 Jahre sehen, die Grundsteuer für die nächsten 5 Jahre hier in Karlsruhe um 34 Mio. Euro, d. h., das Wohnen wird in den nächsten 5 Jahren für die Bürger um 34 Mio. Euro teurer. Jedes Jahr sind das rd. 7 Mio. Euro, die die Bürger für ihre Wohnungen mehr bezahlen müssen. Wir glauben nicht, dass das ein guter Schritt für bezahlbaren Wohnraum in Karlsruhe ist. Deshalb werden wir diese unsoziale Maßnahme ablehnen, da sie jeden betrifft, nicht nur denjenigen, dem die Wohnung gehört, sondern auch die Mieter, die in diesen Wohnungen wohnen, unabhängig davon, ob sie viel verdienen oder weniger. Es ist eine unsoziale Maßnahme zur Sanierung des Haushalts, die wir für nicht gerechtfertigt halten. Deswegen lehnen wir sie ab, insbesondere angesichts der Not an bezahlbarem Wohnraum, die wir hier in Karlsruhe haben.

Stadtrat Wenzel (FW): Wie damals, so auch heute sehen wir die Erhebung der Grundsteuer als sehr kritisch an. Mein Vorredner hat es schon angedeutet. Es ist schade, dass ich nach ihm spreche, lieber hätte ich es gesagt. Es ist eine Durchlaufsteuer, die leider jeden betrifft, der in einer Wohnung wohnt, die jeden betrifft, der eine Wohnung hat, und letztendlich machen wir unsere Stadt ein bisschen unattraktiver.

Mit Konsolidierung hat eine solche Erhöhung nichts zu tun. Wir bleiben bei unserer ablehnenden Haltung.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung über die Verwaltungsvorlage. – Bei 4 Gegenstimmen ist sie mit großer Mehrheit **angenommen**.

Wir kommen zur **Seite 107**.

Antrag Nr. 24 (S. 107): Erhöhung des Zuschusses für die Eiszeit (Eislauffläche im Rahmen der „Märchenhaften Weihnachtszeit“) (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Die Eisfläche zieht Kinder und Jugendliche an, sie ist ein regelrechter Jugendtreff geworden. Wir halten es für sinnvoll, die Eisfläche im Winter in vollem Umfang zu erhalten. Es ist ein kostenloses, freies Angebot. Viele Menschen lernen erst da Eislaufen. Wir sollten ihnen diese Option nicht nehmen. Bewegung

tut uns allen gut, auch den Kolleginnen und Kollegen hier im Stadtrat, da wir so viel sitzen.

Wir sind sehr dafür, diese Fläche zu erhalten, die jetzt nicht nur einen Weihnachtstrubel darstellt, sondern eine Freizeit- und Sportmöglichkeit ist, und möchten, dass die Mittel nicht gekürzt werden.

Der Vorsitzende: Wir kommen gleich zur Abstimmung. – Ich habe 2 positive Voten, der Rest ist **Ablehnung**.

Antrag Nr. 25 (S. 107 ff.): Komplette Streichung Indoor-Meeting (AfD)

Stadtrat Bernhard (AfD): Das Indoor-Meeting in der Neuen Messe ist eine Großveranstaltung, von der die Sportvereine in unserer Stadt am Ende nicht wirklich etwas haben. Solange früher die Veranstaltung noch in der Europahalle stattgefunden hat, war sie noch irgendwo akzeptabel. Zwischenzeitlich hat sie sich aber zu einem internationalen Sportspektakel entwickelt, dessen Austragungsort nicht mehr wirklich relevant ist. Dass der zufällig vor den Toren Karlsruhes liegt, wird den Fernsehzuschauer nicht wirklich interessieren.

Statt in solche Veranstaltungen städtisches Geld zu stecken, sollten wir lieber mehr unseren Karlsruher Sportvereinen unter die Arme greifen und lokale Sportveranstaltungen fördern, und deswegen sollten diese Mittel gestrichen werden.

Stadtrat Hofmann (CDU): Leider muss ich mal wieder feststellen, dass die AfD falsch informiert ist. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass nicht alle Kosten dargestellt sind. Das ist nicht so, es sind alle Kosten dargestellt. Die Infrastrukturkosten wurden durch den Einsatz der KEG von 550.000 Euro auf 350.000 Euro reduziert. Die Durchführungskosten in Höhe von 200.000 Euro sind im Übrigen auch in der Europahalle schon zum großen Teil angefallen. Von daher ist es nicht richtig, dass nur ein Teil der Kosten dargestellt wird. Denn eines ist Fakt: Die Gelder, die dafür benötigt werden, um die Sportler zu akquirieren, waren auch in den früheren Haushalten nie ausgewiesen. Das läuft völlig getrennt. Im Gegensatz zu den, was Sie hier schreiben, ist es auch so, dass diese durch Sponsoren komplett getragen werden. Das wissen gerade Sie sehr gut, denn Sie ja einen der Sponsoren sehr gut kennen. Von daher wissen Sie auch, wo die Kosten sind.

Eines ist auch ganz klar: Die Sportvereine hatten auch schon in der Europahalle nichts davon. Es ist einfach eine Veranstaltung, die von jeher das Renommee der Stadt Karlsruhe als traditionelle Leichtathletiksportstadt geprägt hat. Also hat sich am Ganzen gar nichts geändert. Das Indoor-Meeting ist für uns weiter ein Alleinstellungsmerkmal, auch für unsere Region. Deshalb ist es mit Sicherheit wert, ihm weiter diese Chance zu geben. Allein die Reduzierung der Kosten von 1 Mio. Euro auf 557.000 Euro zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir sehen auch weiter Luft, die Kosten zu reduzieren, aber jetzt auf einmal den Hammer zu schwingen und draufzuhauen und das Ganze platt zu machen, wäre ein falsches Zeichen.

Sie schreiben, dass die Stadt überhaupt nichts davon habe. Auch das ist nicht richtig. Haben Sie schon einmal etwas von Umwegrentabilität gehört, und was die Messe davon hat? Ich denke, es gibt genügend Beispiele, damit das Indoor-Meeting weiter in dieser Art und Weise bestehen kann. Wir sind mit den Reduzierungen insgesamt auf einem hervorragenden Weg, und wir werden diesen Antrag natürlich ablehnen.

Stadträtin Moser (SPD): Um es vorwegzunehmen: Wir bleiben bei unserem Abstimmungsverhalten vom Juni und lehnen den Antrag der AfD ab.

Die Karlsruher Event-GmbH hat genau das Ziel erreicht, das wir in der Gemeinderatssitzung vom 21. Juni 2016 mehrheitlich – gegen 11 Nein-Stimmen und eine Enthaltung – vorgegeben haben, nämlich die Infrastrukturkosten zu senken, vor allem auch, die Messehalle 2 zu ertüchtigen und den Zuschuss auf 350.000 Euro zu senken. Die stärkere Vermarktung der Tribüne, die Gewinnung neuer Partner, die Aufstockung des Budgets vorhandener Sponsoren und die Rabatte bei Dienstleistern usw. führten dazu, dass der vorhandene Rahmen erreicht werden konnte.

Die Wirtschaft, die Leichtathletik in Karlsruhe, die Werbeeffekte und das Image unserer Stadt profitieren von dem Leichtathletikevent. Die Infrastrukturkosten wurden – wie gefordert – von 550.000 Euro auf 350.000 Euro gesenkt, die Durchführung kostet 207.500 Euro. Auch das muss die AfD wissen.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allen voran Martin Wacker, für ihr überaus großes Engagement und ihre Bemühungen, die Vorgaben des Gemeinderates umzusetzen, und lehnen – wie vorhin schon gesagt – den Antrag der AfD selbstverständlich ab.

Stadtrat Hodapp (GRÜNE): Irgendwann, denke ich, müssen wir die Fakten akzeptieren, und die Fakten sehen beim Indoor-Meeting so aus, dass mittlerweile Verträge bestehen, an die wir uns gegenüber den Vertragspartnern halten müssen. Wir müssen auch als GRÜNE ganz deutlich sagen, dass wir mit Respekt registrieren, dass die KEG das Ziel des Gemeinderates – wie wir gerade eben schon gehört haben – absolut erreicht hat, nämlich die Senkung um rd. 200.000 Euro bei den Infrastrukturkosten.

Andererseits bleiben wir bei unserer grundsätzlichen Kritik an den Kosten, die für den städtischen Haushalt durch das Indoor-Meeting entstehen. Ich nehme noch einmal den Begriff der Fakten: Weil wir die Fakten aber akzeptieren, werden wir uns bei der Abstimmung enthalten.

Stadtrat Hock (FDP): Meine Fraktion hat sich wissentlich – wie wahrscheinlich niemand hier im Haus – von Anfang an klar und deutlich zum Indoor-Meeting bekannt, weil – und das ist der wichtigste Grund – wir von Anfang an gesagt haben, wir versuchen das Renommee Karlsruhes überall in gutem Licht darzustellen. Dafür wenden wir in den verschiedensten Unternehmungen Geld auf, um uns nach außen hin zu vermarkten.

Das Indoor-Meeting bringt uns – da hat der Kollege Hofmann Recht – viel Außenwirkung, und das dürfen wir nicht ganz außer Acht lassen. Die Stadt Karlsruhe ist mit vie-

len anderen großen Städten immer im Wettbewerb um solche Veranstaltungen, und man weiß, wenn man sich in der Szene etwas auskennt, dass man uns beneidet, dass wir das Indoor-Meeting gehalten haben. Wir hoffen, dass wir auch im Gemeinderat auch in Zukunft – nach dieser großen Kraftanstrengung, die die KEG zusammen mit den Sponsoren gebracht hat – ein klares und deutliches Zeichen nach außen geben, dass wir am Indoor-Meeting festhalten. Meine Fraktion steht zum Indoor-Meeting, weil wir genau wissen, was es uns im Endeffekt bringt.

Deshalb können wir den Antrag der AfD, die meines Erachtens in diesem Punkt nicht über ihren Tellerrand hinausschauen kann, nicht mittragen und werden ihn ablehnen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Wir zücken die Karten und kommen zur Abstimmung. – Bei 2 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen **lehnt** der Rest diesen Antrag **ab**.

Antrag Nr. 26 (S. 107): Erstwohnsitzkampagne (SPD)

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Die Erstwohnsitzkampagne ist wichtig und richtig und trägt im Sinne der Umkehrrendite letztendlich auch zu einem positiven Haushalt bei.

Aus unserer Sicht ist es allerdings nicht notwendig, dass die Fahrradkampagne im bisherigen Umfang weiter aufrechterhalten wird, weil der Erfolg der Erstwohnsitzkampagne davon nicht abhängig ist. Das verdeutlicht auch die Antwort der Verwaltung. Ob die Gewinnquote nun 1 : 10 oder 1 : 15 ist, wird niemanden dazu motivieren, seinen Erstwohnsitz nach Karlsruhe zu verlegen. Von daher sind wir für eine Reduktion der Aufwendungen für die Erstwohnsitzkampagne in dem genannten Umfang von 60.000 Euro. Das ist kein Riesenbetrag, aber ein Betrag, der im Sinne Haushaltsstabilisierung zu einem besseren Ergebnis beitragen kann.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die Erstwohnsitzkampagne hat sich in Karlsruhe bisher als erfolgreich erwiesen. In der vergangenen Zeit haben sich 4 500 bis 5 000 Personen in Karlsruhe mit Erstwohnsitz angemeldet. Angesprochen waren dabei vor allem Studierende, die wir ja auch gern in unserer Stadt halten wollen, weil sie Zukunft bringen mit ihren innovativen Ideen und mit ihrer Kreativität.

Die Erstwohnsitzkampagne bringt auf lange Sicht gesehen auch Einnahmen in unsere Stadt und ist eine schöne Marketingidee, um unsere Stadt als Heimatstadt für viele attraktiver und interessanter zu machen. Das sollten wir als langfristiges Ziel nicht aus den Augen verlieren. Insofern eine Fahrradkampagne zu streichen, die diesen Zweck unterstützt, wäre kurzfristig gedacht.

(Zuruf **Stadtrat Dr. Fechner/SPD**)

– Eine Kürzung? Im Ergebnis läuft es aber darauf hinaus.

Im Übrigen haben wir im Aufsichtsrat Stadtmarketing noch eine Evaluation über das Ganze laufen. Wir begleiten dort das Projekt und verfolgen es mit. Es wäre jetzt voraus-

gegriffen, wenn wir heute Ihrem Antrag folgen und dadurch das Ergebnis dieser Evaluation obsolet machen würden. Wir werden daher den Antrag ablehnen.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Wie Frau Dr. Dogan bereits gesagt hat: Im Moment läuft eine Evaluation darüber, wie sich die Erstwohnsitzkampagne entwickelt, und der wollen wir GRÜNEN nicht vorgreifen, sondern abwarten, was dabei herauskommt. Grundsätzlich bringt die Erstwohnsitzkampagne einen großen Mehrwert, und da manche das offenbar noch nicht verstanden haben, erkläre ich es noch einmal.

Auch wenn es eine Zweitwohnungssteuer in Karlsruhe gibt, ist man zwar gesetzlich verpflichtet, aber niemand kann die Leute dazu zwingen, sich umzumelden. Ich habe schon mit einigen Auszubildenden, für die diese Kampagne dank unseres Antrags auch gedacht ist, und Studierenden zusammengewohnt, meinem Alter geschuldet und meiner Tätigkeit als Studierender. Ich kann Ihnen sagen, die melden sich nicht alle um. Wer ein Auto hat, bleibt woanders gemeldet. Und warum? Die Versicherung ist günstiger! Wer auf dem platten Land lebt, bekommt eine günstigere Versicherung und bleibt deshalb bei seinen Eltern gemeldet. Und mit einer Zweitwohnungssteuer melde ich mich erst gar nicht um.

Natürlich braucht es weiterhin einen Anreiz, damit diese Leute ihren Erstwohnsitz in Karlsruhe melden, damit wir von der Finanzierung profitieren, die wir nur für Leute bekommen, die hier gemeldet sind, und nicht für Leute, die hier nur wohnen. Insofern kann man diese Kampagne nicht guten Gewissens abschaffen, weil sie nichts kostet, sondern weil sie uns Geld bringt.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Die Vorteile der Erstwohnsitze in Karlsruhe sind allgemein bekannt, z. B. wie viel Geld wir dafür über den kommunalen Finanzausgleich erhalten. Ein weiterer wichtiger Aspekt sollte noch erwähnt werden: Mit der Erstwohnsitzkampagne wird den Neubürgerinnen und Neubürgern, den Auszubildenden und Studierenden, die hierher ziehen, das Geschäftsleben bekannt gemacht, was es hier alles gibt, auch an kulturellem Leben, und quasi wird über die Erstwohnsitzkampagne eine Identifikation mit unserer Stadt hergestellt. Sie ist die größte Werbemaßnahme überhaupt, und sie wird von allen auch wunderbar angenommen – und auch der Radverkehr, einfach nur top. Ich kann mich nur meinen Vorrednern Frau Dr. Dogan und Herrn Konrad anschließen.

Ich denke, dass wir das bei der Evaluation auch sehen werden. Von daher lehnen wir diesen Antrag ab.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Ich hatte in meinen Ausführungen ausdrücklich gesagt, es geht um eine Reduzierung. Wir stellen die Erstwohnsitzkampagne in keiner Weise in Frage. Von daher kann ich das Gebaren in keiner Weise nachvollziehen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 2 Enthaltungen und 13 Ja-Stimmen **lehnt** der Rest den Antrag **ab**.

Antrag Nr. 27 (S. 107 ff.): Erstwohnsitzkampagne stoppen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Vielen Dank für die vorgegriffene Argumentation zu diesem Punkt. Was Herr Stadtrat Konrad ausgeführt hat, kann ich nicht verstehen, aber darauf werde ich gleich noch eingehen.

Vorhin, als wir gefordert haben, dass wir netto keine neuen Stellen bei der Stadt schaffen, sondern stattdessen umwidmen, dass Bereiche, die wegfallen, einfach wegfallen und dafür andere neu besetzt werden, wurden wir als naiv bezeichnet. Diese Sache, um die es gerade geht, ist ein Beispiel dafür. Wir sagen ja nicht, dass die Erstwohnsitzkampagne nicht wirksam war – sie war es ja die ganze Zeit –, sie ist jetzt eben abgelöst worden durch die Zweitwohnsitzsteuer. Jeder, der in Karlsruhe mit Zweitwohnsitz und nicht mit Erstwohnsitz gemeldet ist, muss ab dem 01.01.2017 10 % der Jahresnettomiete als Steuer bezahlen. Das sind also 1,2 Nettomieten pro Jahr mehr – eine ganz gewaltige Mieterhöhung. Wenn wir dazunehmen, dass durch die Anhebung der Grundsteuer, die gerade als Satzung beschlossen wurde, die Mieten sowieso steigen, haben wir praktisch eine doppelte Steuererhöhung an dieser Stelle für Zweitwohnungsinhaber in Karlsruhe. Wenn das keine klare Motivation ist, sich hier mit Erstwohnsitz anzumelden, dann weiß ich nicht, was man noch braucht.

Damit ist klar: Wir brauchen keine weitere Motivation, und damit ist die bisherige Kampagne obsolet. Die braucht einfach keiner mehr. Wenn man sich einmal anschaut, was die kostet: Die kostet 1,83 Mio. Euro jedes Jahr, und in der Stellungnahme der Verwaltung steht, dass damit ca. 400 zusätzliche Erstwohnsitze akquiriert werden. Ich frage mich, auf welcher Basis. War das die bisherige Zahl? Ich kann mir nicht vorstellen, dass in Zukunft zusätzlich zur Zweitwohnsitzsteuer noch zusätzlich 400 Leute akquiriert werden. Das kann ich mir nicht vorstellen. Gehen wir einmal davon aus, dass es bestenfalls so wäre und wir akquirieren 400 neue Leute im Jahr, die hier mit Erstwohnsitz gemeldet werden, dann bezahlen wir für jeden Einzelnen 4.500 Euro aus den Steuern, die jeder bezahlen muss. Da kann sich jeder mal kurz überlegen, welchen Anteil er von den Steuern, die er selbst bezahlt, dazu beiträgt. Für mich ist das ein Spitzenbeispiel dafür, dass wir Dinge, die nicht mehr wirksam sind und viel kosten, aufgeben sollten. Wir brauchen sowieso zusätzliche Stellen, um die Zweitwohnungssteuer einzutreiben, also können wir diese Stellen nehmen, umwidmen und die Sache begraben. Denn 1,83 Mio. Euro für etwas ausgeben, das wir nicht mehr brauchen, das nenne ich naiv.

Der Vorsitzende: Rein ehrenhalber wollen wir mal feststellen, dass seit der Erstwohnsitzkampagne die Zahl derer, die sich mit Erstwohnsitz hier meldeten, sehr, sehr deutlich zugenommen hat. Es wurde noch kein Nachweis erbracht, dass sie überflüssig ist oder nichts mehr bewegen würde. Es läuft ja gerade eine Evaluation, und ich bitte darum, dass dann, wenn die Ergebnisse vorliegen, diese in aller Differenziertheit betrachtet werden. Am Sinn der Erstwohnsitzkampagne gibt es im Moment keine Zweifel, die wirklich fundiert wären.

Wir kommen zur Abstimmung. – Bei 3 Ja-Stimmen wird der Antrag vom Rest **abgelehnt**.

Wir kommen zur Seite 115.

Antrag Nr. 28 (S. 115): Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebs Wildpark für den Erwerb von Finanzvermögen – Streichung (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): In diesem Haushalt sind bei zwei Positionen – Punkt 28 und später 144 – Mittel im Zusammenhang mit dem Projekt „Wildpark – neues Stadion“ eingepflegt. Wir können weder direkte noch indirekte Beträge unterstützen, die mit dem Stadionbau zu tun haben. Also beantragen wir die Rücknahme dieses Betrages.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Bekanntlich sind wir gegen den Wildparkausbau in der Form, wie er jetzt beschlossen ist. Aber wir waren vehement für den Eigenbetrieb, weil dadurch mehr Transparenz geschaffen wird, welche Gelder beim Wildpark in welche Richtung verschoben werden. Deshalb sind wir in diesem Fall für die Grundausstattung des Eigenbetriebs.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung, ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 4 zustimmenden Voten wird der Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur Seite 124 und damit zum **Teilhaushalt 3000**.

Antrag Nr. 29 (S. 124): Weiterführung der Zuschüsse an die Klosterruine Frauenalb (Die Linke)

Stadträtin Zürn (Die Linke): Nur ganz kurz, denn zum Bereich Kultur kommen wir noch.

Wir sind der Meinung, dass ein Sparblick nicht an den Stadtgrenzen aufhören sollte bzw. wir sind dafür, in die Region zu schauen, welche gemeinsamen Kulturgüter haben wir dort. Denn wir sollten sie gemeinsam erhalten und pflegen, und ein bedeutendes Denkmal wie die Ruine Frauenalb ist für uns eine gefragte Kulturstätte, und die Instandhaltung ist unsere gemeinsame Aufgabe, so dass wir nicht möchten, dass die Zuschüsse gestrichen werden.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich bitte um Abstimmung. – Bei 2 Ja-Stimmen wird der Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 3100**.

Antrag Nr. 30 (S. 139): Externe Unternehmen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben prinzipiell ein Problem bei diesem Punkt. Wir sind nicht der Meinung, dass der Steuerzahler indirekt einzelne Umweltorganisationen fördern sollte, ohne selbst darüber kontrollieren zu können. Die Umweltorganisationen haben ihre Berechtigung, aber sie sollten dann von den Leuten unterstützt werden, die sie unterstützen, nicht von anderen, die sie von der Politik her nicht unterstützen. Als Bürger habe ich keinen Einfluss darauf, dass hier Steuergelder benutzt werden, um die-

se Organisationen zu finanzieren. Das ist aus unserer Sicht prinzipiell falsch, und deswegen sind wir dafür, diesen Posten zu streichen.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. – Bei 3 Zustimmungen **lehnt** der Rest des Hauses den Antrag **ab**.

Antrag Nr. 31 (S. 137): Informations- und Motivationskampagne für die Einführung einer nachhaltigen Essensversorgung (Bioanteil in Kantinen und Mensen) (GRÜNE)

Stadträtin Rastetter (GRÜNE): In der vorletzten Sitzung wurde unser Antrag auf die Einführung eines Anteils von 25 % Bio am Schul- und Kitaessen beschlossen und soll ab Ende nächsten Jahres umgesetzt werden. Die Verwaltung hat in ihrer ersten Vorlage selbst empfohlen, dazu eine Informations- und Motivationskampagne durchzuführen, und zwar für die Schulen, für die Eltern, für die Öffentlichkeit, im Übrigen auch für die eigenen Kantinen, die auch schrittweise perspektivisch auf Bioanteile umstellen werden. Wir haben dann allerdings gefordert, dass die Informations- und Motivationskampagne kostenneutral umgesetzt werden soll – aus Bordmitteln verschiedener Dezernate.

Jetzt haben wir uns aber angesichts des hohen Stellenwertes, um das zu vermitteln und darzustellen, welche Vorteile wir davon haben, dazu entschlossen, doch einen Anteil von wenigstens 10.000 Euro zu beanspruchen und würden uns freuen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen könnten, für dieses wichtige Anliegen der gesunden und nachhaltigen Ernährung an allen Kindertagesstätten und Schulen 10.000 Euro bereitzustellen.

Ich möchte noch eine zusätzliche Bemerkung machen: Was mir bei der Beantwortung der Stadtverwaltung jetzt gar nicht gefallen hat, ist, dass sie die Einführung der Bioernährung von 25 % indirekt in Frage stellt, indem sie das mit einer Anschubfinanzierung in Verbindung bringt. Indirekt kann man das so verstehen, als würde sie gerne auf das Anliegen generell verzichten wollen. Ich denke, so kann man das nicht sagen. Man kann durchaus der Meinung sein, dass die Informationskampagne mit vorhandenen Mitteln finanziert werden kann, denn es ist ja auch ein Pfad aufgezeigt worden, wie man dabei vorgehen kann, aber man kann auch der Meinung sein, das zusätzlich mit Mitteln zu unterfüttern.

Insofern bitte ich darum, dass das eigentliche Anliegen dieser Informationskampagne ernst genommen wird, in Karlsruhe tatsächlich eine gute Umsetzung zu erreichen. Ich wäre dankbar, wenn Sie dem zustimmen würden.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Über die Inhalte zu diesem ganzen Themenkomplex haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung ausführlich diskutiert. Klar, eine Informations- und Motivationskampagne ist eine schöne Sache, macht auch sicherlich Sinn. Wenn das im Rahmen der bestehenden Mittel möglich ist, sind wir damit auch einverstanden. Aber zusätzliche Mittel möchten wir dafür nicht einstellen. Wir lehnen den Antrag ab.

Stadträtin Moser (SPD): In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir uns schon mit dem Antrag beschäftigt, und es wurde uns in der Vorlage der Verwaltung zugesagt, dass die Durchführung durch die Koordinierungsstelle der kommunalen Gesundheitsförderung beim Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz angesiedelt wird. Damit hat sich der Antrag für uns erledigt, und wir lehnen ihn ab.

Stadtrat Jooß (FDP): Es wurde schon genügend darüber gesprochen. Wir sind für Wahrheit und Klarheit – entweder Bio oder konventionell. Das können sich die Bewerber selbst herausuchen – die Schüler oder die Eltern. Es muss natürlich kostengerecht kalkuliert sein. Die Biofreunde können selbst eine Kampagne machen und für Bio werben. Wir lehnen den Antrag ab.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung, ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 15 Zustimmungen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir haben uns darauf verständigt, die beiden nächsten Anträge zusammen aufzurufen.

Antrag Nr. 32 (S. 139): Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruher Schulen (GRÜNE)

Antrag Nr. 33 (S. 137): Umweltschutz/Umweltthemen im Unterricht (GRÜNE)

Stadträtin Rastetter (GRÜNE): Wir haben ja seit längerem schon zwei Programme für die Unterstützung der Umwelt- und Naturbildung für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt. Da ist zum einen das Programm Kooperationen von Schulen mit Umweltverbänden, und dabei sind alle relevanten Umweltverbände in Karlsruhe beteiligt, mit hervorragenden Programmen, insbesondere die Natur kennenzulernen und zu verstehen und dann in letzter Konsequenz auch die Natur zu schützen. Das ist insbesondere wichtig für zugewanderte Kinder, die auch von diesem Programm profitieren, und führt letztlich dazu, dass wir sehr viel tun können für die Sensibilität von Kindern und Jugendlichen für den Erhalt einer vielfältigen Umwelt, für die Biodiversität und für den Schutz der Natur.

Dieses Programm, das speziell auch von Grundschulkindern angenommen wird, ist ständig überbucht, und mit 30.000 Euro im Jahr ist es natürlich sehr gering finanziert, wenn man es mit den Kooperationen Schule – Kultur und Schule – Sport vergleicht. Dieses Naturerleben trägt auch zur Bewegungsförderung bei, denn die Kinder gehen hinaus in die Natur. Sie lernen die Natur kennen, indem sie sich auch draußen in der Natur bewegen.

Wir bitten deshalb darum, diese völlig überbuchte Kooperation Schule – Umweltvereine mit 20.000 Euro zu erhöhen, um dann dieses Programm angemessen unterstützen zu können.

Das zweite Programm –Umweltthemen im Unterricht – ist anders strukturiert. Da werden Experten in die Schule geholt und spezielle anspruchsvolle Themen besonders aufbereitet, z. B. Chemie in Lebensmitteln oder auch nachhaltige Ernährungsversorgung, aber auch Umweltschutzthemen wie Energieversorgung. Hierfür haben wir 40.000 Euro

eingestellt, und auch dieses Programm wird sehr gerne angenommen und dient auch dazu, den neuen Bildungsplan des Landes Baden-Württemberg besser umzusetzen. Denn hier ist Nachhaltigkeit eines der fünf Leitprinzipien, die neu in den Bildungsplan eingefügt wurden.

Deshalb würden wir uns sehr freuen, wenn Sie diese beiden Programme, die auch dem Programm „Grüne Stadt“ entsprechen, und somit unsere Anträge unterstützen würden.

Stadtrat Meier (CDU): Ich glaube, ich kann es kurz machen. Wir freuen uns, dass die Haushaltsmittel bei beiden Themen bisher unangetastet geblieben sind und nicht gekürzt wurden. Bei anderen Dingen mussten wir heute schon und werden auch weiterhin schmerzliche Kürzungen erfahren. Von daher erachten wir das in dieser Zeit als gut und auskömmlich und lehnen beide Anträge ab.

Stadträtin Uysal (SPD): Wegen der veränderten Schullandschaft und dem demografischen Wandel müssen für die Schülerinnen und Schüler adäquate und in das Schulkonzept passende Betreuungsangebote generiert werden. Insbesondere Ganztagschulen und Schulen, die eine Nachmittagsbetreuung anbieten, brauchen Unterstützung und verlässliche Partner für die Nachmittagsangebote. Mit den Umweltverbänden als kompetente Partner für Umweltthemen haben die Schulen nicht nur nachhaltige Betreuungsangebote, sondern es ist auch Kontinuität und Verlässlichkeit gegeben. Auch die Nachfrage seitens der Schulen ist hier sehr groß, und deshalb werden wir dem Programm Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruher Schulen zustimmen, allerdings das Programm Umweltthemen im Unterricht ablehnen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Wir treten in die Abstimmung ein – zunächst über den Antrag Nr. 32. – Ich habe 26 Zustimmungen, das ist die Mehrheit. Damit ist dem Antrag **stattgegeben**.

Ich bitte um die Abstimmung über den Antrag Nr. 33. – Ich habe 16 Ja-Stimmen, das ist keine Mehrheit, der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen nun zu den AfD-Anträgen Nr. 34 bis Nr. 37. Herr Dr. Schmidt, Sie können entscheiden, ob Sie zu allen gleich sprechen oder ob wir sie einzeln abarbeiten. Das haben Sie in der Hand.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich muss zunächst eine Frage zu den Antworten der Stadtverwaltung stellen. Wenn ich es richtig verstehe, könnte man die Anträge Nr. 34 und Nr. 36 zusammennehmen.

Der Vorsitzende: Das können wir gerne machen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Verstehe ich es richtig, dass die Kosten, wenn es an die Caritas geht, auf 18.500 Euro pro Jahr reduziert werden?

Der Vorsitzende: Nein, das ist nicht so.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Je nachdem, wie hoch die Differenz zu dem ist, was wir beantragen, frage ich mich, ob wir unseren Antrag aufrechterhalten.

Der Vorsitzende: Die Kosten sind ähnlich hoch, nur die Modelle sind unterschiedlich, wenn ich es richtig verstanden habe. – Es ist so. Halten Sie Ihre Anträge aufrecht, dann stimmen wir darüber ab. So ist es am klarsten.

Antrag Nr. 34 (S. 139): Kühlgerätetausch auslaufen lassen (AfD)

Antrag Nr. 36 (S. 139): Ausgaben Stromsparpartner stoppen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Dann nehme ich mal die Anträge Nr. 34 und Nr. 36 zusammen. Es geht um den Kühlgerätetausch.

Es geht darum, dass wir Kosten sparen müssen. Es ist natürlich sinnvoll, Kühlgeräte zu tauschen, die viel Strom verbrauchen. Nur hat man irgendwann die alten Kühlgeräte, die wirklich viel Strom verbrauchen, alle ausgetauscht, und die Unterschiede sind dann nur noch marginal. Das bedeutet für uns, dass irgendwann der Punkt gekommen ist, wo es sich nicht mehr lohnt, zusätzlich Kühlgeräte auszutauschen und dieses Programm noch zu haben. Deswegen beantragen wir, den Kühlgerätetausch auslaufen zu lassen, indem wir ihn zuerst in den nächsten zwei Jahren auf die Hälfte zurückfahren und ihn danach ganz streichen, weil er unserer Meinung nach im Vergleich zu den Kosten nicht mehr wirksam ist. Deshalb unsere Anträge Nr. 34 und Nr. 36.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortbeiträge. Ich rufe den Antrag Nr. 34 zur Abstimmung auf und bitte um das Kartenzeichen. – Bei 3 Zustimmungen wird der Antrag **abgelehnt**.

Dann rufe ich den Antrag Nr. 36 zur Abstimmung auf und bitte auch hier um das Kartenzeichen. – Auch hier gibt es nur 3 Zustimmungen, der Rest ist **Ablehnung**.

Wir können jetzt den **Tagesordnungspunkt 5** zwischenschalten. Er ist jetzt unverändert, nachdem Sie die beiden Anträge abgelehnt haben.

Punkt 5 der Tagesordnung: Überführung des Projektes der Karlsruher Stromspar-Partner als Stromspar-Check der Caritas

Stadträtin Melchien (SPD): Selbstverständlich sehen wir das anderes als die AfD. Wir freuen uns, dass die Verwaltung uns einen Weg vorschlägt, mit dem wir weiterhin die vier Berater fest verankern. Dass wir ein wenig die Mittel für den Kühlgerätetausch reduzieren müssen, nehmen wir in Kauf. Das Projekt ist ein sehr gutes Projekt, das Ökologie und Soziales vereint. Wir sind froh, dass wir es auch künftig im Rahmen der Haushaltsstabilisierung beibehalten können, und vor allem freuen wir uns mit der Caritas, Bundesmittel für dieses Projekt akquirieren zu können. Das ist für uns alle ein Erfolg.

Stadtrat Meier (CDU): Wir reden viel von Einsparung, wir reden viel vom Abbau von Doppelstrukturen. In diesem konkreten Fall reden wir von einer Weiterführung eines wichtigen sozialen Themas. Die Caritas wird das in Zukunft auf jeden Fall gut machen,

und die KEK hat künftig wieder mehr Ressourcen für ihr originäres Geschäft. Von daher ist das eine Win-win-Situation für alle. Die CDU stimmt zu.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Energiearmut ist in den meisten Fällen das Resultat einer langsamen und stetigen Veränderung der Lebenssituation. Auch wenn der Anteil der Stromkosten der privaten Haushalte an den Konsumausgaben im vergangenen Jahrzehnt weitgehend konstant geblieben ist, deutet die hohe Anzahl von Stromsperren auch in Karlsruhe auf steigende finanzielle Probleme einer wachsenden Gruppe von Haushalten mit geringem Einkommen hin. Daher ist es wichtig, dass es auch präventive Lösungsansätze der Stromsparpartner für die Karlsruher Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Die GRÜNEN freuen sich auf die Kooperation mit der Caritas.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung zu den Stromspar-Partnern. – 2 Gegenstimmen, der Rest ist **Zustimmung**.

Wir fahren fort mit der Antragsberatung.

Antrag Nr. 35 (S. 137): Klimaschutzfonds (AfD)

Antrag Nr. 37 (S. 139): KEK-Zuschüsse halbieren (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich will es einfach machen und die Anträge Nr. 35 und Nr. 37 in meinen Ausführungen zusammenfassen. Abstimmen tun wir darüber natürlich getrennt.

Wir von der AfD – das ist auch Teil unseres Landtagswahlprogramms – sind der Meinung, dass die Energiewende nicht so schnell voranschreitet, wie es eigentlich notwendig wäre, um den Bedarf zu erfüllen. Deswegen sind wir der Meinung, dass der gegenwärtige Strommix beibehalten werden muss, auch um die Kosten nicht weiter steigen zu lassen – hauptsächlich aber deswegen, weil sonst die CO₂-Produktion bei der Stromerzeugung sehr stark zunimmt. Das heißt mit anderen Worten, bei dem, was wir unter bundespolitischen Gesichtspunkten in Baden-Württemberg veranstalten, sind wir dabei, sehr viel mehr CO₂ zu produzieren. Alle Maßnahmen, die wir dagegen einzuschlagen versuchen, sind nichts weiter als ein Tropfen auf den heißen Stein, und deshalb sind sie auch das Geld nicht wert, das wir dafür ausgeben.

Wovon spreche ich? Ich spreche davon, dass Windkraft, die auch nur da ist, wenn der Wind weht, übers Jahr aufsummiert nur 1 bis 1,5 % des in Baden-Württemberg verbrauchten Stroms liefert. Aus Windkraft kriegen wir nur 1 bis 1,5 %, und auch nur dann, wenn der Wind weht. Aus den beiden noch laufenden Kernkraftwerken – KKP 2 und GKN 2 – bekommen wir 30 % unseres Strombedarfs in Baden-Württemberg. 30 % des Stroms, der hier verbraucht wird, wird mit Kernkraft erzeugt – im KKP 2 nur noch bis Ende 2019 und im GKN 2 nur noch bis Ende 2022. Dann muss diese Grundlast ersetzt werden. Die einzige Möglichkeit ist Kohle, d. h., unsere CO₂-Produktion in Baden-

Württemberg wird massiv ansteigen, und alles, was wir mit viel Geld machen wollen, ist nichts als Opium fürs Volk, denn es bringt überhaupt nichts.

Deswegen fordern wir, dieses unsinnig ausgegebene Geld einzusparen.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich freue mich, dass die AfD Marx liest. Das bringt einen weiter.

Das Zweite: Ich habe mich zur Vorbereitung auf diese vier Anträge mit dem Bundestagsprogramm der AfD beschäftigt – zum Thema regenerative und sonstige Energien. Ich kann nur sagen: Ich habe selten so eine Ansammlung von notorischem Unsinn und von Verknennung der Wirklichkeit kennengelernt. Wenn Ihre Wortmeldung auf dieser Basis beruht, dann wundert mich gar nichts von dem, was wir eben gehört haben.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 35. – Bei 3 Zustimmungen und einer Enthaltung ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über Antrag Nr. 37 ab. – 5 Stimmen sind dafür, der Rest dagegen, eine mehrheitliche **Ablehnung**.

Bevor wir jetzt in die spannende Diskussion unter dem Teilhaushalt 3200 einsteigen, unterbreche ich die Sitzung für die Kaffeepause für eine halbe Stunde.

(Unterbrechung der Sitzung von 15:25 Uhr bis 15:53 Uhr)

Ich bitte dann so allmählich die Plätze einzunehmen. Der aktuelle Sachstand der Redezeiten lässt Ihnen noch üppig Zeiten übrig. Ich darf nur Die Linke mit verbleibenden 14 Minuten und die AfD mit verbleibenden 13 Minuten auf eine gewisse Limitierung hinweisen.

Zum weiteren Verfahren würde ich Ihnen folgenden Vorschlag machen: Wir hatten vorgesehen, um 19:30 Uhr hier zum Abendessen einzuladen. Das wären 3 ½ Stunden. Das finde ich zu lang. Mein Vorschlag wäre, dass wir um 18:30 Uhr wie gewohnt eine halbe Stunde Pause machen und uns dann nochmal ungefähr zwei Stunden genehmigen. Dann kommen wir nämlich heute durch, wenn wir so weitermachen. Ich glaube, das ist dann eine vernünftige Lösung. Wenn es dann drei Stunden werden, gehen wir zumindest gestärkt in diese drei Stunden rein. Wenn Sie damit einverstanden sind, ich habe das Essen jetzt schon so umbestellt.

Wenn nicht, dann hätte es halt eine Stunde rumgestanden, das hätte auch nicht geschadet.

Wir machen weiter im **Teilhaushalt 3200** Ordnungs- und Bürgerwesen. Ich rufe auf

Antrag Nr. 38 (S. 149): Frauen- und Seniorentaxi (FW, Stadtrat Schmitt/pl)

Stadtrat Schmitt (pl): Da das Thema Frauen- und Seniorentaxi bisher im Gemeinderat nur als Anfrage behandelt wurde, würde ich gerne unseren Antrag etwas ausführlicher

begründen, auch weil dieses Thema einige Facetten hat, die man vielleicht so bisher nicht gesehen hat. Frauentaxis gibt es seit 1985 in Deutschland. Das erste fuhr übrigens in Tübingen. Inzwischen gibt es sie in fast allen Städten der Republik mit mehr als 100.000 Einwohnern. In Baden-Württemberg gibt es außer in Tübingen diese Möglichkeit in Stuttgart, in Pforzheim und in Heidelberg. In Freiburg gab es ab 1991 ein Frauentaxi, das vor einigen Jahren eingestellt wurde. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass nach den bekannten aktuellen Vorfällen dort demnächst wieder eingeführt wird. Zu Mannheim komme ich am Schluss.

Warum brauchen wir auch in Karlsruhe ein Frauen- und Seniorentaxi? Laut dem letzten Sicherheitsbericht fühlen sich in der Straßenbahn bei Dunkelheit nur noch 20 % der befragten Frauen sicher. 50 % gaben an, sich einigermaßen sicher zu fühlen, und 30 % fühlen sich unsicher. Auf die Frage, fühlen Sie sich bei Dunkelheit zu Fuß in der Innenstadt sicher, antworteten sogar nur noch 10 % der Frauen mit ja. 46 % gaben an, sich einigermaßen sicher zu fühlen, und 44 % sagten, ich fühle mich unsicher. Die Zahlen für ältere Menschen sehen ähnlich aus, denn insbesondere ältere Menschen, die sich nicht mehr wehren können, werden immer öfter zum Ziel von Straftätern. Diese Zahlen sind in der Tat katastrophal. Das sind nicht etwa Zahlen aus Neapel, nein, es sind die Zahlen aus Karlsruhe, aus der Residenz des Rechts. Diese Umfrage basiert auf Werten, die im Jahre 2014 erhoben wurden. Würde man die gleiche Umfrage heute machen, wären die Ergebnisse noch schlechter. Damals wurde hier gesagt, das ist ja nur das subjektive Sicherheitsempfinden. Objektiv sieht das alles viel besser aus. Dieses Märchen ist spätestens seit der letzten Sitzung des Hauptausschusses widerlegt. Wir haben einen Anstieg der Straßenkriminalität von 23 % in nur einem einzigen Jahr. Der höchste Anstieg aller Großstädte in Baden-Württemberg. Von den 27.000 Straftaten in 2015, die einem bestimmten Stadtteil zugeordnet werden konnten, entfielen alleine 8.000 auf die Innenstadt. Damit ist die Innenstadt in Karlsruhe der Brennpunkt des kriminellen Geschehens mit durchschnittlich 22 Straftaten pro Tag.

Was bedeutet das für viele Frauen? Ich kann es beispielsweise für meine Frau sagen, die nun das gemacht hat, was auch schon zwei von ihren Arbeitskollegen vorgemacht haben. Meine Frau hatte 20 Jahre eine vom Arbeitgeber bezuschusste Jahreskarte für die Straßenbahn; die aktuelle ist im Oktober abgelaufen. Statt einer neuen Jahreskarte hat sich meine Frau nun ein neues Auto zugelegt. Wer ein Auto hat, der fährt auch damit. Hätte sie die Möglichkeit gehabt, nachts zu vergünstigten Preisen mit einem Taxi zu fahren, hätte sie auf das Auto verzichtet und wäre weiter Straßenbahn gefahren. Ich versuchte es ihr auszureden, denn abends fahren wir meistens zusammen mit der Straßenbahn, aber ich bin oft die Woche über aus beruflichen Gründen nicht in Karlsruhe. Wir wohnen in der Nordweststadt, direkt an der Haltestelle August-Bebel-Straße. Noch bis vor zwei Jahren standen auf der gegenüberliegenden Straßenseite nur tagsüber Autos. Autos von Pendlern, die dort in die Straßenbahn eingestiegen sind. Nachts stand dort kein einziges Auto. Heute stehen sie nachts vor der Straßenbahnhaltestelle bis zum Heinrich-Köhler-Platz Stoßstange an Stoßstange. Das sind keine Pendler, sondern Bewohner der Wohnblocks gegenüber. Die haben die Straßenbahnhaltestelle direkt vor der Haustüre und haben sich trotzdem ein Auto zugelegt. Es ist auch kein Zufall, dass ich bei diesen Autos fast immer nur Frauen ein- und aussteigen sehe.

Was machen Frauen, die sich kein Auto leisten können oder wollen. Sie bleiben abends zu Hause, weil sie nur noch rausgehen, wenn es unbedingt sein muss. Sie verzichten auf den Besuch von kulturellen Veranstaltungen, sie sehen ihre Freunde und Bekannten seltener, d. h. ihre Mobilität ist eingeschränkt und sie müssen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verzichten. In unseren Bürgerversammlungen haben uns das viele Frauen gesagt, und sie sind deshalb zu unseren Veranstaltungen gekommen, weil sie die Hoffnung hatten, dass wir etwas für sie tun können.

Meine Damen und Herren von den Fraktionen, es ist doch ein Witz, dass ein Parteiloser und ein Einzelkämpfer von den Freien Wählern in einer Stadt mit mehr als 300.000 Einwohnern nun zum Hoffnungsträger verängstigter Frauen geworden sind. Das darf man doch gar nicht laut sagen. Nein, es ist kein Witz. Es ist ein Armutszeugnis für diese Stadt, und vor allen Dingen für diesen Gemeinderat. Die Tatsache, dass dieser Parteilose und dieser Einzelkämpfer mit ihren Themen die Medien füllen und bis zu 100 Leuten zu unseren Versammlungen kommen zeigt doch, dass die Themen, die wir aufgreifen, die Menschen beschäftigen. Sowohl die Taxiverbände, wie auch die Verkehrsbetriebe, befürworten das, was wir vorschlagen. Sie wollen auch einen relevanten Beitrag leisten, um die Kosten für die Stadt klein zu halten. Auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt sieht unsere Forderung nach einem Frauen- und Seniorentaxi positiv. Auch sie hat lange dafür gekämpft. Wir haben mit den Genannten ausführliche Gespräche geführt. Da kann es doch nicht sein, dass ein Projekt, das von allen Beteiligten befürwortet wird und die Stadt am Ende nicht mehr als 200.000 Euro pro Jahr kosten wird, nicht mal auf die Tagesordnung des Gemeinderates kommt.

Die GRÜNEN waren es, die vor Jahren den Antrag auf ein Frauentaxi in diesem Gemeinderat gestellt haben, das Jahr für Jahr in einer Phase, in der CDU und FDP noch eine Mehrheit hatten. CDU und FDP haben diesen Antrag Jahr für Jahr mit schöner Regelmäßigkeit abgelehnt. Heute haben CDU und FDP hier keine Mehrheit mehr, aber heute haben auch die GRÜNEN kein Interesse mehr am Frauentaxi, obwohl die Notwendigkeit dafür nicht kleiner, sondern größer geworden ist. Wir fanden es sehr schade, dass die GRÜNEN nicht einmal über das Thema mit uns reden wollten als wir angeboten haben, ihnen mit einer Kostensimulation zu zeigen, was das Frauentaxi die Stadt im Extremfall kosten würde. Auch wollten wir verstehen, warum die GRÜNEN dieses Projekt plötzlich nicht mehr interessiert. Vielleicht können Sie uns das nachher einmal plausibel erklären, warum Sie sich heute nicht mehr für die Sicherheit von Frauen einsetzen wollen. Da ich die Hoffnung nicht aufgegeben habe, dass auch die CDU lernfähig ist, viele Senioren wären Ihnen übrigens sehr dankbar dafür, setzen wir nun vor allen Dingen auf die CDU und auch auf die Damen und Herren von der SPD. Sie werden auch gleich verstehen warum.

Ich schließe mit einem Zitat eines Antrags an den Gemeinderat in Mannheim: „Der Gemeinderat möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie ein kostengünstiges Mobilitätsangebot für Frauen in den Abendstunden entwickelt werden kann. Dies kann beispielsweise eine Kooperation mit Taxiunternehmen als Frauennacht-taxi sein, wie dies schon in verschiedenen Städten gibt. Begründung: Viele Geschehnisse in den vergangenen Wochen haben dazu beigetragen, dass sich insbesondere Frauen, vor allem in den Abendstunden, unsicher fühlen. Gerade wenn sie alleine unterwegs sind, ist Hilfe nicht immer vor Ort. Ein Frauentaxi, wie es dies schon mal in Mannheim

gab, könnte hierbei ein sicheres Angebot sein. Andere Städte praktizieren dies bereits wie etwa Heidelberg. Innerhalb der Stadt können Frauen von 22 Uhr bis 6 Uhr für 7 Euro ein Taxi bestellen. 26.1.2016 - Fraktion der SPD im Gemeinderat Mannheim". Zitat Ende.

Meine Damen und Herren von der SPD im Gemeinderat Karlsruhe, nehmen Sie sich bitte ein Beispiel daran und schließen sich unserem Antrag an. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Ich bin jetzt einfach ein bisschen sprachlos, weil die Ausführungen mich jetzt doch ein bisschen überfordert haben. Ich bin Seniorin, und ich bin weiblich. Ich bin nachts viel unterwegs, weil ich viel in Ausschusssitzungen, in Fraktions- und Gemeinderatssitzungen und in ehrenamtlichen Tätigkeiten tätig bin. Die gehen manchmal bis 23 Uhr. Ich kann dem zustimmen, dass ich mich in der Straßenbahn nicht wohlfühle, aber unsicher fühlen, das würde ich hier so nicht bestätigen. Wenn wir jetzt diesem Antrag von Ihnen zustimmen würden, müssten wir ab 17 Uhr in der Winterzeit, in der Sommerzeit natürlich etwas später, dieses Angebot anbieten. Ehrlich gesagt, wer mit dem Taxi fahren will, soll mit dem Taxi fahren, es muss aber nicht unbedingt von der Allgemeinheit getragen werden. Man kann sich in den Straßenbahnen etwas unwohl fühlen, weil der Straßenbahnfahrer ein bisschen forsch durch die Gegend fährt und an den Haltestellen abrupt hält, dass es einen um den Haltegriff wickelt, aber dem kann man auch durch einen Antrag oder eine Anfrage entgegenwirken oder einfach einen Anruf machen. Ansonsten würde ich die Situation in Karlsruhe jetzt nicht so düster zeigen, wie Sie es hier angezeigt haben. In Karlsruhe haben die Straftaten zugenommen, aber ich habe noch nicht gehört, dass in der Straßenbahn dermaßen die Straftaten zugenommen haben. Es hat sich mehr auf Jugendliche bezogen, die etwas angetrunken oder anderweitig sich nicht gerade präsent gezeigt haben in der Straßenbahn, dass die beraubt wurde oder dergleichen. Die Täter sind aber meistens gefasst worden, weil in vielen Straßenbahnen auch eine Überwachungskamera ist, wo man die Täter wunderbar identifizieren und also auch vor den Kadi führen konnte.

Ich habe in meiner Tätigkeit als Jugendschöffin festgestellt, das es keine Straftaten waren, welche an Seniorinnen und Frauen abends verübt wurden, weil die Sicherheit in den Straßenbahnen arg schlecht war, sondern ich habe eher mitbekommen, dass vielleicht mal eine Handtasche geraubt wurde oder dergleichen. Diese Sache umgehe ich, indem ich meine Handtasche quer über die Schulter mache und immer zur Hauswand hin trage. Ich kann Ihnen versichern, ich laufe fast täglich nachts in der Dunkelheit in Karlsruhe herum. Bisher habe ich mich unwohl gefühlt, aber nicht unsicher. Die CDU lehnt diesen Antrag ab.

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Vorab möchte ich gleich mal sagen, wir nehmen das Thema ernst. Uns als SPD-Fraktion ist auch klar und bewusst, dass es in der Tat weitaus mehr Straftaten in dieser Stadt gibt. Die Stadt ist aber nicht alleine, das ist der ganzen Bundesrepublik so. Uns ist auch bewusst, dass das subjektive Sicherheitsgefühl, aber auch mittlerweile das objektive Unsicherheitsgefühl gestiegen ist, keine Frage.

Herr Kollege Schmitt, ich muss Ihnen eines sagen. Ich bewundere Sie in der Frage Selbstbewusstsein. Wer sich hier in diesem Haus als Hoffnungsträger für Sicherheit auf-

spielt und gleichzeitig dem Gemeinderat vorwirft und ihm ein Armutszeugnis ausstellt, weil er in Fragen Sicherheit nichts tut, das finde ich ziemlich ungeheuerlich und wirklich eine grandiose Portion Selbstbewusstsein, so etwas zu behaupten. Sich dann noch damit zu brüsten, dass er in der Presse der Einzige ist mit seinem Kollegen, der da auftaucht. Klar, das gibt mir das Gefühl, dass Sie es deshalb an die Presse geben, weil Sie sich profilieren wollen und es Ihnen mit der Sache gar nicht so ernst ist, wie Sie hier tun. Ich möchte Ihnen mal etwas sagen, wenn Sie sich genau informiert hätten, dann kämen Sie selbst darauf, dass die Sache mit dem Senioren- und Frauentaxi teilweise schon längst geregelt ist. Es gibt nämlich bei den VBK einmal das Anrufsammeltaxi, und es gibt noch ein Taxi, das Anschluss-taxi. Frauen und Menschen, die sich unsicher fühlen, können zum Wagenführer gehen und dort ein Taxi bestellen. Das Taxi kommt vor Ort an die Haltestelle und bringt die betroffenen Personen direkt vor die Haustüre. Dass das natürlich nicht von der Allgemeinheit bezahlt werden kann, versteht sich von selbst. Es wäre aber immerhin eine billigere Lösung als die, die Ihre Frau gesucht hat, sich nämlich ein teures Auto anzuschaffen mit den entsprechenden Folgekosten.

Der Aufsichtsrat der VBK hat natürlich schon Maßnahmen treffen müssen, die übrigens hier im Hause auch gefordert wurden, wo man gesagt hat, auch die Gesellschaften müssen sparen. Da steht z. B. das Thema Nightliner mit dabei. Das haben Sie in Ihrer Begründung mit geschrieben. Jetzt widersprechen Sie dem, was eigentlich von dem Haus hier gefordert wird, nämlich da einzusparen, wo Einsparmöglichkeiten bestehen. Mit dem Nightliner haben wir folgenden Beschluss gefasst: Lasst uns das mal versuchen für die nächsten Jahre, lasst uns die Entwicklung beobachten. Wenn wir feststellen, dass tatsächlich so ein Bedarf besteht bzw. dass es vielleicht nicht die richtige Entscheidung des Aufsichtsrates war, dann ist nichts in Stein gemeißelt, dann kann man darüber nochmals reden. Der Gemeinderat, dem Sie hier ein Armutszeugnis ausstellen, hat auch Beschlüsse gefasst, auch die entsprechenden Aufsichtsräte, wir haben Videoanlagen, wir haben den KOD damals ins Leben gerufen. Das hat alles seine Begründung.

Ein Letztes: Wenn am berühmten Bermuda-Dreieck, nämlich im Bereich Euro, dort kennen wir alle die Situation, dort jemand überfallen wird, hilft es überhaupt keiner Frau oder ändert nichts an der Tatsache, wenn eine Frau die Möglichkeit hat beispielsweise an den Stadtrand mit dem Taxi zu fahren oder von der Straßenbahn auszusteigen und zu ihrem Haus zu laufen. Oder wenn eine georgische Einbrecherbande irgendwo ihr Unwesen treibt, dann können Sie das als selbsternannte Hoffnungsträger auch nicht ändern. Wir lehnen den Antrag ab.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Dieses Thema wurde tatsächlich in der Vergangenheit von den GRÜNEN anders beurteilt als wir es heute tun. Es gab vor etlichen Jahren, ich war da teilweise noch gar nicht in Karlsruhe lebend, Anträge der GRÜNEN für ein Frauentaxi. Wir haben uns diesem Antrag nicht angeschlossen, weder als Antragsteller, noch werden wir dem heute zustimmen. Ganz generell ist es so, dass sich die Welt geändert hat. Sie ist schneller geworden, sie ist lauter geworden. Das führt dazu, dass Leute sich unsicherer fühlen. Das ist ja auch so. Die Welt ist unsicherer, weil immer schneller Dinge auch passieren, wir weniger Kontrolle über viele Dinge haben. Aber ganz generell: Wir leben in einem sicheren Land. Wir leben in einer sicheren Stadt.

Wenn Sie, Herr Schmitt, letzte Woche bei der Hauptausschusssitzung dem Polizeichef zugehört haben, dann haben Sie auch gehört, die Kriminalitätszahlen gehen in 2016 schon wieder zurück. Dieser Unsicherheitsfaktor ist teilweise medienbedingt. Viele Leute haben Angst vorm Flugzeugfliegen. Es gibt viele Gründe dagegen, mit dem Flugzeug unterwegs zu sein, aber der Risikofaktor ist relativ gering. Aber viele Leute halten es für ein unsicheres Fortbewegungsmittel, weil eben über Flugzeugabstürze sehr viel berichtet wird und dann gleich viele Menschen auf einmal sterben. Früher gab es Aktenzeichen XY ungelöst. Wenn meine Mutter das geguckt hat, hat sie jedes Mal gezittert, wenn ich danach irgendwie auf die Straße gegangen bin zu Freunden, weil sie dann furchtbar ängstlich war, was da so alles passieren kann.

Letzten Endes, auch das hat der Polizeichef betont, Autofahren ist gefährlicher als mit dem öffentlichen Nahverkehr unterwegs zu sein. Wenn Sie nicht durch Fremdeinwirkung sterben wollen, dann fahren Sie kein Auto. Auf der anderen Seite ist es auch so, das ist für uns auch der Hauptgrund, für mich persönlich auch der Hauptgrund, weshalb wir einem Antragstext „Frauen und ältere Menschen fühlen sich im Dunkeln in der Stadt nicht sicher und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt“, auf keinen Fall zustimmen können. Selbstsicherheit ist der wichtigste Präventivfaktor dagegen, z. B. als Frauen keine sexuellen Übergriffe zu erhalten. Wir müssen die Leute selbstsicher machen und nicht noch weiter verängstigen. Durch Vermeidungsverhalten tragen wir, indem wir das stärken, nur dazu bei, dass die Angst in den Leuten wächst. Das ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg.

Busse und Bahnen sind sichere Verkehrsmittel. Es werden kaum Belästigungen, Übergriffe registriert. Das war die Antwort der Verwaltung. Sie hat daher vorgeschlagen, darauf zu verzichten, weil sie eben auch viele andere Dinge schon unternimmt. Die Kollegin hat schon erwähnt. Es gibt Überwachungssysteme, die Prüfquote wird erhöht, die Haltestellenplanung geht auf den Sicherheitsfaktor ein, es gibt Anrufsammeltaxis, es gibt den Haustür-Service, der letztendlich auch in Anspruch genommen werden kann. Wir versuchen vieles, um Schwachstellen zu vermindern. Das ist absolut ausreichend. Deswegen werden wir diesen Antrag nicht mitgehen. Er geht in die falsche Richtung, weil er psychologisch Angst stärkt anstatt Angst zu vermindern.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich will für die AfD sagen, wir sind jetzt unvoreingenommen in den Punkt reingegangen, weil wir gar nicht die Argumente kannten. Ich muss jetzt ganz ehrlich sagen, der Beitrag vom Kollegen Schmitt hat gezeigt, dass durchaus Parteien wie die SPD und die GRÜNEN diesen Vorschlag schon gut gefunden haben bzw. andernorts für gut halten. In der Diskussion kam jetzt kein Argument dagegen außer die wiederholte pauschale Antwort, so schlimm ist es gar nicht, ist doch alles sicher und es wird ja besser. Das ist einfach nicht in Ordnung, das ist nicht das, was die Bürger hören wollen. Wenn sich die Situation ändert, dann ist es dumm, wenn man nicht darauf reagiert.

Meine Frau ist in der Nähe der Pulverhausstraße aufgewachsen. Sie ist immer mit dem Fahrrad dort entlanggefahren. Seit es dort den Vergewaltigungsversuch gegeben hat, der durch die Medien ging, macht sie es einfach nicht mehr. Das ist auch gut so, weil sie dieses zusätzliche Risiko nicht auf sich nehmen will. Es ist intelligent, das zu tun. Es ist intelligent, sich an die geänderte Situation anzupassen. Deswegen ändert sich das

Leben der Leute in dieser Stadt, und da sind vor allem Frauen davon betroffen. Ich muss sagen, Kollege Schmitt hat uns von der AfD davon überzeugt in seinem Redebeitrag. Wir haben keine vernünftigen Gegenargumente gehört. Wir werden ihn unterstützen.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Es gibt schon ein paar Gegenargumente. Die würde ich jetzt auch gerne nennen. Diese Debatte um die Frauennachttaxis ist ja mindestens 40 Jahre alt. Es hat immer wieder und in sehr vielen verschiedenen Städten lange Diskussionen darüber gegeben, welches die besten und welches die richtigen Maßnahmen sind zu diesem Thema Sicherheit für Frauen in der Stadt, übrigens auch für andere Bevölkerungsgruppen. Da komme ich aber gleich noch drauf. Diese Maßnahme Frauentaxi heißt ja so ungefähr: Frau gehe lieber nicht nachts zu Fuß, selbst wenn du es gerne tust, nimm nicht das Fahrrad, Sorge da für deine Sicherheit und fahr mit dem Taxi. Das kann es irgendwie nicht sein, das haben Frauen so auch nicht gewollt. Frauen haben auch in diesen 40 Jahren immer wieder gesagt, andere Maßnahmen wären uns lieber, z. B., das kam jetzt hier überhaupt noch nicht vor, was ist mit den Männern, die herumpöbeln und die dafür sorgen, dass Frauen sich nicht sicher fühlen. Was ist mit dem Thema Prävention. Das ist der eigentliche Ansatzpunkt, dass Jugendliche und erwachsene Männer sich einfach anders benehmen, dann braucht keine Frau ein Nachttaxi zu nehmen. Es ist auch keine Eigenart der männlichen Biologie, dass sie irgendwie in der Dunkelheit Frauen belästigen müssen. Das ist etwas, was ich auch bitten würde, wirklich mal anzupacken und sich zu fragen, wie ist es denn um Prävention bestellt. Ist die in Karlsruhe so gut?

Da möchte ich sagen, Gewalt gegen Frauen gibt es in sehr viel verschiedenen Formen. Da bin ich mit Frau Leidig jetzt nicht einig, dass die Welt schneller und lauter wird ist nicht die Ursache von Gewalt gegen Frauen. Es ist sehr wichtig, einen geschlechtsspezifischen Blick darauf zu haben. Wir wären jetzt dafür immer wieder zu prüfen, welches sind die geeigneten Maßnahmen. Aber wenn Herr Schmitt sich jetzt als das einzige Opfer hier darstellt, dann können wir nur sagen, da wird diese Maßnahme Frauen- und Seniorennachttaxi genommen, um eine Maßnahme vorzuschlagen, die aber aus Sicht der Frauen - das möchte ich sagen - nicht wirklich greift.

Wenn wir jetzt schon bei den besonders gefährdeten Gruppen sind, was Gewalt betrifft, dann sollten wir für Seniorinnen, Senioren, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Schwule und Lesben, Transsexuelle, für diese Gruppen, auch Nachttaxis fordern und das darauf ausweiten. Wie gesagt, ich wäre eher dafür ganz genau zu prüfen, ob das Thema Prävention nicht die geeignetste Maßnahme in diesem Punkt ist.

Stadtrat Wenzel (FW): Die Diskussion zeigt, dass sich die Welt tatsächlich geändert hat. Sie ist vielleicht lauter geworden, sie ist vielleicht schneller geworden, sie ist aber nicht sicherer geworden. Wir wissen, der Atlas, den wir gefordert haben zeigt, Karlsruhe hat sehr viele sichere Ecken, Karlsruhe ist an vielen Ecken am Randbezirk überdurchschnittlich sicher, aber es gibt leider auch Ecken, an denen die Kriminalität zugenommen hat. Wir könnten jetzt sagen, wir schweigen drüber wie der Vogel Strauß, den Kopf in den Sand stecken, dann kriegen wir nicht mit, was passiert. Ob das der richtige Weg ist, das bezweifle ich. Die Idee des Frauentaxis ist ja nicht unsere Idee, es wurde an uns herangetragen, auch im Vorfeld, dass der Nightliner ja immer weiter ausgedünnt wird, ÖPNV-Linien wie die Linie 8 verschwinden. Es ist ganz einfach so, wir könnten

dieses Taxi auch Bedarfstaxi nennen für alle Bevölkerungsgruppen, für alle Jugendlichen, für alle Männer.

Es gibt einen Zeitraum, das ist auch der Grund, warum für dem Thema nachgegangen sind, indem es keinen ÖPNV gibt oder nur ganz schlecht. Wir haben nicht an die ganzen Frauen in den Putzfirmen gedacht, die morgens um 4:00, 5:00 Uhr, teilweise in großen Firmen, in der Universität, anfahren müssen, die keinen Anschluss haben. Die Idee des Frauentaxis ist in vielen Städten sehr positiv angenommen und wir als Stadt könnten zeigen, wir sehen die Sorgen, wir nehmen sie an, wir testen es, und wenn es keinen Bedarf gibt, dann reagieren wir auch. Kollege Pfalzgraf hat gesagt, wir sind ja flexibel. Wir haben etwas zum Thema Sicherheit gemacht. Die Straßenbahnen sind sicher, da sind Videokameras. Es gibt immer mehr Haltestellen mit Videoüberwachung. Man hätte es nicht eingeführt, wenn der Bedarf nicht da wäre. Demnächst wird der Hauptbahnhof überwacht. Man macht es ja nicht an Spaß an der Freude, sondern weil es diesen Bedarf gibt. Wir haben bei unseren Veranstaltungen und E-Mail-Kontakten festgestellt, es gibt einen Bedarf, den ÖPNV zu ergänzen. Wir wollen ja keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung. Deshalb werbe ich noch einmal für diesen Bedarf, dass wir als Gemeinderat diesen Test machen. Wenn sich herausstellen sollte, wir brauchen es nicht, ist es gut. Wenn sich aber herausstellen sollte, wir lehnen es ab und es passiert etwas, bitte, wir wollten es. Jeder trägt seine Verantwortung.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Mir ist hier jetzt eine Sache aufgefallen. Auch wenn es bei unserer Fraktion aufgrund der geschlechtlich schwierigen Situation ähnlich ist, haben bisher hier nur Männer für das Nachttaxi für Frauen geredet.

(Zurufe)

Entschuldigung. Soweit ich weiß hat Kollegin Leidig dagegen geredet. Da hat mein Kollege Eberhard Fischer auch ausgiebig applaudiert. Man könnte fast denken, er wollte sie heiraten.

Alle wesentlichen Argumente wurden hier schon vorgebracht von den Rednern der drei großen Fraktionen. Ich wollte nur noch einmal sagen, aus unserer Sicht ist das wichtigste Argument dafür, dass man nachts sicher durch die Stadt kommt, ist der ÖPNV, dass wir auch nichts einen funktionierenden ÖPNV haben. Dazu später mehr beim letzten Antrag. Ansonsten bezüglich des Sicherheitsberichtes möchte ich noch anmerken, dass es gerade die Sexualdelikte sind, die ja nicht zugenommen haben. Es sind Diebstahlsdelikte und Autoeinbrüche. Raubdelikte betreffen uns alle gleichermaßen. Es gab auch mal im Schlossgarten einen Überfall an einem Uni-Kollegen. Ich bin trotzdem weiterhin durch den Schlossgarten gefahren, weil ich wusste, die Wahrscheinlichkeit, dass es mich trifft, weil das jetzt einmal passiert ist, ist wahnsinnig gering. Man darf da keine Panik verbreiten, wenn es da mal einige Vorfälle gibt.

Der Vorsitzende: Zwei Bemerkungen. Wir müssen sicherstellen, dass der ÖPNV auch für Frauen ein selbstverständliches Fortbewegungsmittel bleibt, genauso wie für Ältere. Wir müssen deswegen die Thematik, warum fühlen sie sich dort unwohl, manche auch unsicher, noch intensiv angehen. Da sind wir aber in allen Verkehrsbetrieben dabei, und das auch nicht nur in Karlsruhe. Jetzt ein Frauentaxi einzuführen, das aus der Innen-

stadt, die auch per se schon am Unsichersten ist, in die Randbereiche, die rein statistisch am Sichersten sind, die Frauen direkt nach Hause fährt, wäre eine Kapitulation dafür, dass wir diese ÖPNV-Anstrengung nicht weiter unternehmen. Insofern ist mir schon wichtig, dass wir hier nicht nichts tun, sondern dass wir eine andere Konzeption haben von der Selbstverständlichkeit von Frauen wie Männern, Jungen wie Alten, Kleinen wie Großen, sich überall und zu jederzeit in der Stadt bewegen zu können. Die eben angesprochene ÖPNV-lose Zeit ist zwischen 1:00 Uhr nachts und 4:30 Uhr, und das auch nur unter der Woche. Das ist nicht der Zeitkorridor, wo viele der befürchteten Ängste sich wirklich jetzt so dermaßen konzentrieren. Ich finde dieses Konzept, dass man sich mit dem ÖPNV an die Endhaltestelle oder woanders hinbringen lässt und dann eben dort noch ein Taxi hinbestellen kann, weil es einem dann subjektiv draußen in der Peripherie zu unsicher ist, ist auch ein guter Ansatz. Ich finde es auch wichtig. Es muss vor allem auch um die gehen, da bin ich völlig bei Ihnen, Herr Schmitt, die sich kein Auto leisten können. Genau aber die werden sich regelmäßig für fünf oder sieben Euro eine Taxifahrt nicht leisten können, die wir bis auf diesen Betrag dann subventionieren. Trotzdem gibt es noch einen ziemlichen Betrag, der übrig bleibt. Auch deswegen müssen wir hier andere Lösungen finden.

Mir ist auch noch mal wichtig, die Stadt hatte zu einem Bürgerforum Sicherheit eingeladen. Da waren etwa 400 Bürgerinnen und Bürger da, und obwohl es abends war, waren auch relativ viele Ältere und relativ viele Frauen da. Da ist dieser Vorschlag nicht gemacht worden. Das will ich nur einmal feststellen hier an dieser Stelle.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Ich sehe vier zustimmende Voten, ansonsten **Ablehnung**.

Wir kommen auf derselben Seite zum Punkt Kommunalen Ordnungsdienst. Da gibt es insgesamt vier Anträge dazu. Die würde ich gerne alle gemeinsam aufrufen.

Anträge Nrn. 39 - 42 (S. 149): Kommunalen Ordnungsdienst (KULT, FDP, AfD, FW/Stadtrat Schmitt, pl)

Stadtrat Cramer (KULT): Wie sich in einigen vorangegangenen Tagesordnungspunkten gezeigt hat und auch jetzt im letzten Tagesordnungspunkt, ist das Thema mehr Sicherheit in der Stadt ein Thema, was bekannt ist, ein Thema, wo das Problem erkannt wurde. Der Unterschied hier im Haus ist, welche Schlüsse zieht man daraus, welche Konsequenzen müssen wir als Kommune daraus ziehen, insbesondere für neue Einrichtungen und finanzielle Ausgaben. Da ist meine Fraktion von Anfang an - das ist hier im Hause bekannt - den Weg nicht mitgegangen, hier den KOD einzurichten, weil wir davon ausgehen, dass die Verbrechen, ich nenne es jetzt mal so platt, die die Leute am meisten beschäftigen, gar nicht vom KOD verhindert werden können oder wenn die Verbrechen geschehen sind, hat der KOD keine Einflussmöglichkeiten. Das ist auch unser Ansatz. Natürlich ist das ein überspitzter Antrag, dass wir gesagt haben, 800 Stellen für den KOD. Das ist natürlich eine gewisse Provokation, aber die haben wir ganz bewusst so gesetzt, weil wir damit aufzeigen wollen, wir brauchen viele Polizisten, aber richtige Polizisten. Das ist unser Ansatz und unsere politische Grundeinstellung, dass wir eben sagen, es ist nicht die Aufgabe der Stadt Karlsruhe, eine eigene Polizei zu haben, wie man es in den 50er- und 60er-Jahren hatte. Das wurde aus gutem Grunde damals

eingestellt, wurden diese Aufgaben an das Land übergeben. Wir sind der Meinung, das muss unser politisches Ziel sein, dass wir da wieder hinkommen. Alle Parteien, die im Landtag vertreten sind, haben da die Aufgabe, über ihre Abgeordneten, über Parteigremien, da Einfluss zu nehmen.

Ich bin schon der Meinung, dass wir mal an den Innenminister und an den Ministerpräsidenten aus der Sicht der Karlsruher formulieren in einer Form, die man sich hier noch gemeinsam überlegen kann, dass wir sagen, liebe Landesregierung, lieber Winfried Kretschmann, das ist nicht unsere Aufgabe, hier in Karlsruhe, in anderen Städten auch nicht, eine eigene Polizei sozusagen als Notwehr zu haben. Mir ist schon klar, warum das hier mehrheitlich so gewollt wird, warum es von der Verwaltung gewollt und eingerichtet wird. Nur, wir wollen diesen Weg nicht mitgehen.

Ein konkretes Beispiel noch, Werderplatz, weil das heute auch schon Thema war. Was hat das Land gemacht. Sie hat die einzige Polizeistation, die dort über viele Jahrzehnte ansässig war, abgezogen. Praktisch in Sichtweite vom Indianerbrunnen, wo die Probleme ja benannt werden, nicht nur hier aus unserem Gremium, sondern auch sehr stark aus der Bevölkerung. Wir bekommen die Mitteilung aus der betroffenen Bevölkerung, der KOD ist zwar da, aber der macht ja nichts. Er kann nichts machen. Er macht auch nichts. Er fährt vor, stellt sein Auto ab, es sitzen zwei Angestellte des KOD im Auto und gucken auf die Szene, machen aber nichts. Manchmal gehen sie raus, laufen herum, aber sie können nicht das Problem und die Ängste der Bürgerschaft beseitigen. Da gehe ich absolut davon aus, dass das mit einer richtigen Polizei anders wäre, dass da die Bürger das für sich anders sehen würden, wenn richtige Polizisten vor Ort sind, so wie früher, der Streife gelaufen ist. Wir hatten in Karlsruhe den „Eckenpfetzer“, der immer im Quadrat gelaufen ist und vor Ort war. Eine Zeitlang gab es mal so Fahrradstreifen. Alles ist eingestellt worden. Wir als Kommune müssen Aufgaben übernehmen, die eine originäre Aufgabe des Landes sind. Deswegen unser Antrag überspitzt, um hier auch mal Ross und Reiter zu nennen und einfach mal aus unserer Sicht die Diskussion mit anzustoßen.

Stadtrat Hock (FDP): Geschätzter Kollege Cramer, diese Rede von Ihnen hätte auch eigentlich eine Rede der FDP sein können. Wie Sie wissen, haben wir die letzten Jahre seit der Einführung des KOD diese Sache immer kritisch begleitet. Es wurde heute hier im Hause schon gesagt, die Zeiten haben sich geändert. Kollege Cramer hat natürlich recht mit dem, was er vorhin gesagt hat. Den „Eckenpfetzer“ und den Posten in der Südstadt gab es früher. Aber meine Damen und Herren, genau das ist nämlich unser Problem. Das gab es alles einmal, aber heutzutage nicht mehr.

Meine Fraktion hat in dem nächsten Gemeinderat einen Antrag eingebracht, wo es darum geht, u. a. vielleicht mal unseren Ministerpräsidenten darauf hinzuweisen, dass es in vielen großen Städten in den letzten Jahren stetig in der Kriminalitätsstatistik nach oben geht. Welche Schlüsse ziehen wir daraus? Wenn man den Sicherheitsbericht 2014 durchliest, den Sicherheitsbericht 2015 durchliest und die Berichterstattung in den BNN in den letzten Wochen liest, dann kann man nicht als Bürger in dieser Stadt und als Gemeinderat in dieser Stadt die Augen und Ohren vor diesen Problemen in unserer Stadt verschließen. Einen Punkt möchte ich hier jetzt herausgreifen, wie es bei der Raubstatistik im Moment läuft. Deutlich ist die Zunahme bei verschiedenen Raubdelik-

ten. Überfälle auf offener Straße wurden 2015 gar in 73 % mehr Fällen als 2011 von der Polizei registriert. Dann, ich zitiere: Die Innenstadt mag bei Nacht auf offener Straße ein relativ unsicheres Pflaster sein.

Meine Damen und Herren, wir von der FDP waren in den letzten Jahren, ich hatte es anfangs schon gesagt, immer der Meinung, eigentlich ist es die Aufgabe unserer Landesregierung, gut ausgebildete Polizisten auf die Straßen Karlsruhes zu bringen.

(Zuruf **Stadtrat Dr. Fischer/KULT**)

Das gilt auch weiterhin, Kollege Fischer, klar. Nur, wenn Sie letzte Woche zugehört haben im Hauptausschuss. Dieser Vortrag hat mich jetzt nicht noch zusätzlich davon überzeugt, dass alles gut ist - im Gegenteil. Der Vortrag war meines Erachtens nicht so gut. Wenn man dann hört, dass es schwierig geworden ist und man müsse mehr Polizei auf die Straße bringen, aber man braucht fünf Jahre, um einen Polizisten auf unsere Straßen zu bringen, man braucht eine Landesregierung, die es auch will und die es auch umsetzt, dann muss man ehrlich sagen, da sind wir jetzt noch Lichtjahre davon entfernt. Deshalb meine Damen und Herren, kann man eines nicht machen. Man kann die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ängsten und mit ihrem Sicherheitsempfinden in unserer Stadt nicht alleine lassen. Deshalb sind wir heute der Meinung - Kollege Cramer, das können Sie mir wirklich abnehmen, wir haben einige Diskussionen führen müssen zu diesem Punkt -, dass wir den KOD in Personenzahl erweitern möchten und hoffen dies heute auch mit Unterstützung anderer Fraktionen und Einzelstadträte zu tun. Eines ist klar, das wichtigste Thema, Herr Oberbürgermeister, Sie hatten es in Ihrer Haushaltsrede drin, ist das Sicherheitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt. Die FDP-Fraktion ist sich ihrer Verantwortung bewusst. Wir wollen der Politikverdrossenheit keinen weiteren Vorschub leisten und der AfD die Leute massenweise zutreiben. Gehen Sie den Antrag der FDP heute mit. Wir würden uns sehr freuen und die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt auch.

Stadtrat Bernhard (AfD): Die aktuelle Polizeistatistik belegt das, was die Karlsruher Bürger seit Jahren mit einem stark verschlechterten Sicherheitsempfinden auch deutlich zum Ausdruck bringen, mit harten Fakten, nämlich dass sich die Sicherheitslage in der Stadt stark verschlechtert hat. Allein im letzten Jahr hat sich die Kriminalitätsrate um 8 % verschlechtert. Ich kann mich noch an die Diskussionen im vergangenen Jahr erinnern, als man herumfabuliert hat von verschiedenen Seiten, insbesondere hier auf der rechten Seite von mir aus gesehen, als man schon über das schlechte Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gesprochen hat und man dann gesagt hat, subjektives Sicherheitsempfinden und die objektive Sicherheitslage haben ja nichts miteinander zu tun. Man muss nur mit den Leuten reden und ihnen klar machen, dass es eigentlich nicht wirklich so schlimm ist wie sie es empfinden. Ich glaube, so dumm sind die Leute nicht. Man sollte wirklich, wenn sich solch ein Empfinden in der Bevölkerung breit macht, das nicht als Hirngespinnst abtun, wie das manche hier im Hause praktisch getan haben, sondern wirklich erst mal nach den Ursachen forschen. Die Ursachen haben wohl ganz offensichtlich harte Fakten.

Dass Karlsruhe die größte Steigerung der Kriminalitätsrate in ganz Baden-Württemberg hat, da sollten wir uns wirklich einig sein, dass wir das nicht tatenlos hinnehmen kön-

nen und einfach zur Tagesordnung übergehen können und auf den nächsten Bericht warten und hoffen, dass bis nächstes Jahr alles wieder gut ist. Das wird sicherlich nicht passieren, sondern die Bürger erwarten von uns, dass wir die Sicherheitslage in der Stadt verbessern. Die Sicherheit der Bürger sicherzustellen ist eine der zentralen Kernaufgaben des Staates, und zwar zu jedes Tages- und Nachtzeit. Dabei darf es keine Kompromisse geben.

Eigentlich, es wurde schon ein paar Mal angesprochen, ist es eine Aufgabe der Landesregierung, hier für Sicherheit und ausreichend Polizeipräsenz zu sorgen. Aber wir wissen doch alle ganz genau, dass wir aus Stuttgart hier keine substantielle Hilfe, zumindest nicht schnell, erhalten werden. Deshalb sind wir unseren Bürgern verpflichtet, hier Abhilfe zu schaffen. Daher müssen wir uns selbst helfen. Es führt kein Weg daran vorbei, aus Stuttgart wird keine Hilfe auf absehbare Zeit kommen.

Wenn dann argumentiert wird, der KOD kann nichts machen. Natürlich kann er die Polizei vor Ort hier entlasten, damit die dann nämlich die Zeit haben, sich auch um die wirklichen Straftäter zu kümmern. Er hat auch eine Entlastungsfunktion für die Polizei selbst. Von daher ist es eine doppelte Funktion, die er hat. Wir müssen, da wir die Situation haben, dass 41 % der Menschen sich insbesondere nachts nicht sicher fühlen, auch die Zeiten unter der Woche - um 22 Uhr ist ja Schluss für den KOD - ausweiten. Das geht nur mit mehr Personal. Mit dem aktuellen Personal geht das natürlich nicht. Das muss natürlich passieren. Wir denken ganz einfach, die Bürger in unserer Stadt haben ein Recht darauf, sich in unserer Stadt sicher zu fühlen. Wenn das 41 %, das sind ja nicht unsere Zahlen, das sind die Zahlen der Stadt Karlsruhe, dies bei Nacht nicht tun, dann ist es höchste Zeit, dass etwas getan werden muss. Wir dürfen jetzt nicht auf den nächsten Bericht warten, sondern es die Pflicht von jedem von uns 48 Stadträten, hier etwas zu tun, damit sich die Sicherheitslage verbessert. Daher haben wir nur das einzige Mittel, den KOD zu erhöhen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich gebe zu, dass ich bei dem einen oder anderen Beitrag heute den Eindruck habe, dass der Anstieg der Statistik möglicherweise sogar am Karlsruher Ordnungsdienst gelegen ist. So richtig komme ich mit dem einen oder anderen Beitrag, übrigens mit dem Anfang ihres Beitrages von der FDP, auch nicht anders zu recht. Was ich hier gerne sagen möchte ist, dass die auch mit der CDU geführte Landesregierung 1.500 Stellen geschaffen hat und jetzt nach und nach auch schaffen wird. Das sind genau 1.500 Stellen, die vor ein paar Jahren abgeschafft wurden. Das nur mal so nebenbei. Dass man die jetzt nicht wieder so aus dem Nichts herausstampfen kann, ist offensichtlich auch von manchen hier verstanden worden. Das braucht seine Zeit, das ist nach Erfahrung auch mit mindestens vier bis fünf Jahren verbunden. Genau das ist es, weswegen wir uns sehr genau überlegen müssen, wie wir mit dem Potential des KOD umgehen. Der KOD ist präsent und dessen Präsenz hat natürlich seine Wirkung entfaltet und will vor Ort den dort Anwesenden mehr Sicherheit bieten. Das ist und bleibt eine absolut gute Initiative der CDU. Das lassen wir uns unter keinen Umständen zerreden. Wir stehen hinter dieser Idee, und zwar uneingeschränkt.

Da gibt es einen Antrag einer Fraktion dieses Hauses, der will eigentlich nicht ernst genommen werden, auch wenn Sie, Herr Cramer, versuchen, dies jetzt irgendwie sinnvoll zu verbrämen. Es ist nicht so, dass wir anerkennen können, dass Sie den KOD, seine

derzeitige Schlagkraft und seine Kräfte, ins Lächerliche ziehen können. Wenn Sie nämlich z. B. von richtigen Polizisten reden, schon die Begrifflichkeit entlarvt Sie hier. Sie bringen ja ein Bild des nicht richtigen Polizisten, der eigentlich nicht das bringt, was er bringen soll. Das sehen wir wirklich diametral anders, das muss ich Ihnen sagen. Wenn Sie hier ernsthaft sagen, man müsse mit 800 Kräften hier reingehen in dieses unsichere Karlsruhe, dann meinen Sie ja auch 800 richtige Polizisten. Was für einen Staat haben Sie sich eigentlich vorgestellt oder wollen Sie uns hier nur zum Narren halten? Das können wir nicht akzeptieren. Das ist eine unwürdige politische Argumentation, die wir zurückweisen müssen.

Wir haben auch den Hauptausschuss verfolgt. Was uns dort sehr wichtig war, dass da der Ansatz einer fachlichen Diskussion geführt wurde, die wir in allen Punkten natürlich unterstützen. Herr Kriminaldirektor Rüttler hat ja gesagt, wo die Probleme sind, dass wir uns gebietsweise quartiersbezogene Konzepte ausdenken müssen, um mit Präsenz, aber auch mit anderen Methoden, an den bestimmten kritischen Stellen - eine Stelle ist heute schon x-mal genannt worden - etwas zu machen. Wir wollen weiter auf diesem Niveau diskutieren. Wir wissen und verkennen die Sicherheitslage in dieser Stadt nicht. Vieles ist auch richtig hier angedeutet worden. Wir haben auch nach wie vor den Eindruck, dass die gefühlte Sicherheitslage leider Gottes von der objektiven Sicherheitslage eingeholt wurde. Deshalb muss auch etwas gemacht werden.

Wir sind deshalb auch nach einer lang angelegten Diskussion in der CDU dazu gekommen, dass wir den Antrag der Freien Wähler unterstützen werden. Also mit zweimal 10 Stellen für jedes Haushaltsjahr würden wir mitgehen, allerdings nicht bei dem Sachmitelantrag. Wir unterstellen auch, das will ich aber jetzt nicht so in den Vordergrund heben, dass diese Investition einen gewissen Refinanzierungsanteil hat. Darauf setzen wir und betonen, das will ich zum Abschluss sagen, bei einer richtigen Verzahnung und bei einer klaren Geschäftsverteilung zwischen KOD und der Polizei ist das nach wie vor der einzig richtige Schritt.

Stadtrat Schmitt (pl): Es war gut, dass Kollege Pfannkuch vor mir gesprochen hat. Ich habe sehr wohl registriert, Herr Kollege Pfannkuch, Sie können bestätigen, ob ich das richtig registriert habe, dass Sie unserem Antrag zustimmen werden. - Okay. Sonst hätte ich diesen Vortrag damit begonnen, indem ich gesagt hätte, in Karlsruhe beobachten wir zurzeit, wie sich die CDU, statt der AfD das Wasser abzugraben, ihr eigenes Grab schaufelt. Beim letzten Haushalt haben Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ohne mit der Wimper zu zucken, einem Schuldenhaushalt zugestimmt, obwohl Sie uns hier zwei Tage lang erklärt haben, was an diesem Haushalt alles falsch ist - nämlich alles. Bis zu Ihrer Rede vorhin, Herr Pfannkuch, hat es so ausgesehen, als ob Sie heute in das genaue Gegenteil verfallen. Ich finde es positiv, dass dem nicht so ist. In der Hauptausschusssitzung sagten Sie ja, wir müssen auf diese Ergebnisse reagieren und den Kommunalen Ordnungsdienst stärken. Dafür werden wir uns im nächsten Doppelhaushalt einsetzen. Dass Sie das nun korrigiert haben, finde ich sehr gut.

Das diffuse Gerede der GRÜNEN zum Thema Sicherheit zeigt, dass diese Fraktion nur vor einem Angst hat, nämlich vor dem Klimawandel. Aber meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie sollten einfach mal zur Kenntnis nehmen, dass viele Bürger inzwischen mehr Angst davor haben, abends aus ihrem Haus zu gehen als davor, dass der

Meeresspiegel in 30 Jahren so hoch steht, dass wir alle nasse Füße bekommen. Die Angst der Bürger, Opfer eines tätlichen Übergriffes oder eines Diebstahls im öffentlichen Raum zu werden, hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Für diese negative Entwicklung des subjektiven Sicherheitsempfindens gibt es auch in Karlsruhe sehr wohl objektive Gründe, wie wir in der letzten Woche gesehen haben. Alleine der Anstieg der Straßenkriminalität von 23 % in nur einem Jahr wird seine Spuren hinterlassen.

Insofern finde ich es sehr schade, dass Sie, Herr Marvi, in der Sitzung des Hauptausschusses in erster Linie moniert haben, dass mit der Aufsplittung der Täter in Deutsche und nicht Deutsche, die Nichtdeutschen unter Generalverdacht gestellt würden. Ich bin mir sicher, dass das von den Herausgebern nicht beabsichtigt war, aber die Polizei muss doch wissen, wo und nach wem sie suchen soll. Da ist es eben nicht egal, ob die Täter in Karlsruhe wohnen oder ob sie aus dem Ausland angereist kommen und nach der Tat auch dorthin wieder verschwinden. Ob man das nun so detailliert hätte veröffentlichen müssen, da gebe ich Ihnen recht, steht auf einem anderen Blatt. Ihre Argumentation, Kollege Marvi, zeigt mir, dass Sie sich mehr Sorgen machen um das Image der nicht deutschen Bevölkerung in Karlsruhe als um die Menschen, die Angst haben, Zufallsopfer im öffentlichen Raum zu werden. Aber nicht nur die Deutschen haben Angst davor, sondern auch die Nichtdeutschen, denn auch Nichtdeutsche werden in Karlsruhe Opfer. Das sollten Sie dabei nicht vergessen. Wir haben gesehen, dass von den 27.000 Straftaten, die einem bestimmten Stadtteil zugeordnet werden konnten, alleine 8.000 in der Innenstadt begangen wurden auf dem Gebiet zwischen Mühlburger Tor und Durlacher Tor, eigentlich ein kleines und überschaubares Gebiet, das man mit zwei Doppelstreifen zu Fuß sehr gut abdecken kann. Unabhängig von uns fordern es auch die Einzelhändler und die Gastronomen in der Innenstadt.

Bei einem runden Tisch vor drei Wochen mit Einzelhändlern und Gastronomen, Vertretern der Landespolizei und des KOD, haben sich die Vertreter der Polizei gewundert als die Händler forderten, geht zu Fuß, geht in unsere Geschäfte, zeigt mehr Präsenz. Der neue Chef des Polizeireviers Marktplatz, Lutz Schönthal, signalisierte sofort, dass er dafür gar nicht das Personal habe. Auch wir sind nicht der Meinung, dass es die Aufgabe der Landespolizei ist, in der Kaiserstraße spazieren zu gehen. Nein, das ist die Aufgabe der Polizeibehörde Stadt und damit des Kommunalen Ordnungsdienstes. Diese Fußstreifen müssen kommunikationstechnisch mit der Einsatzzentrale der Landespolizei vernetzt sein, um bei Bedarf sofort Unterstützung herbeiholen zu können. Aber der Haupteffekt von Fußstreifen in Polizeiuniform liegt in der Prävention. Deswegen, Herr Cramer, es geht nicht darum, dass nun der Kommunale Ordnungsdienst Straftäter festsetzt. Es geht um Prävention, in der Abschreckung potentieller Täter vor Straftaten, sei es Laddendiebstahl, Taschendiebstahl im Freien, Handysraub usw.

Mannheim mit ebenfalls 300.000 Einwohnern hat heute schon 40 Mitarbeiter im Kommunalen Ordnungsdienst. Dort stockt man zurzeit auf 60 Mitarbeiter auf. Wir möchten in Karlsruhe auf 40 Mitarbeiter aufstocken. Deshalb lautet der Antrag von Jürgen Wenzel und mir, in 2017 zunächst zehn neue Mitarbeiter einzustellen und auszubilden, und bei Bedarf in 2018 zehn weitere. Nach Gesprächen mit KOD und auch den Kollegen von der Landespolizei gehen wir davon aus, dass man nicht gleichzeitig 20 Mitarbeiter ausbilden kann. Allerdings werden wir bei der Abstimmung die weiterge-

henden Anträge der FDP und auch der AfD unterstützen, Anträge, die eigentlich von der CDU hätten gestellt werden müssen. Dass sogar die FDP, die normalerweise für weniger Staat steht, erkannt hat, dass jetzt etwas zu tun ist, sollte allen hier in diesem Hause besonders zu denken geben. Auch freue ich mich darüber, dass die FDP-Fraktion als erste Fraktion im Gemeinderat erkannt hat, dass man das Thema Sicherheit nicht alleine der AfD überlassen kann. Herr Kollege Pfalzgraf, wenn Sie mir vorwerfen, ich würde mich mit diesem Thema profilieren, dann sollten Sie nicht vergessen, ich bin parteilos und werde wahrscheinlich in dem nächsten Gemeinderat nicht mehr vorkommen. Ich finde es erstaunlich, dass Ihnen zu einem solchen Engagement dann nur einfällt, dass der Betreffende sich profilieren möchte. Wenn ich das wollte, würde ich viel öfter hier reden. Ihnen ist vielleicht aufgefallen, dass ich relativ wenig hier rede.

Unseren Antrag bieten wir als Kompromiss für diejenigen an, die das Problem zwar auch sehen, aber der Meinung sind, dass zehn neue Mitarbeiter und damit eine zusätzliche Doppelstreife in der Innenstadt ausreicht. Ich kann nur einmal an CDU und auch SPD appellieren, heute ein Zeichen zu setzen und gerade das Thema Sicherheit nicht alleine den Kollegen von der AfD zu überlassen, denn viele Bürger wählen die AfD nicht, damit die AfD irgendwann 51 % der Stimmen bekommt. Sie wählen die AfD, um die anderen Parteien, insbesondere die CDU und die SPD, zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen. Wenn Sie wollen, dass die AfD klein bleibt, dann müssen Sie wenigstens Lösungen bringen für die Probleme, die auch Sie in Ihren Haushaltsreden schon als Problem erkannt haben und benannt haben. Das Schlimmste ist, nichts zu tun, wenn man erkannt hat, dass es Handlungsbedarf gibt. Ich muss Ihnen das leider sagen, auch wenn Sie das nicht gerne hören, meine Damen und Herren von der CDU, der SPD und auch von den GRÜNEN, es ist vor allem Ihre falsche Politik, die für den Aufstieg der AfD verantwortlich ist. Es ist Ihre inkonsequente Haltung, Ihre Ignoranz und Ihre Tatenlosigkeit bei den für die Bürger wichtigen Themen, wie beispielsweise beim Thema Sicherheit. Eine Haltung, die immer mehr Wähler in die Arme der AfD treibt. Ich hoffe sehr, dass auch die das erkennen und ihrer Verantwortung für diese Stadt endlich bewusst werden, und zwar bevor es zu spät ist.

Nun wollte ich eigentlich enden, aber ich möchte nun doch noch etwas zu dem viel zitierten Herrn Rüttler sagen. Ich hatte das Vergnügen, nach dieser Veranstaltung, mich eine halbe Stunde mit dem Herrn zu unterhalten. Ich habe ihm gesagt, alles, was sie in ihrer Rede gesagt haben, widerspricht eigentlich dem, was wir von ihren Kollegen von der Landespolizei und auch vom KOD hören. Sie haben gesagt, mehr Polizei schafft nicht mehr Sicherheit. Ich habe ihm gesagt, wenn sie das ernst meinen, dann müssten sie dafür sorgen, dass sowohl die Landespolizei wie auch die Kriminalpolizei reduziert werden. Dann sagte er mir, also wenn das so rübergekommen ist, dann war das falsch. Nun kam ein erstaunlicher Satz. Er sagte wortwörtlich: Es kann ja nicht sein, dass Hundertschaften KOD durch die Kaiserstraße marschieren. Dann dachte ich, wie kommt er darauf. Dann sagte er, da war doch dieser Antrag, 800 zusätzliche KOD-Mitarbeiter für die Stadt Karlsruhe. Dieser Mensch hat diesen Antrag ernst genommen und dann eine flapsige Rede gehalten, die ich vermutlich auch so gehalten hätte, wenn ich vorher gesehen hätte, welche Anträge hier gestellt wurden. Er hat sich gewundert, dass sich eine Fraktion in diesem Haus erdreistet hat, bei diesem Thema einen Witzantrag zu stellen. So kam das zustande, was er dazu gesagt hat. Wir werden Herrn Rüttler auch zu unse-

rer nächsten Veranstaltung einladen. Das Gespräch war sehr konstruktiv, und wir haben uns am Ende gut verstanden.

Stadtrat Marvi (SPD): Sehr geehrter Herr Schmitt, Sie haben sich heute selbst als Hoffnungsträger bezeichnet. Besondere Hoffnung macht weder uns, noch der Bevölkerung, dass Sie versuchen, berechtigte Sorgen und Anliegen der Menschen zum Klimawandel mit Sorgen zur eigenen Sicherheit auszuspielen. Das macht uns in der Tat wenig Hoffnung, wenn das der Stil ist in manchen Teilen dieses Hauses ist. Es geht wirklich darum, wie es Kollege Hock gesagt hat, die Anliegen der Menschen ernst zu nehmen. Jedes Gewaltverbrechen, jede Straftat, jedes Kriminaldelikt in unserer Stadt ist selbstverständlich eines zu viel. Auch wir haben die Kriminalitätsstatistik aufmerksam gelesen und beobachten die Anpassung an die veränderte Sicherheitslage in unserer Stadt mit Zunahme von Wohnungseinbrüchen, Strafdelikten, Raubüberfällen mit größerer oder kleinerer Intensität, je nachdem, in welchem Stadtteil sie geschehen, mit Sorge. Selbstverständlich ist das so. Natürlich sehen wir auch die wachsenden Probleme an sozialen Brennpunkten. Heute haben wir ausführlich z. B. über den Werderplatz gesprochen, ebenfalls mit Sorge. Wir sind als Kommune damit auf gleichzeitig mehreren Ebenen, die Sicherheit, Ordnung und Prävention erfordern, vor Herausforderungen gestellt. Jetzt kommt er vor diesem Hintergrund sehr darauf an, wie wir damit umgehen, ob wir als Stadträtinnen und Stadträte in Panik verfallen, unsere eigenen Möglichkeiten und Kompetenzen überschätzen und verwechseln oder ob wir es schaffen, immer noch in dieser Lage, in der wir uns befinden, einen kühlen Kopf zu bewahren und angemessene Antworten zu finden. Dazu einige wenige Anmerkungen.

Ich finde, wir sollten erstens nicht so tun, als ob wir uns als Großstadt Karlsruhe in einer ganz furchtbar einzigartigen sonderhaften Situation als Insel in Deutschland und Europa befinden und die Sicherheitsprobleme eine ganz einzigartige Form von kommunaler Handlung in unserer eigenen Kompetenz erfordern. Ich fand einige Dinge, die der neue Leiter der Kriminalpolizei hier gesagt hat, schon von der Analytik her sehr richtig. Die Rahmenbedingungen, die wir haben, sind durchaus vergleichbar mit anderen Großstädten, die Attraktivität, die Sogwirkung unseres Wohlstandes mit Kriminalverbrechen ist leider vorhanden. Unsere Ausgangslage als Einzugsgebiet auch für international organisierte Kriminalitätsbanden lässt sich nun mal nicht verändern und nicht wegdreden.

Sehr geehrter Herr Schmitt, ich glaube Sie haben mir im Hauptausschuss nicht richtig zugehört. Ich habe die Herkunft von Menschen, die diese Straftaten begehen, überhaupt nicht in Abrede stellen wollen. Ich wollte nur, dass wir eines nicht tun unter dem Begriff Ausländerkriminalität, dass wir so tun, als ob ein besonderes und ernstes Sicherheitsproblem von den seit Jahren und auf Dauer hier bleibenden Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt ausgeht, die sich zum überwiegenden Teil friedlich und rechtskonform verhalten. Wenn wir Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund in unserer Stadtgesellschaft ein solches Stigma verleihen, leichtfertig von falschverstandener Ausländerkriminalität reden, die sie ja dann auch betrifft, dann schaden wir dem Zusammenhalt in unserer Stadt. Mehr wollte ich dazu gar nicht sagen.

Zweitens sollten wir gerade in dieser Situation unserer Polizei ein großes Vertrauen entgegenbringen. Ich finde, unsere Polizei macht eine hervorragende Arbeit unter den genannten Rahmenbedingungen. Wir sollten auf ihre Maßnahmen und ihre Strategie für

die Themen Sicherheit und Ordnung, vor allem Kriminalitätsbekämpfung, auch in den kommenden Jahren setzen. Mit meinem Freund, Tilman Pfannkuch und der CDU-Gemeinderatsfraktion, werden wir so auf unseren CDU-Innenminister einwirken, dass er jetzt auch endlich etwas tut beim Baustopp der Polizeipräsidien, die ja auch Karlsruhe betreffen, damit wir mit diesem Projekt von Reinhold Gall, dem Umbau unserer Polizeipräsidien, zügiger vorankommen.

Drittens finde ich, müssen wir uns selbst disziplinieren, wenn es darum geht, dass wir als Kommune überhaupt wirklich zu dieser Sicherheitslage effektiv beitragen können. Ich möchte ausdrücklich die Kollegen von der KULT-Fraktion in Schutz nehmen. Was tut denn die KULT-Fraktion? Sie zeichnet natürlich mit ihrem aus Sicht der KULT-Fraktion ironisch gefärbten Antrag ein ernstes Anliegen nach. 800 Stellen bedeuten nichts anderes als den Aufbau einer Schatten- und Ersatzpolizeistruktur in Karlsruhe. Im Grunde genommen ist das einzig Verwunderliche nicht der Antrag der KULT, sondern dass manche der Antragsteller hier, die auch gesprochen haben, mit ihrer Art der verbalen Radikalisierung, der Schreckensszenarien, der Umwälzung der Sicherheitsarchitektur, die wir hier in der Kommune benötigen würden, eigentlich diesen KULT-Antrag stellen müssten. Stattdessen stellen sie hier irgendwelche Anträge, wo man den KOD mal um 10, 15, 20 Stellen aufstockt. Da passen Wort und Tat nicht zusammen. Von daher mache ich gar nicht der KULT-Fraktion den Vorwurf, sondern sie zeichnet letztendlich eine Struktur nach, die wir als Kommune niemals realisieren können, die aufzeigt, dass es nicht in unserer Verantwortlichkeit liegt, hier Straftverbrechen und polizeiliche Aufklärungsarbeit zu ersetzen. Von daher sagen wir als SPD-Fraktion, wir finden es gut als flankierende und unterstützende Maßnahme, um das Sicherheitsgefühl in Karlsruhe zu stärken, dass wir den KOD haben. Wir haben das Projekt von Anfang an unterstützt. Wir haben beim letzten Doppelhaushalt mit dafür gestritten, dass es mehr Stellen für den KOD gibt. Wir wollen die Sicherheitslage mit kühlem Kopf in den kommenden Jahren beobachten und behalten uns vor, im nächsten Doppelhaushalt eventuell hierzu nachzusteuern, aber wir finden, dass wir uns vor allem auf die Dinge konzentrieren sollten, die in der Hand der Kommune liegen. Das sind nun mal Prävention, Deeskalierung von Brennpunkten. Damit leisten wir den wichtigsten Beitrag für Sicherheit und Stabilität in Karlsruhe.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Ich sage es mal ganz ehrlich. Ich habe auch schon die Polizei gerufen in Karlsruhe. Ich bin froh, dass sie gekommen sind und war auch vor allem froh, dass das Landespolizisten waren, die volle Befugnisse hatten, die die volle Ausrüstung hatten und nicht der KOD. Wenn ich mich daran erinnere, dass wir eine KOD-Broschüre bekommen haben - ich will niemanden vom KOD angreifen -, aber wenn ich mir diese KOD-Broschüre angeguckt habe, dann waren da einige Seiten, da waren das die Ansprechpartner vor Ort, da waren Fotos, wo der KOD sich mit Leuten auf der Straße unterhält und denen den Weg irgendwohin zeigt und solche Sachen. Wir merken, da ist eine relativ große Diskrepanz. Das ist etwas, wofür die Zeit bei der Landespolizei auch fehlt. Außerdem will ich Ihnen sagen, ich bin auch ganz froh, dass ich weiß, dass es mehr Polizei geben soll. Es gab eine Polizeireform, deren Ziel u. a. war, mehr Polizei auf die Straße zu bringen. Ich weiß, es gibt jetzt neue Stellen bei der Landespolizei, die auch auf der Straße eingesetzt werden sollen. Es wird reagiert. Wir wollen eigentlich mehr richtige Polizisten. Ich verstehe Sie alle so, dass wir alle mehr richtige Polizisten wollen. Verzeihen Sie mir, dass ich richtige Polizisten sage. Es ist nun mal ein qualitativer

Unterschied da. Die Befugnisse sind nicht die gleichen und die Ausrüstung ist nicht die gleiche. Die Ausbildung ist auch nicht die gleiche. Wenn wir mehr solche Polizei wollen und jetzt eigentlich nur zuwarten müssen, dass diese kommt, warum wollen wir jetzt an dieser Stelle die Parallelstruktur, die wir haben, ausweiten?

Uns GRÜNEN ist schon bewusst, dass sich sowohl subjektiv als auch objektiv die Lage verändert. Uns GRÜNEN ist aber auch bewusst, dass wir nicht auf Dauer mit dem KOD einen Ersatz für mangelnde Polizei auf der Straße schaffen können. Ehrlich gesagt, was mich total ärgert, wenn wir an solchen Stellen nicht mitstimmen, dass uns zum Vorwurf gemacht wird, dass wir nicht sagen, die AfD hat recht und uns dann gesagt wird, wenn wir nicht sagen, dass die AfD recht hat und die darin bestärken, dann würden wir der AfD die Wähler zutreiben. Wenn ich jemandem recht gebe, dann schneide ich ihm nicht das Wasser ab. Ich verstehe Ihre Argumentationskette nicht.

Was für mich elementar ist, es werden neue Stellen geschaffen bei der Polizei. Wir haben einen KOD, der gewisse Aufgaben abdeckt, und es gab eine Reform, die mehr Polizei auf die Straße bringen soll. Am Werderplatz, wenn ich da ins KOHL gehe, um mir einen schönen Abend zu machen, dann ist da fast immer Polizei. Da ist im Moment ein Brennpunkt. Da ist entweder Polizei oder der KOD. Allerdings, was ich auch sehe, der KOD kann da nicht eingreifen, sondern der KOD steht daneben und ruft die Polizei. Da ist keine Möglichkeit, das zu ersetzen.

Ein anderer Punkt grundsätzlicher Natur. 100 % Sicherheit und 100 % Freiheit geht nicht. Wir sind auf einem ganz guten Weg auszuklamüstern, wie viel Sicherheit und wie viel Freiheit wir brauchen. Ich glaube nicht, dass es hilft, überall jemand zu haben, der immer guckt, dass nichts passieren kann. Überlegen Sie mal, wie viel Leute wir anstellen müssten, für die präventive Wirkung, dass jemand kein Taschendiebstahl begeht, weil nebensächlich ein KOD-Mensch ist. Überlegen Sie sich einfach mal, dass überall ein Polizist jederzeit steht. Das wird nicht passieren. Taschendiebstähle lassen sich nicht mit einer Aufstockung verhindern, nicht mal mit 800 Stellen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir Gemeinsam für Karlsruhe haben ein klares Ziel, wir möchten wieder eine unterdurchschnittliche Qualitätsrate in Karlsruhe. Wie führt der Weg dort hin? Hier ist die Frage, hilft es jetzt einfach KOD-Leute einzustellen. Wir von GfK waren immer dafür, dass wir Leute für den KOD eingestellt haben. Aber hilft es jetzt in diesem Moment. Da bin unglaublich dankbar für diese Erhebung. Wir haben eine Landkarte der Stadtteile, wir haben eine Landkarte der Kriminalitätsverteilung. Das ist ein Analyseinstrument, das wir überhaupt nicht ausgenutzt haben. Wir müssen in der Tat gucken, welche Kriminalitätsrate kommt wo bevorzugt vor. Wir müssen fragen, wie kann man dem tatsächlich begegnen. Ist der KOD immer der Hammer im Werkzeugkasten oder müssen wir andere Werkzeuge reinmachen. Deswegen sagen wir es als Gemeinderat immer, Leute wir brauchen ein Konzept und dann handeln wir. Ich sage an der Stelle, wir brauchen wirklich ein Sicherheitskonzept für verschiedene Stellen in der Stadt, um dann gezielt eingreifen zu können. Deswegen jetzt nicht einfach Stellen schaffen um jeden Preis. Wir brauchen gute Konzepte und die dann umsetzen mit einer hohen Dringlichkeit, weil die Bürgerschaft in der Tat verunsichert ist, weil sie zum Teil nicht wissen, was von unserer Seite her kommt. Wir müssen aktiv sein. Das ist vermittelbar, dass wir nicht einfach sagen, KOD her, sondern es müssen Konzepte her und

wir handeln. Deswegen werden wir keinem KOD-Antrag zustimmen, aber nicht aus dem Grund, weil wir dagegen sind, sondern weil wir einfach nicht sagen, das ist die Lösung, KOD um jeden Preis.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich möchte mal erinnern, wie das war. Der KOD ist damals durch einen Gemeinschaftsantrag von CDU und SPD und den damaligen zwei Freien Wählern zustande gekommen. Als diese Idee des KOD kam war klar, der KOD ist keine Polizei, er ist keine Kriminalpolizei. Es ist ein kommunaler Ordnungsdienst, der die Polizei unterstützen kann. Wir haben die Aufgaben des KOD in den letzten Jahren immer weiter aufgebauscht. Wir haben die Kontrolle der Sperrzone, wir haben hier Turmbergterrassenkontrolle, wir haben den Streifendienst am Werderplatz. Es sind aber immer noch die gleichen Personen. Deshalb bin ich auch dankbar, dass die CDU erkannt hat, sie haben das Thema Sicherheit immer gehabt, dass man nicht nichts tun kann. Das wäre genau das Schlimmste. Die FDP hat es auch erkannt. Bei den Diskussionen im Landtagswahlkampf haben wir gesehen, wie schwer es ihnen gefallen ist, aber sie haben erkannt, man muss etwas tun. Die GRÜNEN erkennen ja auch, wenn wir nichts tun beim CO₂-Ausstoß werden wir tatsächlich in den nächsten Jahrzehnten ernsthafte Probleme bekommen. Darum tun sie auch etwas. Wir haben erkannt, dass wir jetzt Probleme haben. Wir müssen der Polizei, die wirklich sehr gute Arbeit leistet, die Arbeit abnehmen. In unseren Gesprächen haben wir erkannt, die Polizei ist dankbar, dass der KOD da ist. Deshalb gibt es auch den Antrag der FDP, der von uns unterstützt wird, zu Fragen, könnte das Land nicht den KOD unterstützen, dann haben wir vielleicht finanziell hier eine Möglichkeit. Der KOD wird niemals Verbrechen aufklären können, aber er kann verhindern, weil er anwesend ist. Jemand in Uniform, egal ob da Polizei oder Polizeibehörde steht, verhindert. Die Geschäftsleute in der Innenstadt, die davon betroffen sind, profitieren davon. Deshalb war unser Antrag bzw. der Straftatenatlas da um zu zeigen, wo ist Karlsruhe sicher, da gibt es sehr sichere Orte, und wo ist Karlsruhe unsicher. In diesem Bereich, das ist die Innenstadt, müssen wir etwas tun.

Kollege Kalmbach hat jetzt ausgesprochen, was wir immer wieder gesagt haben, wir brauchen ein Konzept für Sicherheit in der Innenstadt. Aber von nichts kommt nichts. Das weiß jeder, also brauche ich Personal. Diese Aufstockung, das hat mein Kollege Schmitt gesagt, ist ja der erste Weg. Sollten die Straftaten in der Stadt rückgängig sein, können wir reagieren. Das haben wir heute auch gemacht. Das ist aber für den Bürger ein Signal, vor allem für die Geschäftsleute, die darunter leiden, wir sind handlungsfähig als Gemeinderat. Wir tun etwas. Zu sagen, wir machen nichts, das wird sich von alleine regeln. In 25 Jahren gibt es mehr Polizei. Denken Sie daran, die 68er-Welle der Polizeieinstellungen kommt erst noch. Ob sie jetzt 1.500 Polizisten einstellen oder 3.000, das wird nicht reichen, wenn die erst in fünf Jahren kommen. In den letzten Jahren wurde der freiwillige Polizeidienst abgeschafft. Auch das sind Hilfen für die Polizei, die fehlen. Deshalb ist es wichtig, hier als Gemeinderat zu sagen, der KOD wird aufgestockt, wir beobachten die ganze Sache. Wenn die Welle der Kriminalität nachlässt, dann können wir auch entsprechend reagieren, wie wir in den Anträgen hier gesehen haben. Deshalb bin ich für alle dankbar, die diese Anträge unterstützen, dass wir als Gemeinderat die kritischen Situationen erkannt haben und auch handeln.

Der Vorsitzende: Wir beginnen die zweite Runde.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Erst einmal Respekt, lassen Sie mich mit diesem Begriff beginnen. Respekt vor Ihnen, Herr Pfannkuch, und ihrer Fraktion, dass Sie sich mit unserem zugegebenermaßen provozierenden Antrag so konstruktiv auseinandergesetzt haben. Respekt vor Ihnen, Herr Marvi, der Sie diesen Antrag aus unserer Sicht perfekt verstanden haben. Respekt vor Herrn Konrad, der in einer Altersklasse ist, die übrigens von Gewalttaten am stärksten betroffen ist, genau analysiert hat, wo die Probleme liegen. Respekt vor Herrn Kalmbach, der darauf hingewiesen hat, dass es einen KOD nicht um jeden Preis geben darf.

Lassen Sie mich auf dieser konstruktiven Ebene weiter argumentieren. Herr Pfannkuch, Sie sprachen von der subjektiven und objektiven Sicherheitslage. Ein Thema, das auch Kollegin Leidig vorhin schon mal angesprochen hat. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück, dass es keinen Sinn macht, an der subjektiven Sicherheitslage zu arbeiten, sondern man muss an der objektiven arbeiten. Aber noch einmal zur subjektiven Geschichte. Da zitiere ich nochmals Herrn Rüttler, den Kripochef der Stadt Karlsruhe, der deutlich im Hauptausschuss gesagt hat, lasst die Kirche im Dorf. Wir formulieren das bei KULT mit unserer zugegebenermaßen manchmal saloppen Art so, die Innenstadt-West ist nicht die Bronx. Das ist ein Unterschied, das sollte man auch wahrnehmen.

Dann der zweite Begriff nach Respekt ist für mich der Begriff Politikverdrossenheit, der heute auch schon fiel. Ich sage, ich postuliere - man möge mir widersprechen, wenn man es widersprechen kann -, wenn etwas zu Politikverdrossenheit führt, dann ist es, wenn die Politik Lösungen beschließt, die keine Lösungen sind, die das nicht beseitigen, wofür sie da sind. Ganz klar, angesichts des Sicherheitsberichts kann es nicht sein, dass eine Aufstockung des KOD auch nur irgendetwas an dieser objektiven Sicherheitslage ändert, wenn es um Raub, Einbrüche, Ladendiebstähle oder so etwas, geht. Da muss ich jetzt schon sagen, Herr Wenzel, ich zitiere Sie: Wir tun etwas, das sollten wir zeigen. Herr Bernhard, Sie haben gesagt, die Bürger erwarten. Deswegen schlage ich nicht noch lange etwas vor, was an dem Problem nichts löst, weil das erhöht die Politikverdrossenheit. Wenn ich von Ihnen höre, Herr Bernhard, als zweiten Satz: Wir müssen uns selbst helfen. Das erinnert man den einen Western. Das sagen irgendwelche Leute, die sich um den Marschall versammeln, wenn er nicht agieren will. So kann man keine Politik machen. Jetzt wurde das Beispiel Mannheim genannt. Mannheim hat viermal so viele KOD-Mitarbeiter. Vor 1 ½ Wochen war ein Bericht in den BNN über das Sicherheitsgefühl in Mannheim, das total schlecht ist, genauso wie bei uns. Also das nützt nichts.

Jetzt komme ich zum Thema Land und Polizei. Ich finde es klasse, wie positiv hier im ganzen Saal die Polizei des Landes gesehen wird. Ich persönlich sage, die deutsche Polizei ist überhaupt im internationalen Maßstab ein verdammt guter Haufen. Da fühle ich mich auch sicher. Ich sage ganz ehrlich, obwohl ich französisch und englisch kann, in einem anderen Land habe ich eher mal so Schwierigkeiten, zu einem Polizisten hinzugehen und zu fragen, wo geht es da hin oder was kann ich da und da tun. Bei der deutschen Polizei fühle ich mich da sicher. Da muss ich sagen, der Abbau der Polizei in diesem Bundesland fand unter schwarz-gelb statt. Grün-rot hat wieder aufgestockt, aber das dauert natürlich, bis die bei uns auf der Straße sind, weil die Ausbildung halt drei Jahre dauert. Wenn ich dann auch noch sehe, dass die Polizisten, die wir vielleicht schon hätten, dass die statt Doppelstreife auf der Kaiserstraße zu laufen, was wir alle

gerne hätten, verheizt werden - ich sage jetzt nicht Fußballspiele , ich sage z. B. bei blöden Demonstrationen, wenn sich da zwei Gruppen gegenüberstehen und sich gegenseitig anbrüllen -, da stehen hunderte, fast tausende von Leuten rum, muss ich sagen, ich hätte die lieber auf der Straße, wo sie wirklich etwas für uns bringen, als dass sie da die Gruppen auseinanderteilen müssen.

Jetzt Blick in die Geschichte. Warum wurde der KOD gegründet? Wir haben zu diesem Haushalt darauf verzichtet, eine Auflösung des KOD zu fordern, obwohl das für uns die ideale Gegenfinanzierung für alle Maßnahmen gewesen wäre. Wir respektieren, dass eine Mehrheit des Hauses den KOD will. Aber warum haben wir ihn denn gegründet? Da gab es unglaublich viele Forderungen, z. B., dass in den Stadtteilen Veranstaltungen einfacher stattfinden können. Das war ein Antrieb. Ein anderer Antrieb war, dass die Ordnungswidrigkeiten wie Kippen wegschmeißen an Haltestellen verfolgt werden. Davon haben wir uns schon lange verabschiedet, weil das war - wie vorhergesagt - kein Erfolg. Aber z. B. die Aufgabe, den Daxlander Fastnachtsumzug wieder zu ermöglichen, würde ich für eine sinnvolle Aufgabe für den KOD halten, aber nicht in der Verbrechenzone von Karlsruhe zu agieren, weil dafür ist die Polizei da. Das kostet richtig Geld, das kostet auch das Land Geld, und das Geld haben wir schon gar nicht. Von daher gesehen ist klar, worauf die Mehrheit in diesem Saal baut.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Ich wollte nur ganz kurz etwas klarstellen. Sie tun alle so als würde das jetzt ewig dauern, bis ein Polizist auf die Straße kommt. Der Deal ist doch, dass wir einen großen Teil Verwaltungsangestellte holen, die bereits ausgebildete Polizisten bei ihren Büroarbeiten entlasten, damit die Polizisten direkt auf die Straße kommen können. Es ist nicht so, als ob erst in fünf Jahren etwas passiert, sondern da passieren jetzt Sachen. Es kommt jetzt mehr Polizei auf die Straße.

Stadtrat Hock (FDP): Viele der Beiträge haben mich jetzt nicht überzeugt und lassen mich auch von unserem Antrag keinen Millimeter abrücken. Deshalb noch einmal zur Klarstellung. Wir haben uns unterhalten mit Streifenpolizisten in Karlsruhe, die gesagt haben, es ist für uns sinnvoll, dass es den KOD gibt, weil sie uns viele Aufgaben abnehmen, die uns belasten und unsere Zeit in dieser Stadt erschöpfen. Was sie auch gesagt haben war, dass es problematisch ist, dass der KOD dann irgendwann um 24 Uhr nach Hause geht. Man hat auch öfter gehört, dass es dann hieß, die Leute haben ein Problem, haben beim KOD angerufen und gesagt bekommen, nein, wir können nicht mehr kommen, in 10 Minuten ist bei uns Ende. Deshalb müssten sie zur Polizei und bis da alles durch war hat es dann ewig gedauert. Deshalb war unser Antrag, da möchte ich noch einmal darauf zurück, 14 Leute jetzt und 16 das Jahr darauf. Für uns ist es wichtig, dass wir auch in der Nachtzeit die Polizei in ihrer Arbeit entlasten können. Deshalb haben wir das mit diesen 30 Leuten gemacht.

Nichtsdestotrotz habe ich bei allen Rednerinnen und Rednern den Eindruck in diesem Haus, dass wir es uns nicht einfach machen. Das weiß ich auch. Die Bürger nehmen das ernst. Ich akzeptiere jede Meinung, auch die von SPD, Grüne und KULT. Das ist überhaupt kein Problem, aber schauen Sie sich bitte alle Unterlagen an. Sie werden feststellen, wir haben das Problem jetzt und müssen als Stadt jetzt handeln. Deshalb bleiben wir bei unserem Antrag und hoffen, dass der eine oder andere uns Vertrauen schenkt, dass es mit diesem Antrag mitgehen kann. Ganz ehrlich, Sie wissen, dass wir von der

FDP uns das mit Sicherheit nicht einfach gemacht haben. Wir sind einfach der Meinung, dass wir handeln müssen zu diesem vom OB immer wieder gesagten Sicherheitsempfinden in unserer Stadt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Vielen Dank für den ersten Beitrag an Herrn Konrad, weil er hat für mich, vielleicht auch für andere, die zugehört haben, erklärt, warum die SPD diesem Antrag nicht zustimmen kann, die GRÜNEN auch nicht, ganz einfach, weil wir ihn gestellt haben. Entschuldigung. In Zukunft werden wir die gegenteiligen Anträge stellen, damit sie am Ende dem zustimmen können, was sie eigentlich wollen. Genauso haben sie es vorhin erklärt, weil sie uns ja nicht rechtgeben dürfen. Sie können ja der AfD nicht rechtgeben. Das geht einfach nicht. Deswegen müssen sie den Antrag jetzt ablehnen. Sie tun mir wirklich leid, denn sie vergessen dabei eines. Wir sind als Stadträte zwar unserer Partei, aber vor allem unseren Wählern, den Bürgern dieser Stadt, verantwortlich.

Herr Marvi, es hilft wenig, wenn Sie sagen, in ganz Deutschland ist es schlimm. Da ist die Bundespolitik dafür verantwortlich, nicht wir oder die europäische Politik auch. Es ist in ganz Deutschland schlimmer geworden, Sie haben recht. Das ist für uns aber keine Entschuldigung, die Hände in den Schoß zu legen. Übrigens machen dies die anderen Städte auch nicht. Die anderen Städte versuchen es auch in dieser schlechten bundespolitischen Lage und in dieser Misere bei der Polizei. In Baden-Württemberg haben wir auf Fläche und Einwohner bezogen die wenigsten Polizisten, auch wenn es wahrscheinlich die besten in Deutschland sind nach meinem Empfinden, aber wir haben die wenigsten. Diese Probleme, die vom Land, vom Bund und von der EU kommen, sind hier präsent. Unsere Bürger in unserer Stadt wollen von uns einen Beitrag zur Lösung haben. Wir können uns nicht darauf zurückziehen, dass andere Städte dasselbe Problem haben. Wenn wir wissen, dass es fünf Jahre dauert, um einen Polizisten auf die Straße zu bringen, einen Landespolizisten, den wir dringend brauchen, das haben wir im Landtagswahlkampf auch gesagt, wir haben vehement mehr Polizei eingefordert, dann können wir nicht einfach abwarten. Wir können nicht einfach sagen wie die GRÜNEN, es ist doch alles auf einem guten Weg, jetzt wartet doch mal drei Jahre, es geht auch schneller, es dauert nicht fünf, es dauert drei Jahre. Wir sagen den Bürgern, wartet doch einfach drei Jahre. Nein, die Bürger haben das Problem jetzt.

Wenn ich mir die Umgebung anschau, meine persönliche Umgebung, da hat sich einiges geändert in den letzten zwei Jahren. Da schließen Leute ihre Tür jede Nacht ab, die das früher nie gemacht haben. Da haben Leute ganz andere Lebensgewohnheiten als früher, weil sie dazu gezwungen sind. Das ist nicht etwa mehr Freiheit, sondern das ist ein Gefühl der Angst, die die Leute dazu bringt. Die wollen Lösungen haben. Wir können nicht als Stadtrat sagen, geht uns nichts an, fragt den Bund, fragt die EU. Das geht nicht. Wir müssen das tun, was wir können. Wir haben leider nur den KOD. Wir wissen, dass er eingeschränkt ist. Das ist leider so, aber er kann unsere Landespolizei entlasten, er kann als Ansprechpartner für die Bürger zur Verfügung stehen, er kann helfen, Polizeieinsätze zu koordinieren, indem er nämlich die Polizei ruft, indem er Ansprechpartner ist. Dann ist für die Bürger unserer Stadt schon viel gewonnen. Wenn Sie wirklich sagen wollen, dass Sie das nicht tun wollen für die Bürger unserer Stadt, dann möchte ich sehen, wie Sie diesen Bürgern entgegentreten.

Der Vorsitzende: Das war der letzte Wortbeitrag. Wir kommen zur Abstimmung. - Ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Stadtrat Cramer (KULT): Nach der Diskussion jetzt. Wir stellen unseren Antrag nicht mehr zur Abstimmung.

Der Vorsitzende: Damit können wir gleich zum Antrag Nr. 40 gehen, dem Antrag der FDP. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Bei 7 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag Nr. 41 der AfD. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Das sieht genauso aus. 7 Zustimmungen, der Rest **Ablehnung**.

Jetzt kommen wir zum Antrag der Freien Wähler bzw. Herrn Stadtrat Schmitt. - Ich bitte da um das Kartenzeichen. - Bei 20 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 43 (S. 150): Städtischer Fonds für Tierarztkosten (GRÜNE)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Es geht um ein ganz wichtiges Thema, den Tierschutzfonds. Der Tierschutz hat nach eigenen Angaben der Stadt Karlsruhe eine hohe Bedeutung. Aber heute macht die Stadtverwaltung mit der Haushaltsvorlage eine Rolle rückwärts. Aus Gründen der Gleichbehandlung hätte die Grüne-Fraktion sogar einer Kürzung im Rahmen der Haushaltsstabilisierung zugestimmt. Der Verwaltungsvorschlag bedeutet aber einen tiefen Einschnitt, dies vor allem vor dem Hintergrund, dass für ca. 200.000 Euro Rechnungen für Tierarztkosten eingereicht und von der Stadtverwaltung anerkannt werden.

Ich möchte jetzt gar nicht weiter auf die Notwendigkeit eines Tierschutzfonds eingehen. Diese Angelegenheit war in letzter Zeit schon mehrmals die Angelegenheit in diversen Ausschüssen. Wir möchten Ihnen heute ein Angebot unterbreiten, ein Gesprächsangebot. Lassen Sie uns, die Stadtverwaltung, die Politik und der ehrenamtliche Tierschutz an einem Kriterienkatalog arbeiten der das Ziel hat, wie die Mittel aus dem Tierschutzfonds verwendet werden dürfen und sollen. Wir haben nun ein Jahr lang Zeit. Packen wir es an.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Auch wir sehen, dass das im Haushalt doch ein sehr starker Einschnitt war. Wir waren zuvor von 90.000 runtergegangen auf 30.000. Sollte der Betrag von den GRÜNEN nicht durchgehen, würde ich gerne von meiner Fraktion noch den Betrag von 45.000 zur Abstimmung stellen, dass da nicht zwei Drittel gekürzt wird, sondern nur die Hälfte.

Der Vorsitzende: Wenn ich die beiden Anträge richtig verstehe, begehren die GRÜNEN von 30.000 auf 60.000 Euro zu gehen. Jetzt würde dann der ergänzende Antrag sein von 30.000 auf 45.000 Euro zu gehen, so dass wir es auseinander gehalten kriegen. Dann rufe ich jetzt zur Abstimmung auf den Antrag der GRÜNEN, Erhöhung um 30.000 Euro auf 60.000 Euro. - 17 Zustimmungen, 1 Enthaltung, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt kommt der zweite Antrag von 30.000 auf 45.000 Euro zu erhöhen, also um 15.000 Euro. - Bei 17 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt auf die **Seite 173**.

Anträge Nrn. 44 – 46 (S. 173): Kinderstadtkirche e. V. (SPD, Die Linke, GfK)

Wir sind jetzt im **Teilhaushalt 4000**.

Stadträtin Moser (SPD): Die Kinderstadtkirche bietet seit 15 Jahren eine flexible Nachmittagsbetreuung an verschiedenen Orten im Stadtgebiet an. In diesem Angebot ist das Mittagessen, die Hausaufgabenbetreuung und die Betreuung der Kinder enthalten. Die Finanzierung gestaltet sich über Elternbeiträge, das macht 184 Euro im Monat aus, und durch Zuschüsse durch das Land Baden-Württemberg. Dieser Zuschuss wurde jetzt gestrichen, und der Kinderstadtkirche entsteht eine Finanzierungslücke.

Ich möchte kurz ausführen, was die Kinderstadtkirche z. B. an der Waldschule in Neureut anbietet. Die Waldschule ist keine Ganztagsgrundschule, sondern hat einen Schülerhort, der an seine Kapazitätsgrenzen aufgrund des starken Zuzugs auch junger Familien gestoßen ist. Nach viel Elternprotest wurde eine Lösung mit Bürgermeister Lenz gefunden und alle sind zufrieden. Die Kinderstadtkirche bietet zum Schülerhort eine Betreuung an. An der Pestalozzischule wird Kindern, denen kein anderes Ganztagsangebot zur Verfügung steht, gezielt Sprach- und Lernförderung geboten. Im Hans-Löw-Haus werden Kinder mit Lese- und Rechtschreibschwäche gefördert. Für die entgangenen Zuschüsse durch das Land bittet die Kinderstadtkirche um Unterstützung, damit die sinnvollen und effektiven Betreuungen weitergeführt werden können. Der Fortbestand der Betreuungen muss weiterhin ermöglicht werden. Wir bitten um Einstellung im Doppelhaushalt um jeweils 46.500 Euro mit Sperrvermerk und appellieren an alle anderen Fraktionen, diesen Antrag zu unterstützen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich spreche hier auch für die FDP mit. Unser Antrag hat inhaltlich die gleiche Ausrichtung, nur dass wir 9 % gekürzt haben, weil wir gesagt haben, viele andere Einrichtungen sind auch um 9 % gekürzt worden. So haben wir es an dieser Stelle auch getan. Das fanden wir fair und angemessen. So ist unser Antrag ein bisschen geringer ausgefallen, aber wir bitten leidenschaftlich um dieses Anliegen.

Noch eine Frage, was uns nicht deutlich geworden ist, ob man das Land nicht wieder an Bord kriegen kann. Gibt es da keine Möglichkeiten das Land zu bitten, diesen Betrag doch wieder zu übernehmen oder ist es gegeben.

Der Vorsitzende: Ich höre, es ist rum. Wenn wir eine Möglichkeit finden, werden wir sie nutzen. Sie jetzt aber hier aus dem Bauch heraus in Aussicht zu stellen, ist ziemlich aussichtslos. Insofern gehen Sie mal davon aus, dass es keine gibt.

Stadträtin Köpfler (CDU): Für uns als CDU ist die Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung unter Berücksichtigung des Elternwillens und insbesondere bei der flexiblen Nachmittagsbetreuung eine Überzeugungsaufgabe, der wir uns auch stellen. Deswegen ist es für uns an dieser Stelle auch wichtig, den Antrag von der SPD entsprechend mitzu-

gehen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unabdingbar. Wenn wir jetzt hier nicht tätig werden würden, dann wäre das ein Versäumnis, das wir nicht rechtfertigen könnten. Deshalb stehen wir hier auch zur Kinderstadtkirche und tragen den Antrag mit, bitten aber auch an der Stelle die Verwaltung noch einmal zu schauen, doch noch mit Umschichtung, aber auch beim Land nachhaken, was wir da letztendlich noch erreichen können.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Natürlich wäre es schön, wenn wir jetzt diese Mittel umschichten könnten und auch wunderbar, wenn das Land hier wieder die Finanzierung aufnehmen würde, aber es ist im Augenblick eben so, dass ein Wechsel auch stattfindet. Das Land hat sich mit der Ganztagschule verpflichtet, hier die Ganztagschulen mit einer ganz guten Fülle von Lehrerstunden auszugestalten und ist damit jetzt in Vorleistung gegangen. Die Kommunen können dieses Angebot nutzen, was wir als Stadt Karlsruhe bisher gemacht haben, indem wir jetzt schon 19 Ganztagsgrundschulen eingerichtet haben. Insofern kann man realistischerweise nicht erwarten, dass das Land auch Betreuungsangebote finanziert. Betreuungsangebote sind keine Bildungsangebote und das Land ist primär im Ganztags für die Bildungsangebote zuständig.

Die Kommunen und die Stadt Karlsruhe sind natürlich aus Mangel, dass viele Jahre hinweg das Land keine Ganztagschulen eingerichtet bzw. finanziert hat, in die Bresche gesprungen und haben diese Betreuungsangebote bislang finanziert. Natürlich muss man auch dankbar sein der Kinderstadtkirche und anderen Trägern, Clever z. B., die solche Angebote, die sehr beliebt waren und sind, eingerichtet hat. Wir können jetzt aber natürlich nicht einfach komplett hier den Ausfall der Landesmittel übernehmen. Da die Angebote derzeit noch bestehen, haben wir den Antragstellern gegenüber auch vorgeschlagen, wir wollen einfach mal überprüfen, wie ist die Bedarfslage nun insgesamt, auch im nächsten Jahr, wie sind die Angebote ausgestaltet. Wir möchten ganz gerne, dass das im Jugendhilfeausschuss noch einmal diskutiert und bewertet werden kann. Deshalb stimmen wir heute zu mit dem Sperrvermerk. Mit dem Sperrvermerk können wir auch zustimmen und dann eben schauen, wie können wir das bedarfsgerecht ausgestalten und wo es tatsächlich notwendig ist als flexibles Angebot fortsetzen.

Stadtrat Jooß (FDP): Das Problem ist das, die Mittel vom Land sind von heute auf morgen gestrichen worden. Nun steht die Kinderstadtkirche alleine da. Sie hat schon mit Herrn Lenz und dem Schul- und Sportamt gesprochen. Wir sind hier in der Pflicht, wenn das Land tatsächlich nichts beisteuert, ist Karlsruhe in der Pflicht. Was man in Zukunft dann anbietet an Betreuung durch die Kinderstadtkirche sei mal dahingestellt, das kann man noch besprechen. Im Moment bleibt uns nichts anderes übrig als hier in die Bresche zu springen. Die haben ja keine großen Reserven, dass sie das aus dem Topf finanzieren können. Wir sind im Grunde gezwungen, hier für das Land einzuspringen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle fest, dass da und da zwei Plätze frei sind, da drüben auch. Ich würde den weitestgehenden Antrag zur Abstimmung stellen. Das ist der Antrag der Linken, nämlich die 46.500 Euro ohne Sperrvermerk. - Bei 5 zustimmenden Voten mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt kommt der Antrag der SPD mit diesem Betrag plus Sperrvermerk. - Bei 10 Gegenstimmen mehrheitlich **angenommen**.

Der Antrag der GfK hat sich damit **erledigt**.

Antrag Nr. 47 (S. 173): Streichung der Entgelterhöhung in der Ergänzenden Betreuung im Rahmen der Verlässlichen Grundschule (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Ich möchte ein paar Sätze zu mehreren Punkten sagen, zu den Punkten 47, 62 und 63 aufgrund der knappen Zeit. Bildung ist unseres Erachtens eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Hier sollten wir es auch nicht nur den Privaten überlassen, aber wir sollten auf jeden Fall die Förderung nicht kürzen. Ich habe anfangs schon erwähnt, Karlsruhe ist eine reiche Stadt, sie hat Möglichkeiten. Es ist eine Frage des Schwerpunktes der gelegt wird durch das politische Gremium, dem Gemeinderat, ob man eben flächendeckend oder nach Gießkannenprinzip kürzt. Wir sind der Meinung, dass wir in diesem Bereich der Bildung nicht kürzen dürfen. Wir wollen gerne die Beträge so beibehalten, wie sie vorher eingestellt waren, alternativ dazu lieber andere Beträge kürzen. Einige Punkte haben wir ja schon benannt.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Bei 4 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 48 (S. 173): Beibehaltung der Freizeitpädagogen (SPD)

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Von unserer Seite hat es sich mit der Antwort der Verwaltung soweit **erledigt**. Wir erwarten allerdings, dass die Verwaltung uns dann auch in den entsprechenden Ausschüssen vorstellt, wie die Betreuungssituation an den jeweiligen Schulen zukünftig geregelt wird.

Antrag Nr. 49 (S. 173): Ganztagsgrundschulen/Schülerhorte - Konzeption (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Im hatte im Vorfeld schon einen Antrag eingebracht, die Redezeit zu verlängern für die kleinen Gruppen. Jetzt ist es soweit, uns holt die Begrenzung ein. Die Zeit läuft aus. Ich muss mich kurzfassen. Was machen wir hier. Wir machen hier Prozentrechnung. Es hat eine Umfrage gegeben wo die Kindergarteneltern gefragt wurden, welchen Bedarf sie für die Kinderbetreuung sehen nach dem Kindergarten. Es wird immer so wiedergegeben, dass die größte Gruppe die Ganztagschule will. Das ist aber in Wirklichkeit nicht so, denn 20 % wollen gar keine Betreuung. Die wollen die normale Schule, die nur vormittags geöffnet hat. Das wäre die Hortlösung, nur dass man dann das Hortangebot nicht annimmt, sondern die Kinder halt von der Schule abholt. Dann gibt es eine große Gruppe, die die Hortbetreuung möchte. Dann gibt es eine kleine Gruppe, die die Verlässliche Grundschule möchte, also die Betreuung über die Mittagszeit. Nur eine Minderheit, nämlich rd. 35 %, möchte die Ganztagsgrundschule haben. Vor diesem Hintergrund halten wir es nicht für richtig, dass gesagt wird, es gibt eine Mehrheit für die Ganztagsgrundschule. Die Mehrheit ist gegen die Ganztagsgrundschule. Deswegen fordern wir, dass wir als Stadt jetzt weitere Bestrebungen einstellen, noch mehr Ganztagsgrundschulen zu bauen, denn der Prozentsatz der Ganztagsgrundschulen nähert sich diesen ca. 35 - 40 %. Wir sind der Meinung, wir sollten uns am Bedarf der Eltern messen, und zwar am Bedarf der Eltern hier in Karlsruhe. Das ist unsere Aufgabe als Gemeinderat.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen und bitte um das Kartenzeichen. - Bei 2 zustimmenden Voten mehrheitlich **abgelehnt**.

Anträge Nrn. 50 – 51 (S. 173): ScoolCard für Grundschüler (SPD, Die Linke)

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Wie Sie in unserem Antrag sehen, machen wir einen Alternativvorschlag. Es war bis dato ja so, dass dieser Personenkreis bzw. diese Kinder, es ist eine überschaubare Anzahl, das muss man auch sagen, umsonst fahren konnten mit der ScoolCard. Was jetzt vorgesehen ist mit dieser Bezuschussung auf 165 Euro bedeutet schlicht und einfach eine Mehrbelastung für den betroffenen Elternkreis. Das ist umso schwerwiegender, weil es genau um die Eltern geht, die klar kommen müssen mit dem Thema Vereinbarung Familie und Beruf. Insofern sind sie gezwungen, die Kinder, die mehr als 1 km zur Schule haben, auch dorthin bringen zu können.

Wir haben jetzt einen Alternativvorschlag gemacht, dass wir sagen, wir wollen nicht wie die Linken z. B. einen Rundumschlag alles oder nichts, sondern wir sagen, gebt diesen Eltern ein 2-Waben-Ticket und damit zahlen die Eltern 10 Euro, und wir haben eine Zwischenlösung gefunden. Jetzt wird natürlich von der Verwaltung dargestellt, dass es Schwierigkeiten gibt, das wären zusätzliche Aufwände für die Eltern, diese Karte zu besorgen. Eltern, die ihren Kindern eine Fahrkarte besorgen wollen haben kein großes Problem damit, diese auch zu besorgen. Das Problem im Bereich einer 3-Waben-Zone zu wohnen. Da möchte ich einfach zurück in die alten Zeiten gehen, nicht mehr ganz zurück in die Höhle, aber ein Stempel tut es auch. Das würde bedeuten, wenn dieser Schülerkreis eine 2-Waben-Karte kriegt, kriegt er einen Stempel drauf und dann kann er auch über den Grenzbereich 2-Waben fahren.

Was wir durchaus sehen, das war auch ein Thema, was uns zu diesem Kompromissvorschlag bewogen hat, es muss nicht unbedingt sein, dass diese Kinder im Alter zwischen 6 und 10 Jahren über den ganzen KVV-Bereich umsonst fahren müssen. Das tun diese Kinder nicht, zumindest in den meisten Fällen nicht. Deshalb halten wir diesen Kompromissvorschlag für gangbar, für finanzierbar und auch für eine gute Sache und bitten das Haus um Zustimmung für unseren Antrag.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Ein Satz doch noch dazu. Zunächst bin ich der Meinung, dass Schülerinnen und Schüler keine Verdiennerinnen und Verdienner sind. Wir bestrafen hier einfach die Eltern. Sie haben höhere Ausgaben. Im Übrigen, schaffen wir bezahlbaren Wohnraum in der entsprechenden Zahl, dann wohnen vielleicht noch viel mehr im 1- oder 2-Waben-Bereich. Ich würde sagen, wir verkomplizieren die Angelegenheit nicht, sondern finanzieren die Fahrten in die Schule.

Stadträtin Köpfler (CDU): Die CDU ist der Auffassung, dass es auch mit dem vorgesehenen Zuschuss möglich ist, dass die Kinder entsprechend zur Schule gelangen. Wir werden daher der Verwaltung folgen. In der Verwaltungsantwort sind etliche Gründe genannt, wie dieser Alternativvorschlag zu einem höheren Aufwand bei der Organisation bei Eltern, aber auch bei der Verwaltung führen würde. Aus diesen Gründen der Einfachheit halber folgen wir letztendlich der Verwaltung.

Der Vorsitzende: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann würde ich jetzt die beiden Anträge aufrufen. Antrag Nr. 50 von der SPD. Da bitte ich ums Kartenzeichen. - Herr Stadtrat Dr. Schmidt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich würde den Antrag der Linken als den weitergehenden Antrag einstufen. Deswegen müsste er zuerst abgestimmt werden.

Der Vorsitzende: Das ist eine andere Konzeption. Wir können es auch umgekehrt machen, bevor wir jetzt lange diskutieren, weil es auch egal ist.

Dann rufe ich erst den Antrag Nr. 51 der Linken auf mit den entsprechenden Beträgen.
- Bei 5 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt kommt der Antrag der SPD, das ist die Nr. 50, diese etwas veränderte Konzeption.
- Bei 20 Zustimmungen mehrheitlich **angenommen**.

Antrag Nr. 52 (S. 173): Weiterführung des Jugendbegleiterprogramms (Die Linke)

Hier können wir gleich abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Bei 2 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 53 (S. 173): Erhöhung des Zuschusses für Online-Lizenzen des Stadtmedienzentrums (Die Linke)

Hier können wir ebenfalls gleich abstimmen. - Bei 10 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 54 (S. 173): Erhöhung der Zuschüsse an Privatschulen (Die Linke)

Wir können auch gleich abstimmen und ich bitte um das Kartenzeichen. - Bei 5 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Anträge Nrn. 55 – 56 (S. 173): Keine Erhöhung der Elternanteile für Schüler Mittagessen an Ganztagsgrundschulen (SPD, Die Linke)

Stadträtin Moser (SPD): Die Elternanteile für das Mittagessen an Ganztagsgrundschulen sollen ab dem Schuljahr 2017/18 auf 4 Euro und ab dem Schuljahr 2019/20 auf 4,10 Euro auf einer kalkulatorischen Basis von 3,50 bzw. 3,60 Euro erhöht werden. Die SPD setzt sich für Bildung ein. Dies darf beim Mittagessen nicht aufhören. Neben dem Bildungsangebot ist eine regelmäßige warme Mahlzeit für alle Schülerinnen und Schüler, die sich alle Eltern leisten können, wichtig. Diese Erhöhung bedeutet für viele Eltern, insbesondere für Geringverdiener, die knapp über dem Satz von ALG II sind und Alleinerziehende sowie Familien mit mehreren Kindern, eine erhebliche Belastung. Immer mehr Kinder wachsen in Elternhäuser auf, wie wir wissen, für die eine solche Belastung eine Härte darstellt. Bücher, Lernmaterialien, Ausgaben für die ScoolCard, Klassenausflüge, sonstige Schulveranstaltungen, die Liste ließe sich weiter vervollständigen, summieren sich für die Eltern schnell auf 50 bis 100 Euro zusätzlich für eine Familie mit zwei

Kindern. Eine pauschale Erhöhung der Entgelte für Mittagessen an den Schulen im Rahmen des Haushaltsstabilisierungsprozesses ist ein falsches Signal. Wir lehnen dies ab.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Meine Fraktion hat sich bei diesem Punkt schon im Vorfeld schwergetan, als wir in den Vorberatungen im Ausschuss waren und auch im Gemeinderat, weil es einfach unser Anspruch ist, wir haben das auch in mehreren Wahlprogrammen der CDU festgeschrieben, dass jedes Kind ein warmes und gesundes Mittagessen bekommen soll. Deswegen ist es uns nicht leichtgefallen, dass wir bei diesem Vorschlag im ersten Maßnahmenpaket mitgegangen sind. Zwischenzeitlich haben wir dazu unsere Meinung geändert. Das sage ich hier ganz offen und ehrlich. Wir gehen heute den Antrag der SPD mit und stimmen der Erhöhung des Beitrags für das Mittagessen nicht weiter zu. Wir wissen, dass es viele private Initiativen gibt in unserer Stadt, die zum Glück den Familien helfen, die schon jetzt das Mittagessen nicht bezahlen können, ich denke da an diese M13 oder auch an den Karlsruher Kindertisch. Wir haben jetzt auch wieder gehört, dass die Zahl der Kinder, die diese privaten Hilfen in Anspruch nehmen, weiter zunimmt. Deswegen wollen wir heute eben den Betrag nicht weiter erhöhen, sondern wollen beim bisherigen Elternbeitrag bleiben und bitten dafür auch für unsere Meinungsänderung um Verständnis. Es war ein Prozess, der sich in unserer Fraktion da auch vollzogen hat. Dazu stehen wir jetzt heute einfach.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich freue mich über diesen Sinneswandel. Wir GRÜNEN hatten die Erhöhung der Essensentgelte für die Schülerinnen und Schüler abgelehnt und sehen sowohl den Aspekt, dass es für die Eltern bezahlbar sein muss und gerade für Eltern mit mehreren Kindern einfach nicht finanzierbar ist, ein gesundes und nachhaltiges Verpflegungsangebot in den Schulen zu bekommen. Es gibt auch noch den pädagogischen Aspekt, denn das Mittagessen in der Ganztagschule ist ja nicht nur reine Nahrungsaufnahme, sondern ist auch ein Teil des pädagogischen Konzeptes, gehört auch mit dazu. Nicht umsonst bekommen auch die Kinder in den Kindergärten automatisch in den Beiträgen das Essen mit dabei. In der Ganztagsgrundschule wird Wert darauf gelegt, dass alle Kinder sich beteiligen, weil das Essen auch ein Gemeinschaftserlebnis ist, auch eine pädagogische Aufgabe in der Ganztagsgrundschule. Von daher freuen wir uns wirklich über den Sinneswandel und stimmen selbstverständlich auch dem SPD-Antrag zu. Wir haben schon das letzte Mal die Erhöhung abgelehnt.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Ich möchte hier noch ergänzen, weil sich hier CDU und GRÜNE auf den SPD-Antrag beziehen, dass hier zwei Anträge von SPD und Linke exakt die gleichen sind. Es sind also zwei Anträge. Ich meine, die können zusammen abgestimmt werden und auch ruhig benannt werden, dass hier wohl zu den beiden Anträgen gestimmt wird und nicht immer nur zu dem einen.

Ich freue mich übrigens, dass weitere Fraktionen im Rahmen der Debatte hier und nicht nur in der Vorberatung sich geeinigt haben, sondern dass es möglich war, eine Dynamik zu erreichen, dass auch noch in der laufenden Sitzung Veränderungen passieren. Das finde ich sehr gut.

Stadtrat Braun (KULT): Ich zitiere aus der Antragsbegründung: „Die SPD setzt sich seit jeher für Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ein“. Dieser Satz hat meine

Fraktion und mich doch verwundert. Immerhin stimmte die SPD im HSPKA doch noch für die Erhöhung. Bei der CDU dasselbe in schwarz. Aber ich will ihnen keinen Vorwurf machen, denn besser kommt die Einsicht spät als eben nie. Junge Familien sowie allein erziehende Mütter und Väter sind ohnehin an der finanziellen Belastungsgrenze. Wir müssen alles dafür tun, Eltern und ihre Kinder zu entlasten, statt sie zusätzlich zu belasten. Auch eine auf dem Papier gering wirkende Erhöhung wirkt sich für viele Betroffene enorm aus. Es geht heute darum, auch in finanziell schwierigen Zeiten ein Zeichen zu setzen, dass wir die Eltern nicht alleine lassen. Das falsche Signal geben wir, wenn wir selbst bei den Kleinsten und bei Familien sparen. Dieses Signal möchte meine Fraktion nicht senden. Wir sahen das auch im HSPKA schon so, mittelfristig muss das Ziel sein, die Elternanteile zu senken statt sie weiter zu erhöhen.

Der Vorsitzende: Das war die letzte Wortmeldung. Wir können beide Anträge gemeinsam abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Das ist eine Mehrheit, fast einstimmig **angenommen**.

Antrag Nr. 57 (S. 178): Radtouristik und Städtepartnerschaft Nancy (CDU, SPD)

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wir halten die Städtepartnerschaft gerade mit Nancy als die erste Partnerschaft unserer Stadt sehr hoch und beobachten natürlich, dass Veranstaltungen eines Karlsruher Radsportvereins sich in diese Richtung sehr positiv entwickelt haben. Vor allem der Begegnungscharakter hat sich in den letzten Jahren, soweit ich das überblicke, sehr positiv entwickelt. Ich meine auch, dass von Seiten der Stadtverwaltung von Nancy, aber auch von Seiten der aktiven französischen Radfahrerinnen und Radfahrer diese Veranstaltung immer mehr unterstützt wird. Ich lade die Verwaltung herzlich ein, diesen Kontakt aufzunehmen. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass auch die Verwaltung in Nancy dies hier weiter intensivieren will. Deshalb ist das, was jetzt hier von uns vorgeschlagen wird meines Erachtens nach genau das Richtige. Alle zwei Jahre, das ist der richtige Turnus. Wenn hier die Bedeutung vor allem auf die Begegnung gelegt wird und weniger auf den Radsport, dann ist das eine ganz tolle Sache.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. - Mehrheitliche **Zustimmung**. Ich würde mich freuen, wenn da nicht nur die Radfreunde, sondern auch der Gemeinderat die Einladung nach Nancy annehmen würde und wir eine angemessene Zahl von Vertreterinnen und Vertretern zusammen bekommen, statt die Fahrten immer wieder absagen zu müssen.

Antrag Nr. 58 (S. 178): Fortführung der Förderung der Kindersportschulen (Die Linke)

Da wird gleich um Abstimmung begehrt. – 17 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 59 (S. 178): Fortführung des Zuschusses für „Kinder in Bewegung“ (Die Linke)

Da können wir auch gleich abstimmen. – 2 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 60 (S. 178): Erhöhung des Zuschusses für das präventive Gesundheitsprojekt „in Schwung“ (Die Linke)

Hier können wir gleich abstimmen. – 20 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Anträge Nrn. 61 und 62 (S. 178): Erhöhung des Zuschusses für das Projekt „Kooperation Schule-Verein“ (GRÜNE, Die Linke)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir haben den Zuschuss für die Kindersportschule abgelehnt, weil uns wichtiger ist, dass wir die Kooperation Schule-Verein wieder auf die 150.000 Euro zurückführen. Dieses Angebot ist ja um 20.000 Euro gekürzt worden. Für uns ist es sehr wichtig, da ja gerade auch Kinder durch diese Kooperation Schule-Sportverein zum Zug kommen, die sonst keinen Zugang haben zu Sportvereinen. Die könnten auch dadurch motiviert werden, in einem Sportverein Mitglied zu werden und dann dort auch aktiv Sport zu treiben. Wir erreichen mehr in der Breite mit diesem Angebot, denn das Angebot der Kindersportschulen ist zwar eine tolle Sache, aber hier melden die Eltern aktiv ihre Kinder an und finanzieren den Beitrag für das Sportangebot. Das ist ein additiver Zuschuss der Stadt, während das andere Angebot eines ist, von dem die Kinder ohne jegliche Gebühr profitieren und damit eine größere Breitenwirkung für alle Kinder erreicht werden kann. Deshalb bitten wir darum, dass dieses wunderbare Projekt Kooperation Schule-Sport, mit dem man sehr viele Kinder erreichen und motivieren kann, auch in den Sportvereinen aktiv zu werden, dass wir diese Erhöhung wieder auf 150.000 Euro anheben und können damit einen guten Beitrag in den nächsten zwei Jahren leisten.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich kann den GRÜNEN grundsätzlich immer zustimmen, wenn es über die sportmotorische Entwicklung heutzutage geht. Denn hier haben wir wirklich enorme Defizite und müssen hier auch nachsteuern. Genau aus diesem Grund haben wir nämlich auch dieses Projekt Schule und Verein schon seit langem eingeführt. Es läuft auch hervorragend. Aber man muss auch die Fakten sehen und kann nicht unbedingt immer dann Äpfel mit Birnen vergleichen. Das Projekt geht hervorragend, aber dieses Problem der motorischen Dysbalance unserer Kinder können wir hiermit nicht lösen, sondern wir müssen da ganz andere Schritte einleiten und müssen ganz andere Sachen eben versuchen hinzubekommen. Das Wichtigste wäre eine Monetisierung für die Vereine, dass wir hier endlich mal weiterkommen, und dass dort entsprechend auch mal Mittel zur Verfügung gestellt werden können, dass nämlich die Vereine, sowohl schulisch als auch außerschulisch, dann entsprechend ausgerüstet sind und dort vielleicht dann ihre Aufgabe noch besser ausführen können wie sie es bisher gemacht haben.

Wer sich übrigens schon mal in der Auswahlkommission dieses Projekts Schule-Verein mit den Angeboten beschäftigt hat, der weiß auch, dass mit dem Ansatz von 100.000, den wir übrigens schon seit längerem haben, alle qualitativ guten Angebote auch absolut durchführen können. Wir nehmen uns da immer sehr viel Zeit, diese Angebote auch entsprechend auszuwählen. Wir gehen genau danach, dass alle Schulen berücksichtigt werden, dass alle Vereine berücksichtigt werden, die wirklich gute Angebote zur Verfü-

gung stellen, dass das auch gemacht werden kann. Diejenigen, die dann nicht zum Zuge kommen, sind auch nicht die richtigen Projekte, die da gestellt werden, teilweise sind es Doppelbezuschussungen. Hier sind wir auf jeden Fall auf dem richtigen Weg.

Diese Reduzierung, die wir im Übrigen ja nur um 30.000 reduzieren nicht zurück auf die 100.000, wie wir mal gesagt haben, sondern auf die 120.000, um genau das, was auch die GRÜNE auch in ihrer Antragstellung fordern, dass wir im Bereich Ganzttag verstärkt reingehen, diese 20.000 Euro haben wir extra drin gelassen, dass wir den Ganzttag dort entsprechend fördern können. Wir haben alle Projekte, die im Ganzttag dieses Jahr angeboten wurden, auch nehmen können. Alle anderen Projekte waren überhaupt nicht für den Ganzttag vorgesehen. Von daher gibt es auch gar kein Angebot für noch mehr Ganzttag. Wenn wir dies mal sehen sollten, kann man da auch nachsteuern, aber hier müssen wir diesen Antrag definitiv ablehnen, weil es überhaupt keine Nachfrage in dem Bereich gibt. Das haben uns die Angebote erst mal gezeigt. Wir dürfen auch nicht den Fehler machen, dass wir die Vereine und die Schulen überfordern indem wir sagen, ihr müsst hier immer mehr Aufgaben übernehmen, die sie teilweise personell überhaupt nicht mehr leisten können. Von daher finden wir dieses Angebot absolut hervorragend. Es stimmt auch nicht, was Frau Rastätter gemeint hat, dass wir das Angebot nicht gut finden. Alle finden dieses Angebot gut. Es geht nur um eine Höhe. Wir hatten das etwas höher gesetzt, haben aber dann auch dieses Jahr schon gemerkt, dass wir den Bedarf auch leicht reduzieren können. Deswegen stimmen wir dieser Reduzierung von 30.000 Euro auch zu. Der Ganzttag ist weiterhin mit 20.000 Euro zusätzlich abgedeckt.

Stadträtin Uysal (SPD): Ich kann die Worte von Herrn Detlef Hofmann unterstreichen. Auch wir finden diese Kooperation natürlich sehr wichtig mit den Sportvereinen, weil sie eben eine wichtige Rolle übernehmen in der Nachmittagsbetreuung. Allerdings werden wir diesen beiden Anträgen so nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir gleich zur Abstimmung. Der weitergehende Antrag ist der der Linken, die 30.000 Euro mehr begehren. Ich bitte da um das Kartenzeichen. – 2 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt kommt der Antrag 61 der GRÜNEN mit 20.000 Euro zusätzlich pro Jahr. – 12 Zustimmungen, damit auch mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 63 (S. 178): Fortführung der 0,5-Personalstelle für den Bereich „Sport auf der Straße“ (Die Linke)

Hier können wir gleich abstimmen und bitte um das Handzeichen. – 11 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir verlassen damit den Teilhaushalt 4000 Schulen und Sport und kommen in den **Teilhaushalt 4100 Kultur** und setzen die Beratung fort.

Antrag Nr. 64 (S. 195): Keine Gebührenerhöhung bei den Leistungen des Stadtarchivs (Die Linke)

Es gibt den Wunsch, gleich abzustimmen. Dann können wir das tun. – 15 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 65 (S. 195): Keine Reduzierung der Aufwendungen für Digitalisierung und Restaurierung im Stadtarchiv (KULT)

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Auch bei diesem Antrag handelt es sich um eine Haushaltsstabilisierungsmaßnahme, allerdings keine Haushaltsstabilisierungsmaßnahme über die der Gemeinderat schon mal abgestimmt hatte. Es war damals im Frühjahr d. J. so, dass es aus dem Paket des Gemeinderats herausgenommen wurde in das Paket der laufenden Verwaltung, so dass wir von der politischen Seite darüber noch nicht entscheiden konnten. Wir von der KULT und unsere Freunde von der SPD hatten trotzdem der Stadtverwaltung signalisiert, dass wir diese Kürzung nicht mittragen wollen, sondern dass wir hier die Kernaufgabe des Stadtarchivs berührt sehen. Es geht hier darum, dass historisches Wissen bewahrt wird und auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird. Es geht darum, dass das Stadtarchiv weiter im bisherigen Umfang die Akten restauriert und digitalisieren kann. Das hat einen sehr starken Bezug zu unserer Stadtgeschichte und zu unserer Heimatgeschichte.

Momentan ist es so, es wird bei den Akten eine sehr starke Priorisierung und Selektion vorgenommen, was tatsächlich restauriert und digitalisiert wird. Zehntausende Akten werden für Jahre und Jahrzehnte zurückgestellt, weil das aktuell für nicht wichtig genug angesehen wird und einfach die Mittel dazu auch nicht da sind. Aber gerade vor diesem Hintergrund wollen wir hier eben nicht diese Kürzung jetzt auch noch vornehmen, sondern die Mittel auf dem bisherigen Stand belassen. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir diese sehr kleine und bescheidene Korrektur bei den Kürzungen innerhalb der Stadtverwaltung vornehmen. Das ist auch nur ein sehr kleiner Bruchteil dessen, was im Stadtarchiv gekürzt wird. Im Stadtarchiv wird eh überproportional gekürzt. Ich möchte hier doch zumindest, dass die Kernaufgabe des Stadtarchivs nicht so dermaßen angegriffen wird und möchte Sie daher wiederholt darum bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Es ist zutreffend, wie eben ausgeführt wurde, dass das Stadtarchiv bereits überdurchschnittlich zur Haushaltskonsolidierung beiträgt. Dafür sind wir sehr dankbar. Jetzt liegt der Vorschlag vor, bei der Digitalisierung und Restaurierung noch einmal zu kürzen. Wir als CDU-Fraktion müssen davon ausgehen, dass dieser Vorschlag der Verwaltung fachlich geprüft ist, und dass das Stadtarchiv weiterhin seinen Pflichtaufgaben ohne Einschränkung nachkommen kann. Insofern ist die Formulierung, dass die Kernaufgaben des Stadtarchivs - wie eben ausgeführt - berührt oder beeinträchtigt sind, für uns nicht zutreffend. Wir möchten bei der Kürzung bleiben.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich kann dem Kollegen Wohlfeil zustimmen. Die SPD unterstützt den Antrag der KULT-Fraktion. Die Digitalisierung und Restaurierung im Stadtarchiv ist schon ziemlich weit fortgeschritten. Wer sich mal die Zwischenbilanz angesehen hat, wir bekommen immer wieder im Kulturausschuss den Stand der Digitalisierung

vorgestellt, hier darf kein Stillstand eintreten. Wir müssen da am Ball bleiben. Es ist in der Tat so, dass diese seltenen Dokumente im Laufe der Jahre nicht besser werden. Im Gegenteil, sie werden schlechter. Wir dürfen hier nicht sparen. Wir müssen das Geld investieren. Aus diesem Grund unterstützen wir diesen Antrag und stimmen dem zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Das Stadtarchiv ist nicht nur wichtig, es ändert sich zurzeit total mit dieser Digitalisierung. Wir finden das absolut notwendig für die Entwicklung und stimmen deshalb zu.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. – 29 Zustimmungen, damit ist die die **Mehrheit** für den Antrag.

Antrag Nr. 66 (S. 198): Erhöhung der Zuschüsse für sonstige Kulturinstitutionen im Theaterbereich (Die Linke)

Stadträtin Zürn (Die Linke): Herr Oberbürgermeister, wie viele Minuten haben wir noch?

(Der Vorsitzende: Noch 9 Minuten.)

Ich werde trotzdem die Maßnahmen im kulturellen Bereich, von den kleinen Initiativen, den kleinen soziokulturellen Zentren über ZKM bis hin zu den Streichung von Zuschüssen für Staatstheater und andere Bühnen und kulturelle Einrichtungen, von uns aus zusammen begründen, weil es bei uns jetzt auch wieder so ist, wie auch schon im sozialen Bereich, dass wir gesagt haben, wir wollen hier absichtlich nicht versuchen, die kleinen und die großen Einrichtungen irgendwie in Konkurrenz zueinander zu bringen. Wir wollen auch nicht, dass bei den einen, bei den Großen meinetwegen gekürzt wird, um die Kleinen irgendwie zu erhalten, weil wir das kulturelle Angebot in Karlsruhe insgesamt, so wie es ist, fördern wollen, eher noch mehr als weniger. Deswegen möchten wir, dass diese Zuschüsse, die gestrichen worden sind in verschiedener Höhe, zurückgenommen werden. Wir möchten die Förderung so behalten. Wir sind der Meinung, dass unsere großen Einrichtungen und großen Bühnen nicht übermäßig viel Geld ausgeben. Die haben sehr interessante Angebote. Da sind unglaublich interessante Entwicklungen, die wollen wir unterstützen, die sollten wir alle unterstützen. Wenn wir jetzt hier kürzen, dann geht noch manches den Bach runter oder für manches geht die Kraft aus, was eigentlich für Karlsruhe eine wichtige kulturelle Arbeit ist.

Ein bisschen mehr eingehen möchte ich auf die kleinen sozio-kulturellen Einrichtungen, wo die meiste Arbeit ehrenamtlich geleistet wird. Da ist es so, wenn die kleinen kommunalen Förderungen wegfallen, die Ehrenamtlichen auch noch ohne diese geringe Unterstützung dastehen und vieles aus eigener Tasche bezahlen müssen, wenn es z. B. um Fahrtkosten oder Telefonkosten geht. Das ist im kulturellen Bereich natürlich, wenn man Absprachen trifft, immer der Fall. Dann würden auch solche Freiwilligen und Ehrenamtlichen im kulturellen Bereich übermäßig belastet. Das weiß ich, weil ich das Kulturhaus Mikado in der Nordstadt sehr gut kenne und weiß, dass die Ehrenamtlichen dort nicht zusätzlich noch Geld reinstecken können in ihre kulturelle Arbeit. Ich würde Sie also darum bitten, dass wir auch mit Rücksicht auf die Ehrenamtlichen und mit

Rücksicht auf die wirklich sehr gute Arbeit, die unsere Kultureinrichtungen in der Stadt machen, dass wir gemeinsam davon absehen, hier Streichungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende: Wir nähern uns ja der Abendpause. Mir wäre recht, wenn wir gucken, dass wir das noch irgendwie hinkriegen und bitte um etwas mehr Ruhe

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Die Kollegin Zürn hat jetzt gleich zu mehreren Anträgen gesprochen aus Anlass des Antrages Nr. 66. Insofern will ich in gleicher Weise antworten, weil der Antrag 66 in der Tat Grundsätzliches berührt. Er zielt nämlich im Kern darauf, dass der Beschluss vom 26. April aufgehoben wird. Wir kürzen, ich will es noch mal in aller Deutlichkeit sagen, bei der institutionellen Förderung etwa um 3,6 %, haben hier eine sehr gut ausbalancierte, sehr feinjustierte Lösung gefunden, haben Kosten, die nicht beeinflusst werden können, etwa Mieten rausgerechnet usw. Das ist Ihnen allen hier bekannt im Haus. Bei den Festivals haben wir Festivals zeitlich gestreckt oder welche zusammengelegt. Mit diesen beiden Maßnahmen, also die Einsparungen bei den Festivals und die Kürzungen bei der institutionellen Förderung, erreichen wir, dass die Einsparvorgabe, die wir selbst beschlossen haben, im Kulturbereich weitestgehend erfüllt wird. Darüber sind wir als CDU-Fraktion froh. Das gelingt uns. Die Antragsteller versuchen genau den gegenteiligen Eindruck zu vermitteln. Das gelingt uns, das war die Zielsetzung, ohne Strukturen im Kulturbereich zu zerstören. Es geht eben nicht, um eine Formulierung von Ihnen, Frau Zürn, aufzugreifen, den Bach runter durch diese Kürzungen. Deswegen werden wir dieses Paket an dieser Stelle nicht wieder aufschnüren. Wir lehnen den Antrag ab und bleiben bei dem Beschluss vom 26. April.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich schließe mich dem Kollegen Käuflein nahtlos an. Auch wir bleiben bei unserem Beschluss vom 26. April 2016. Frau Kollegin Zürn, ich stelle fest, die Initiative „Sparks euch“ hat bei Ihnen sehr erfolgreich gewirkt und gearbeitet. Es ist doch so. Wir haben viele Gespräche geführt mit den einzelnen Kulturinstitutionen. Es ist schmerzhaft. Es tut weh. Das wissen wir alle. Es unterstützt keiner gerne diese Kürzungen im Kulturbereich. Aber die Gespräche, die wir mit den einzelnen Kulturinitiativen und mit den einzelnen Kulturinstitutionen geführt haben, die Sie sicherlich auch geführt haben, haben uns letztlich doch irgendwo befriedigt, indem wir den Eindruck hatten, sie können damit leben, schweren Herzens und gehen diese Sparmaßnahme mit. Ich sehe aus diesem Grunde auch keine Veranlassung, zu dem Beschluss vom April diesen Jahres nicht zu stehen. Wie Kollege Käuflein sagt, Sie machen da ein ganzes Paket auf und wollen diese ganzen Kürzungen wieder zurücknehmen. Das geht meine Fraktion nicht mit. Wir bleiben bei unserem Entschluss.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Auch ich beziehe mich in meiner Rede auf die folgenden Anträge der Linken. Sie haben ja zahlreiche Anträge gestellt, die im April beschlossenen Kürzungen und Gebührenerhöhungen rückgängig zu machen. Wir sehen darin eine Verweigerung Verantwortung dafür zu übernehmen, dass der Haushalt sich wieder stabilisiert. Diese Sicht teilen wir nicht. Auch uns schmerzen die Kürzungen im Kulturbereich. Aber wir sehen die Kürzungen wie auch die Gebührenerhöhungen als unerlässlich an, um auch in Zukunft gestalten zu können. Gestalten bedeutet für uns auch, heute und in Zukunft auch mal dort Zuschüsse zu erhöhen oder etwas gerade zu rücken, wo neue Entwicklungen sich auftun. Das spiegelt sich in unseren Anträgen zur Kinemathek und Kindermalwerkstatt wieder. Gleichzeitig sind die jetzt vorliegenden Zuweisungen

für die Kulturinstitutionen soweit ausreichend, dass, wie schon mehrfach gesagt, auch keine Strukturen zerstört werden und vor allen Dingen auch die kulturelle Vielfalt bewahrt bleibt. Nachdem die Mieten aus den prozentualen Kürzungen herausgenommen wurden, sind die Konsolidierungsmaßnahmen für die Kultureinrichtungen verkraftbar.

Die meisten Rückmeldungen aus dem Kulturbereich gehen in diese Richtung und zeugen von echter Solidarität. Wenn es der Stadt nicht gut geht, so wurde uns gesagt, dann ist es in Ordnung, einen Beitrag zu leisten, damit die Lage zukünftig besser wird. Wir haben die Rückmeldung erhalten, wir, die Kultureinrichtungen, akzeptieren die Kürzung, wir schließen uns nicht den polemischen Sparts-euch-Auftritten an. Das ist für uns ein sehr partnerschaftliches Verhalten der Kultureinrichtungen. Wir sind für diese Haltung dankbar.

Die meisten Anträge der Linken werden wir daher ablehnen, gerade auch, damit in Zukunft die kulturelle Vielfalt und die Strukturen erhalten bleiben und wir dennoch gestalten können.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Kollegin Zürn, ich zitiere Ihren Gruppierungskollegen, Herrn Fostiropoulos, der hier schon mehrfach gesagt hat, die Stadt darf nicht nach Kasenslage kürzen, sondern sie soll Schwerpunkte setzen. Dann benutzte er noch das etwas schiefe Bild, man dürfe nicht mit der Gießkanne kürzen, mal ganz abgesehen davon, dass man mit dem Rasenmäher kürzt. Was Sie tun ist, Sie gießen mit der Gießkanne aus. Sie wollen gerade wieder alles rückgängig machen, so wie es vorher war. Der Vorwurf an uns geht 1:1 gerade wieder so zurück.

Das Zweite ist, ich hatte vorhin mal das Wort Politikverdrossenheit benutzt, nicht als Erster, sondern als Zweiter hier im Saal. Ein weiterer Punkt für Politikverdrossenheit ist, wenn Gruppierungen in der Öffentlichkeit ein falsches Bild zeichnen. Dieses Kaputtsparen, das Sie und Ihre Anhänger von „Sparts euch“ nach außen getragen haben, stimmt hinten und vorne nicht. Das muss deutlich gesagt werden. Wenn Sie immer nur über die freien Kulturträger sprechen, dass die tatsächlich jetzt in eine harte Solidarität mit der Stadt gehen, aber die größte Solidarität zeigt die Kulturverwaltung selbst, denn dort im eigentlichen Handeln wird am meisten gespart. Das ist eine Sache, die unserer Fraktion zum Beispiel einen massiven Respekt abfordert, dass gerade die Kultur selbst mit ihren Einrichtungen wie Städtische Galerie, dass die am allermeisten einsparen.

Dritter Punkt, der an dieser Stelle einfach mal gesagt werden muss. Wenn man Verantwortung übernimmt, heißt es auch, sich zu informieren. Es gab eine tolle Gelegenheit sich zu informieren - das Bürgerforum Finanzen. Ich habe Stadträtinnen und Stadträte von vielen Gruppierungen gesehen. Ich habe keine Stadträtin und keinen Stadtrat der Linken dort gesehen. Das finde ich verwunderlich.

Der vierte Punkt. Statt rumzukrakelen und Horrorszenarien aufzubauen ist es immer besser, mit allen zu reden. Nicht nur wir von KULT, sondern die breite Mehrheit des Gemeinderates würde sagen, wir haben die Gespräche mit allen Kultureinrichtungen geführt, sei es die ganz große Kultureinrichtung Staatstheater, sei es die kleinste Kultureinrichtung, die von uns einen Zuschuss bekommt. Wir spüren eine enorme Solidarität,

vor allen Dingen, nachdem wir viele Missverständnisse ausgeräumt haben, die aufgrund Ihrer Desinformation aufgetreten waren.

Stadtrat Høyem (FDP): Wenn man sein ganzes langes Leben als Beruf Bildung und Kultur gehabt hat, dann ist es wirklich schwierig in den letzten Monaten zu akzeptieren, wie pauschal gesagt wurde, wir sparen alles kaputt. Das ist eine Lüge. Wir hatten einen engen Dialog mit dem Staatstheater, aber auch mit den Kulturinstitutionen generell, wirklich konstruktiv gearbeitet. Frau Zürn, ich muss sagen, was auch Herr Dr. Fischer gesagt hat, was Sie zusammen mit „Spats euch“ gemacht haben, ist mehr Politikverdrossenheit, als ich früher erlebt habe.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Mit Verlaub, liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Punkt 144 werden hier mit absoluter Mehrheit die ersten 5 Millionen zur Verfügung gestellt für ein neues Prestigeprojekt für den kommerziellen Fußball. Sie haben nichts gelernt aus Ihrer eigenen Geschichte. Die Neue Messe haben Sie vergeigt. Deswegen haben wir jährlich eine 13-Millionen-Belastung, die Kosten bei der U-Strab haben sich verdoppelt, für die Stadt Karlsruhe verfünffacht. Die Konsolidierung wird nicht nach vier Jahren aufhören, sondern sie wird immer schärfer werden, weil die Belastung hoch ist. Gleichzeitig wollen Sie heute bei der Kultur kürzen und die ersten 5 Millionen für den Profifußball ausgeben. Sie wissen ganz genau, der wird uns dieses Geld nicht zurückbezahlen. Wir werden den Haushalt wieder belasten. Diese ganzen Krokodilstränen, die hier geweint werden, nur damit Sie hier nachher sauber rauskommen, indem Sie erneut wieder ein Prestigeprojekt finanzieren, dass die Stadt wieder belasten wird, ist ein ziemlich dickes Ei, was Sie hier alle kochen. Sie sind nicht bereit zu lernen aus Ihren eigenen Fehlern. Das tut mir Leid. Es ist falsch, in der Kultur zu kürzen, um fehlerhafte und Prestigeprojekte zu finanzieren.

Der Vorsitzende: Ich weise nur darauf hin, dass wir auch sehr viel Geld in Kultureinrichtungen wie etwa das Staatstheater in den nächsten Jahrzehnten stecken werden.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Es ist der Antrag Nr. 66 der Linken. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Bei 2 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 67 (S. 198): Erhöhung des Zuschusses für das Sandkorn-Theater (Die Linke)

- 2 Zustimmungen, der Rest ist Ablehnung, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 68 (S. 198): Erhöhung des Zuschusses für das Festival Premières des Badischen Staatstheaters (Die Linke)

Da möchte ich noch auf die Veränderungsliste hinweisen. Da sind 20.000 Euro eingestellt und gesperrt. Wenn es gelingt, hier den Rest über Drittmittel hineinzubekommen, dann würde die Entsperrung stattfinden. Nur als Erläuterung.

Wir kommen zur Abstimmung. - Zwei stimmen zu, der Rest **dagegen**.

Antrag Nr. 69 (S. 198): Pauschale Einsparungen beim Theater um 5 % (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wie viel Zeit haben wir noch bitte?

(Der Vorsitzende: 3 Minuten.)

Also jetzt kommt der Kontrastvorschlag zu dem eben Gehörten. Ich muss ganz ehrlich sagen, meine Wahrnehmung ist eine andere. Meine Wahrnehmung ist, dass die Initiative „Spars euch“ hier durchaus erfolgreich war. Die Initiative „Spars euch“ hat es geschafft, dass die Streichungen, die im Sozialbereich 9 % betragen haben - -

(Zurufe)

Im großen Bereich, im Sozialbereich, haben die Streichungen 9 % betragen. Darf ich bitte ausreden, ich habe eh kaum noch Zeit. Insbesondere beim Theater sieht es so aus, dass die Kürzungen, die im anderen Bereich 9 % betragen, aufgrund von etlichen neu erfundenen Tricks und Kniffen auf 2 % eingeschränkt wurden. Ist das fair? Ich bin sowohl im Sozial- als auch im Kulturausschuss. Ich muss sagen, ich sehe da eine Ungleichbehandlung. Das Badische Staatstheater fährt sehr gut mit diesen 2 %. Wir sind der Meinung, es ist nicht vertretbar im Vergleich zu den restlichen Bereichen der Stadt, die deutlich mehr einsparen. Deswegen sagen wir, 7 % sind immer noch deutlich besser als 9 %. Also fordern wir 5 % zusätzlich zu den bisherigen 2 %, d. h. wir sind dann bei 7 %. Dann ist der Theaterbereich immer noch deutlich besser bedient als viele andere städtische Bereiche. Es geht hier um einen Haufen Geld. Wenn man weiß, dass es hier um jährlich mehr als 25 Millionen geht, dann reden wir selbst bei 5 %, bei dem, was wir hier beantragen über 4 Jahre, von 5 Millionen, die wir einsparen. Das nur, um eine gewisse Fairness innerhalb der verschiedenen städtischen Ressorts wieder herzustellen, die u. a. auch durch Druck der Initiative „Spars euch“ offensichtlich verlorengegangen ist.

Der Vorsitzende: Ich will noch mal klarstellen, 9 % war über alles. So haben wir die entsprechenden Sparbeiträge bis 2022 ausgerechnet. Im Kulturbereich gab es erhebliche Reduzierungen von Programmen. Der Rest wurde dann auf die Einrichtungen so angewendet, wie es eben auch dargestellt wurde mit 3,6 % durchschnittlich. Im Bereich des Sozialen ist es mal mit 9 % diskutiert worden, weil es keine ganzen Programmstreichungen gab und es ist dann aber auch, und zwar schon vor den Aktionen von „Spars euch“, über eine interfraktionelle sehr intensive Arbeit zusammen mit der Fachverwaltung zu Kürzungen gekommen, zum Teil so zwischen 4,5 und 7 %, manche auch gar nicht. Sie haben da jetzt eine sehr große Differenziertheit dargestellt, die über die Veränderungsliste jetzt schon Grundlage des Haushaltsentwurfs, wie er heute vorliegt, geworden ist.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Eine kurze Nachfrage. Wir hatten gefragt, wie auf die erste Veränderungsliste wieder ein Zuschlag von 228.000 für 2017 draufkommt. Wir haben eine offizielle Stellungnahme erbeten. Diese war relativ nichtssagend, so dass ich Sie bitten würde, dies zu erklären, dass ich es einfach verstehe, wie das kommt. Es ist überhaupt nicht deutlich geworden. Da wird irgendwie kryptisch erklärt, was keiner nachvollziehen kann.

Der Vorsitzende: Ich kann Ihnen die genaue Summe jetzt nicht sagen. Was neu ist, ist zum einen, dass es eine absehbare Mehrheit dafür gab, in den ersten zwei Jahren 190.000 Euro, die man aus dem anderen künstlerischen Programm vor einigen Jahren abgezweigt hat, um das junge Staatstheater zu gründen, als vorgezogene Einsparung akzeptiert hat, und um diesen Betrag den Einsparbeitrag der nächsten zwei Jahre jeweils reduziert hat, und dass wir bestimmte Themen, die gar nicht in der Regie des Theaters liegen, es gibt einen Anteil, der wird im Grunde mit Vermögen und Bau verrechnet für die Bauunterhaltung - ich weiß nicht, ob das der richtige Begriff ist -, was mit dem Gebäude zu tun hat, die gar nicht in der Regie des Staatstheaters liegen, aber über diesen Haushalt abgerechnet werden. Die haben wir da auch rausgenommen, weil die letztlich, ähnlich wie die Mieten bei anderen freien Trägern, nicht sozusagen dem Zugriff einer Einsparung ausgesetzt sind. Das weicht von dem ab, wie wir es im April miteinander beschlossen haben. Deswegen ist dieser Betrag jetzt so drin. Das ist eine der beiden Erklärungen oder die zusammen. Das kann ich Ihnen jetzt im Einzelnen nicht ausdifferenzieren.

Dann hätten wir jetzt die Diskussionsbeiträge abgeschlossen und sind immer noch beim Antrag Nr. 69 der AfD, bei den Theatern pauschal 5 % zu sparen, zusätzlich zu den 2 %. So habe ich das verstanden. Das wird von 2 Personen befürwortet, der Rest **lehnt es ab**.

Antrag Nr. 70 (S. 198): Erhöhung des institutionellen Zuschusses des Badischen Staatstheaters auf das bisherige Niveau (Die Linke)

Hier bitte ich um das Kartenzeichen. - 2 Zustimmungen, der Rest ist **Ablehnung**.

Antrag Nr. 71 (S. 198): Erhöhung der institutionellen Zuschüsse für sonstige Kulturinstitutionen im Bereich der Musikpflege (Die Linke)

Gleiches Bild. Bei 2 Befürwortern mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 72 (S. 198): Einrichtung eines Fördertopfes - Ausfall Gagen Seebühne (Die Linke)

Stadträtin Ernemann (SPD): Unser Antrag ist eigentlich mit der Antwort auf den Antrag der CDU 149 mehr oder weniger erledigt. Ich wollte nur kurz sagen, um was es ging. Die Musikvereine haben immer sehr gerne auf der Seebühne konzertiert und da ein paar Euro Einnahmen gehabt. Die sollten jetzt wegfallen. Die CDU hat dann unter 149 einen Antrag gestellt. Das neue Konzept, das uns da jetzt vorgestellt wurde zusammen mit dem Gartenbauamt, ermöglicht es in Zukunft, dass die Musikvereine dort wieder konzertieren dürfen und offensichtlich die Einnahmen, die ja nicht hoch sind, dann weiterhin wie bisher erhalten. Es ist ja nur ein Anerkennungshonorar, aber halt eine Möglichkeit, ein Forum für die Vereine, sich darzustellen, das weiterhin bestehen bleibt. Dafür vielen Dank. Damit hat sich unser **Antrag erledigt**.

Der Vorsitzende: Einen schaffen wir noch.

Anträge Nrn. 73 - 77 (S. 202): Kindermalwerkstatt Kind & Kunst e. V.: Einplanung von Transferaufwendungen (SPD, GRÜNE, KULT, FDP, Die Linke, GfK)

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Den Stellenwert der Kindermalwerkstatt wird hier im Plenum niemand in Frage stellen. Die Kindermalwerkstatt steht seit vielen Jahren für ein hochwertiges kunstpädagogisches Konzept für Kinder mit niedrigschwelligem Zugang. Durch ein ehrenamtliches Engagement über viele Jahre durch die Familie Weiß konnte dieses Angebot dargestellt werden. Es gab den Versuch, mit der Volkshochschule eine Kooperation hinzubekommen. Das hat leider nicht funktioniert. Wer letztendlich der Majolika die Chance gibt, dass sie ein zukunftsfähiges Konzept auf den Weg bringt, was wir in einer der letzten Gemeinderatssitzungen getan haben, sollte auch der Kindermalwerkstatt eine Chance geben. Nichtsdestotrotz verlangt es aber auch von der Kindermalwerkstatt, aber auch von vielen anderen Institutionen, zukünftig ein hohes Maß an Eigenengagement, um diese wertvolle Arbeit weiter aufrecht zu erhalten. Es kann letztendlich nicht alles von Seiten der Kommune aufgrund der Haushaltssituation kompensiert werden.

Von daher auch unser Vorschlag, dass zunächst 30.000 Euro für das kommende Jahr eingestellt werden, und dann dieser Betrag sukzessive reduziert wird in der Hoffnung, dass die Kindermalwerkstatt, die Menschen, die sich dort im Sinne der Kunstpädagogik engagieren, Möglichkeiten finden über Sponsoren, über parallele Finanzierungsstrukturen, dieses Delta, diesen Unterschied, aufzufangen. Die Kindermalwerkstatt braucht unsere Unterstützung. Die Kindermalwerkstatt braucht eine Zukunft. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, unseren Antrag mit zu unterstützen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Die Kindermalwerkstatt erfreut sich sehr großer Beliebtheit. Wir sehen auch an der großen Zahl an Anträgen, die hier jetzt eingebracht wurden, dass der Gemeinderat - mal sehen, was der Kollege Käuflein da noch sagen wird -, auch wirklich der Meinung ist, dass die Kindermalwerkstatt auch jetzt diese Unterstützung bekommt, die sie braucht, um auch weiter in unserer Stadt ihr wirklich sehr wertgeschätztes, hochqualifiziertes kunstpädagogisches Angebot weiter zu betreiben. Die Kindermalwerkstatt gibt es seit vielen Jahren. Sie gibt sie seit 1992, also schon weit über zwei Jahrzehnte und wurde sehr viele Jahre lang durch ehrenamtliches Engagement getragen. Sie ist im Charakter eben keine institutionelle Einrichtung wie z. B. die JUKS, sondern eine mit niedrigschwelligem Angebot. Sie steht vor allem offen für Eltern, die nicht viel Geld haben für ihre Kinder, aber für ihre Kinder ein Angebot wünschen. Es ist informeller als dieses reine Kurssystem mit festen Kursgebühren. Damit hat sie ein kunstpädagogisches Angebot, das wirklich auch Zulauf hat aus der ganzen Stadt. Die Kindermalwerkstatt muss eine hohe Miete bezahlen. Sie muss über diese relativ kleinen Beiträge dieses Angebot auch ausgestalten. Jetzt ist noch dazugekommen, dass sie auch sehr viele Kooperationen mit Schulen macht, z. B. auch mit VKL-Klassen, also mit Kindern, die sonst überhaupt keinen Zugang haben zu künstlerischen Angeboten. Es werden Ausstellungen organisiert, also eine sehr große Bandbreite auch an Veranstaltungen. Die Kindermalwerkstatt wird, wenn man sie beibehalten möchte, nicht auf Dauer ohne Zuschüsse existieren können und wird sich auch nicht, weil Sie sagen degressive Bezuschussung, zukünftig rein über Beiträge und über Sponsoren finanzieren können. Deshalb ist eine Entscheidung, die wir heute treffen, auch eine, ob wir diese

Kindermalwerkstatt für so bedeutsam in unserem gesamten kulturellen Tableau halten, dass wir diese auch erhalten wollen.

Die 40.000 Euro, die jetzt die Antragsteller hier eingebracht haben, ergeben sich daraus, dass für die Kindermalwerkstatt die Gefahr bestand, nicht mehr existieren zu können, weil das große ehrenamtliche Engagement aus verschiedenen Gründen nicht mehr in vollem Umfang eingebracht werden konnte, durch diese Kooperation die JUKS und die Volkshochschule 40.000 Euro bekommen haben und bei der Trennung, Sie haben gesagt, Kollege Fechter, leider, es war auch klar, die unterschiedlichen Kulturen waren so nicht wirklich nicht dauerhaft vereinbar, dass diese 40.000 Euro dann entfallen sind. Daraus ergibt sich dieser Betrag von 40.000 Euro, die jetzt notwendig sind, um das kulturelle Angebot in seiner Breite und Vielfalt für die Kinder in unserer Stadt zu erbringen. Es wird sich dann im nächsten Doppelhaushalt zeigen, denn klar ist die Ansage, es müssen mehr Sponsoren und Unterstützer gefunden werden. Wir sollten jetzt auch mal starten und erst mal der Kindermalwerkstatt diese Chance geben. Deshalb plädieren wir schon dafür, dass die 40.000 Euro eingestellt werden und hoffen, dass Sie doch noch auf uns zubewegen können, vor allem auch die CDU. Vielen Dank auch für alle anderen Anträge.

Stadtrat Høyem (FDP): Frau Rastätter hat die ganze Geschichte erzählt und auch das pädagogische Angebot. Herr Fechter hat die pädagogischen Angebote deutlich beschrieben. Das alles brauche ich nicht zu wiederholen. Wir wollen die Kindermalwerkstatt für die Zukunft erhalten. Jetzt geht es nur darum, ob die SPD mehr geben wollen oder wir ein bisschen weniger.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Wir haben das Thema Kindermalwerkstatt in der Fraktion ausführlich behandelt, ausführlich diskutiert. Die Entscheidung ist uns tatsächlich nicht leicht gefallen, denn der Hochschätzung der Kindermalwerkstatt, die hier zum Ausdruck kam, kann in keiner Weise widersprochen werden. Wir haben uns allerdings die Frage gestellt, ob die Förderung einer privaten Kindermalwerkstatt eine genuin städtische Aufgabe ist, eine genuin städtische Aufgabe auch vor dem Hintergrund, dass wir bei aller Verschiedenheit mit der JUKS bei der VHS eine vergleichbare Einrichtung haben. Zweitens befinden wir uns in der Phase einer Haushaltskonsolidierung. Wir kürzen und sparen überall. Da möchten wir an dieser Stelle einfach nicht mitgehen, wenn wir eine neue dauerhafte Förderung einer privaten Einrichtung aufmachen. Dafür bitten wir um Ihr Verständnis.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich will jetzt gar nicht versuchen, die CDU zu überzeugen dem zuzustimmen, sondern ich versuche einen Vorschlag zu machen, der den Ansprüchen der SPD, die ja den geringeren Beitrag vorgeschlagen hat, um den Ansprüchen der Kindermalwerkstatt, der sich in dem Antrag der GRÜNEN oder dem Antrag von KULT ausdrückt, gerecht zu werden. Ich verstehe Ihren Ansatz, dass Sie sagen, es kann nicht auf Dauer so garantiert sein. Es ist überhaupt ein Punkt, den man generell fördern sollte, den Gedanken bei Kultureinrichtungen, bemüht euch auch um andere Geldquellen. Von daher gesehen verstehe ich diese Dynamisierung. Jetzt haben Sie, Herr Kollege Fechter, das Beispiel Majolika gebracht. Denen haben wir aber ungekürzt erst mal ihren Vorschlag erfüllt, den sie haben wollten, obwohl es da schon Zweifel gab, ob die dem

nachkommen können. Bei der Kindermalwerkstatt haben wir, ehrlich gesagt, keinen Zweifel, dass sie ihren Job machen werden.

Jetzt hätte ich folgenden nicht abgesprochenen Vorschlag: Sie alle kennen doch das Wölfler. Das Wölfler kriegt mehr Geld, wenn sie den gleichen Beitrag für ihr Bad von privaten Geldgebern bekommen. Wie wäre es, wir geben 30.000 Euro/20.000 Euro, wie der SPD-Antrag ist, fest für die nächsten zwei Jahre, und wir geben 2017 10.000 Euro auf 40.000 Euro mehr. Jeden Euro müssen sie aber wieder gegenfinanzieren, auch durch einen privaten Beitrag, sei es ein Sponsor, sei es ein Mäzen, was auch immer. Den Beitrag für 2018 würde ich dann auf 35.000 Euro festlegen, um eine gewisse Dynamisierung reinzubringen, aber die kriegen sie nur anteilig von dem, was sie selbst auch privat einwerfen. Das wäre mein Vorschlag, eine Wölfler-Lösung für die Kindermalwerkstatt.

Der Vorsitzende: Sie erleben uns alle etwas ratlos, Herr Stadtrat Dr. Fischer. Ich sehe jetzt keine große Begeisterung für Ihren Vorschlag. Wollen Sie das als ergänzenden Vorschlag noch einbringen? Dann machen wir das jetzt der Reihe nach.

Der weitestgehende Antrag ist der Antrag der GRÜNEN, der KULT, der FDP und der Linken. Das kann ich zusammenfassen. Da geht es um jährlich 40.000 Euro. Ich bitte jetzt um das Kartenzeichen. - 19 Zustimmungen, **das reicht nicht**.

Jetzt kommt der Vorschlag von Gemeinsam für Karlsruhe, jedes Jahr 36.400 Euro. Da bitte ich hier um das Kartenzeichen. - 22 Zustimmungen, das reicht auch noch nicht, wenn ich richtig rechne. Wir haben heute hier noch keinen verloren. Wir sind immer noch 49. Dann ist die **Ablehnung** nach wie vor die Mehrheit.

Jetzt kommt der Vorschlag von der Höhe her von Herrn Stadtrat Dr. Fischer. Den muss er uns noch einmal kurz erklären. Die Summe habe ich nicht im Kopf.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Der Grundbeitrag, wie die SPD vorgeschlagen hat, 30.000/20.000 Euro. Die Kindermalwerkstatt hat die Chance, bis zu 10.000 im ersten Jahr, bis zu 15.000 im zweiten Jahr mehr zu kriegen, wenn sie jeweils den gleichen Betrag bringt, das was man vom Wölfler her kennt.

Der Vorsitzende: Dann müssten wir aber in den Haushalt im ersten Jahr 40.000 Euro einstellen und im zweiten Jahr 35.000 Euro.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich habe den Vorschlag auch nur gewagt zu machen, weil die Ex-Kollegin und heutige Finanzbürgermeisterin den heutigen Tag mit dem Satz begann, dass wir 10 Millionen Euro mehr haben. Also kann es kein Problem sein, dass im Haushalt mehr drin steht. Wenn es nicht abgerufen wird, ist es ja kein Problem.

Der Vorsitzende: Gut, dass Sie erst um 18:45 Uhr auf diese Idee kommen.

Ich wiederhole noch einmal. Wir müssen in den Haushalt dennoch 40.000 Euro einstellen, von denen 10.000 Euro mit Sperrvermerk wären. Ab 2018 wären es 35.000 Euro,

von denen 15.000 Euro mit Sperrvermerk wären. Da bitte ich jetzt um das Kartenzeichen für diesen Vorschlag. - Das ist auch **keine Mehrheit**. Das glauben Sie mir jetzt.

Dann kommen wir jetzt zum Antrag der SPD für 2017 30.000 Euro und ab 2018 20.000 Euro. - Das sieht jetzt schwer nach einer Mehrheit aus. Bei 25 Zustimmungen ist das die **Mehrheit**. Ist das soweit nachvollziehbar?

Dann machen wir jetzt eine Pause und treffen uns um 19:15 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 18:44 – 19:17 Uhr)

Ich setze die unterbrochene Gemeinderatssitzung fort.

Zu den Redezeiten: Die CDU könnte noch 1 Stunde 46 Minuten reden, die SPD 1 Stunde 15 Minuten, die GRÜNEN 1 Stunde 4 Minuten, KULT 32 Minuten, die FDP 42 Minuten, Die Linke 6 Minuten, Gemeinsam für Karlsruhe 18 Minuten, die AfD 1 Minute, Stadtrat Schmitt 12 Minuten und Freie Wähler 19 Minuten.

Antrag Nr. 78 (S. 202): Keine Erhöhung der Jahres- und Versäumnisgebühren der Stadtbibliothek (Die Linke)

Wir können gleich abstimmen. – Bei einer Zustimmung ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 79 (205): Erhöhung des institutionellen Zuschusses für das ZKM (Die Linke)

Auch hier kommen wir gleich zur Abstimmung. – Bei einer Zustimmung ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 80 (205): Erhöhung der institutionellen Zuschüsse für sonstige Kulturinstitutionen (Die Linke)

Wir kommen zur Abstimmung. – Bei einer Zustimmung ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 81 (S. 205): Kooperationsförderung Kultur-Studierende (KULT)

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Eine verstärkte Zusammenarbeit wird sowohl von zahlreichen Kulturinstitutionen wie dem Tollhaus als auch von studentischen Gruppen gewünscht. Wir stehen hierzu in Kontakt mit dem studentischen Kulturzentrum und dem Kulturreferat des KIT-AStA. Mein Kenntnisstand der Dinge deckt sich nicht mit der Stellungnahme der Verwaltung. Vor allem fehlt es den studentischen Gruppen an geeigneten Räumen. Die gibt es eigentlich im JUBEZ, im Tollhaus, im Staatstheater, im Kammer-Theater usw., und auch in der Nähe des KIT-Campus Ost gibt es geeignete Räume. Aber allein schon die Raummiete können sich die rein ehrenamtlichen studentischen Gruppen nicht leisten.

Im Vergleich zu anderen Kultureinrichtungen in Karlsruhe muss die studentische Kulturszene fast ganz ohne städtische Fördermittel auskommen – und das, obwohl es hier einen besonders breiten ehrenamtlichen Einsatz gibt. Die 5.100 Euro, die die Stadt bisher ans studentische Kulturzentrum gibt, sind ein Witz, wenn man das in Relation setzt zu den vielen hundert Personen, die hier ehrenamtliche Kulturarbeit leisten.

Das studentische Kulturzentrum steht vor allem auf zwei Trägern: dem Studierendenwerk, das die Räume inklusive Nebenkosten stellt, und dem Studentendienst e. V., der jährlich den Großteil der Finanzen stellt, nämlich 90.000 Euro. Die werden verwendet für Freitische in der Mensa für sozial schwache Studierende, die werden verwendet für den Betrieb des studentischen Kulturzentrums, insbesondere für das Personal, und die werden verwendet für jährlich 20.000 bis 30.000 Euro Zuschuss an all diese Gruppen. Jetzt ist es so, dass der Studentendienst e. V. aktuell in eine finanzielle Schieflage geraten ist und derzeit finanziell ausblutet. Eigentlich kann er die 90.000 Euro pro Jahr nicht mehr liefern. Es ist auch so, dass beim studentischen Kulturzentrum im Laufe dieses Jahres das wenige Personal, das sie haben, um die Hälfte reduziert wurde, und die Stellen, die das weiterhin jetzt abdecken, machen die andere Hälfte der Arbeit jetzt ehrenamtlich.

Dass es bisher nur wenige Rufe der Studierenden an die Stadt Karlsruhe gibt und meinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen das Problem größtenteils unbekannt ist, erkläre ich mir damit, dass es in den studentischen Kreisen nur wenigen Einzelpersonen bekannt ist, in welchem Umfang die Stadt üblicherweise kulturelle Angebote in Karlsruhe fördert und wie minimalistisch die Förderung der Studierenden-Kulturgruppen im Vergleich zu anderen ist. Und das sind nur die KIT-Studierenden, die in engem Kontakt mit dem studentischen Kulturzentrum stehen. Am KIT gibt es aber noch weitere Gruppen.

Ebenfalls noch nicht berücksichtigt sind die Kulturgruppen an der Hochschule, an der Pädagogischen Hochschule, an der Hochschule für Gestaltung, an der Kunstakademie und an der Musikhochschule. Sie werden von niemandem gefördert und müssen daher oft nach kurzer Zeit wieder aufgeben.

Aus all diesen Gründen halte ich es für dringend erforderlich – wie auch schon im letzten Doppelhaushalt –, dass die Stadt eine Kooperationsförderung aufsetzt, so dass die studentischen Gruppen an Räume kommt und die studentische Kulturszene in Karlsruhe erhalten bleibt und sich weiterentwickeln kann. Um es jetzt meinen Gemeinderatskolleginnen und -Kollegen etwas einfacher zu machen, über ihren Schatten zu springen, möchte ich Folgendes anbieten – nämlich, dass wir nicht den Betrag von 15.000 Euro nehmen, sondern nur einen Betrag von 10.000 Euro, und wenn tatsächlich – wie einige behaupten – dieser Betrag von den Studenten nicht gebraucht wird, kann er in die allgemeine Projektförderung des Kulturamtes fließen und dann dort verwendet werden. Ich denke, es wird auch da dringend gebraucht – angesichts der Kürzungen, die wir jetzt hatten.

Ich gehe fest davon aus, dass die Studierenden diese Mittel brauchen, und appelliere an Sie alle, diesem Antrag auf 10.000 Euro im Jahr zuzustimmen.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Wenn ich es richtig verstehe, wird eine Aufstockung der Mittel für das studentische Kulturzentrum begehrt bzw. die Etablierung eines entsprechenden Fördertopfes für studentische Kultur. Was wir nicht zusammenbringen, ist, dass die Antragsteller die Notwendigkeit ganz anders beurteilen als die Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung teilt uns mit, dass weder vom Kulturzentrum noch von irgendwelchen Studierenden das bisher gefordert wurde. Wenn das stimmt, dann besteht schlicht und einfach keine Notwendigkeit für das, was gefordert wird.

Wir folgen in diesem Fall der Verwaltung, aber ich rede jetzt im Konjunktiv. Selbst dann, wenn diese Forderung bestünde, es also irgendeine Notwendigkeit gäbe, wären wir angesichts der Haushaltslage hier außerordentlich zurückhaltend.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Kooperationen im Kulturbereich werden von uns begrüßt. Entsprechend dem vorliegenden Antrag müssen die Kultureinrichtungen und die studentischen Gruppen gemeinsam Anträge stellen, um Mittel bewilligt zu bekommen. Das ist doch sehr kooperationsfördernd. Die studentischen Kultur- und Theatergruppen benötigen Räume und Material. Das ist nicht kostenlos zu haben und kann auch nicht kostenlos bereitgestellt werden, weil die Kultureinrichtungen dadurch auch Aufwendungen haben.

Um diese Kooperation zu fördern und die studentische Kultur stärker in der Karlsruher Kulturszene zu verankern, sind wir bereit, die Förderung von 10.000 Euro mitzutragen.

Der Vorsitzende: Ich möchte anmerken, dass wir ja durchaus Kulturförderung machen, und wenn sich einzelne Kulturinitiativen beim Kulturamt melden würden, würden die Studierenden nicht von dieser Förderung ausgeschlossen werden. Ich würde mir aber zusätzlich einmal die Frage stellen, ob nicht auch am KIT abends Räume für Kulturveranstaltungen zur Verfügung stehen. Das sind Dinge, die ich für mich als nicht geklärt betrachte. Ich bekomme nur die Rückmeldung aus der Verwaltung, dass es solche Anträge bisher nicht gibt und deshalb auch ein entsprechender Bedarf bisher nicht gesehen wurde.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Die Situation ist die, dass das bisherige Finanzierungsmodell vom Studentendienst e. V. nicht mehr funktioniert. Das hat man in den letzten Jahren schon gemerkt, und es gab Strukturänderungen, um es effizienter zu machen. Aktuell wird überlegt, ob man den AStA darum bitten soll, Geld zu geben, das vom Pflichtbeitrag der Studierenden, der über die Verwaltungsgebühr vom KIT selbst eingesammelt werden kann, und sich darüber einen Finanzierungstopf holt.

Die Sache mit den Räumen im KIT ist so: Prinzipiell kann man auch dort Räume kriegen, aber auch das KIT verlangt Miete oder zumindest die Hausmeisterkosten, da spätabends jemand da sein muss, der abschließt. Das KIT gibt in der Regel keine Schlüssel an Studierende heraus, so dass man auch dort nicht kostenlos an Räume kommen kann. Das ist in der Tat ein Problem und ein großes Hemmnis, da man nicht die Räume hat, die man braucht. Es gibt allgemein bei den Studierenden-Kulturgruppen einen großen Raummangel.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. – Bei 15 Ja-Stimmen wird der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Ich bitte trotzdem darum, dass sich die Kulturinstitutionen mal bei uns melden. Vielleicht kann man durch bessere Abstimmung das Eine oder Andere auffangen.

Antrag Nr. 82 (S: 205): Projektzuschuss „Wissenschaftsjahr“ an das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (Die Linke)

Ich bekomme signalisiert, wir können gleich abstimmen. – Bei 12 Ja-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 83 (S. 205): 3D-Filmfestival „Beyond“ – Erhöhung des Zuschusses für Durchführung des Festivals in 2018 (Die Linke)

Auch hier können wir gleich abstimmen. – Bei 2 Ja-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Anträge Nr.84 – 86 (S. 205): Kinemathek Karlsruhe e. V.: Erhöhung der Transferaufwendungen (SPD, GRÜNE, KULT, FDP)

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Kulturelle Vielfalt ist uns wichtig. Daher möchten wir auch, dass in Karlsruhe weiterhin ein hochwertiges Filmangebot besteht. Die Kinemathek zeigt ein Filmangebot, das in den üblichen kommerziellen Kinos nicht zu sehen ist: viele Filme aus dem Ausland – fernab von Hollywood – oder auch im Originalton, was besonders interessant ist für Menschen, die andere Sprachen sprechen und dadurch auch Filme in einer Sprache sehen können, die sie verstehen. Leider waren die Besucherzahlen in den letzten Jahren nicht sehr zufriedenstellend. Auch die Marketingmaßnahmen ließen zu wünschen übrig. Möglicherweise gibt es da einen Zusammenhang. Aber jetzt gibt es eine neue Geschäftsführung, einen neuen Vorstand, und mit diesem Team will die Kinemathek ab 2017 neue Zielgruppen und Formate erschließen.

Das entsprechende Konzept sieht auch deutlich erweiterte Marketingmaßnahmen vor und hat uns überzeugt. Aber nicht nur uns, auch die Experten im Kulturausschuss, die dort regelmäßig als Sachkundige tätig sind, haben sich in der Diskussion für eine Förderung ausgesprochen. In der Diskussion ging es darum, wir erhalten zwar Kürzungen, aber für uns ist es dennoch okay, wenn die Kinemathek mehr bekommt.

Die Umsetzung dieses Konzepts bietet die Chance, das Kulturgut Film in Karlsruhe deutlich stärker zu verankern, aber es braucht eben auch eine Zuschusserhöhung dafür. Trotz knapper Kassen wollen wir daher der Kinemathek eine echte Chance geben. Die Zuschusserhöhung sehen wir dennoch unter dem Vorbehalt, dass auch das Kulturamt das neue Konzept als zukunftsfähig beurteilt, also nicht im Sinne von „Wir wollen jetzt Geld geben“, sondern im Sinne von „Auch wir sehen darin ein tatsächlich zukunftsträchtiges Unterfangen“.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich schließe mich der Kollegin Dr. Leidig an. Allerdings wollen wir der Kinemathek keine 50.000 Euro zur Verfügung stellen, sondern erst einmal 20.000 Euro, und zwar mit einem Sperrvermerk versehen.

Frau Kollegin Dr. Leidig hat es ja schon angesprochen: Die Kinemathek war über viele Jahre hinweg unser Sorgenkind im Kulturleben der Stadt Karlsruhe. Es war nicht einfach, sie hat es uns wirklich schwer gemacht, sie über Jahre hinweg zu unterstützen. Doch das neue Konzept und die neue Geschäftsführung haben uns überzeugt, denn all das, was wir über die Jahre hinweg an der Kinemathek kritisiert bzw. von ihr gefordert haben, ist in dem neuen Konzept verankert. Wir bauen auf die neue Geschäftsführung, die sehr innovativ ist, die neue Marketingmaßnahmen einleiten, neue Wege in der Kulturszene beschreiten und sich anders vernetzen will.

Die Kinemathek ist eines der letzten kommunalen Kinos in Baden-Württemberg, und wir wollen es nicht sterben lassen. Wir unterstützen es noch einmal mit 20.000 Euro, allerdings mit einem Sperrvermerk versehen. Auch die große Solidarität der einzelnen Kulturträger in der letzten Kulturausschusssitzung, die das durchaus verstanden haben, dass wir hier mal eine Ausnahme machen und von den üblichen Kürzungen im Kulturbereich abweichen und im Gegenteil ein neues innovatives Projekt unterstützen wollen, hat uns in unserem Vorhaben bestärkt.

Stadtrat Høyem (FDP): Die Kinemathek hat eine Vergangenheit, die nicht besonders leidenschaftlich und spannend war. Sie hat ein Potenzial, das wirklich groß und überregional ist – und in Baden-Württemberg nahezu einmalig. Sie hat jetzt aber – und das ist der Grund für unseren Antrag – eine Zukunftsvision und ein Zukunftspotenzial und auch eine Zukunftskompetenz. Deshalb wollen wir sehr gerne sagen, dass wir diese Klischees über Gießkannenprinzip und Kaputtsparen einfach vergessen wollen. Hier ist eine innovative Einrichtung, der wir sehr gerne helfen wollen. Wir haben das Gefühl, es gibt einen neuen Schwung, und den wollen wir gerne unterstützen.

Bei diesem Konzept wollen wir auch gerne, dass die Zahl der Mitglieder – das ist leider keine große Zahl – größer wird. Wir wollen, dass die Mitgliedsbeiträge – die nicht besonders groß sind – größer werden, und wir wollen gerne, dass die Sponsoren – die nicht besonders viele sind – mehr werden. Deshalb wollen auch wir einen Sperrvermerk einrichten. Ich sehe, es gibt einen relativ großen Unterschied zwischen den beantragten Beträgen, aber wir finden bestimmt im Laufe dieser Sitzung eine Lösung dafür.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Nichts von dem, was zur Bedeutung der Kinemathek und zum neuen Konzept von meinen drei Vorrednern gesagt wurde, ist zu bestreiten. Die Kinemathek leistet einen ganz wichtigen Beitrag für das Kulturleben in unserer Stadt. Wir sind die größte Stadt in Baden-Württemberg, die noch ein kommunales Kino hat, und darüber sind wir froh. Wir wollen die Kinemathek unbedingt erhalten. Das Konzept der neuen Leitung, die im neuen Jahr aufziehen wird, zielt für uns genau in die richtige Richtung. Die neue Leitung ist ja auf die Fraktionen zugekommen, und es haben Gespräche stattgefunden. Vieles von dem, was wir immer gefordert haben, wird nun in Aussicht gestellt.

Trotzdem erschließt sich für uns nicht, warum die Kinemathek nicht mit dem bisher gegebenen Budget auskommen kann. Insofern wollen wir bei der Erhöhung nicht mitgehen. Das hat – ich muss es ganz grundsätzlich sagen – etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Wir kürzen überall im Kulturbereich, und da erhöhen wir. Nicht nur, dass das den anderen Einrichtungen ganz schwer zu vermitteln ist, denen wir gerade Geld wegnehmen, es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Wir sagen, die Kinemathek sollte zunächst einmal starten bzw. im neuen Jahr mit dem Budget weitermachen, das ihr gegeben ist.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Nur damit kein falscher Zungenschlag in der Öffentlichkeit hängenbleibt – wir sind ja in öffentlicher Sitzung: Sowohl der Kulturkreis als auch der Kulturring als Vertreter der freien Kulturszene haben sich für die Erhöhung ausgesprochen. Das heißt also nicht, dass es ein ungerechtes Gefühl gibt. Das stimmt einfach nicht, das wollen wir einfach einmal festhalten. Mehr will ich zu dem Thema gar nicht sagen.

Der Grund meiner Wortmeldung, nachdem inhaltlich und wertschätzend alles gesagt wurde, ist die Frage an die FDP: Diese 139.000 Euro, die Sie beantragen, decken sich überhaupt nicht mit dem, was die Kinemathek selbst in ihrem Marketing- und Zukunftskonzept ausgerechnet hat, wie viel sie braucht. Der Antrag, den die GRÜNEN und KULT zusammen gestellt haben, beläuft sich auf 50.000 Euro, wieso dieser Antrag auf 139.000 Euro? Kann mir das jemand erklären?

Der Vorsitzende: Wir sind im Moment auch gerade am Rätseln, denn aus dem FDP-Antrag selbst geht hervor, dass es eine Deckungslücke von 50.000 Euro gibt.

Stadtrat Høyem (FDP): Die 139.000 Euro kommen einfach daher, dass das die Totalsumme war, die die Kinemathek gewünscht hat. Aber wir sind bereit, eine kleinere Summe zu geben, denn es geht darum, dass die Kinemathek überlebt und es weitergeht.

Der Vorsitzende: Dann würden Sie sich den 50.000 Euro anschließen? – Okay, gut. Dann lasse ich über den weitergehenden Antrag von GRÜNE, KULT und FDP über 50.000 Euro mit Sperrvermerk abstimmen. – Bei 19 Zustimmungen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Dann komme ich zum Antrag der SPD mit jeweils 20.000 Euro und einem Sperrvermerk. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 17 Gegenstimmen ist dieser Antrag **angenommen**.

Antrag Nr. 87 (S. 205): Karlsruher Gespräche – Kofinanzierung auch für 2018 (GRÜNE)

Dieser Antrag wurde **zurückgezogen**.

Antrag Nr. 88 (S. 205): Erhöhung der institutionellen Zuschüsse für soziokulturelle Zentren, Kinemathek, Tollhaus, Tempel, Werkstatt usw. (Die Linke)

Darüber können wir gleich abstimmen. – Bei 2 Zustimmungen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 89 (S. 216): Streichung Gebührenerhöhung beim Badischen Konservatorium (Die Linke)

Auch hierüber können wir gleich abstimmen. – Bei 3 zustimmenden Voten ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Damit sind wir wieder an der Stelle, wo wir heute Morgen begonnen haben – nicht ganz: Wir haben noch den Bereich Musikhochschule, aber da tut sich nichts mehr.

Wir springen jetzt zum **Teilhaushalt 6100** – Stadtplanung, das ist die Seite 275.

Antrag Nr. 138 (S. 303): Schaffung von jährlich mindestens 1 000 zusätzlichen mietpreisgebundenen erschwinglichen Mietwohnungen (Die Linke)

Antrag Nr. 139 (S. 303): Karlsruher Wohnungsbauförderungsprogramm (Ka-WoF): Erhöhung auf ursprüngliche Summe (SPD, CDU, GRÜNE, KULT)

Beim Antrag Nr. 139 steht bei mir: **erledigt**. – Das ist so.

Dann rufe ich Antrag Nr. 138 auf.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Seit Jahren diskutieren wir, dass wir bezahlbaren Wohnraum brauchen. Ich glaube, alle sind da einer Meinung.

Seit mehreren Doppelhaushalten bringen wir Anträge ein, um entsprechenden Mietraum zu schaffen, sowohl neuen als auch mietpreisgebundenen. Dieser Anträge wurden bisher abgelehnt, obwohl die Anforderung da ist, für uns unverständlich. Wenn wir jetzt diese Summe, die beim Antrag 144 eingebracht wurde – 5 Mio. Euro für den Start eines Baus eines Stadions –, in den Wohnungsbau stecken würden, dann könnten wir mit solch einem Projekt beginnen. Das wird aber nicht gemacht.

Wir wollen 1 000 Wohnungen pro Jahr neu oder mietpreisgebunden zur Verfügung stellen. Die Nachfrage ist da. Es ist ja bekannt, dass die Einwohnerzahl in Karlsruhe ständig wächst. Mich würde schon einmal interessieren, Herr Oberbürgermeister, warum hier keine größeren Schritte gemacht werden, wenn sich doch der Gemeinderat tatsächlich einig ist, dass wir entsprechenden bezahlbaren Wohnraum brauchen.

Der Vorsitzende: Weil wir keine Flächen haben. Wenn wir 1 000 Wohnungen bauen könnten, würden wir es tun.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, einen Satz haben Sie mir jetzt schon abgenommen.

Aber was Sie wollen, Herr Fostiropoulos, geht nur im Sozialismus. Wir bestimmen, jedes Jahr werden 1 000 Wohneinheiten erfüllt, und dann klappt es auch. Ich habe schon den Eindruck, dass es eine große politische Mehrheit gibt, die da guten Willens ist. Aber genau das, was der OB gesagt hat, steht uns im Weg. Man kann hoffen, dass mit dem Akteurstreffen, das demnächst stattfinden wird, vielleicht ein wenig Bewegung rein kommt. Wir, die CDU, sind jedenfalls überzeugt: Wenn wir nicht alle mitnehmen, alle – also über die VOLKSWOHNUNG hinaus auch die sonstigen Unternehmen –, dann werden wir nicht wesentlich schneller werden, als wir es jetzt schon mit aller Kraft sind.

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): In einem Punkt kann ich meinem Vorredner, Herrn Pfannkuch, zustimmen: Das ist letztendlich wirklich eine Frage der vorhandenen oder nicht vorhandenen Flächen.

Eines hat mich geärgert. Wenn Herr Fostiropoulos sagt, dass seit Jahren von diesem Gremium Anträge behandelt und abgelehnt werden. Dann muss man fragen, was für Anträge sind das eigentlich. Sind sie umsetzbar? Sind sie realisierbar? Sind es Wunschträume oder sind es echte, überlegenswerte Anträge, die man wirklich anpacken kann? Das war bis dato nicht der Fall. Noch etwas hat Herr Fostiropoulos vergessen. Wenn er sagt, wir haben Anträge abgelehnt, dann hätte er auch sagen müssen, dass wir dafür KaWoF geschaffen haben. Es wird in der Stellungnahme positiv dargestellt, was das schon gebracht hat. Wir haben auch KAI geschaffen. Das entspricht genau dem, was Herr Fostiropoulos mit seinen Linken will. Da haben wir im Grunde genommen – wenn man so will – in vorauseilendem Gehorsam, oder wie man es sehen mag, schon längst gehandelt. Dann muss man ganz nebenbei auch sagen, die VOLKSWOHNUNG, die er schon seit Jahren ständig kritisiert – auch in der Öffentlichkeit – hat derzeit ein Bauprogramm aufgelegt – und das ist bekannt in diesem Haus –, da wird die VOLKSWOHNUNG bis 2018 nahezu 300 Mio. Euro investieren und nahezu 1 500 Wohnungen bauen.

Mit diesem Paket von Seiten der VOLKSWOHNUNG und mit dem, was die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme geschrieben hat, ist eigentlich der Antrag von Herrn Fostiropoulos weitgehend erfüllt. Von daher kann man den Antrag ablehnen.

Noch einen Satz dazu: Es wäre nicht schlecht, wenn er gesagt hätte, lasst uns mal demnächst 1 000 Wohnungen bauen. Aber zu fordern – jetzt bin ich natürlich schon bei der Planwirtschaft –, wir bauen grundsätzlich 1 000 Wohnungen mehr, egal, wie wir das schaffen oder nicht, wir beschließen einfach, dass wir sie bauen, da macht er es sich ziemlich einfach, der Herr Kollege.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Ich möchte mich jetzt dieser allgemeinen Kritik so nicht anschließen, denn ich denke, der allgemeine Tenor ist schon der, dass wir mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen.

Als wir die Anträge gestellt haben – wir haben ja auch welche gestellt –, sah es im Entwurf des Haushalts noch anders aus. Da waren nämlich nur 2 Mio. Euro anstelle der 5 Mio. Euro der Vorjahre eingestellt. Insofern ist es durchaus so, dass nicht nur wir mit dem interfraktionellen Antrag reagiert haben, die Linken haben halt eine andere Lösung

gesucht. Wir dürfen nicht nachlassen, insofern freuen wir uns auch, dass die Verwaltung das auch so beurteilt und letzten Endes sich entschlossen hat, auf die Fördersumme der letzten Jahre zurückzugehen. Die Immobilienpreise haben ja in den letzten zwei, drei Jahren wirklich enorm angezogen, und es sieht auch so aus, als ob es so weiterginge. Das wird sich demnächst deutlich auf die Mieten niederschlagen, und wenn wir nicht gegensteuern, dann haben wir hier wirklich ein großes soziales Problem in Karlsruhe.

Insofern sind wir froh darüber, dass die Verwaltung es auch so sieht, und denken, dass wir alle an einem Strang ziehen. Wir sehen prinzipiell unser Vorgehen im Sinne davon, dass wir eine bestimmte Summe, die wir uns vorstellen, in den Raum stellen, als den richtigen Weg an. Aber das hat sich erledigt, und von daher werden wir dieser Idee mit den 1:000 Wohnungen auch nicht folgen.

Stadtrat Jooß (FDP): Die Forderung von Niko Fostiropoulos ist so was von Wirklichkeitsfern. Wir haben weder Flächen noch haben wir Kapazitäten im Baubereich, um das kurzfristig machen zu können. Von daher lehnen wir den Antrag absolut ab.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade von der CDU- und der SPD-Gemeinderatsfraktion – merkwürdig: Zunächst muss ich sagen, diese Plattitüden aus längst vergangener Zeit, die sind ja langweiliger als Gottschalk, die müssen wir jetzt mal langsam vergessen.

Die junge Generation versteht das nicht einmal mehr. Zum anderen möchte ich darauf hinweisen: Was tun wir denn hier? Wir planen – und mit Recht. Wir beschließen nicht aus dem Bauch heraus. Wir planen für die nächsten zwei Jahre, also haben wir eine Planwirtschaft, eine zweijährige. Wollen wir doch einfach mal zur Sache sprechen – und nicht mit Plattitüden der Vergangenheit. Es geht nicht um 1:000 neue Wohnungen. Wir wissen alle, wir hatten Mietpreisbindungen in viel höherer Zahl, und die werden immer weniger. Es geht darum, ob wir Mittel investieren, um vorhandene Wohnungen entsprechend so zu bezuschussen, dass damit bezahlbarer Wohnraum entsteht. Jeder hier im Raum weiß ganz genau, wie es funktioniert. Das haben wir noch zu einer Zeit getan, wo wir noch einen CDU-Oberbürgermeister hatten, das können wir auch mit einem SPD-Oberbürgermeister erst recht tun. Die Frage ist, ob der Gemeinderat willig ist, hier etwas zu tun. Ansonsten muss der Gemeinderat der Bevölkerung erklären, warum die Mietpreise bei uns relativ hoch sind. Ich kann Ihnen sagen, warum: Weil die Statistiken, die auch die Wirtschaftsbürgermeisterin immer gern bringt, aufzeigen, dass wir hochpreisig sind und deshalb private Investoren hochpreisigen Wohnraum erstellen. Das ist ja alles prima, aber was machen wir mit den Bevölkerungsteilen, die diesen hochpreisigen Wohnraum nicht bezahlen können? Warum sind wir da nicht kreativ? Abgesehen davon kann man auch in der Stadt verdichten und höher bauen. Aber es geht nicht nur um Neubau, sondern es geht tatsächlich um die Mietpreisbindung, damit mehr preisgünstiger bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 4 Ja-Stimmen wird der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 140 (S. 319): Rücknahme des Verzichts auf Beseitigung von Graffiti (CDU)

Da sind wir in uns gegangen und haben das in die Veränderungsliste aufgenommen. Der Antrag ist damit **erledigt**.

Wir sind mittlerweile beim **Teilhaushalt 6600**, beim Tiefbau.

Antrag Nr. 141 (S. 328): Radwege – Erhöhung der Mittel (GRÜNE)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Karlsruhe macht viel für den Radverkehr, gar keine Frage. Aber es ist eben noch ganz viel zu tun. Das ist eigentlich auch keine Frage, denn wir wollen ja diese 30 % Radverkehrsanteil erreichen. Immer wieder kommen bei uns Beschwerden an, dass Karlsruhe nicht fahrradfreundlich sei. Ich antworte dann immer, dass wir schon viel machen, aber wir müssen auch noch viel tun. Und da meinen wir eben, man sollte auch weiterhin den Betrag einsetzen, den wir schon einmal hatten, diese 1,3 Mio. Euro. Der Weniger-Betrag wird damit begründet, dass das Land jetzt mehr Zuschüsse gibt. Aber das kann doch nicht dazu führen, dass wir weniger ausgeben. Wir sollten schon bei unserem Betrag bleiben.

Auch wenn eine Radroute beim Land gerade noch in der Entscheidungsfindung ist, ob man Zuschüsse geben will oder nicht, dann müssen wir halt schon den nächsten Antrag vorbereiten und wieder einreichen, um das Land ein bisschen unter Druck zu setzen.

Wir meinen, es sollten weiterhin 1,3 Mio. Euro zur Verfügung stehen, den jetzigen Betrag also um 300.000 Euro zu erhöhen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Man muss ja dem Prozess jetzt nicht noch Geld hinterhertragen, wenn die Verwaltung darlegt, dass sie alles tut, was im Moment in ihren Kräften steht. Es ist ja nicht so, dass wir die Durchsatzkapazität deswegen erhöhen.

Die Antwort der Verwaltung ist wirklich vernünftig, und damit solle man sich einmal zufrieden geben. Jetzt schauen wir mal, was in Hohenwettersbach passiert, wenn das Tal umgegraben wird – also bitte die Kirche im Dorf lassen.

Stadtrat Zeh (SPD): Sicher kann man noch viel tun für den Radverkehr. Teilweise haben wir es natürlich nicht in der Hand. Der Radweg durch die Kriegsstraße wird jetzt durch diese Verzögerung zwei Jahre später kommen.

Ein für mich sehr wichtiger Radweg wäre der vom Durlacher Tor bis nach Hagsfeld. Den haben wir schon seit drei Jahren immer wieder im Planungsausschuss, aber da liegt die Schwierigkeit in der Detailplanung. Es liegt nicht an den Baukosten. Es geht um Parkplätze, um Bäume usw. Man kann in der freien Natur nicht einfach einen neuen Weg bauen. Die Mittel stehen zur Verfügung, schreibt die Verwaltung, aber der Planungsprozess ist das eigentlich Schwierige. Wir denken auch an die Radroute von Grötzingen nach Hagsfeld, die uns auch schon vorgestellt worden ist – mit Brücken und ähnlichen Problemen. Die schnellen Radwege sind sicherlich alle schon realisiert. Jetzt kommt tat-

sächlich die Detailplanung, und jeder Meter muss hart erkämpft werden, damit es weitergehen kann.

Die Mittel sind also nicht das Problem, sondern eher die Planungskapazität beim Stadtplanungsamt.

Stadtrat Jooß (FDP): Michael Zeh hat es schon deutlich gesagt: Es ist dasselbe Problem wie beim Bauen. Wir brauchen die Kapazität, das überhaupt zu bauen. Unser Fahrradbürgermeister Obert kann das nicht von heute auf morgen umsetzen, weil er gar nicht die Baufirmen usw. findet, das so schnell umzusetzen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. – Bei 15 Ja-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Anträge Nr. 142 und 143 (S. 333): Erneuerung Wasserwerkbrücke (KULT, GfK)

Stadtrat Lancier (KULT): Die Südtangente hinter dem Schienenstrang zu überqueren und den Erholungsbereich Oberwald zu erreichen, ist für Fußgänger und Radler über die Wasserwerkbrücke die direkte, unmittelbare und sichere Möglichkeit. Sie ist zudem barrierefrei bzw. sie könnte es bei entsprechender Instandhaltung sein.

Wir begrüßen es sehr, dass sich eine Renovierung nun endlich abzeichnet. Für die voraussichtliche Dauer darf aber die Verbindung zum und vom Oberwald und bis nach Rüppurr für die Nutzer nicht einfach unterbrochen werden oder einen irrem Aufwand an Zeit wegen des Umwegs bzw. zeitlicher Einschränkung des Busersatzverkehrs erfordern.

Die Verbindung über die Wasserwerkbrücke dient ja nicht nur dazu, den Erholungsbereich im Oberwald zu erreichen – praktisch für den gesamten Ostteil der Stadt bis hin zur Südweststadt –, sondern sie ist durchaus eine sinnvolle Verbindung für Radfahrer und Fußgänger, um ihrerseits in den östlichen Teil der Stadt zu kommen, um dort kulturelle Einrichtungen zu nutzen. Aus diesem Grunde wollen wir den Busverkehr, der uns als günstigste Lösung angeboten wird, ablehnen. Eine Brücke ist 24 Stunden pro Tag das ganze Jahr über zur Nutzung bereit, und auch eine ebenerdige Schienenüberquerung kann einen solchen Anspruch erfüllen. Das ist selbstbestimmt, und man ist nicht darauf angewiesen, dass der Verkehr eine Nutzung des Busses gerade zulässt oder nicht.

Die zweite Lösung mit dem ebenerdigen Überqueren der Schienen ist allerdings nicht barrierefrei und sowohl für Fahrradfahrer – evtl. mit Anhänger und Gepäck – als auch für Leute mit Kinderwagen kaum geeignet, weil man nach Überqueren der Bahnlinie immer noch auf eine der Brücken hoch muss, um die Südtangente zu überqueren. Wir sehen daher die Lösung mit dem ebenerdigen Überqueren der Gleise nur als faule Lösung im Gegensatz zu der Buslösung, die aus unserer Sicht keine ist.

Wir bitten daher alle Anwesenden, sich zu überlegen, ob sie nicht doch einer größeren Ausgabe zustimmen wollen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Es ist ja sehr erfreulich, dass endlich etwas geschieht. Aber man muss sagen, diese Lösung, für die Bauzeit einen Shuttle-Bus einzusetzen, ist nicht gut. Wen ich gefragt habe, sagte mir, das sei Mist, das werde gar nicht genutzt. Deshalb sparen Sie sich diese 300.000 Euro, das ist ein guter Sparbeitrag.

Wir schlagen diesen ebenerdigen Übergang vor. Das ist der mehrfache Wunsch, den ich gehört habe. Er ist zwar nicht ideal, aber Bauzeiten sind nie ideal. Da gibt es Möglichkeiten. Ich habe mir andere Bahnübergänge angeschaut, wo das durchaus realisiert worden ist. Die Deutsche Bahn macht Ausnahmen, da muss man einfach nachbohren. Da gibt es technische Möglichkeiten, sodass ein unproblematischer Übergang für diese Zeit gewährt bleibt.

Wir sind der Überzeugung, dass eine Ersatzbrücke, wie sie schon angedacht war, noch viel teurer wäre. Aus diesem Grunde wollen wir das gar nicht in Betracht ziehen, sondern für diesen ebenerdigen Übergang werben. Aber da muss man sich ins Zeug legen, um mit der Bahn eine gute Lösung zu finden.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Ich glaube, es ist müßig, dieses Fass heute Abend noch einmal aufzumachen. Wir haben in den Gremien alles vorbesprochen. Wir reden, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Lancier, Herr Kalmbach, von einer Bauzeit von 15 Monaten. Es wird doch möglich sein, dieses Provisorium so zu nutzen, wie wir es im Bauausschuss ermittelt und abgestimmt haben.

Eines muss ich Ihnen sagen, Herr Kalmbach. Wir sollten das einmal beobachten. Wenn der Shuttle-Bus wirklich nicht gebraucht wird, wären wir alle bereit, ihn einzustellen. Aber so ein Provisorium, am besten noch über die Südtangente, vielleicht noch mit einer Ampelanlage auszustatten – das wäre in Ihrem Sinne, Herr Lancier – in der heutigen Zeit, bei den Haushaltsplanberatungen zu fordern, da muss sich Ihnen ganz ehrlich sagen, das entbehrt jeglicher Logik, in der Situation einen solchen Antrag zu stellen.

(Erster Bürgermeister Jäger vertritt für kurze Zeit den Oberbürgermeister und hat den Vorsitz übernommen.)

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Kollege Lancier, die kostenkontrollierte Planung ist 2006 abgeschlossen worden, also vor 10 Jahren. Sie kennen wahrscheinlich die Vorlage nicht, aber dort wurden alle Alternativen abgewogen. Das Provisorium einer parallelen Hochbrücke würde deutlich über 1 Mio. Euro kosten. Das ist zu diesem Baukostenzuschuss – Bauherr ist ja die Deutsche Bahn – von knapp 2 Mio. Euro ein unverhältnismäßig hohes Provisorium.

2006 – das sei noch am Rande erwähnt – war ja noch vor der großen Spardiskussion, und 2008 war noch ein Haushalt, der noch unter schöneren Sternen stand. Damals ist es schon abgewogen worden. Aber ich bin durchaus offen, dass man heute – nach 10 Jahren – zumindest mal einen Brief an die Deutsche Bahn als Bauherr schreiben könnte, damit sie erneute einen ebenerdigen Übergang als Querung prüft. Damals war allerdings deutlich gemacht worden, dass die Bahn aus Sicherheitsgründen alle ebenerdigen Übergänge abschafft und sie durch Brücken oder Tiefgaragen ersetzt. Vielleicht wäre sie jetzt doch bereit. Eine entsprechende Anfrage sollte in einem Brief der Stadt an die

Deutsche Bahn erfolgen. Eine ebenerdige Überquerung war damals als sehr preiswert angesehen worden, sie lag im Bereich von 100.000 Euro. Aber es wäre ein umfangreiches Genehmigungsverfahren notwendig.

Die Radfahrer haben es eigentlich nicht so schwer, Herr Lancier. Die können ganz normal die Brücke an der Ettlinger Allee nutzen. Das ist nur ein kleiner Umweg. Schwieriger ist es für die Jogger und Leute mit Kinderwagen oder Ähnlichem, die das Angebot Oberwald zur Erholung nutzen wollen. Da gibt es das Angebot mit dem Bus-Shuttle. Viele Leute sind skeptisch. Ich muss mich da auch überraschen lassen. An schönen Sommertagen wird es genutzt werden, an Wintertagen eher nicht. Ich bin da ganz pragmatisch, wie Thorsten Ehlgötz auch. Wenn es nicht genutzt wird, stellen wir es ein. Aber wir sollten es auf jeden Fall einmal anbieten.

Alternativbrücken kommen nicht in Frage, aber ein Brief an die Deutsche Bahn für einen ebenerdigen Übergang sollte geschrieben werden. In diesem Sinne stimmen wir ab.

Wir befinden uns in einer schwierigen Zeit. Baustellen bedeuten Einschränkungen. Nicht alle Nutzungen sind da. Inzwischen haben wir auch andere Joggerstrecken. Der City-park wird sehr gerne und häufig von Joggern genutzt, der ist auch in unmittelbarer Umgebung. Es werden sich sicher für den einen oder anderen ganz unterschiedliche Lösungen finden lassen.

Stadtrat Jooß (FDP): Wir lehnen eine Ersatzbrücke ab. Sie sehen ja, die Kosten laufen davon. Es gibt östlich der Wasserwerkbrücke einen wunderbaren ebenerdigen Bahnübergang, der bisher hervorragend funktioniert, und darin sehen wir eine Lösungsmöglichkeit, auch in den Oberwald zu kommen.

Stadtrat Lancier (KULT): Ich möchte nur kurz auf meinen Kollegen Ehlgötz reagieren.

Herr Ehlgötz, ich verwahre mich dagegen, dass Sie mir diesen Unfug unterstellen, eine Fußgängerfurt über die Südtangente mit Ampelanlage zu fordern. Das ist Quark!

Erster Bürgermeister Jäger: Bevor wir zur Abstimmung kommen: Herr Stadtrat Zeh, der Kollege Baubürgermeister wird einen entsprechenden Brief formulieren und an die Deutsche Bahn richten – mit den entsprechenden Erfolgsaussichten.

Wir kommen zur Abstimmung – zunächst zu Antrag Nr. 142. – Bei 5 Ja-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Dann stimmen wir über den Antrag Nr. 143 ab. – Bei 14 Zustimmungen ist auch dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 144 (S. 333): Baumaßnahmen Infrastruktur Wildpark – Streichung (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Bisher habe ich jedes Mal, wenn ich erwähnt habe, dass diese Kosten für den Bau eines Stadions für den kommerziellen Fußball zu 100 % aus Steuermitteln bei der Stadt hängenbleiben, erklärt bekommen, das werde so

finanziert, dass es sich am Ende wieder amortisiert, das bezahlen irgendwelche anderen. Jetzt frage ich mich aber, warum dann in unserem Haushalt 5 Mio. Euro für Infrastrukturmaßnahmen stehen, da doch andere dieses Gebäude bauen wollen.

So schnell konnte ich es jetzt gar nicht nachrechnen, aber es wäre nett, Herr Erster Bürgermeister Jäger, wenn jemand nachrechnen könnte, wie viele Anträge, die wir heute abgelehnt haben oder Kürzungen, die wir vorgenommen haben, mit diesen 5 Mio. Euro, die hier drinstehen, decken könnten. Wie viele Projekte könnten voll finanziert werden, wenn diese Zahl hier gar nicht drinstehen würde, die aber reingesetzt wurde.

Ich möchte trotzdem noch einmal betonen – und es steht dann ja im Protokoll, dieses Mal benenne ich es deutlich –, die Mehrheit dieser Kosten bleiben bei der Stadt Karlsruhe hängen. Es wird wieder eine Konsolidierung geben, weil wir die Verluste des Stadions wieder finanzieren müssen. Der KSC wird seine Beiträge in voller Höhe nicht bezahlen können. Am Ende wird es wieder Erklärungen geben, warum wir hier Geld für ein kommerzielles Stadion zur Verfügung stellen.

Wir beantragen die Streichung dieser Mittel und machen sie frei für soziale Belange, für Kulturprojekte und für die Bildung.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Jetzt muss ich wieder erklären, warum wir als Stadiongegner diesem Antrag trotzdem nicht zustimmen.

Hier geht es darum, dass Infrastrukturmaßnahmen bezahlt werden, z. B. das neue Verkehrskonzept, z. B. Sicherheitsmaßnahmen, die dringend notwendig sind, völlig unabhängig vom Umbau des Stadions. Wir haben auch überlegt, ob wir etwas dazu machen, weil vielleicht ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen wurde. Wir können es aber nicht wirklich einschätzen, und deshalb haben wir uns entschlossen, keinen Antrag zu stellen. Da wird sehr viel aus allgemeinen Töpfen genommen.

Wir haben uns deshalb entschlossen, keinen Antrag zu stellen, und werden uns hier enthalten.

Erster Bürgermeister Jäger: Dann sind Sie abstimmungsbereit. – Ich sehe 5 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen, der Rest ist Ablehnung. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 145 (S. 334): Projekt Lichtplan (GRÜNE)

Dieser Antrag wurde **zurückgezogen**.

Antrag Nr. 146 (S. 343): Verlegung Rasengleis Herrenalber Straße (SPD)

Antrag Nr. 147 (S. 344/526): Herrenalber Straße – Umbaubeginn bereits in 2017 (GRÜNE)

Es wurde darum gebeten, die beiden Anträge Nr. 146 und Nr. 147 gemeinsam zu diskutieren.

Stadträtin Fischer (SPD): Unbestritten ist die Herrenalber Straße ein Hotspot bei der Lärmbelastung, und bisher bliebe unser Stadtteil bei seiner immensen Lärmbelastung von Schiene und Bahn unberücksichtigt. Aus diesem Grunde wurde – ich glaube, vor zwei Jahren – das Thema Rasengleis bei uns diskutiert und von allen Parteien wohlwollend begleitet. Ein Rasengleis würde eine Lärminderung von 3 Dezibel bewirken. Es ist aber nicht nur die Lärminderung, die hier mit einem Rasengleis verbunden wäre, sondern es wäre auch eine deutliche Verbesserung des Mikroklimas. Ich will einfach alle Parteien hier im Raum noch einmal daran erinnern: Wir reden alle von Klimaschutz, wir reden von Marrakesch, von der Erreichung von Klimazielen, und wir haben einen Klimaschutzfonds. Und jetzt soll das alles auf einmal nicht mehr gelten, weil es zu viel Geld kostet.

Ich möchte aber auch noch einmal daran erinnern, dass wir allein durch die Verschiebung des Umbaus der Herrenalber Straße im nächsten Jahr in diesem Bereich etwas Geld einsparen, und ich möchte alle politischen Vertreter noch einmal an ihre Zusagen bei der Bürgerversammlung in Weiherfeld-Dammerstock und auch in Rüppurr erinnern. Hier wurden Zusagen gemacht, jawohl, wir berücksichtigen euch, und jetzt wird in den Haushaltsberatungen das Thema still und heimlich unter den Teppich gekehrt. Für mich ist das auch eine Frage des geschaffenen Vertrauenstatbestandes, der hier einfach aufgekündigt wurde. Aus diesem Grunde möchte ich alle an ihre Zusagen und Versprechen erinnern, die bei verschiedenen Veranstaltungen im Süden gemacht wurden.

(Inzwischen hat OB Dr. Mentrup wieder den Vorsitz übernommen.)

Der Vorsitzende: Ich möchte nur klarstellen, dass hier nichts still und heimlich im Haushalt erledigt wird, sondern es gab Hauptausschussbeschlüsse, dass wir das nicht weiterverfolgen. Das können Sie jetzt korrigieren, aber der Vorwurf kann so nicht stehenbleiben.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Bei diesem Rasengleis waren wir auch erst dafür, es zu machen. Aber dann haben AVG und Umweltamt uns davon überzeugt, dass es Alternativen gibt, die genauso viel Lärmschutz bringen, die aber dramatisch billiger sind. Es sind eben 7,2 Mio. Euro, über die wir hier reden. Da überlegt man eben doch, ob man die wirklich ausgeben muss oder ob man durch die Verteilung auf kleinere Maßnahmen nicht doch deutlich mehr erreichen könnte. Die AVG hat uns erklärt, mit einem besonders überwachten Gleis, bei dem es heißt, alle ein bis zwei Jahre wird es neu geschliffen, dann ist es wieder sehr eben, und diese Riffelung, die im Gleis durch das Überfahren entsteht, ist das, was die Lautstärke hervorbringt. Es wird flach geschliffen, und dann ist es deutlich leiser – in etwa vergleichbar mit dem Rasengleis.

Zusätzlich hat ein Rasengleis den Vorteil, dass es einfach grün aussieht und es für das Stadtbild etwas bringt, und da kam dann der Vorschlag, dass Seedung genommen werden soll. Das ist eine Pflanze, die normalerweise für Dachbegrünung auf Flachdächern kommt. Es gibt Fälle, in denen Eisenbahngleise damit belegt wurden, und das scheint zu funktionieren. Es wurde in Deutschland noch nicht versucht, weshalb jetzt erst noch Testläufe vorgenommen werden müssen, was die Idealvoraussetzungen sind,

damit das funktioniert. Wir sind der Überzeugung, dass das ein vollwertiger Ersatz für das Rasengleis ist.

Noch eine Hoffnung möchte ich zerstören. Es gibt in diesem Bereich auch das Kurvenquietschen. Da gibt es ja eine langgezogene Kurve. Das kann weder durch das Rasengleis noch durch die jetzt gefundene Lösung wegbekommen werden. Da muss eben geschmiert werden. Aber das ist eine ganz andere Sache, die mit dieser hier nichts zu tun hat.

Dann zum Umbau Herrenalber Straße: Der ist ja jetzt einfach zwei Jahre später vorgesehen. Uns ärgert einfach generell, dass immer wieder die Sachen, die mit Lärm zu tun haben – und da geht es eben auch darum, dass Lärmschutz dadurch erreicht wird, dass die Straße schmaler gebaut wird und dadurch automatisch die Autos langsamer fahren, selbst dann, wenn das Tempolimit nicht geändert wird –, immer wieder verzögert werden. Auch hier soll die Maßnahme eben doch stark verzögert werden, mit der Begründung, man finde keinen zeitlichen Bereich, wo sie irgendwo zwischen die anderen Baumaßnahmen hineingeschoben werden kann. Aber es wundert uns doch sehr, dass die Sache nicht vor zwei Jahren untergebracht werden kann. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, es noch einmal zu versuchen, die Sache vorzuziehen. Es wäre nämlich eine deutliche Erleichterung für die Anwohner, wenn die Autos dort langsamer fahren und auch die trennende Wirkung etwas reduziert wird.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Frau Fischer, im Planungsausschuss wurde im September 2015 ihr Problem in Rüppurr behandelt. Es ehrt Sie, dass Sie sich so für Ihren Stadtteil einsetzen. Trotz allem müssen wir als Stadträte die gesamte Stadt sehen, und 7,2 Mio. Euro sind in dieser Haushaltslage fast nicht zu verantworten, obwohl wir es natürlich auch begrüßen würden und es ein ganz anderes Bild machen würde. Da gebe ich Ihnen voll und ganz Recht. Bei der jetzigen Haushaltslage sollten Sie bitte Verständnis dafür haben – auch in Rüppurr –, dass es nicht realisierbar ist.

Das, was Herr Honné gesagt hat, dass man alle technischen Errungenschaften ausprobieren kann und auch hier zum Einsatz bringt, ist logisch und richtig. Aber ich glaube, dass die VBK hier schon alles macht, was es auf dem Markt gibt bzw. was technisch möglich ist.

Dann darf ich, Herr Honné, zu Ihrem Antrag kommen, zur Herrenalber Straße. Ich möchte heute Abend keine Grundsatzdiskussion beginnen, aber eines sagen: Karlsruhe hat viele Baustellen, und Karlsruhe wird in den nächsten Monaten und Jahren noch einiges erleben, was den Verkehrsfluss angeht. Wir werden eines Tages froh sein, wenn wir eine funktionierende Ost-West-Verbindung haben, und das ist nun einmal die Herrenalber Straße, die wohl als einzige in dieser Stadt noch funktioniert. Deshalb gilt es zum jetzigen Zeitpunkt, nicht einzugreifen in die Herrenalber Straße. Wir müssen diese Straße als leistungsfähige Straße erhalten, die letzten Endes die Verkehre einigermaßen sichert und abfließen lässt.

Alle sind wir stolz, wenn unsere Stadt wächst. Alle sind wir froh, wenn sich mehr Einwohner mit Erstwohnsitz in Karlsruhe anmelden, und wir wollen mehr Studierende – alles in Ordnung. Aber, meine Damen und Herren, diese Leute brauchen auch eine Inf-

rastruktur, denn sie müssen auch von A nach B kommen, und sie werden irgendwann zu Ikea kommen, mit dem Wagen und nicht nur mit dem Fahrrad. Lassen Sie uns deshalb diese funktionierende Straße ganz einfach erhalten. Wir werden zu gegebener Zeit, wenn die großen Baumaßnahmen in der Kriegsstraße abgeschlossen sind, auf die Herrenalber Straße zurückkommen. Zum jetzigen Zeitpunkt geht das aber von unserer Seite aus in keiner Weise.

Der Vorsitzende: Ich möchte deutlich machen, von Seiten der Stadtverwaltung geht es nicht darum, die Herrenalber Straße am langen Arm verhungern zu lassen, indem man die Maßnahme immer weiter verschiebt. Es ist wirklich ernst gemeint, dass wir auf den umliegenden Autobahnen und Bundesstraßen noch in den nächsten zwei, drei Jahren eine so überdimensionierte Bautätigkeit haben, dass wir permanent auf diese Ausweich- und Zufahrtsstraße angewiesen sind. Das wird irgendwann aufhören. Wir haben gerade kürzlich mit dem Dezernat 6 gesprochen, dass wir einen Zeitplan erfragen wollen, denn die Menschen brauchen das Gefühl, dass man einmal auf den Autobahnen auch fertig sein wird. So ein Zeitpunkt wird wohl in drei, vier Jahren erreicht sein, und dann wird es erst einmal eine Dekade lang ruhig sein. Das wollen wir erfragen, denn man fühlt sich langsam verdreht, wenn man das alles jährlich um sich herum erlebt. Dann wird auch der Zeitpunkt kommen, die Herrenalber Straße anzugehen.

Ich stelle jetzt den Antrag Nr. 146 zur Abstimmung. – Bei 10 Ja-Stimmen ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen beim Antrag Nr. 147 zur Abstimmung. – Bei 11 zustimmenden Voten ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Antrag Nr. 148 (S. 359/360): Aufstockung Sanierungsgelder Kleingartenanlagen (SPD)

Stadtrat Zeh (SPD): Zuerst muss ich den Antrag etwas präzisieren. Wir beantragen eine Erhöhung auf 65.000 Euro. Im jetzigen Doppelhaushalt erhalten die Kleingärtner 53.000 Euro, das wäre also eine Erhöhung um 12.000 Euro.

Warum? Kleingärten werden von uns allen sehr deutlich geschätzt, sie sind Teil des öffentlichen Grüns, sie sind Teil des Grüns in Karlsruhe. Letztendlich hat jeder Bürger die Möglichkeit, durch die Kleingartenanlagen – es sind öffentliche Wege – durchlaufen zu können. Diese öffentlichen Wege werden von Kleingartenvereinen gepflegt, ebenso die Außenhecken der Begrünung, die Zäune um die Kleingartenanlagen, die Tore der Anlagen. Herr Lüthin hat mal durchgerechnet. Wenn diese öffentlichen Wege durch normale Vergabe an Firmen gepflegt werden müssten, käme so ein Betrag von einer halben Million zustande, den die Stadt aufwenden müsste, um diese öffentlichen Wege zu pflegen. Der Betrag ist schon lange nicht mehr erhöht worden. Er ist jetzt ganz klar nicht mehr auskömmlich, weshalb wir um die Erhöhung der Mittel für die Kleingärtner auf 65.000 Euro beantragen.

Ich bitte um Ihre Unterstützung.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Die Kleingärten in unserer Stadt sind eine grüne Ader und ein absolut unterstützenswertes Element, und auch die Arbeit der Gartenfreunde schätzen wir an der Stelle sehr. Nun haben wir aber den Haushalt, den wir eben haben, und müssen sehr sparsam mit dem Geld umgehen. Deswegen werden wir mit der Verwaltung gehen und sagen, eine Nichtkürzung der Mittel ist schon ein ganz deutliches Zeichen und für uns an dieser Stelle genug.

Stadtrat Wenzel (FW): Sehr geehrter Herr Zeh, ich gehe mit Ihrem Antrag mit. Kleingärten sind wichtig. Es gibt eine wunderbare Ausarbeitung von unserem ehemaligen Gartenbauamtschef Professor Mürb, Kleingärten sind für die Gesundheit gut, sind für das Zusammenleben gut, und ich als Kleingärtner weiß, wie viel Zeit ich für die allgemeinen Anlagen reinstecke, denn wir pflegen ja das Gut der Stadt. Ich verstehe nicht die Aussage der GRÜNEN, man möchte gern Fahrradstraßen, aber da, wo es wirklich grün ist, da möchte man nicht investieren.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch für uns von der AfD sind Kleingärten in Karlsruhe besonders wichtig. Wir unterstützen den Antrag.

Der Vorsitzende: Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und ich bitte um das Kartenzeichen. – 17 Gegenstimmen sind nicht die Mehrheit, damit ist der Antrag **angenommen**.

Antrag Nr. 149 (S. 359): Einnahmesteigerung bei der Seebühne durch Sponsoring (CDU)

Antrag Nr. 150 (S. 359): Erhalt der Konzerte auf der Seebühne im Stadtgarten (FDP)

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Der Antrag passt im Endeffekt zu dem SPD-Antrag Nr. 72, zu dem vorhin die Kollegin Ernemann gesprochen hat. Wir sind in diesem Gesamtkontext heute so weit einverstanden und erklären den Antrag für erledigt. Unser Ansinnen war es, Möglichkeiten zu finden, um diese Konzerte auf der Seebühne zu erhalten, um auch die Musikvereine in unserer Stadt damit zu unterstützen und einfach die kulturelle Vielfalt zu erhalten und weiterhin zu gewährleisten. Aus unserer Sicht wird dem hiermit Rechnung getragen – und insofern für unsere Seite **erledigt**.

Stadtrat Hock (FDP): Auch für meine Fraktion ist die Antwort positiv und auch unser Antrag somit **erledigt**.

Der Vorsitzende: Dann können wir locker mit dem nächsten Antrag weitermachen.

Antrag Nr. 151 (S. 368): Grünanlagen – Kleintierzuchtverein Stupferich (Ortschaftsrat Stupferich)

– Ich höre gerade, der ist auch **erledigt**. Das sieht auch Herr Gartner vom Ortschaftsrat Stupferich so – wunderbar.

Dann springen wir weiter zum **Teilhaushalt 6800** – der Zoo.

Da rufen wir die Anträge 152 bis 154 zusammen auf.

Antrag Nr. 152 (S. 380): Umsetzung Zookonzept: Bau einer neuen Auerhuhn-Anlage soll verschoben werden (GRÜNE)

Antrag Nr. 153 (S. 382): Umsetzung Zookonzept: Vorziehen der Maßnahme Giraffenhaus als Teil der neuen Afrika-Savanne (GRÜNE)

Antrag Nr. 154 (S. 376): Umsetzung Zookonzept: Wasserspiele sollen nicht realisiert werden (GRÜNE)

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Die Wasserspiele haben sich **erledigt**.

Zu den anderen beiden Anträgen: Wir haben eine Verantwortung für die Tiere, die sich in unserer Obhut befinden. Deswegen hat für uns die Investition in die Haltung unserer Tiere beim Zookonzept oberste Priorität.

Es ist Tatsache, dass wir die Mindestanforderungen, die im Säugetiergutachten formuliert sind, an vielen Stellen im Zoo massiv unterschreiten, und deswegen auch einen dringenden Handlungsbedarf haben. Das ist auch beim Giraffenhaus der Fall. Nicht nur, dass hier deutlich mehr Platz angebracht wäre, sondern auch bei den Sicherheitsanforderungen – bei den Geländern – lassen unsere derzeitigen Standards einfach zu wünschen übrig. Deswegen möchten wir diese Maßnahme so schnell es irgendwie geht, mit einem Sperrvermerk vorziehen. Der Sperrvermerk soll mit einem kostenkontrollierten Verfahren im nächsten Jahr erfolgen, so dass diese Anlage sehr schnell realisiert werden kann.

Absehen möchten wir dagegen von der Auerhuhn-Anlage. Das ist ein Kostenpunkt von 420.000 Euro. Natürlich ist das ein Schritt, der einen Zoo modern machen kann, indem man Artenschutzprojekt betreibt, indem man auf heimische Tiere setzt. Aber bei uns liegen die Prioritäten in diesem Haushalt woanders.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir sind uns auch dessen gewahr, dass wir eine Verantwortung für die Tiere haben, und wir sind uns ziemlich sicher, dass Herr Dr. Reinschmidt sich dieser Verantwortung bestens bewusst ist und mit seinen Kolleginnen und Kollegen, mit seinem ganzen Team, sehr gut wissen wird, wann welches der Module im Rahmen des Entwicklungskonzepts – und jetzt auch beim Portal Nationalpark – umzusetzen und zu gestalten ist. Wir gehen davon aus, dass die Prioritäten von den Fachleuten richtig gesetzt werden.

Auch die bezaubernden Luchse sind auch – wenn auch kleinere – Säugetiere, und die neue Luchsfamilie braucht eben auch ihren Bereich. Insofern vertrauen wir einfach darauf, dass die Verwaltung hier weiß, was sie tut.

Stadträtin Fischer (SPD): Aus Rücksicht auf die Tiere wird die Giraffenanlage deshalb in den nächsten Doppelhaushalt transportiert, damit die Giraffen im Sommer im Freien sein können. Man kann diese Baumaßnahme eben gerade nicht vorziehen, weil alle

Bausteine, dieses Umbauplans aufeinander abgestimmt sind und deshalb diese Baumaßnahme nur im Sommer durchgeführt werden kann.

Im Übrigen habe ich fast nichts anderes erwartet, ich denke aber trotzdem mit einer großen Mehrheit werden wir das Zukunftskonzept so wie mehrheitlich verabschiedet auch in den nächsten Jahren umsetzen können.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Unabhängig davon, dass in diesem Haus Herr Dr. Reinschmidt unbestreitbar die höchste Qualifikation hat, um zu beurteilen, wie man das machen sollte, würde ich den Kämmerer bitten, der grünen Fraktion noch einmal den Ablauf zu erklären, wann etwas eingestellt wird und warum etwas nicht im Haushalt steht, wenn es nicht kostenkontrolliert ist – wie in diesem Fall. Denn das ist im Grund genommen unabhängig von allen Meinungen, was die bessere Lösung ist, eindeutig das Killerargument gegen diesen Vorschlag.

Stadtrat Hock (FDP): Frau Fischer, Ihr Vortrag entspricht dem, was auch meine Fraktion sagen wollte. Wir haben auf jeden Fall höchstes Vertrauen in unseren Zoodirektor, dass er so vorgeht, dass es den Tieren gutgeht. Deshalb mache ich es kurz. Wir sehen es genauso wie die SPD und werden auch so abstimmen.

Stadtrat Wenzel (FW): Gestern war Dr. Reinschmidt in Durlach und hat sein Zookonzept im vollen Saal der Karlsburg vorgestellt. Es war so überzeugend, und man konnte seine ganze Leidenschaft und Kompetenz in diesem Vortrag spüren. Ich habe keine Zweifel, dass Herr Dr. Reinschmidt genau weiß, was er will und wie er es will. Deshalb ist dieser Antrag nur abzulehnen.

Der Vorsitzende: Die Antwort auf Ihre Frage, Herr Dr. Fischer, ist wie im Hauptausschuss, dass es unter 500.000 Euro liegt, und deshalb konnte es eingestellt werden.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Es gibt ja auch ein verwaltungsinternes Kostenkontrollverfahren. Es können nicht einfach Projekt eingestellt werden, ohne dass sie irgendwie vorgelegt werden.

Der Vorsitzende: Ich höre von links und rechts, dass das allen klar. Was das bedeutet, weiß ich nicht.

Wir können abstimmen. Wir fangen an mit dem Antrag Nr. 152. – Ich sehe 9 Zustimmungen, der Rest ist dagegen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 153. – Auch hier sehe ich 9 Zustimmungen, der Rest ist **Ablehnung**.

Bevor ich zum nächsten Antrag komme, muss ich Ihnen etwas mitteilen.

Auf Seite 395 ist der dritte Bauabschnitt des Krematoriums – Erneuerung der Ofenlinie 2 – enthalten. Die wird von der Verwaltung mit einem Sperrvermerk versehen, weil es bei Ihnen noch keine Projektvorstellung gab.

Antrag Nr. 155 (S. 407): Verstärkte Zweckbindung von Mitteln der Kfz-Beschaffung zum Aufbau einer Infrastruktur für e-mobility und eines städtischen Elektrofahrzeug-Pools (GRÜNE, KULT)

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Für uns ist der Antrag mit der Vorlage des Sachstandsberichts und Konzepts 2017 **erledigt**. Wir möchten ganz dringend darauf verweisen, dann auch die Flotte der Autos möglichst zu minimieren und verstärkt auf elektrogetriebene Fahrräder zu setzen statt auf Autos.

Antrag Nr. 156 (S. 423): Sanierung der Brückenwaage in Stupferich (OR Stupferich)

Ortsvorsteher Gartner: Ich möchte zu dem Antrag zwei, drei Dinge sagen. Es ist von der Verwaltung vorgeschlagen worden, die Variante 3 zu bevorzugen – entgegen dem einstimmigen Votum aus dem Ortschaftsrat. Ich habe aus den Fraktionen einmal gehört, mit einem einstimmigen Ortschaftsratsvotum möchte man in diesem Hause entsprechend umgehen. Deswegen würde ich mir wünschen, den Antrag des Ortschaftsrats durchzuwinken. Es sind lediglich 4.000 Euro an Mehrkosten, und Sie würden uns ein dorfgeschichtliches Denkmal erhalten. Es hat sich zwischenzeitlich auch unser Heimatverein gemeldet, als er gehört hat, dass die Verwaltung vorschlägt, diesen Wiegetisch stillzulegen und zuzuschütten. Der Heimatverein hat sich bereit erklärt, auf Spendensammlung zu gehen, um die Differenz finanzieren zu können.

Ich möchte also darum bitten, nicht dem Antrag der Verwaltung zu folgen, sondern die Variante 1 zu beschließen und somit dem Ortschaftsrat in seinem einstimmigen Votum zu folgen. Sollte die Mehrheit für den Antrag der Verwaltung stimmen, möchte ich darum bitten, dass man nur den Betrag beschließt, aber nicht die Maßnahme, damit wir mit einem zusätzlichen Spendenaufkommen die Maßnahme doch noch durchführen können.

Stadtrat Brenk (CDU): Wegen der Kürze der Zeit möchte ich nicht mehr sagen, als mich den Worten des Ortsvorstehers von Stupferich anzuschließen. Ich will nicht alles wiederholen, aber es wäre eine gute Sache, wenn der Gemeinderat dem zustimmt. Wenn das Votum anders ausfällt, dann bitte auch ich darum, nur den Betrag festzulegen, sodass die Differenz aus anderen Mitteln übernommen werden kann.

Stadträtin Ernemann (SPD): Meine Fraktion stimmt dem Antrag des Ortschaftsrates Stupferich auch zu. Denn wir respektieren die Voten eines Ortschaftsrates, zumal es ein einstimmiges war. Wir stimmen für die Variante, die vom Ortschaftsrat beschlossen wurde.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Uns interessiert das Votum des Ortschaftsrates überhaupt nicht.

(**Stadträtin Ernemann, SPD:** Was? Komm! - Unruhe)

Wir wären sowieso gegen den Verwaltungsvorschlag gewesen, denn ein Baudenkmal zuzuschütten, ist kein adäquater Umgang mit einem Baudenkmal. Von daher gesehen sind wir dabei, die etwas höhere Lösung mitzutragen.

Stadtrat Wenzel (FW): Dem kann ich mich nur anschließen, auch weil der Ortschaftsrat einstimmig zugestimmt hat.

Stadtrat Pinter (GRÜNE): Wir haben volles Verständnis und Sympathie für den Vorschlag von Stupferich.

Der Vorsitzende: Gut, dann stellen wir den Antrag von Stupferich jetzt zur Abstimmung und ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei einer Ablehnung vom Rest **angenommen**.

So macht man Politik.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 8000**.

Dort beginnen wir mit dem **Tagesordnungspunkt 4**, der entsprechend in den Ausschüssen vorberaten wurde.

Punkt 4 der Tagesordnung: Kultur- und Kreativwirtschaft – „Wachstums- und Festigungszentrum“ (WFZ)

– Sie wollen alle schon abstimmen. – Bei 7 Enthaltungen **stimmt** der Rest der Verwaltungsvorlage **zu**.

Antrag Nr. 157 (S. 450): Startups erleichtern (GfK)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir betrachten den Antrag für **erledigt**.

Der Vorsitzende: Gut, dann kommen wir zum nächsten Antrag.

Anträge Nr. 158 – 159 (S. 450): Beibehaltung des Zuschusses an die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg (GRÜNE, Die Linke)

Stadträtin Rastetter (GRÜNE): Wir alle schätzen die Verbraucherberatung. Sie berät nicht nur in allen Bereichen, die für Verbraucher und Verbraucherinnen relevant sind, sie hat auch ein Bildungsangebot für Lehrer für die außerschulische Bildung, auch für Schulen. Sie hat also ein breit gefächertes Serviceangebot in allen Bereichen, die für Verbraucher und Verbraucherinnen wichtig sind. Sie erhebt mittlerweile – im Gegensatz zu früher – auch Gebühren, weil es nicht mehr anders geht, denn die Informationen wollen gewonnen und aufbereitet werden, und das ist eine sehr umfassende und aufwändige Arbeit. Dafür erhält sie bislang von uns einen moderaten Beitrag von 8.500 Euro.

Wir finden, dass die Beratung und die Bildungsangebote einen so hohen Stellenwert haben, dass wir diese moderate Unterstützung weiterhin gewähren sollten, und bitten

deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag, weiterhin 8.500 Euro für die Verbraucherberatung Karlsruhe einzustellen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich kann diesem Antrag nur zustimmen, denn die Verbraucherzentrale leistet wirklich einen sehr großen Beitrag. Dieses Mal ist der Betrag so klein, dass man ihn nicht kürzen sollte. Deshalb volle Zustimmung.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich rufe beide Anträge gemeinsam auf und bitte um das Kartenzeichen. – Bei 18 Zustimmungen sind beide Anträge **abgelehnt**.

Ich komme noch einmal kurz auf die Beschlussvorlage unter Tagesordnungspunkt 4 zurück. Wir sind der Meinung, dass Sie die Variante A abgestimmt haben. Sehen Sie das auch so? – Dann haben wir es richtig verstanden.

Antrag Nr. 160: Sternwarte auf dem Max-Planck-Gymnasium: Antrag auf kostenkontrollierte Planung schnellstmöglich (KULT)

Stadtrat Wohlfel (KULT): Hier geht es darum, dass MINT in Karlsruhe gestärkt wird. Gerade kann. Die Kinder können mit der Sternwarte eine naturwissenschaftliche Perspektive auf die Welt bekommen, und die Perspektive nennt man in diesem Fall Kosmos. Wir halten es auf jeden Fall für pädagogisch sehr sinnvoll, dass das die Schulen nutzen können, die Karlsruhe Bevölkerung nutzen kann.

Zweitens ist es so, dass wir gern eine zeitnahe Umsetzung hätten, am liebsten möglichst sofort, weil es sich in einem schlechten Zustand befindet und nicht mehr hundertprozentig genutzt werden kann. Wir möchten zumindest einen verlässlichen Horizont, wann die Stadt vorhat, die Restaurierung umzusetzen.

Drittens ist es so, dass für die Maßnahme auch mit Drittmitteln zu rechnen ist. Die Astronomische Vereinigung bemüht sich, sich um Spender zu kümmern. Auch der Förderverein vom Max-Planck-Gymnasium würde sich vermutlich beteiligen. Auch das Land, das für die Restaurierung des Kulturdenkmals im Innern der Kuppel, den Refraktor, zuständig ist, wird sich evtl. auch an der Kuppel beteiligen. Die Staatssekretärin Schütz war in diesem Jahr in Karlsruhe und hat sich das angeschaut. Da gibt es eine zarte Hoffnung, dass die 300.000 Euro für die Kuppel nicht ganz an der Stadt Karlsruhe hängenbleiben werden. So ist die Sache.

Von der SPD hat sich Herr Stober immer dafür eingesetzt, von der CDU die Staatssekretärin Schütz. Auch wir von der KULT-Fraktion sind sehr stark dafür, aber – und jetzt komme ich zum vierten Punkt meines Redebeitrages – die Planungskapazitäten sind mal wieder das Problem. Es stimmt uns sehr traurig, dass es immer diese Planungskapazitäten sind, egal ob bei Schulen, Sporthallen, Radwegen oder jetzt bei dieser Schulsternwarte. Überall sind es immer die Planungskapazitäten, die uns fehlen, um die Dinge so umzusetzen, wie es notwendig wäre. Ich weiß nicht, ob es da eine Lösungsmöglichkeit gibt – mit einer Organisationsuntersuchung oder mehr Personal – um da etwas zu machen. Wir sehen, dass dann in Konkurrenz steht mit anderen Maßnahmen. Da uns jetzt die Verwaltung vorschlägt, das im Doppelhaushalt 1919/20 zu machen, möchten wir es

dann wirklich drin haben, damit die Rüppurrer, der Verein und die Astronomen nicht noch länger warten müssen.

Der Vorsitzende: Das würden wir Ihnen versprechen, Herr Stadtrat Wohlfeil.

Stadtrat Hermanns (SPD): Ich wollte sagen, das ist ein toller Antrag, und aus Sicht der SPD-Fraktion ist auch die Antwort der Verwaltung zufriedenstellend. Aber ich muss jetzt doch schon noch etwas sagen. Ich meine, wir können nicht ständig unterschiedliche Priorisierungen von der Verwaltung verlangen. Auf der einen Seite haben wir eine ganz klare Priorisierung, Wohnraum zu schaffen und ein dementsprechendes Planungsrecht. Wir wissen ganz genau, wie schwierig es ist, entsprechendes Fachpersonal zu gewinnen, damit man überhaupt die Anträge abarbeiten kann. Wir wissen ganz genau, dass wir einen unheimlichen Stau haben, der auch durch die Schaffung von neuen Stellen sukzessive abgebaut wird. Von daher – das muss ich jetzt sagen – kann ich die Kritik an der Verwaltung nicht ganz nachvollziehen.

Aber im Ganzen: Die Sternwarte ist eine tolle Sache für das Max-Planck-Gymnasium, für die Sensibilisierung von Schülern für Wissenschaft, Technik und Astronomie. Von daher finden wir den Antrag gut, aber aus unserer Sicht hat sich der Antrag erledigt.

Der Vorsitzende: Dann können wir den Antrag als erledigt betrachten und sagen Ihnen die Aufnahme für 1919/20 zu, und sollte sich vorher noch eine kleine Lücke ergeben, wissen wir, was Sie gerne in der Lücke hätten.

Antrag Nr. 161 (S. 514): Kostenkontrollierte Planung für Sporthalle(n) für Bismarck-Gymnasium/Hebelschule (KULT)

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Unter Punkt 1 wurde heute ein Antrag von uns aufgerufen: Verwaltungsmodernisierung. Unter den Punkten 2, 3, 4, 5 und 6 ging es um ähnliche Themen: Struktur der Verwaltung, Abwicklung. Wieso komme ich jetzt darauf zu sprechen?

Ich komme darauf? Ich komme wegen der Antwort auf unseren Antrag bezüglich der geforderten kostenkontrollierten Planungen für Sporthallen im Bereich der Innenstadt. Und ich lese da: „Eine Einstellung der kostenkontrollierten Planung in den Haushalt 2019/2020 ist wegen der langen Vorlaufzeiten und der bereits vollen Auftragsbücher ohne Zurückstellung anderer Projekte nicht möglich.“ Herr Obert, sie mögen mir verzeihen, aber als Stadtrat kann ich mit so einer Antwort nicht einverstanden sein. Wenn ich an das nächste Thema mit der Stadthalle denke, dann sind das zwei Beispiele für mich, die mir zeigen, dass wir im Hochbaubereich dringend die Prozesse überarbeiten müssen. Ich kann Ihnen nicht sagen, woran es liegt, warum das so lange dauert. Ich habe keine Lösung, aber das strategische Ziel, das wir als Politik vorgegeben haben, ist, dass wir mehr große Sporthallen brauchen. Insgesamt wird im Sportentwicklungsplan von 4 gesprochen, wenn es mal 2 werden, bin ich glücklich, aber wir brauchen auf jeden Fall ganz schnell eine. Ich verstehe es trotzdem, dass es auf der Tränenliste für diesen Haushalt gelandet ist, denn es ist tatsächlich nicht alles beliebig schnell abzuwickeln, aber wenn ich gesagt bekomme, so etwa ist nicht für den nächsten Haushalt vorbereitbar, dann stimmt etwas nicht. Das kann nicht sein. Das ist das Einzige, was ich hier sagen

will. Wir erwarten, dass für den Haushalt 2019/2020 diese strategische Zielsetzung, dass der Stau bei den großen Sporthallen abgebaut wird, dass sich das in der Aufstellung des Haushaltsplans in Form einer Durchführung einer kostenkontrollierten Planung für eine Sporthalle wiederfindet. Das ist alles, was ich sagen will.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Wenn wir, Herr Dr. Fischer, uns den Antrag Nr. 162 anschauen und bekommen dort diese Antwort – es wäre jetzt, müßig, heute Abend dieses Fass aufzumachen. Aber, Herr Oberbürgermeister, vielleicht sollten wir mit Herrn Bürgermeister Obert einmal im Bauausschuss darüber reden, welche größeren Projekt denn noch anstehen, denn dieses Projekt ist notwendig, ganz egal, wie die finanzielle Lage der Stadt ist. Es gibt eine Prioritätenliste. Aber zu sagen, dass von der Baubehörde bis 2020 keine Planungen mehr machbar sind, darüber sollte man im Bauausschuss reden, um zu sehen, was noch alles in der Pipeline ist und wo wir uns dahinterklemmen sollten, um eine Lösung zu bekommen. Deshalb würden wir gerne das Thema im Bauausschuss besprechen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich muss auch sagen, es gehört viel Mut dazu, uns so eine Antwort vorzulegen. Zähneknirschend – aber wirklich zähneknirschend – stimmen wir der Verwaltungsvorlage zu, weil es auch für uns nicht nachvollziehbar ist, dass eine Sporthalle an einem Gymnasium in Karlsruhe noch nicht mal für die Jahre 2019/20 kostenkontrolliert eingestellt werden kann. Wir bitten darum, dass es etwas zügiger geht. Ich bin nicht im Bauausschuss, aber ich Sympathie für den Vorschlag, das noch einmal im Bauausschuss zu behandeln. Es ist in der Tat nicht richtig nachvollziehbar, aber wir gehen mit der Verwaltung mit und akzeptieren die Vorlage.

Stadtrat Hodapp (GRÜNE): Wir schließen uns auch der Vorlage der Verwaltung an, dass eine Dreifeldsporthalle notwendig ist, das steht außer Frage. Nach dem, was ich beim Zookonzept gehört habe, mit welchem Urvertrauen unserem neuen Zoodirektor gefolgt wird, war ich versucht zu sagen, ich folge hier mit großem Vertrauen unserer Verwaltung. Wenn das schon beim Zoodirektor getan wird, dann muss ich das bei der Verwaltung natürlich erst recht tun. Aber ich würde das dahingehend abmildern, dass wir auf jeden Fall im Bauausschuss noch einmal darüber reden sollten. Aber wir folgen für den Moment dem Vorschlag der Stadtverwaltung.

Der Vorsitzende: Ich empfinde die Antwort als relativ ehrlich, weil wir an dem, was für die nächsten zwei bzw. vier Jahre jetzt schon an in den Haushalt eingepreisten Investitionen und den dafür erforderlichen kostenkontrollierten Planungen sehen, erkennen können, dass wir einfach voll gesättigt sind. Sie können uns natürlich beauftragen, dass wir eine solche in 2019/20 aufnehmen, auch kostenkontrolliert, aber dann müssten wir darüber reden, was wir dafür verschieben. Insofern finde ich den Vorschlag gut, im Bauausschuss Ihnen noch einmal die gesamte Liste vorzustellen, wie wir dazu kommen, was dabei ist und was nicht dabei ist. Da es jetzt nicht mehr den Doppelhaushalt betrifft, würde ich meinen, dass wir den Antrag Nr. 161 noch einmal im Bauausschuss aufrufen und ihn damit für heute erst einmal als **erledigt** erklären können.

Antrag Nr. 162 (S. 522): Modernisierung Stadthalle – Kürzung der eingestellten Mittel (GRÜNE)

Dazu rufe ich auf:

Punkt 6.1 der Tagesordnung: Projektvorstellungen im Rahmen des gemeinderätlichen Kostenkontrollverfahrens: Stadthalle Modernisierung

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Als wir im letzten Jahr im Juni den Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Stadthalle gefasst haben, hat sich meine Fraktion damit schwergetan, dem zuzustimmen – in Anbetracht der Kosten, die damals genannt wurden. Auf der einen Seite war klar, wir brauchen eine Stadthalle, auf der anderen Seite war aber auch damals schon klar, wir müssen sparen und Ausgaben sehr sorgsam prüfen, uns wirklich immer fragen, ist das wirklich notwendig, was bringt es. Welche Ziele haben wir im Hinblick auf die Stadthalle, z. B. zur Gewinnung neuer Kunden, durch welche Maßnahme im Blick auf die Stadthalle kommen wir diesem Ziel näher? Welche Folgekosten ergeben sich, aber auch welche Kosten im laufenden Betrieb reduzieren sich im Laufe der Zeit durch eine Modernisierung?

Diese Fragen sind bei der Stadthalle umso relevanter, weil die Modernisierung der Stadthalle keinen Return of Invest in dem Sinne bringt, dass genau beziffert werden kann, wie viel wir dafür bekommen. Die Stadthalle ist im Besitz der Stadt, und die Miete, die die KMK für die Nutzung der Stadthalle bezahlt, ist relativ gering. Wir müssten die Miete exorbitant steigern, um tatsächlich eine Re-Investition dieser Modernisierungskosten zu erhalten. Damit würden wir dann in einen höheren Defizitausgleich für die Messe hineingehen, was letzten Endes keinen Sinn macht.

Es war damals in der Vorlage eine Kostenpanne von 48 – 53 Mio. Euro genannt worden. Wir haben damals in unserer Rede sehr deutlich gemacht, dass wir schon wollen, dass es unterhalb dieser Kostenspanne herauskommen muss, dass das angestrebt wird. Es wurde damals von der Verwaltung – von Ihnen, Herr Oberbürgermeister – folgende Aussage gemacht. Ich muss Sie jetzt einfach zitieren, nicht weil ich eine Vorwurfsrede halten will, wie das häufig mal so ankommt, sondern ganz einfach, um zu erklären, warum wir damals schweren Herzens zugestimmt haben und warum wir heute – zumindest, wenn es bei diesem Kostenrahmen bleibt – ablehnen, auch schweren Herzens. Ihre Aussage war damals: „Ich habe schon einmal in einer anderen Stadt ein 50-Mio.-Kongresszentrum mitverfolgen können. Da hat es viel dazu beigetragen, am Ende die Kosten einzuhalten, dass es einen ganz intensiven Austausch während der Bauphase gab, aber auch schon vorher eine ganz kritische Diskussion darüber, welchen Standard man im Einzelfall haben will. DA müssen wir dann schauen, wie wir das geregelt bekommen. Dann müssen wir ein Budget festlegen, und im Zuge der Umsetzung an der einen Stelle brauchen wir vielleicht etwas mehr, dann müssen wir an der anderen Stelle etwas nachgeben. Das sage ich Ihnen ausdrücklich zu, dass wir das so machen.“

In der Folge wurde dann der Begleitausschuss Modernisierung Stadthalle gegründet, so dass wir dachten, jetzt wird dem Antrag auch gefolgt, und haben das prinzipiell auch begrüßt. Ganz generell war es aber so, dass wir in dem Begleitausschuss zwar mit bestimmten Dingen vertraut gemacht wurden – die erste Sitzung behandelte zur Historie

des Ganzen –, und dann haben wir eine Begehung gemacht. Wir haben schriftlich viele Fragen gestellt, woraufhin wir dann mehr Fakten bekamen, aber was ganz, ganz bestimmt nicht passiert ist – und wo ich denke, da müssen wir hin –, es wurde nicht über Standards diskutiert. Aber das ist genau der Punkt, über den wir im Zuge der Haushaltskonsolidierung ran müssen. Wir müssen über Standards reden. Wir müssen darüber reden, wo wir vielleicht doch mal Abstriche machen. Da will ich dann auch irgendwann keine Liste vorgelegt bekommen. Die gab es dann aber in der allerletzten Sitzung, aber dann zu sagen, welchen Punkt man herausnehmen könnte, nein, das geht nicht. Es gab eine Überblickseite mit Kosten, auf der 10 Posten standen. Wenn ich gesagt habe, ich brauche das genauer, muss wissen, wo das hingeht, kam das Angebot, sieben Ordner zu bekommen. Da habe ich gesagt, ich brauche etwas dazwischen, das gab es aber leider nicht. Das ist jetzt kein Vorwurf, aber wenn wir das in der Zukunft noch einmal probieren sollten mit einem solchen Prozess, wo wir dann über Standards diskutieren, müssten wir Wege finden.

Letzten Endes ist es für uns dann eben so, dass viele Dinge von der Verwaltung entschieden wurden, vieles neu zu machen, wo man vielleicht doch manches hätte länger behalten können. Das einfachste Beispiel ist das mit den Parkettböden, wo entschieden wird, das jetzt doch neu zu machen. Ich kann das auch alles verstehen, auch, dass Sie jetzt alles gerne neu haben wollen, dass es sich Schritt für Schritt so entwickelt hat. Das bedeutet ja auch keinen Dreck, keinen Ärger, Ruhe für die nächsten Jahr und Sicherheit. Aber auf der anderen Seite bedeutet das auch höhere Kosten. Das ist der eine Faktor.

Der andere Faktor sind die Kosten, die sich durch die Brandschutzgeschichte ergaben. Aber da wurde nicht gesagt, wenn sich ein Posten erhöht, muss man bei einem anderen schauen, ob er sich reduzieren lässt. Jetzt sitzen wir da mit einer Summe von 58 Mio. Euro, die 5 Mio. Euro über dem Maximum liegt, das uns eigentlich auch schon zu viel war.

Es gab auch keinen Wettbewerb in der Innenarchitektur. Vielleicht hätte das Lösungen gebracht, die auch Standardfragen aufgeworfen hätten. Wir bedauern schon, dass bei solchen umfangreichen grundlegenden Dingen – außer beim Foyer – nicht mit Wettbewerben gearbeitet wird.

Generell kann man die Frage stellen, wo das operative Geschäft beginnt, wo der Gemeinderat noch etwas mitzureden hat. Das ist eine durchaus berechtigte Frage, aber letzten Endes ist es so, wo wir involviert sind, ist ganz klar, nämlich bei der Festsetzung des Kostenrahmens. Und da ist für uns die Obergrenze überschritten. Wir wussten nicht genau, bis wann dürfen wir Anträge stellen, so dass wir nicht über die Veränderungsliste gegangen sind, sondern schon vorher diese Kürzung über 5 Mio. Euro reingestellt, so dass wir bei der Höchstsumme, die bewilligt wurde, landen würden.

Wenn es bei dem Kostenrahmen von 58 Mio. Euro bleibt, werden wir die Verwaltungsvorlage ablehnen. Ich möchte hier an dieser Stelle noch einmal betonen, dass es um eine Ablehnung der Kosten geht und nicht darum, die Arbeit der KMK abzuwarten bzw. nicht anzuerkennen, was dort geleistet wird. Wir nehmen es so wahr: Die KMK ist sehr engagiert, leistet eine gute Arbeit. Wir schätzen die Akquiseleistung und die Aus-

führung der Aufträge. Wir sehen auch einige positive Aspekte bei der Modernisierung, z. B. bei der energetischen Sanierung, dass bestimmte Kosten im Betriebe eingespart werden, und begrüßen das ausdrücklich.

Wir wünschen allen Beteiligten für diese schwierige Zeit des Umbaus viel Kraft und viel Erfolg für die Zeit bis dahin, vor allem auch dann, wenn die Modernisierung abgeschlossen ist. Dass die Vorlage eine Mehrheit finden wird, daran zweifeln wir nicht.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Frau Dr. Leidig, es ist richtig, dass wir im Juni 2016 einen Grundsatzbeschluss gefasst haben. Sie haben heute Abend nun noch einmal eine Grundsatzrede gehalten. Das werde ich jetzt nicht mehr tun. Nur eines möchte ich Ihnen sagen: Sie hatten von Zielen gesprochen. Was bringt uns dieses Kongresszentrum? Das ist eine Frage, die sich in diesem Raum jeder beantworten. Es ist das Aushängeschild der Stadt Karlsruhe. Es ist die gute Stube der Stadt. Wir haben internationale Kongresse, bundesweite Tagungen hier in Karlsruhe. Darüber müssen wir nicht mehr diskutieren. Es würde auch den Rahmen heute Abend sprengen.

Sie haben ein Thema angesprochen: Standards. Ich gebe Ihnen in diesem Punkt schon Recht, wenn man bei gewissen Projekten von den Qualitäten von Standards sprechen muss. Aber in einem Kongresszentrum auf Standards zurückzugehen, was ein Mitbewerber in Mannheim im Rosengarten schon längst hat, da werden Sie Schiffbruch erleiden. Eines ist ganz klar: Der Markt gibt die Richtung vor, und wer nicht mit dem Markt geht, der wird irgendwann gehen, und das gilt vor allem im Bereich des Kongresswesens. Sie können nicht einfach eine Bestuhlung nehmen, die um 100 Euro pro Sitz günstiger ist, und nachher sitzt keiner drauf. Diese Kundschaft wird nur einmal in Karlsruhe sein und dann nicht mehr kommen. Deshalb können Sie von Standards in diesem Fall nicht so pauschaliert sprechen, wie Sie es getan haben.

Ich möchte etwas zu diesen 53 Mio. Euro bzw. zu diesen 58 Mio. Euro sagen, wo wir letztendlich heute angekommen sind. Ich glaube, es war eine hervorragende Idee – Herr Oberbürgermeister, Sie sagten es im Juni – dass wir diesen Begleitausschuss eingerichtet haben, dass wir im Dialog geblieben sind, was die Kostensteigerung angeht. Es ist meiner Fraktion wesentlich lieber, dass wir im Vorfeld eine ehrliche Planung haben, dass wir eine Planung haben, die uns im Begleitausschuss vorgelegt wurde. Es gab ja auch Gespräche mit der Branddirektion im Begleitausschuss. Das war eine Vorgehensweise, die uns lieber ist, dass wir am Anfang sagen, da kommen wir am Ende des Tages heraus, bei der Eröffnung stehen wir dort. Es ist besser, als immer wieder Nachträge um Nachträge stellen zu müssen. Eines lassen Sie mich auch noch sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorlage hat einen unheimlich hohen Prozentsatz von Unvorhergesehenem drin – mit einem zweistelligen Prozentsatz von 14 %. Ich glaube nicht, dass wir das am Ende auch brauchen, aber stellen wir es heute ein und haben einen gewissen Risikopuffer. Wenn wir am Ende weniger brauchen, sind wir alle froh.

Deshalb gilt für die CDU heute Abend Zustimmung zur Verwaltungsvorlage und Glück auf für unser neues Kongresszentrum am Festplatz.

Stadtrat Zeh (SPD): Ich will jetzt auch zum Ende der heutigen Haushaltsdebatte etwas deutlicher werden. Klar, wir haben Projekte wie im letzten Doppelhaushalt die Au-

gustenburgschule, die im Haushalt drin war und danach erst in die kostenkontrollierte Planung kam. Ähnliches haben wir jetzt in dem Doppelhaushalt mit der Dragonerkaserne und der Stadthalle. Die 48 – 53 Mio. Euro - der Herr Ehlgötz hat es auch erwähnt – war eine frühe Schätzung, wir sind zwischendurch auf 63 Mio. Euro gegangen, haben wirklich über 10.000 Euro Einsparung und Ähnliches diskutiert, um letztendlich zu der vernünftigen Lösung von 58 Mio. Euro zu kommen. Das, was die GRÜNEN hier wollen – Sie wollen den Kostenrahmen festsetzen und danach muss entschieden werden –, so geht es nicht. Diesen grünen Eiertanz haben wir schon erlebt beim Exotenhaus, und jetzt kommt es erneut auf. Da muss prinzipiell mal etwas anderes gemacht werden.

Hier ist es genauso. Herr Ehlgötz hat schon darauf hingewiesen, wir wären natürlich auch gezwungen, wenn am Ende der Abrechnung nicht die 58 Mio. Euro, sondern 53 Mio. Euro stehen. Es sind ja 6 Mio. Euro für Unvorhergesehenes drin, die wir hoffentlich nicht brauchen.

Auch muss ich zugeben, es gibt ein Beispiel, wo es um 2 Mio. Euro teurer wurde, das ist der Brandschutz, der beanstandet hat, dass diese Zweierrohre nicht ausreichend seien, es seien Viererrohre erforderlich. Nicht die Verwaltung bestimmt, was drin ist, sondern die Vorschriften geben manches vor. Sie fordern eine Umplanung. Wir haben gerade vorhin über die Planungskapazitäten gesprochen. Es ist unglaublich, wie viele Stunden dafür aufgebracht wurden, und die GRÜNEN fordern noch mehr Planungskapazität. So kann dieser Eiertanz nicht weitergehen. Wir müssen die kostenkontrollierte Planung akzeptieren, wie sie nun einmal ist. Dafür machen wir sie, auch bei anderen Projekten. Wenn Sie dem Gesamtprojekt nicht zustimmen, dann können Sie auch dem nicht zustimmen. Ich glaube, die Mehrheiten sind ganz anders. Aber die GRÜNEN sollten sich überlegen, ob sie wirklich Kosten als Maximalgrenze einfach festsetzen, um eine vernünftige Planung hinzukriegen. Das ist eine vernünftige Planung, die detailliert im Beirat vorgenommen wurde. Ich muss auf die detaillierte Vorlage nicht weiter eingehen.

Stadtrat Jooß (SPD): Ich bin heute Mittag extra wegen dem Thema Stadthalle in den Bauausschuss gegangen, obwohl ich kein Mitglied bin.

Ich denke, Michael Zeh, hat es sehr deutlich gesagt. Ich bin sehr dankbar für die Stellungnahmen von Schwarz und Rot. Wir schließen uns ihr voll an. Wenn ich hier in die Vorlage schaue, sehe ich unter Kostenschlüssel 18, fast 19 Mio. Euro Baukonstruktion, Bauwerk und technische Anlagen über 20 Mio. Euro. Das gibt allein über 40 Mio. Euro. Dann kann man doch nicht noch sagen, wir müssen über Standards reden. Wo können wir überhaupt noch sparen, wenn das Kernstück schon gebraucht wird. Ich danke herzlich für die Vorlage der Verwaltung. Sie hat wirklich tolle Arbeit geleistet, sie ist transparent und hat uns in allen Punkten einbezogen. Es ist auch zweimal ein Sicherheitspuffer eingebaut, wir können dem absolut folgen und sind froh, wenn wir unser Kongresszentrum jetzt modernisieren. Wer weiß, wie das zu vermarkten ist. Wir müssen etwas auf dem Markt anbieten – Herr Ehlgötz hat es schon gesagt – damit wir nicht ins Hintertreffen kommen. Deshalb ist es so notwendig wie sonst nichts, diese Stadthalle zu sanieren. Wir begleiten diese Sache sehr gerne.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir teilen die Bedenken der GRÜNEN. Wenn wir hier ein Projekt auf den Weg bringen – aufgrund von Zusagen von der Verwaltung – dann muss

man sich auch in gewisser Weise auf die Kosten verlassen können. Wenn an der einen Stelle mehr kommt und an der anderen Stelle gespart ist, kann man hinterher nicht sagen, es ist einfach teurer geworden. In dem Punkt teilen wir die Bedenken der GRÜNEN, denn wir müssen uns darauf verlassen können.

Der Vorsitzende: Ich möchte gerne zwei Dinge auseinanderhalten. Das eine ist, es hat sich bei den Planungen eine Kostensteigerung auf 63 Mio. Euro ergeben, und davon hat man dann 10,5 Mio. Euro wieder heruntergenommen. Das heißt, es hat hier erhebliche Eingriffe in Standards und auch in entsprechende Kosten gegeben. Mit den knapp 6 Mio. Euro für Unvorhergesehenes kommt man jetzt auf diese 58 Mio. Euro. Das wirft noch einmal die Frage auf, warum es uns vor einem Dreivierteljahr noch nicht möglich war, es besser abzuschätzen. Das ist bei solchen Dingen, wenn der Brandschutz entsprechende Forderungen stellt, durchaus nachvollziehbar. Es ist ärgerlich, weil wir immer den Eindruck erwecken, jedes Mal, wenn man genauer schaut, wird es wieder ein bisschen teurer. Das haben wir ja bei anderen Projekten auch. Aber ich habe bisher noch keinen Schlüssel gefunden, wie man das vorab so präzise einschätzen kann, dass man nicht am Ende doch in irgendeiner Weise daneben liegt. Da jede Detailplanung wieder neues Geld kostet, muss man vorher schon fragen, ob Sie einverstanden sind, denn sonst würde man für vertiefte Planungen einen Haufen Geld ausgeben, und am Ende sagen Sie, das wäre nicht tragbar gewesen, wenn man das von vornherein gewusst hätte.

Wir haben auch in der Verwaltung intensiv darüber diskutiert und können Ihnen von diesen 58 Mio. Euro im Moment einfach nicht herunterhelfen. Die brauchen wir, um mindestens das umzusetzen, was wir selber noch für verantwortlich halten. Das ist deutlich mehr, als wir gesagt haben, das ist völlig klar. Aber wir sehen einfach keine Möglichkeit, die ist mit den 10,5 Mio. Euro einfach erschöpft.

Das Zweite – und da würde ich gerne, Frau Dr. Leidig, noch einmal mit Ihnen ins Gespräch kommen –, ist, wie wir einen solchen vorbereitenden Ausschuss aufbauen, damit Sie entweder die Folgen von Standardreduzierungen nachvollziehen können oder dass es keine Standards mehr gibt, die wir reduzieren können, um am Ende nicht zu einer Frusterfahrung zu kommen. Das wäre mir ganz wichtig, denn wir werden solche Ausschüsse noch öfter brauchen, wenn ich z. B. ans Staatstheater denke und an anderes. Es müssen auch Ausschüsse sein, die so gut vorbereitet sind, dass Sie dann auch während der Bauzeit solche Dinge noch verfolgen können, denn Kostensteigerungen gibt es auch noch während der Bauzeit, und die müssen aus meiner Sicht ganz eng mit dem Gemeinderat kommuniziert werden, sonst können Sie auch da anschließend nicht vertreten, was im Einzelnen passiert. Insofern sollten wir hinsichtlich dieses Themas versuchen, zu erfühlen und zu erfahren, was noch an Verbesserung in der Binnenkommunikation und in der entsprechenden Abstimmung sinnvoll ist. Ich halte das für eine ganz wichtige Sache, sonst können Sie irgendwann diese Baumaßnahmen nicht mehr vertreten, die wir umsetzen.

Jetzt bitte ich Sie, über den Antrag Nr. 162 abzustimmen, wo es um die Reduzierung der eingestellten Mittel geht. Dazu bitte ich Sie um das Kartenzeichen. – Bei 11 Zustimmungen ist dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt stelle ich die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung. – Da gibt es 11 Ablehnungen, der Rest stimmt zu. Damit ist die Vorlage **angenommen**.

Jetzt haben wir noch einen Antrag abzuwickeln:

Antrag Nr. 163 (S. 479): Herstellung der Barrierefreiheit (Beirat für Menschen mit Behinderungen)

Wenn es keine Wortmeldungen gibt, bitte ich Sie um das Kartenzeichen. – Sie sagen, der ist **erledigt**. Ich habe keine Notiz. Wenn er erledigt ist, ist er erledigt. Wenn er zu Mehrkosten führen sollte, haben Sie ihn abgelehnt.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 6.2, der heute Morgen im Bauausschuss vorberaten wurde:

Punkt 6.2 der Tagesordnung: Projektvorstellungen im Rahmen des gemeinderätlichen Kostenkontrollverfahrens: Badisches Konservatorium, Umbau Dragonerkaserne

Ich bitte um das Kartenzeichen. – Da haben wir jetzt nur **Zustimmungen**.

Antrag Nr. 164: Nightliner erhalten: notwendige Zuschüsse an VBK (KULT)

Stadtrat Wohlfel (KULT): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte für den wirklich allerletzten Antrag heute um Ihre volle Aufmerksamkeit. Im Gegenzug verspreche ich Ihnen, dass wir nicht die noch 18 verbliebenen Redezeitminuten voll aufbrauchen, 5 Minuten reichen mir.

Neben dem Haushaltsstabilisierungsprozess der Kernverwaltung gibt es ja auch noch die Stabilisierung der städtischen Holdinggesellschaft KVVH. Die Verkehrsbetriebe Karlsruhe – VBK – spielen dabei eine besonders wichtige Rolle und haben von Politik und Verwaltung die sehr ambitionierte Vorgabe, ihr Ergebnis dauerhaft um 10 Mio. Euro pro Jahr zu verbessern. Die VBK wollen dazu unter anderem den Nightliner unter der Woche einstellen. Viele in der Stadtgesellschaft widersprechen dieser Maßnahme: zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die KIT-Studierendenschaft, die Partei Die Linke, die SPD-Jugendorganisation Jusos, die CDU-nahe Junge Union und viele weitere mehr. Für uns von KULT gibt es vier besonders wichtige Gründe, weswegen wir die Nightliner an allen Tagen erhalten wollen.

1. Sicherheit. Aus den Kriminalitätsstatistiken geht hervor, dass besonders nächtliche Gewaltdelikte und Raubüberfälle in der Stadt zugenommen haben. Mit den Nightlinern können die Leute sich auch nachts sicher durch die Stadt bewegen. Das konnten wir auch der Verwaltungsstellungnahme zum Nachttaxi entnehmen. Wenn diese sichere Mobilität wegfällt, verschärfen wir fahrlässig die nächtliche Sicherheitsproblematik.

2. Nächtlicher Pendlerverkehr. Nicht alle Berufe haben Arbeitszeiten zu den üblichen Bürozeiten von 8 – 17 Uhr. Kollege Jooß als Bäckermeister weiß hier sicher Bescheid. Aber das betrifft auch Schichtarbeitende, z. B. in Krankenhäusern, Putzdienste, Sicher-

heitsdienste usw. Die nächtliche Arbeit nimmt weiter zu. Diese Personen sind auch nachts auf einen funktionierenden ÖPNV angewiesen. Oft betrifft dies besonders schlecht bezahlte Berufe. Viele der Betroffenen können sich daher ein eigens Auto als Alternative nicht leisten.

3. Kultur- und Nachtleben. Auch unter der Woche gibt es in Karlsruhe Kulturveranstaltungen, die erst spät in der Nacht enden. Manche haben auch unter der Woche Gelegenheit, um mit Freunden oder Kollegen einen netten Abend zu verbringen. Oft nutzen sie dabei die Nightliner, um wieder sicher nach Hause zu kommen. Die Nightliner unter der Woche einzustellen, schadet auch Kultur und Wirtschaft.

4. Es gibt kein öffentliches Verständnis dafür, dass der Karlsruher ÖPNV gleichzeitig unzuverlässiger wird, teurer wird und dann auch noch das Angebot reduziert. Aufgrund der erheblichen Bedeutung für die Stadtgesellschaft wollen wir, dass das oberste politische Gremium der Stadt Karlsruhe beschließt, auf diese Angebotsreduzierung zum jetzigen Zeitpunkt zu verzichten. Wir von KULT beantragen daher, dass der Gemeinderat den Verkehrsbetrieben über eine höhere Verlustübernahme die nötigen Finanzmittel zur Verfügung stellt, um die Nightliner auch unter der Woche aufrechtzuerhalten.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Keine Sorge, ich werde die uns zur Verfügung stehende Restredezeit nicht ausschöpfen. Ich habe immer einen grundsätzlichen Vortrag zum ÖPNV in der Tasche, den halte ich jetzt nicht.

Worum geht es? Die VBK muss ihren Zuschussbedarf senken, muss sparen, muss einen Beitrag leisten zur Haushaltskonsolidierung, fraglos. Deswegen haben wir im Aufsichtsrat VBK beschlossen, bei den Angeboten, die ganz wenig nachgefragt werden, zu reduzieren. Dabei bleiben wir. Ich möchte am Schluss der heutigen Beratungen noch einmal grundsätzlich sagen – ich habe das vorhin bei einem ganz anderen Punkt schon gesagt –, es wird nicht gehen, Sparen geht nicht ohne eine Reduktion des Services, und genau an einem solchen Punkt sind wir nun. Natürlich ist es für eine Großstadt wie Karlsruhe bedauerlich, wenn der ÖPNV nachts reduziert wird, aber wir müssen sparen, und insofern bleiben wir bei dem, was der Aufsichtsrat beschlossen hat und lehnen den Antrag auf Rücknahme dieses Beschlusses ab.

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Wir sehen das ganz genauso. Ich habe es heute Nachmittag schon einmal gesagt: Aus diesem Hause kam der Wunsch bzw. die Forderung, dass sich die Gesellschaften auch am Sparpaket beteiligen.

Die VBK fahren in den letzten 15 Jahren kontinuierlich in einem Defizitbereich von 22 bis 25 Mio. Euro. Jetzt kommt hinzu, dass in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 dieses Defizit steigen wird auf 58 Mio. Euro. Da war es geradezu selbstverständlich und auch Aufgabe und Verantwortung des Aufsichtsrates, sich hier einmal Gedanken zu machen, wie man dieses Defizit herunterbekommen kann, weil schließlich die KVVH auch nicht mehr in der Lage ist, ein solches Defizit abzudecken. Deshalb hat man sich richtigerweise Gedanken gemacht und gesagt, wir werden versuchen, das Defizit auf 30 Mio. Euro zu begrenzen. Dann hat man überlegt, wo gibt es Maßnahmen, die nicht ganz so schmerzhaft sind wie andere Maßnahmen, und deshalb hat man im Aufsichtsrat beschlossen, den Nightliner für diese Zeit unter der Woche einzustellen – mit der

Maßgabe, nach Fertigstellung der Kombilösung und nach Prüfung, wie sich das Ganze entwickelt hat, durchaus noch einmal über dieses Thema zu diskutieren.

Von daher war das vollkommen in Ordnung. Ich möchte noch eines sagen: Die gesamten Sparbeschlüsse – das haben einige hier im Haus vergessen – haben wir immer vor dem Hintergrund, dass es dadurch keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird, beschlossen. Ich glaube, das war ein gutes Versprechen von Seiten der Verwaltung.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Ich bitte Sie noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit, denn von uns kommt jetzt gleich ein Kompromissvorschlag. Wir haben hier in Karlsruhe tatsächlich einen sehr hohen Standard dadurch, dass die ganze Nacht durch ein Nightliner gefahren ist. Klar, es geht bei diesem Haushaltskonsolidierungsprozess darum, einzusparen, auch bei hohen Standards zu sparen. Auch die Verkehrsbetriebe müssen definitiv ihren Beitrag leisten, und der Nightliner ist hier natürlich sehr naheliegend.

Dennoch ist es so: Immerhin 80.000 Leute benutzen den Nightliner im Jahr von montags bis donnerstags. Natürlich wollen wir in Karlsruhe auch die Möglichkeit bieten, dass Leute, die keinen Führerschein haben, rund um die Uhr mobil sein können. Dazu kommt noch der Sicherheitsaspekt, der heute schon an verschiedenen Stellen angeklungen ist. Der Nightliner ist ein sicheres Verkehrsmittel durch die Nacht, und er belebt natürlich auch die Innenstadt bei Nacht.

Unser Kompromissvorschlag: Wir glauben, es wurde hier noch nicht so sehr in der Mitte gedacht. Es ging um viel streichen oder gar nichts streichen, was jetzt von KULT gefordert wird. Wir möchten gerne einen Mittelweg aufzeigen. Wir beantragten 250.000 Euro für ein neues Konzept, und die Punkte, die uns dabei sehr wichtig sind zu prüfen, ist zum einen, ob es möglich ist, die Frequenz weiter herunterzufahren. Ist es möglich, statt der großen Bahnen Busse einzusetzen, die vielleicht auch stärkere Umwege fahren, um so mehr Leute mitzunehmen? Natürlich braucht man dafür auch länger, aber es ist garantiert, dass man auch nach Hause kommt. Ist es möglich, auch noch einmal zwischen Sommer- und Winterzeit zu unterscheiden? Wir wissen alle, im Winter, wenn es kalt ist, ist es viel schlimmer, in der Kälte zwei Stunden zu warten. Im Sommer ist es tendenziell eher möglich, zwei Stunden an der Haltestelle zu stehen oder zu Fuß zu gehen. Gibt es unter dem Jahr Möglichkeiten, etwas zu machen.

Dann kommen natürlich auch die kleineren Spitzen unter der Woche dazu, z. B. ist der Donnerstag der Tag, an dem Studenten gerne feiern gehen. Ist es da vielleicht möglich, tatsächlich noch etwas anzubieten, oder gibt es andere Wochentage, nie noch attraktiv wären. Dann ergibt sich für uns noch die Frage, ist es möglich, Nachttarife einzuführen, um hier auch eine gewisse Gegenfinanzierung zu erreichen. Und ist es letztlich möglich, vielleicht Sammeltaxis in irgendeiner Form in die Konzeption einzubringen?

Dementsprechend würden wir uns sehr freuen, noch einmal eine Zustimmung zu bekommen, um in diesem Mittelweg weiterzudenken.

Stadtrat Jooß (FDP): Mir geht es genauso wie Hans Pfalzgraf, der auch im Aufsichtsrat der AVG ist, und dem Kollegen Dr. Käuflein. Wir sind auch verantwortlich für den wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg dieser Gesellschaft. Außerdem sind wir bestrebt, das

Defizit so gering wie möglich zu halten. Da kann man tatsächlich bei den Nightlinern ansetzen, das ist im Moment das kleinste Übel. Das muss nicht auf Dauer und in alle Ewigkeit so sein, aber im Moment, bei der Haushaltskonsolidierung, wo alle Gesellschaften beauftragt sind, Sparvorschläge zu bringen.

Ich denke, die Verkehrsbetriebe haben sich wirklich Gedanken über andere Lösungen gemacht, den Nightliner durch andere Lösungen zu kompensieren. Sie haben sich überlegt, wo sie kompensieren können. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir halten den Antrag der GRÜNEN für einen gangbaren Weg. Vielen Dank dafür, für die Kompromisslösung, denn wir wollen wegen der Sicherheit nicht auf den Nightliner verzichten, auch weil wir wissen, wie es ist, nachts zu arbeiten und auf irgendein Fortbewegungsmittel angewiesen zu sein.

Der Vorsitzende: Die 30 Sekunden sind um.

Stadtrat Wenzel (FW): Als mein Kollege Stefan Schmitt und ich unseren Antrag zum Frauen- und Seniorentaxi gestellt haben, haben wir uns ja auch etwas dabei gedacht. Wir wussten, dass es hier keine Mehrheit für den Nightliner gibt, und wir haben den Gedankengang, den Frau Mayer geführt hat, einfach weitergeführt. Der Kollege Wohlfühl hat ja auch für die Sicherheit ein Plädoyer gehalten. Dahinter hätte auch stehen können: Ja, die Einführung eines Nightliners macht deshalb auch Sinn. Deshalb möchte ich den Kreis schließen. Die Mehrheit des Gemeinderates will den Nightliner nicht. Wir brauchen aber eine Alternative. Die GRÜNEN gehen noch einen Schritt weiter. Was vielleicht auch billiger ist, ist einfach unsere Lösung. Die Zahlen, die wir präsentiert haben, über die hat sich mein Kollege Schmitt ja auch Gedanken gemacht, und er hat die tatsächlichen Zahlen von Heidelberg genommen und auf unseren Bedarf hochgerechnet. Das heißt, für diese 500.000 Euro könnten wir nicht nur ein Frauentaxi machen, wir könnten ein Frauen-, Herren- und Katzentaxi machen. Also, wie gesagt, letztendlich werden wir irgendwann noch einmal über das Thema Frauentaxi reden müssen.

Der Vorsitzende: Und wie kommen die Männer dann nach Hause?

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Hier fiel jetzt sehr oft das Wort Aufsichtsrat. Und nur durch den Antrag meiner Fraktion ist das Thema hier gelandet. Denn das ist ein öffentliches Thema. Den Zuschuss, den die Stadt Karlsruhe an die VBK gibt, ist eine in diesem Gremium zu entscheidende Größe. Deswegen war es wichtig, dass hier einmal darüber gesprochen wird. Jetzt bin froh, dass da oben die Pressebank fast leer und gar niemand mehr da ist, denn jetzt muss ich doch einmal ein paar unliebsame Wahrheiten sagen.

Im Moment stehen VBK und AVG im Gegensatz zu früher in einem sehr bescheidenen öffentlichen Licht da. Man kann darüber diskutieren, wer daran schuld ist. Es liegt auch an der Kombilösung, das ist schon bekannt. Aber man muss einmal draußen hören, wie darüber gedacht wird. Was bezahle ich, wie pünktlich und wie sicher werde ich abgeholt, wie oft steht auf der Anzeige irgendein Käse oder sonst etwas. In der Zeit entscheiden wir, wir verschlechtern die Leistungen. Da ist der Nightliner nur das Sahnehäubchen. Als er damals eingeführt wurde, war ich im Aufsichtsrat, und da war man stolz darauf, dass wir das gemacht haben. Denn wir sind plötzlich als eine Großstadt

erschieden. Gut, man kann jetzt sagen, das wollen wir nicht mehr sein. Aber dass zum Beispiel ab Dezember die Linie 4 zur Europäischen Schule in den Hauptzeiten nur noch alle 20 Minuten fahren soll und nur noch in den Spitzenzeiten alle 10 Minuten, wenn sich das in der Öffentlichkeit herumspricht, das gibt einen Volksaufstand, und ich kann es verstehen. Das ist der erste Stadtteil in Karlsruhe, den wir als Dienstleistungsunternehmen bewusst tagsüber abhängen. Nicht am Wochenende – tagsüber! Das sind die Punkte, die meine Fraktion massiv verstören. Wir werden nachher mit einem Unternehmen identifiziert, das vielleicht tatsächlich netto 400.000 Euro einspart, das aber in der Öffentlichkeit als immer schwächer aufgestellt beschrieben wird. Ich beobachte Verkehrsunternehmen in Deutschland seit vielen Jahren. Alle, die angefangen haben, an der Qualität für den Bürger, für den Kunden, zu sparen, kommen nachher in eine Negativspirale. Wir sollten uns auch hier überlegen, wo stimmen in dem Unternehmen die Prozesse nicht, dass es so teuer wird. Aber an der Endleistung für den Bürger zu sparen, auch an so Dingen zu sparen wie am Takt zu einem Stadtteil wie das Europaviertel oder ein junges Volk nachts abzuhängen, das halten wir für den falschen Weg. Das muss jetzt einmal deutlich gesagt werden. Ich bin nur froh, dass das nicht zu viele hören, denn ich will das nicht in der Zeitung lesen.

Der Vorsitzende: Jetzt habe ich keine Wortmeldungen mehr.

Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, Herr Stadtrat Dr. Fischer, wird kein ganzer Stadtteil auf den 20-Minuten-Takt umgestellt, sondern da wird alle 20 Minuten bis zu Europäischen Schule gefahren und alle 20 Minuten bis zur Waldstadt-Mitte. Es wird eine Haltestelle nur noch alle 20 Minuten bedient, aber der Stadtteil bleibt beim 10-Minuten-Takt. Die einzige Ausdünnung einer Linie ist die Linie 5, die in den Sommerferien auf den 20-Minuten-Takt umgestellt wird, weil auf dieser Linie so wenig Leute fahren, dass wir gesagt haben, dann reicht es in den Sommerferien auch alle 20 Minuten. Sonst bleibt es stadtweit beim 10-Minuten-Takt, und auch die Waldstadt ist weiterhin alle 10 Minuten angebunden.

(Zuruf **Stadtrat Dr. Fischer/KULT**)

– Gut, dann sind es drei Haltestellen, aber zu sagen, der gesamte Stadtteil ist abgehängt, stimmt nicht, es ist ein Quartier in einem Stadtteil, nämlich um die Europäische Schule herum.

Sie sind auch alle mehr oder weniger in den Aufsichtsratsgremien vertreten, da können wir diese Diskussion gerne vertiefen. Ich würde auch gerne die Fragen von Frau Mayer mit hineinnehmen, um über Alternativkonzepte für die Nachtversorgung zu reden. Ich mache Ihnen aber keine großen Hoffnungen, denn der Busverkehr ist zum Teil betrieblich gesehen etwas außerordentlich Teures. Je weniger ich in der Nacht fahre, aber trotzdem etwas anbiete, umso unverhältnismäßiger ist der Aufwand im Vergleich zu dem, was ich dort mache. Ein großes Problem des Nightliners ist ja, dass wir zu diesen Zeitpunkten viele Fahrer parallel brauchen, und das dann nur alle Stunden. Das ist dann betrieblich sehr aufwändig. Auch das war ein Argument. Das Hauptargument war aber, dass die Zahl der Personen, die das nutzen, unter der Woche doch außerordentlich gering ist.

Lassen Sie uns das im Aufsichtsrat vertiefen. Jetzt kommen wir zu dem Antrag, der zwei Stufen hat. Den Originalantrag von KULT stelle ich jetzt zu Abstimmung, den Nightliner wieder einzuführen und dafür einen Zuschuss zu bezahlen. – Ich habe 8 Zustimmungen, der Rest ist **Ablehnung**.

Dann gibt es den Vorschlag von Frau Stadträtin Mayer, 250.000 Euro bereitzustellen und ein neues Konzept zu entwickeln. – Bei 18 Zustimmen ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Damit wären wir fast am Ende. Ich möchte nachtragen, auf Seite 514 – Schulzentrum Neureut ist ein Ansatz von 1 Mio. Euro für die entsprechenden brandschutzrechtlichen Maßnahmen eingepreist worden. Dieser Ansatz ist eine große erste Schätzung. Das will ich ausdrücklich dazusagen. Das kann dann aber, wenn es planerisch detailliert ausgeführt wird, durchaus noch von dieser einen Million abweichen. Wir lassen den Betrag trotzdem so drinstehen und berichten dann bei der Auftragsvergabe.

Das ist das, was ich zu Tagesordnungspunkt 1 – inklusive der anderen angesprochenen Tagesordnungspunkte – noch zu sagen habe.

Sie haben sicher Interesse daran, wie sich das Ganze auf den Haushalt auswirkt. Es gibt ein bis zwei Positionen, wo wir noch genauer rechnen müssen, wo es um Personalkosten und Ähnliches geht. Aber im Moment sieht es so aus, als ob sich der Ergebnishaushalt um 510.000 Euro im Jahr 2017 und im Jahr 2018 um etwa. 702.000 Euro verschlechtert, der Investitionshaushalt einmalig um 4.000 Euro, das sind vergleichsweise übersichtliche Größenordnungen.

Ich darf die Disziplin und die Verantwortlichkeit des Gemeinderates nur loben.

(Stadtrat Cramer/KULT: So niedrig war es noch nie!)

– Wir hatten es schon niedriger, Herr Stadtrat Cramer. Letztes Mal haben Sie den Haushalt sogar günstiger gemacht, als wir ihn eingebracht haben. Sie wissen es vielleicht nicht mehr, aber es war beim letzten Mal so – durch die globale Minderausgabe und durch den Ansatz globale Investition.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführer:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
19. Dezember 2016